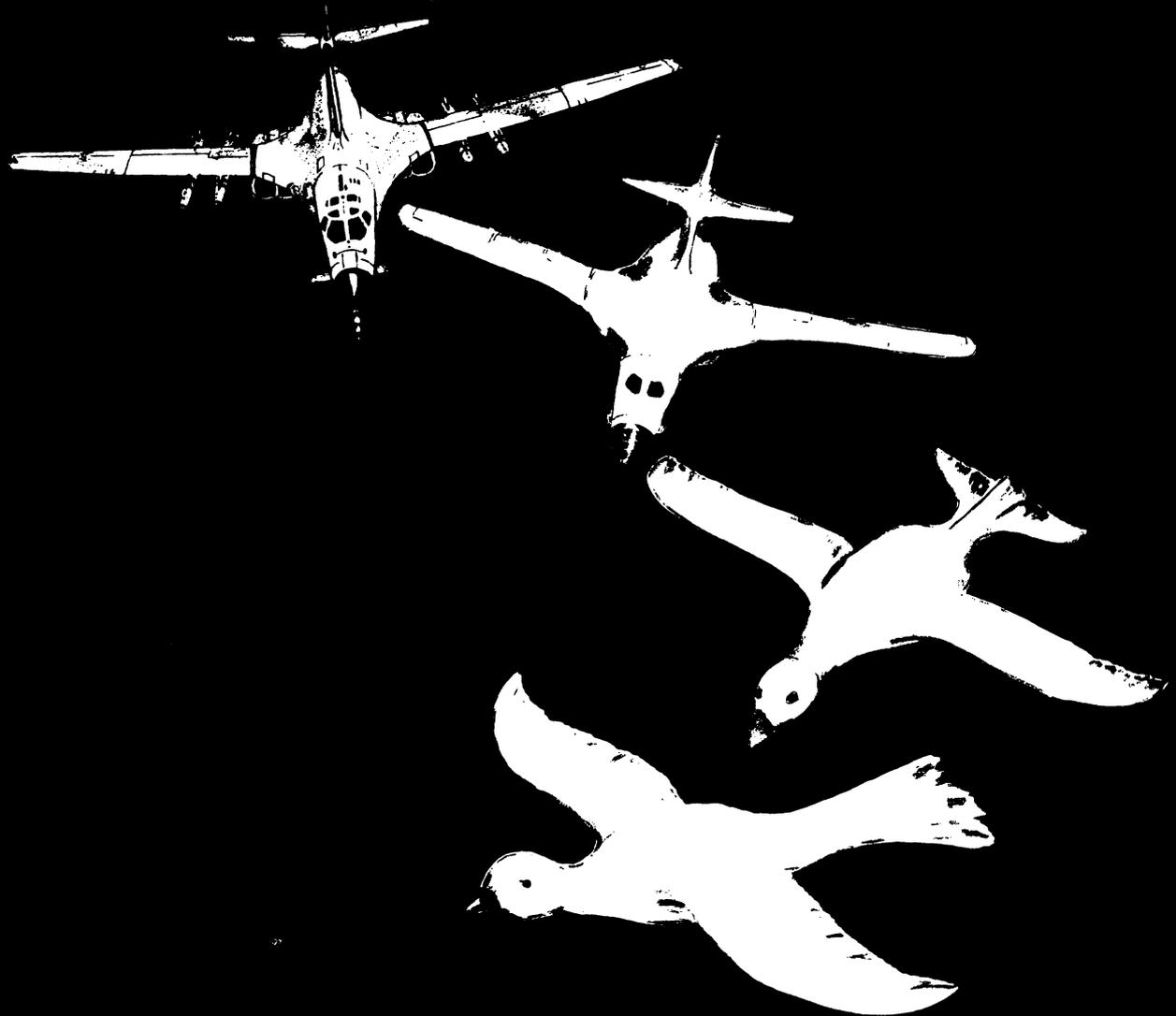




Abschreckung und andere Utopien



**Arbeitsgemeinschaft
Friedenspädagogik e.v.**

'SCHRECK LASS'NACH'

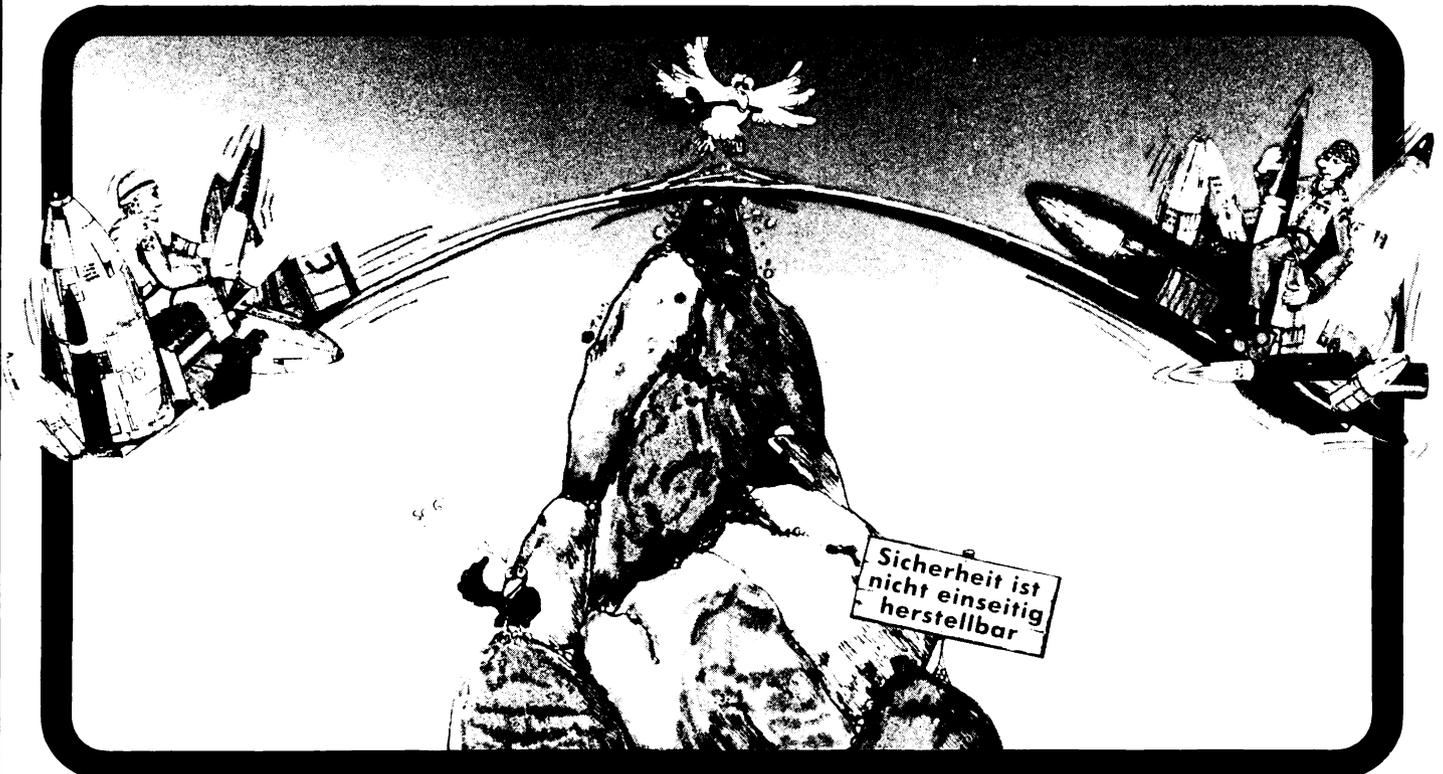
DM 9.80
ISBN 3-923 121-16-4

Sicherheitspolitik ist notwendig, wenn man die Bundesrepublik Deutschland vor einem militärischen Übergriff eines anderen Staates schützen will. Die bisherige Sicherheitspolitik jedoch ist gefährlich, weil es fraglich ist, ob sie auf die Dauer Krieg verhüten kann; zudem ist sie teuer.

Alternativen zur bisherigen Politik sind vorhanden, aber nur in Expertenkreisen bekannt. Das wollen die Ausstellung „Schreck laß nach“ und dieser Katalog ändern:

Sie stellen sowohl das Konzept der Abschreckung als auch andere Modelle von Sicherheitspolitik vor und vergleichen sie miteinander. Ziel der Ausstellung und des Katalogs ist eine möglichst breite Diskussion über die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland und eine kritische und sachkundige Teilnahme möglichst vieler Bürger an dieser Diskussion.

Was der Katalog und die Ausstellung nicht wollen: Werbung für ein bestimmtes Konzept der Sicherheitspolitik machen und fertige Rezepte liefern.



© 1986 AGFP München

Grafik Ausstellung: Schreck lass nach



AGFP Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e.V.

„LASS'NACH“

***Abschreckung und andere Utopien
Katalog zur Ausstellung über
Sicherheitspolitik***



**Arbeitsgemeinschaft
Friedenspädagogik e.V.**

Impressum

Schreck laß nach.

Abschreckung und andere Utopien
Katalog zur Ausstellung über Si-
cherheitspolitik

Herausgeber und Verlag:

Arbeitsgemeinschaft Friedenspäda-
gogik e.V.
Untere Weidenstr. 12
8000 München 90
Telefon 089-65 18 222

Autoren/Redaktion:

Renate Mulzer, Günter Kiefer,
Thomas Rödl, Matthias Wanckel

Layout:

H. Wawrzyn, B. Muscher

Grafiken:

K. Lipp, R. Ludwig, B. Muscher



2. Auflage, München 1987,

4.-6. Tsd.

© 1987 by Arbeitsgemeinschaft
Friedenspädagogik e.V.

Nachdruck, auch auszugsweise, so-
wie anderweitige Verwertung, Ver-
breitung oder Vervielfältigung durch
fotografische, mechanische oder
elektronische Medien nur mit vorher-
iger schriftlicher Erlaubnis der AGFP.
Lediglich die Vervielfältigung einzel-
ner Seiten für Unterrichts- und Semi-
narzwecke ist erlaubt und er-
wünscht.

Satz:

Satzwerkstatt
Elsässerstr. 30, 8 München 80

Druck:

Ulenspiegel GmbH
Winterstr.4, 8000 München 90

Wir danken der Berghof-Stiftung für
Konfliktforschung für die freundliche
Unterstützung

ISBN-Nr. 3-923121-16-4

Inhaltsverzeichnis

1. Zur Einstimmung	S. 3
Der Widerspenstigen Zähmung	S. 3
Aber hätte man nicht lieber...	S. 6
Wie produziert man Sicherheit?	S. 7
2. Atomare Abschreckung	S. 9
Die Idee der Abschreckung	S. 9
Abschreckung und Bedrohung	S. 10
Das schreckliche Gleichgewicht	S. 13
USA und NATO	S. 22
Weißbuchdeutsch	S. 23
Literaturhinweise	S. 25
3. Verteidigung ohne Angriffsfähigkeit	S. 27
Militärische Verteidigung ohne Angriffsfähigkeit	S. 27
Verteidigung durch Technokommandos	S. 28
Jäger und Pioniere	S. 32
Raketenartillerie	S. 34
Das Informations- und Führungsnetz	S. 35
Wieviele Soldaten braucht man/frau?	S. 36
Atomwaffen	S. 37
Verteidigung der Städte	S. 30
Anspruch und Ziel	S. 39
Umdenken - Umrüsten	S. 40
Literaturhinweise	S. 42
4. Gemeinsame Sicherheit und Abrüstung	S. 43
Vorgeschichte: Gemeinsame Sicherheit in der Charta der UN	S. 43
Die Idee der gemeinsamen Sicherheit heute	S. 46
Das System der kollektiven Sicherheit	S. 48
Abrüstung	S. 53
Das Konzept "Gemeinsame Sicherheit und Abrüstung"	S. 57
Literaturhinweise	S. 60
5. Soziale Verteidigung	S. 61
Die Grundideen der Sozialen Verteidigung	S. 61
Die "Erfindung" der Sozialen Verteidigung	S. 65
Überzeugen statt töten	S. 60
Die Nutzung verwehren	S. 69
Normal weitermachen unter unnormalen Bedingungen	S. 70
Wer Waffen hat..., stößt dennoch an Grenzen	S. 71
Soziale Verteidigung - eine Zumutung?	S. 73
Paßt Soziale Verteidigung zu uns?	S. 74
Der Weg zur Sozialen Verteidigung	S. 75
Vom Konzept zur Wirklichkeit	S. 77
Kritik an der Sozialen Verteidigung	S. 80
Literaturhinweise	S. 81
6. Die vier Konzepte im Vergleich	S. 82
Keine Experimente	S. 82
Einwände aus dem Verteidigungsministerium	S. 83
Kommt es zum Krieg?	S. 84
Kriegsfolgen	S. 86
Atomkriegsfolgen	S. 87
Krieg gegen die Umwelt	S. 89
Wie wahrscheinlich ist die atomare Katastrophe?	S. 90
Europäische Sicherheitspolitik und der Rest der Welt	S. 92
Was kostet die Sicherheit?	S. 94
Außenpolitisches Klima	S. 95
Was sagt denn der Osten dazu?	S. 96
Bilder der Bedrohung	S. 98
Entspannung und/oder/trotz Verteidigung	S. 100
7. Zum Ausklang	S. 101
Erste Schritte	S. 101
Wir werden keine Ruhe geben	S. 102
Ketzerische Schlußgedanken	S. 104

Schreck laß nach warum?

Ausgangspunkte für diese Ausstellung:

- Sicherheitspolitik ist notwendig, wenn man die Bundesrepublik Deutschland vor einem militärischen Übergriff eines anderen Staates schützen will
- Die bisherige Sicherheitspolitik ist gefährlich, weil es fraglich ist, ob sie auf die Dauer Krieg verhüten kann, zudem ist sie teuer
- Alternativen zur bisherigen Politik sind vorhanden, aber nur in Expertenkreisen bekannt

Was will diese Ausstellung?

- Abschreckung und andere Utopien der Sicherheitspolitik darstellen
- Eine möglichst breite Diskussion über die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland
- Eine kritische und sachkundige Teilnahme möglichst vieler Bürger an dieser Diskussion
- Sicherheit ohne Schrecken

Was will diese Ausstellung nicht?

- Werbung für ein bestimmtes Konzept der Sicherheitspolitik machen
- Fertige Rezepte liefern

Die Ausstellung ist in sieben Bereiche gegliedert:

Bedrohung und Sicherheit

Abschreckung

Verteidigung ohne Angriffsfähigkeit

Gemeinsame Sicherheit und Abrüstung

Soziale Verteidigung

Die Konzepte im Vergleich

Schlußbereich

1. Zur Einstimmung



Der Widerspenstigen Zähmung?

Als 1949/50 Überlegungen angestellt wurden, ob im Interesse der Sicherheit der neugegründeten Bundesrepublik Deutschland nicht das Aufstellen von Streitkräften erforderlich sei, zeigte sich die Bevölkerung zunächst widerborstig. Im April 1950 befürworteten nur 33% der Westdeutschen eine deutsche Teilnahme an einer westeuropäischen Armee (1). Noch geringer war die Bereitschaft, einen persönlichen Ver-

teidigungsbeitrag zu leisten. Auf die Frage: „Würden Sie es für richtig halten, wieder Soldat zu werden, oder daß Ihr Sohn oder Ihr Mann wieder Soldat werden?“ antworteten im November 1950 73% der Befragten mit: NEIN! (2) Die ablehnende Haltung gegenüber militärischen Mitteln der Sicherheitspolitik änderte sich jedoch unter dem Einfluß des kalten Krieges rasch. Bereits im Winter 1955/56 hielten 63% der Bevölke-

rung die Wiederbewaffnung für eine politische Notwendigkeit (3).

Seither befürwortet eine eindeutige Mehrheit der Bevölkerung die Existenz einer bundesdeutschen Armee und die Mitgliedschaft in der NATO.

Unruhe entstand lediglich, als 1957/58 eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr und die Lagerung von Atomwaffen in der Bundesrepu-

blik zur Debatte standen. Die Illustrierte „Revue“ fragte in dieser Zeit ihre Leser, was sie denn davon halten.

„Sind Sie damit einverstanden, daß deutsche Streitkräfte mit Atomwaffen ausgerüstet werden?“ fragte Revue ihre Leser in Nr. 17 (vor sechs Wochen). Zu Zigtausenden schrieben Revue-Leser ihre Meinung auf Postkarten, Briefe, Abstimmungszettel. 90,3 % der an die Revue-Redaktion gegebenen Stimmen sprechen sich gegen die Atomrüstung der Bundeswehr aus. Nur knapp ein Zehntel waren dafür. Revue veröffentlicht aus der Flut von Zuschriften einige Beispiele, die zeigen, aus welchen Gründen die Einsender für oder gegen die Atomrüstung sind.

Meine Antwort: Ja! Und nochmals Ja!, solange sich nicht Sowjetrußland für eine kontrollierte Überwachung und Abrüstung bereiterklärt.
Heinrich Feldhaar, Bocholt

Liebe Revue! Im Namen vieler Mütter bitte ich Sie, meine Zuschrift zu veröffentlichen. Es ist einfach unglaublich, wie eine Regierung gegen den Willen des Volkes einen solchen Beschluß fassen kann. Ich habe 1943 meinen Buben unter dem Herzen getragen und werde niemals in meinem Leben diese Stunden vergessen, wie ich bei den schwersten Angriffen mit schrecklichen Schmerzen im Keller saß und voller Angst und Bangen das Ende dieser Stunden erwartete. Dem deutschen Volk wurde der Vorwurf gemacht, daß es sich nicht gegen Hitler aufgelehnt hat... Heute will man dem gleichen Volk verbieten, daß es sich gegen eine Sache wehrt.
H. Huber-Sulzemoos, München



Die Herren da oben sollten die Gelder, welche sie übrig haben, lieber dazu verwenden, den sozialen Wohlstand des ganzen Volkes zu heben. Das ist die beste Waffe gegen den Kommunismus. Aber das würde sich ja nicht so schnell bezahlt machen...

Frau E. Bertling, Berlin-Steglitz

Spontan führte ich eine Befragung innerhalb unserer Arbeitsstätte durch. Das Ergebnis dieser Rundfrage liegt bei und zeigt, daß das Bemühen Ihrerseits viel weitere Kreise ziehen müßte. Von einer Belegschaft mit 50 Personen stimmten 44 für nein, 2 für ja, und 4 enthielten sich der Stimme. Diese Angaben könnten jederzeit geprüft werden. So sieht nun die Wirklichkeit aus! Und da spricht man auf der Regierungsbank von Verfassungsbruch!

Walter Keller, Essen-Kray (5).

In der Zeit gab es die Bewegung „Kampf dem Atomtod“, die von der SPD mitgetragen wurde. Als sich jedoch herausstellte, daß sich mit dem Thema „Widerstand gegen Atomwaffen“ keine Wahlen gewinnen ließen, wurde es wieder fallengelassen. Seither waren sich die Parteien

in Fragen der Sicherheitspolitik weitgehend einig, über Atomwaffen in der Bundesrepublik und für die Verteidigung der Bundesrepublik wurde nicht mehr diskutiert. Der Bevölkerung wurde lediglich mit annähernd gleichlautenden Worten immer wieder versichert, daß NATO und Bundeswehr für Freiheit, Abschreckung und Verteidigung notwendig seien:

Im Rahmen der NATO wird die Bundesregierung ihre bisherige Verteidigungspolitik fortsetzen. Diese Politik hat dazu beigetragen, der Bundesrepublik Deutschland und den Ländern des freien Europas Frieden und Unabhängigkeit zu bewahren. Wir sind uns mit unseren Verbündeten darin einig, daß wir angesichts der weltpolitischen Situation in unseren gemeinsamen Anstrengungen auf dem Gebiet der Verteidigung nicht nachlassen dürfen.

Aus der Regierungserklärung Erhard 1963

Die Sicherheitspolitik jeder Bundesregierung muß Gewähr leisten für das Überleben der Bundesrepublik und ihrer Bürger. Überleben ist dabei im weitesten Sinne aufzufassen - physisch, politisch, sozial und moralisch.

... Dieses rein defensive Ziel, Freiheit, Unabhängigkeit und Unversehrtheit der Bundesrepublik zu behaupten, wäre bei den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen in der Welt nicht zu erreichen, wenn die Bundesrepublik auf sich allein gestellt wäre.

Weißbuch 1971/72

Das Atlantische Bündnis und die Europäische Gemeinschaft (EG) sind die Fundamente deutscher Sicherheit. Die demokra-

Emnid Umfragen (4):

	1974	1976	1977	1980	1983	1984
Gefahr für den Frieden	3	5	6	7	11	11
macht Frieden sicherer	69	70	74	90	86	87
keine Angaben	28	25	20	3	3	2
(Angaben in %)						

Friedenssicherung durch die Bundeswehr

Frage: Glauben Sie, daß durch die Existenz der Bundeswehr eine wirksame Verständigungspolitik mit dem Osten gestört und damit eher eine Gefahr für den Frieden gegeben ist, oder glauben Sie, daß die Existenz der Bundeswehr den Frieden sicherer macht?

	1966	1971	1974	1977	1980	1983	1984
der Nato unverändert angehören	63	75	65	71	81	79	75
einer veränderten NATO angehören	19	14	14	12	14	9	15
aus der NATO ausscheiden	3	5	2	2	1	8	5
keine Antworten	15	7	19	15	4	4	5
(Antworten in %)							

Einstellung zur NATO

Frage: Über die Frage des Bündnisses wird in der Bundesrepublik öfters debattiert. Was meinen Sie dazu: Sollten wir der NATO auch weiterhin in unveränderter Form angehören?

Sollten wir anstreben, einer mehr aufgelockerten oder aber einer mehr gefestigten NATO anzugehören? Halten Sie es für besser, aus der NATO auszuschneiden, oder was meinen Sie sonst?



Weißbuch

Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland

tischen Staaten Europas und Nordamerikas, die in der NATO zusammenstehen, sichern Frieden, Freiheit und Wohlstand. Unser Land hat seinen festen Platz in der Staaten- und Völkergemeinschaft des freien Westens.

Weißbuch 1979

Die Hauptaufgabe, für deren Erfüllung das Bündnis geschaffen wurde, bleibt bestehen: die Verteidigung seiner Mitglieder durch die erhöhte Stärke, die ihnen aus enger Zusammenarbeit erwächst.

Dr. Luns, Generalsekretär der NATO, anlässlich des 30-jährigen Bestehens der NATO, NATO-Brief 2/79, S. 8

Nur im Bündnis kann unser Land Schutz und Sicherheit finden. Gemeinsam mit unseren Bündnispartnern gestalten wir die Politik einer aktiven Friedenssicherung. Denn in der Allianz verbinden sich unsere Grundwerte, unsere Lebensform und unsere Sicherheit.

Weißbuch 1983, Vorwort des Bundeskanzlers Kohl

Wir sind ein gezeichnetes Volk. Das heißt, wenn ich über Waffen, wenn ich über Abrüstung spreche, ist das für mich nicht eine Diskussion in einem Seminar von Politologen oder Friedensforschern, sondern es ist die unmittelbare Erfahrung auch meines Lebens - mein eigener Bruder ist gefallen; meine beiden Söhne sind Soldaten der Bundeswehr. Ich bin also sehr persönlich engagiert in diesen Fragen. Dennoch gilt die Tatsache, daß diese schrecklichen Waffen dazu führten, daß wir in der wohl friedlichsten Zone der Welt leben, denn es gibt hier keine Kriegsgefahr, denn jede Veränderung mit Waffen im Raume Mitteleuropas würde ja den Dritten Weltkrieg bedeuten, das ist die Apokalypse, und dieser Krieg wird nicht stattfinden.

Bundeskanzler Kohl in einem Interview 1985
Quelle: Stichworte zur Sicherheitspolitik 1/86

Einzelheiten der Verteidigungsplanung wurden nicht erörtert, bzw. kaum jemand brachte lautstark Kritik vor. Aus dieser Nicht-Information erwuchs eine „Haltungslage“ zu Fra-

gen der Landesverteidigung, die Oberst Eisele 1980 folgendermaßen beschrieb (6):

„Der überwiegende Teil der jungen Bürger erachtet Landesverteidigung noch als notwendig; den Streitkräften wird vielfach ein fester Stellenwert zuerkannt. Wenig deutlich wird jedoch, woraus diese Meinung erwächst. Denn die Kenntnisse von Jugendlichen wie Erwachsenen - einschließlich der Lehrer aller Schultypen - in Fragen der Sicherheitspolitik und der Landesverteidigung erweisen sich allgemein als unzureichend.“

Es war das Verdienst der Friedensbewegung Anfang der achtziger Jahre, darauf aufmerksam zu machen, daß wir atomar verteidigt werden sollen und daß dies nicht die Erhaltung, sondern die Zerstörung der Bundesrepublik zur Folge hätte. Seither lehnt es die Bevölkerung immer deutlicher ab, mit Atomwaffen verteidigt zu werden. EMNID befragte 1984 die Bevölkerung, ob sie die Stationierung von Atomwaffen in Mitteleuropa zu Abschreckungszwecken befürworte. 37 % der Befragten wollten diese Atomwaffen abschaffen (7). Das amerikanische Meinungsforschungsinstitut GALLUP wollte es noch genauer wissen und fragte die Bundesbürger im September 1985, ob die NATO, „wenn sie sich in einem konventionell geführten Krieg vor einer Niederlage sieht, auf den Einsatz nuklearer Waffen zurückgreifen“ sollte. 80 % der Bevölkerung lehnte dies ab (8). 16 - 25-jährige Jugendliche wurden 1978, 1981 und 1984 gefragt: „Der NATO stehen für den Kriegsfall unter anderem auch Atomwaffen zur Verfügung. Sind Sie für eine militärische Verteidigung der Bundesrepublik, wenn dazu auch Atomwaffen eingesetzt werden müssen?“ Diese Frage beantworteten 1978 55 % der Jugendlichen mit nein, 1981 wollten bereits 62 % in diesem Fall auf eine militärische Verteidigung verzichten und 1984 waren es gar 69 %, die auf die atomare „Verteidigung“ verzichten wollten (9).

Konservative Sicherheitspolitiker sehen in der ablehnenden Haltung vieler Bürger gegenüber atomarer Verteidigung der Bundesrepublik keinen Anlaß, die gegenwärtige Sicherheitspolitik zu verändern. Die Kritik wird als Ergebnis sowjetischer Propaganda oder als Arroganz und Besserwiserei gewertet, die durch überzeugende Argumente für eine „realistische“ Sicherheitspolitik leicht zu entkräften sei, bzw. der schon längst der Wind aus den Segeln genommen sei. Auf der 28. Kommandeurs- tagung der Bundeswehr Ende 1985

formulierte Herr Wörner als „Lehre aus den nationalen und internationalen Entwicklungen der letzten Jahre“: (10)

„Nicht der Zeitgeist darf uns - wir müssen ihn bestimmen. Wer dem Zeitgeist hinterher rennt, fällt ihm zum Opfer. Gerade in einer Demokratie bestimmt der Führungswille der Verantwortlichen letztlich die Einstellung und Stimmung der Bevölkerung. Das gilt für politische wie militärische Führung. Die Regierung unter Bundeskanzler Kohl hat diesen Mut wiederholt bewiesen. Ohne Rücksicht auf Popularität, nicht nur beim Doppelbeschluß, beim Personalstrukturgesetz, sondern auch bei der Wehrdienstverlängerung.“

Einzelne Friedensforscher wie Militärs hingegen halten eine Verteidigungsplanung, die die atomare Selbstvernichtung mit einkalkuliert, bereits seit langem für problematisch und suchten nach besseren, weniger gefährlichen Wegen, die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten. Auch sie gehen davon aus, daß die Bundesrepublik bedroht ist und Sicherheitspolitik sowie Verteidigungsvorkehrungen notwendig sind. Doch sie suchen nach Möglichkeiten, anders mit der Bedrohung umzugehen. Das Ergebnis ihrer Überlegungen, nämlich die „alternativen“ verteidigungs- bzw. sicherheitspolitischen Modelle, ebenso umfassend wie das herrschende Konzept darzustellen, ist das Ziel dieses Arbeitsheftes und der gleichnamigen Ausstellung. Denn wir glauben nicht, daß in einer Demokratie der Führungswille der Politiker die Einstellung der Bevölkerung bestimmen soll, sondern daß die Bevölkerung aufgerufen ist, aufgrund umfassender Informationen mitzuentcheiden und Verantwortung zu übernehmen.

Aber hätte man nicht lieber...

... andere sicherheitspolitische Konzepte auswählen sollen als die, die wir in diesem Arbeitsheft und in der Ausstellung „Schreck laß nach“ vorstellen - so wird uns mancher fragen. Für die vorliegende Auswahl sprechen einige gewichtige Gründe:

Am Konzept der atomaren Abschreckung orientiert sich derzeit das

Handeln der NATO-Staaten. Das ist Grund genug, dieses Konzept kritisch zu würdigen.

Aus der Fülle der „Alternativvorschläge“ stellen wir die Konzepte vor, die als exemplarisch für anderes sicherheitspolitisches Denken gelten können:

- Das Konzept der „Verteidigung ohne Angriffsfähigkeit“ ist eine Möglichkeit, eine militärische Verteidigung ganz anderer Art zu planen und zu organisieren. Das von Horst Afheldt entwickelte Modell ist das älteste Defensivkonzept. Die ersten Überlegungen dazu wurden im Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt (Leiter: Carl Friedrich von Weizsäcker) angestellt - als unmittelbare Konsequenz aus der 1971 veröffentlichten Studie „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung“. In dieser Studie war nachgewiesen worden, daß der Verteidigungsfall nach der damals wie heute gültigen NATO-Strategie für die Bundesrepublik die totale Zerstörung zur Folge hätte. Von daher war es für Horst Afheldt als Mitarbeiter des obengenannten Instituts nur logisch, nach einem anderen Verteidigungskonzept zu suchen. (Anmerkung am Rande: Daß das Verteidigungsministerium sich mit diesem alternativen Verteidigungsmodell erst 1983 im Weißbuch zum ersten Mal öffentlich auseinandergesetzt hat, weist darauf hin, daß Vorschläge von Wissenschaftlern oft erst dann für die Politiker interessant werden, wenn Teile der Bevölkerung = Wählerpotentiale diesen Vorschlag aufgreifen.) Afheldts Modell ist detailliert ausgearbeitet, und der Grundsatz der Nichtangriffsfähigkeit ist hier strikter eingehalten als in anderen vergleichbaren militärischen Konzepten. Deshalb haben wir unter den verschiedenen Defensivkonzepten dieses ausgewählt.
- Auch die im Konzept gemeinsamer Sicherheit und allgemeiner Abrüstung ausgeführten Gedanken erfreuen sich z.T. einer gewissen Altherwürdigkeit. Die UNO verfolgt das Ziel allgemeiner Abrüstung seit ihrer Gründung (1946). Auch Überlegungen zu einem System Kollektiver Sicherheit in Europa tauchen in politischen wie politikwissenschaftlichen Auseinandersetzungen seit 1945 immer wieder auf. Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) greift diese Diskussion auf und entwickelt seit ca. 1983 Vorschläge zur politischen Überwindung des „Abschreckungsfriedens“. Die politischen Bedingungen für Sicherheit sollen in den Mittelpunkt der Bemühungen um den Weltfrieden gestellt werden. Dies würde eine Abkehr von der bisherigen Rüstungskontrollpolitik bedeuten, die das Zählen und Vergleichen von Waffenpotentialen in den Vordergrund gerückt hat. Das vom IFSH vorgeschlagene System kollektiver Sicherheit im Rahmen einer „Neuen Europäischen Friedensordnung“ hingegen beschreibt eine Möglichkeit, das Sicherheitsproblem politisch zu lösen, das heißt, politische Rahmenbedingungen zu schaffen, die das Sicherheitsbedürfnis der Staaten befriedigen und somit den Abrüstungsprozess begünstigen. In „Schreck laß nach“ steht dieses Konzept als Beispiel für den Versuch, Fortschritte in der Friedenssicherung vorrangig mit politischen Mitteln zu erreichen.
- Mit dem Konzept der Sozialen Verteidigung stellen wir die ebenfalls nicht brandneue Idee vor, bei der Verteidigung völlig auf militärische Mittel zu verzichten und stattdessen allein gewaltfreie Methoden einzusetzen. Diese Methoden wurden erstmals von Gandhi und seiner Gefolgschaft in Südafrika und im indischen Unabhängigkeitskampf erprobt und publik gemacht. Nach dem Zweiten Weltkrieg überlegten v.a. amerikanische und skandinavische Wissenschaftler, ob und wie die gewaltfreien „Kampftechniken“ bei der Verteidigung eines Staates Anwendung finden können. Innerhalb der bundesdeutschen Friedensforschung wurden diese Überlegungen von Theodor Ebert aufgegriffen. Dieses Konzept bricht am radikalsten mit allen gängigen Vorstellungen über Verteidigung und Kriegsführung und durfte deshalb bei einem Überblick über bekanntes und unbekanntes sicherheitspolitisches Denken keinesfalls fehlen.

Mit der Abschreckungsdoktrin und den drei Alternativkonzepten stellen wir das gesamte Spektrum der Vorschläge zur Lösung des Sicherheitsproblems vor. Varianten der einzelnen Konzepte werden z.T. im Arbeitsheft mit angesprochen. Wir wollen damit einen Beitrag dazu leisten, daß möglichst viele Bürger sich an der sicherheitspolitischen Debatte beteiligen können.

Wie produziert man Sicherheit?

„Wir produzieren Sicherheit“ - so warb die Bundeswehr in den siebziger Jahren. Dieser Satz unterstellt zwar, daß „Sicherheit“ mit militärischen Mitteln hergestellt werden

kann, war aber sicher nicht so gemeint (oder?). Denn spätestens seit 1970 betonen alle Bundesregierungen, daß Sicherheitspolitik mehr ist als Verteidigungsplanung.

Dabei bedeutet Sicherheitspolitik ein Dreifaches: erstens das Mitwirken an der Aufrechterhaltung eines stabilen militärischen Gleichgewichts; zweitens, auf dessen Grundlage, die Festigung des Friedens in Europa durch Überwindung des ost-westlichen Gegeneinanders; drittens eine ständige Bemühung um die Begrenzung und Kontrolle der Rüstungen aller Staaten.

Weißbuch 1970

In dieser Lage konzentriert sich deutsche Sicherheitspolitik auf vier Aktionsfelder:

- die Atlantische Allianz,
- die Europäische Gemeinschaft,
- das Ost-West-Verhältnis und
- den Nord-Süd-Dialog.

Sie läßt sich dabei von vier Elementen leiten: erstens einer Politik des politischen, des strategischen und auch des militärischen Gleichgewichts, zweitens einer Politik der Entspannung, der Konflikteindämmung und des Interessenausgleichs, drittens der Fähigkeit zu wirksamer Krisenbeherrschung und viertens der Vorhersehbarkeit und Berechenbarkeit des politischen Verhaltens für alle.

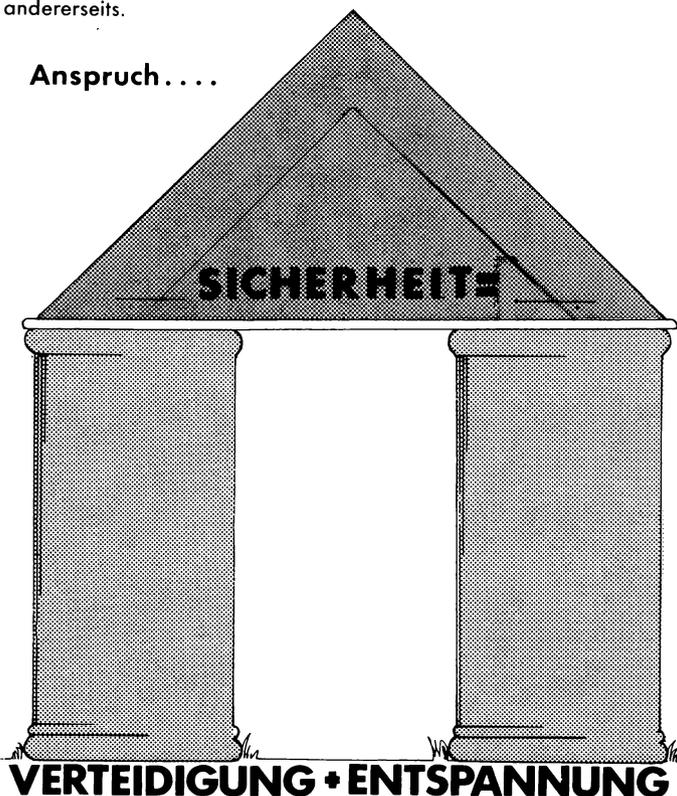
Weißbuch 1979

Ziel dieser Friedenspolitik ist es, einen bewaffneten Konflikt zu verhüten, gleiche Sicherheit für alle europäischen Länder auf möglichst niedrigem Rüstungsstand durch nachprüfbare Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zu erreichen, die Zusammenarbeit mit den Staaten des Ostens zum gemeinsamen Vorteil zu entwickeln, wo immer solche Zusammenarbeit möglich ist.

Weißbuch 1983

Die „Zwei-Säulen-Theorie“ - seit 1967 offizieller Grundsatz der NATO-Politik: Sicherheit entsteht durch Vorkehrungen zur Verteidigung einerseits und durch das Bemühen um Entspannung andererseits.

Anspruch

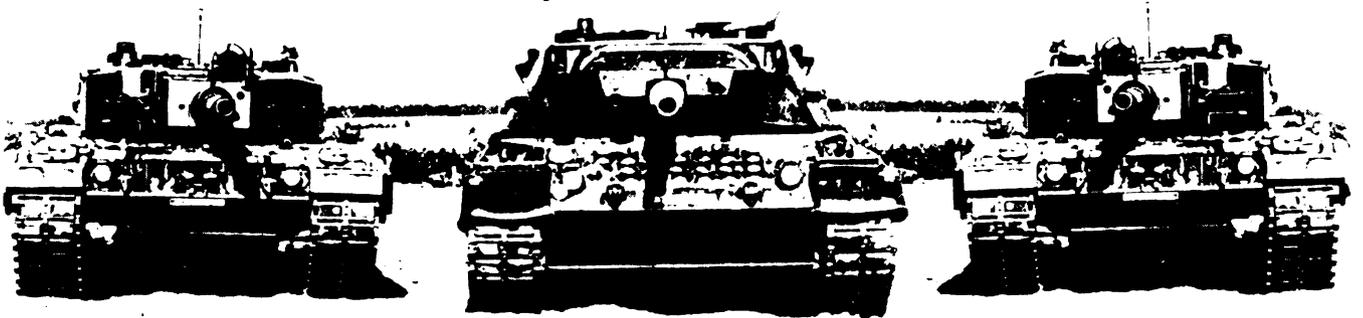


Das Bereitstellen von Waffen, die Ausbildung von Soldaten, das Ausüften von Strategien und Taktiken sind demnach nur ein Teil der Sicherheitspolitik. Dazu kommen die politischen Mittel: Zum einen die Fähigkeit, auch in Krisensituationen die Möglichkeit zur friedlichen Beilegung des Konflikts so lange wie möglich offen zu halten; zum anderen die Bemühungen um Rüstungsbeschränkung, um Vertrauensbildung, ganz allgemein um den Ausgleich der Interessen zwischen den Staaten, um gleichberechtigte politische, ökonomische und kulturelle Zusammenarbeit zum Nutzen aller Beteiligten.

Die Diskussion um die bestmögliche Sicherheitspolitik für die Bundesrepublik darf deshalb nicht bei der Erörterung stehenbleiben, ob eine bestimmte Waffengattung notwendig oder nicht notwendig ist. Verteidigungsminister Wörner kritisierte in seinem Vortrag vor der XXI. Internationalen Wehrkundebegegnung in München am 11.2.84 z.T. zurecht: „Die bisherige friedens- und sicherheitspolitische Debatte leidet unter

2. Atomare Abschreckung

Abschreckung basiert auf der Angst des Gegners.



Abschreckung basiert auf der Angst des Gegners.

Abschreckung heißt, man macht jedem möglichen Angreifer klar, daß sich ein Angriff nicht lohnt. Dies geschieht durch die massive Androhung von Gewalt für den Fall eines Angriffs.

Aus dem Weißbuch des Bundesverteidigungsministeriums:

Die Strategie der NATO dient der Kriegsverhütung und beruht auf der Fähigkeit zu Abschreckung und Verteidigung. Abschreckung wirkt, wenn ein möglicher Angreifer von der Fähigkeit und Bereitschaft der Allianz zur militärischen Verteidigung überzeugt ist.

(Weißbuch 85,S.72)

Die Gegenseite muß überzeugt werden, daß ihr die Drohung mit militärischer Gewalt oder gar deren Anwendung keinen Vorteil bringen kann, sie vielmehr das Risiko einginge, im Konfliktfall empfindliche Nachteile hinnehmen zu müssen, die ihre Machtposition entscheidend schwächen würden.

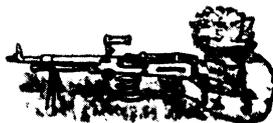
(Weißbuch 83,S.142)

Was garantiert die Abschreckung?



Verteidigungsfähigkeit

Damit kann man den Gegner daran hindern ins Land zu kommen.



Vergeltungsfähigkeit

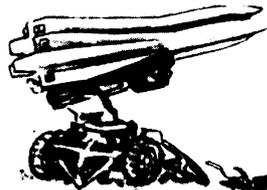
Damit kann man einen Angriff rächen.



Damit ist man mächtiger und bedrohlicher.



Damit kann man noch schießen, wenn die Kanone schon zerstört ist.



Überlegenheit



Zweitschlagsfähigkeit

Abschreckung und Bedrohung

Der Versuch, durch die Anhäufung und Demonstration militärischer Stärke einen Gegner von einem Angriff abzuschrecken, ist sehr alt. Im Zeitalter der Atomwaffen haben sich die militärischen Mittel für diese Politik gewandelt: Mit Atombomben können heute Zerstörungen in nie gekanntem Ausmaß bewirkt werden. Ganze Städte und Landstriche können innerhalb von Stunden ver-

nichtet werden. Dazu kommt die Entwicklung von Waffen, vor allem Raketen und Flugzeugen, die in kürzester Zeit alle Punkte der Erde erreichen können. Man spricht von „Trägermitteln globaler Reichweite“. Beide militärischen Großmächte verfügen heute über eine so große Zahl von atomaren Angriffswaffen, daß sie den Gegner mehrmals vernichten können. Das gilt selbst dann noch,

wenn sie selbst zuerst angegriffen und vernichtet wurden. Diese Fähigkeit, zurückzuschlagen, zu „vergelt“, schreckt also den jeweiligen Gegner von einem Angriff ab - so die Philosophie der Abschreckung in der Gegenwart. Damit wir abschreckend wirken, muß unser Gegner überzeugt sein, daß wir bereit und in der Lage sind, unsere Atomwaffen auch einzusetzen.



Flexible Response

Abschreckung erfordert also Pläne für den Ernstfall, d.h. eine militärische Strategie. Die derzeit gültige Strategie der NATO heißt „flexible response“, deutsch: Strategie der flexiblen Antwort. Diese Strategie sieht drei Arten von Reaktionen auf einen militärischen Angriff vor:

1. Die Verteidigung direkt an der Grenze zunächst mit den gleichen Mitteln, die der Angreifer gewählt hat, oder mit Atomwaffen.
2. Die vorbedachte Eskalation - das bedeutet die bewußte Ausweitung des Krieges durch den Einsatz von Atomwaffen und durch Ausweitung auf neue Kriegsschauplätze.
3. Die allgemeine nukleare Reaktion - das bedeutet den Einsatz der weitreichenden und großen Atomwaffen gegen Bevölkerung, Militär- und Industriepotential des Gegners.

Alle drei Reaktionsarten beziehen den Einsatz von Atomwaffen mit ein. Bei Stufe eins und zwei bedeutet das im wesentlichen Einsatz der Atomwaffen in dem Land, das verteidigt werden soll - in der BRD. Die flexible response läßt den Gegner aber bewußt im Unklaren, wann und unter welchen Umständen die NATO Atomwaffen einsetzen wird. Das Risiko eines Angreifers soll dadurch unkalkulierbar bleiben. Durch den Einsatz von Atomwaffen auf Stufe eins und zwei soll einem Angreifer klar gemacht werden, daß sein Risiko zu groß ist. Die Eskalation soll vorbedacht erfolgen, d.h. sie soll aufgehalten werden können, um eine „Atempause“ und Verhandlungen zu erreichen. Der Sinn dieser Strategie liegt also in der Hoffnung auf eine Begrenzung des Krieges - es soll keinen automatischen, zwingenden

Übergang zum totalen Atomkrieg geben.

Beim Risiko der Eskalation setzt auch die Kritik an dieser Strategie ein. Es ist unwahrscheinlich, so argumentieren die Kritiker, daß sich ein Angreifer durch den Einsatz von Atomwaffen zum Rückzug oder zu Verhandlungen bewegen läßt. Er hat ja seinerseits die Mittel zur Eskalation; wenn er aufgeben würde, wäre sein ganzer Angriff sinnlos gewesen. Darüber hinaus ist es wahrscheinlich, daß die militärischen Zwänge - der Wille zum Sieg auf dem Schlachtfeld - zu einer schnellen, unkontrollierbaren Eskalation führen werden.

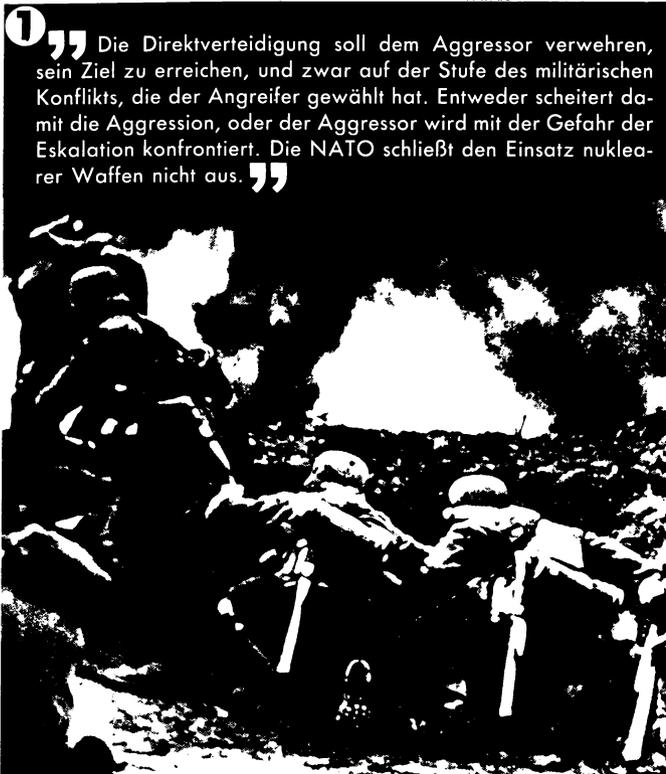
Eine erfolgreiche Begrenzung eines Krieges könnte mit der Zerstörung - lediglich - Mitteleuropas verbunden sein.

Die NATO-Strategie der flexiblen Reaktion

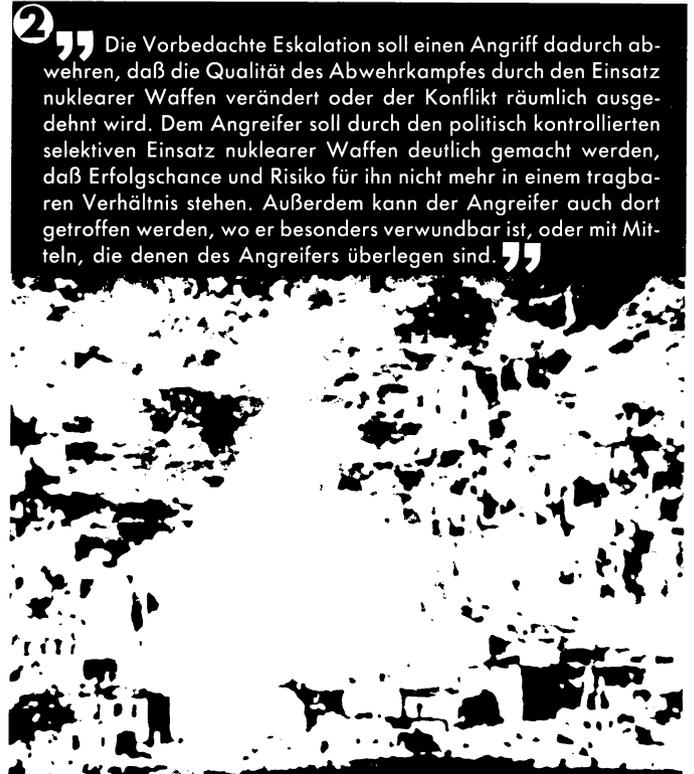
Die NATO hat dreierlei militärische Reaktionen vorbereitet, die je nach Lage nacheinander oder gleichzeitig möglich sind.

Aus dem Weißbuch des Bundesverteidigungsministeriums:

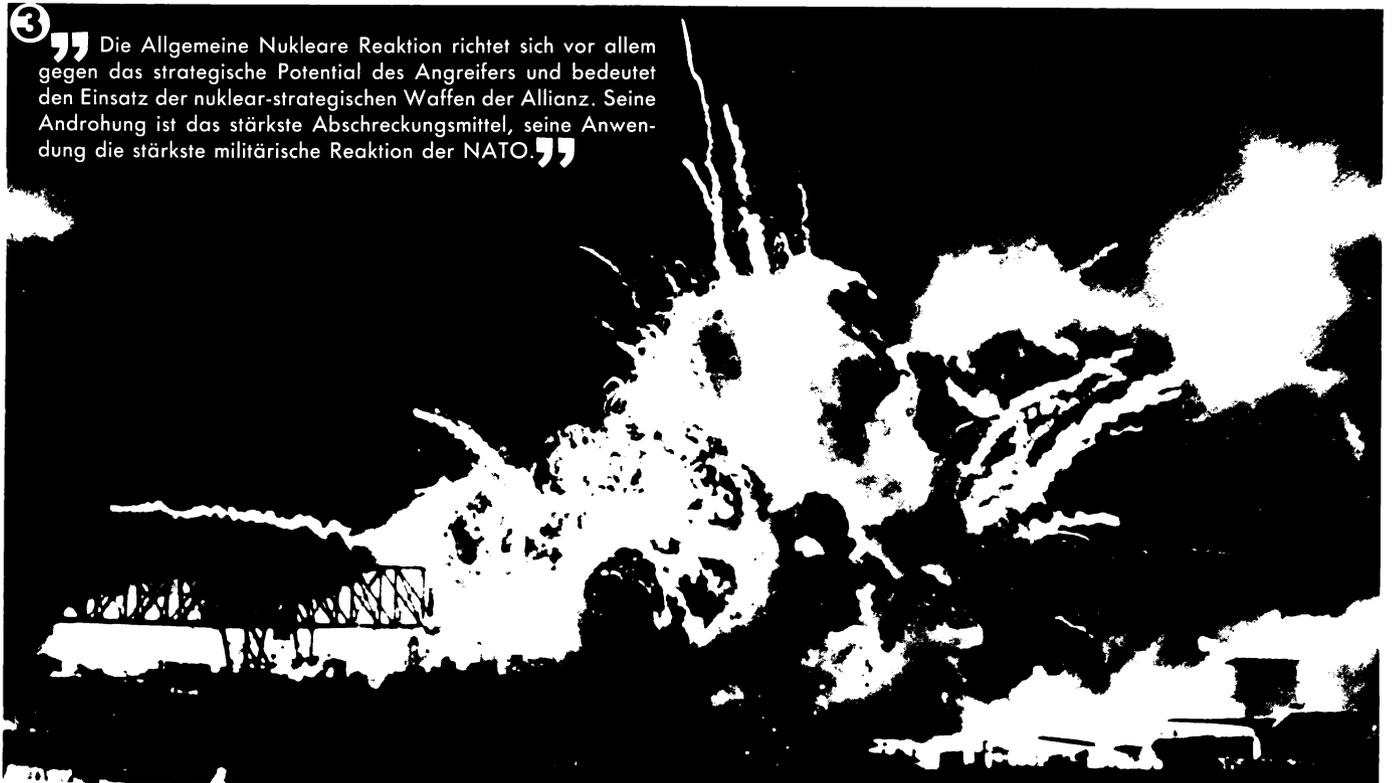
Weißbuch 1979, S. 123



Direkt an der Grenze verteidigen und gleiches mit gleichem vergelten.



Auch der gezielte Ersteinsatz von Atomwaffen ist geplant.



Der volle Einsatz von allem auf einmal.

Alle drei Reaktionsarten beziehen den nuklearen Einsatz mit ein. In dem der Gegner im Unklaren gelassen wird, wann und unter welchen Umständen die NATO Atomwaffen einsetzen wird, soll die

Glaubwürdigkeit der Abschreckungsdrohung erhalten bleiben. Die NATO hofft durch diese Strategie, die Eskalation zu stoppen, oder zumindest zu begrenzen, um sich Zeit für Verhandlungen zu schaffen.

Folgen und Kosten der Abschreckung

Trotz dieses hohen Eskalationsrisikos gibt es viele Befürworter der Abschreckung. Ihr bedeutendstes Argument lautet, daß uns seit 1945 die Abschreckung vor einem Krieg bewahrt habe.

Ein solcher Zusammenhang zwischen Abschreckung und Nicht-Krieg ist tatsächlich weder zu bestreiten noch zu belegen. Einzig unbestritten daran ist, daß wir in dieser Zeit auf unserem Gebiet keinen Krieg hatten.

Diese Tatsache sollte niemanden dazu bringen, die Abschreckungspolitik als die beste Möglichkeit der Kriegsverhütung zu akzeptieren und zur festen Einrichtung unseres politischen Denkens und Handelns werden zu lassen. Selbst Wehrexperthen, die

überzeugte Befürworter der Abschreckung sind, sehen in ihr nur eine „bedauerliche Notwendigkeit“ und nicht einen gewünschten Zustand - notwendig aufgrund der Vorstellung, bedroht zu sein.

Diese Vorstellung wird durch Feindbilder geschürt. Wir haben Angst davor, vom Feind getötet zu werden, geplündert zu werden, als Verlierer rechtlos zu sein und unterdrückt zu werden. So kommt es dazu, daß einerseits in der Bundesrepublik eine panische Angst vor dem Kommunismus herrscht, wobei die Wenigsten etwas von den Ideen von Marx oder Lenin gehört haben. In gleicher Weise leben andererseits Menschen in sozialistischen Staaten und haben eine panische Angst vor dem Kapitalis-

mus, der - wie sie meinen - ihr Leben bedroht. So werden Ideologien mit der Bedrohung durch Waffen gleichgesetzt, und dies in Ost und West. Der Staat grenzt sich vom Gegner ab, und dies auch mit Waffenandrohung. Damit beweist er seinen Bürgern, daß der Gegner sehr gefährlich ist. Denn wozu würde man so viele und so gefährliche Waffen benötigen, wenn der Gegner nicht aggressiv wäre.

Die Waffenpotentiale des Gegners werden im eigenen Land immer übertrieben, denn dann ist die Bereitschaft im eigenen Volk größer, noch mehr und modernere Waffensysteme einzuführen.

Entweder handelt der Gegner in gleicher Weise, um sich seinerseits abzugrenzen, oder der Gegner ist gezwungen, auf die Bedrohung zu reagieren. In jedem Fall ist nun die Bedrohung durch den Gegner wirklich da. Je mehr Waffen sich nun auf beiden Seiten anhäufen, um so stärker werden die Bedrohungsvorstellungen der Völker und um so feindlicher erscheint der Gegner.



EUROPA - SO ODER SO?

Schleichende Angst vor der Geheimpolizei empfinden jenseits des Eisernen Vorhanges auch Menschen, die sich nicht um Politik kümmern. Sie wissen: ein unbedachtes Wort kann selbst Kinder und Greise hinter Gitter bringen. Die Wirklichkeit der bolschewistischen Gewaltherrschaft verwandelt Gesichter in Masken. So wird die Welt zum Gefängnis.

Wir hingegen genießen Freiheit und Recht so selbstverständlich wie die Luft, die wir atmen. Darüber vergessen wir oft, daß der Kommunismus ständig gerüstet ist, in einem Augenblick der Schwache jeden Teil der freien Welt zu unterjochen.

Deshalb hat sich im Rahmen der NATO die Bundesrepublik mit England, Frankreich, Italien, Holland, Belgien und Luxemburg zu einer Westeuropäischen Union zusammengeschlossen, einer militärischen Verteidigungsgemeinschaft von 200 Millionen Menschen. So können wir in Europa die Freiheit schützen, für uns und unsere Kinder. Denn:

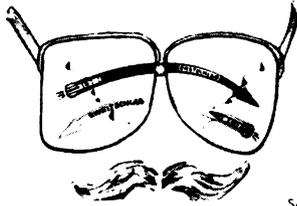
EIN VEREINTES EUROPA IST STÄRKER

Blieben die Folgen dieser ständigen Planung von Krieg auf militärische Kreise beschränkt, so sähe man zwar die Militärs in Widerspruch zu sich selbst, könnte allerdings eine gesunde Distanz zu dieser Rüstungs- und Sicherheitspolitik bewahren. Doch diese Abschreckungspolitik fordert hohe finanzielle Opfer, die die Bevölkerung zu tragen hat. Ihr muß erklärt werden, wieviel Sicherheit sie für ihr Geld bekommt. Das heißt zunächst einmal, man muß dem Volk die Unsicherheit seiner Lage erklären. Hierzu bedarf es wieder des Feindes. Er ist militärisch überlegen und zielt darauf ab, die Welt zum Schlachtfeld zu machen. Jedes Opfer muß recht sein, die vermeintliche eigene Schwäche auszugleichen. Die Folge der Abschreckung ist dann die psychologische Aufrüstung durch gesellschaftlich organisierte Furcht. In diesem Sinne findet eine Militarisierung in Abschreckungsgesellschaften statt, unterstützt durch Zivilschutzmaßnahmen, die letztlich kollektiv zu jener planerischen Vorwegnahme des nächsten Krieges führt, der durch all das verhindert werden soll.

Damit schließt sich der Teufelskreis von Bedrohungsvorstellungen zu mehr Waffen zu noch größeren Bedrohungsvorstellungen. Die Frage, wer damit angefangen hat, ergibt beim heutigen Stand des Wettürens keinen Sinn mehr.

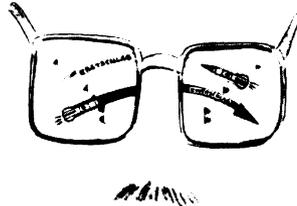
Das schreckliche Gleichgewicht

Es ist zu gefährlich, den Gegner anzugreifen, weil er uns sonst mit einem Vergeltungsschlag vernichten würde.



NACH GÜTE

Es ist zu gefährlich, den Gegner anzugreifen, weil er uns sonst mit einem Vergeltungsschlag vernichten würde.



Solange beide Seiten noch die Fähigkeit zu einem Gegen- oder Zweitschlag haben, kann eine vernichtende Vergeltung angedroht werden. Es gilt das Prinzip: »Wer als erster schießt ...«

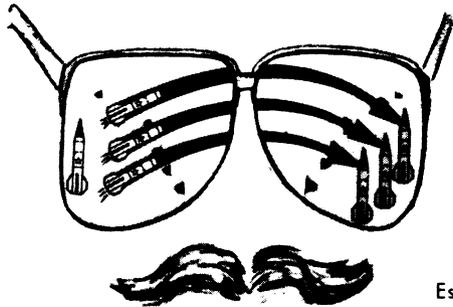
In der Darstellung der Sicherheitspolitik wird Abschreckung immer mit der Notwendigkeit eines militärischen Gleichgewichts verbunden. Das Gleichgewicht soll den Krieg verhindern. Doch was ist ein militärisches Gleichgewicht, wie kann es festgestellt werden? Die Abschreckung basiert auf einem „Gleichgewicht des Schreckens“: Jede Seite hat Angst vor der Fähigkeit des anderen zur Vergeltung. Es wurde bereits erwähnt: Wenn einer an-

greift, hat der andere immer noch genügend Waffen, um zurückzuschlagen. Solange beide Seiten die Fähigkeit zu einem Gegenschlag oder Zweitschlag haben, kann eine vernichtende Vergeltung angedroht und damit ein Angreifer abgeschreckt werden. Solange beide Seiten über diese Fähigkeit verfügen, besteht ein Gleichgewicht der Abschreckung. Dieses Gleichgewicht der Fähigkeiten ist unabhängig von der Art und der Zahl der Waffen.

Wenn zunehmend eine Seite die Fähigkeit gewinnt, auch strategische Waffen des Gegners, d.h. weitreichende atomare Zerstörungsmittel, ver-

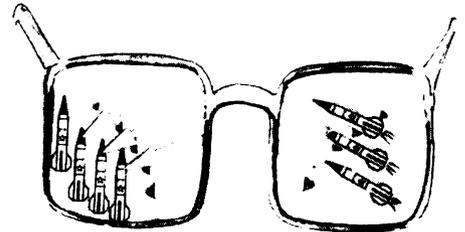
nichten zu können, steigt für die andere Seite der Druck, in einem Krisenfall das Waffenpotential des Gegners präventiv (d.h. vorsorglich) so weit wie möglich zu zerstören.

Mit unseren neuen Waffen könnten wir nun die interkontinentalen Atomwaffen des Gegners zerstören.



IN VORBEREITUNG

Im Konfliktfall müssen wir als erste angreifen, wenn wir überhaupt noch eine Chance haben wollen.



Es wäre für jeden vorteilhaft, seine Waffen zuerst einzusetzen. Derjenige, der zuerst zuschlägt, kann seinen Schaden gering halten. Das Prinzip der Abschreckung wird damit unterlaufen. Die Bereitschaft, bzw. der Zwang zum Waffeneinsatz steigt.

Wenn eine Seite gar die Fähigkeit zum Entwaffnungsschlag entwickelt, d.h. zur Zerstörung aller strategischen Waffen des Gegners, wird das System der Abschreckung völlig wirkungslos.

Bei der Möglichkeit des Entwaffnungsschlags ist die Fähigkeit des Gegners zur Vergeltung nicht mehr vorhanden.

Wer als erster schießt, der überlebt

Das Prinzip der gegenseitigen Abschreckung ist aufgehoben!

Waffensysteme

Die hier aufgeführten neuen Waffensysteme erhöhen die Gefahr des Erstschlags, da sie

- speziell auf militärische Ziele gerichtet werden und damit den Gegner entwarnen können. Sie eignen sich also vor allem zur Kriegsführung und nicht nur zur Vergeltung.
- Damit drängen sie den Gegner zu einem Erstschlag.

Pershing 2



auf mobilen Lafetten




"Bunkerknacker"

Zielgenauigkeit 30 m
Reichweite 1800 km

weil die Sprengköpfe erst detonieren, wenn sie eingedrungen sind

Flugzeit 5 - 12 Minuten

MX-Rakete



6 - 10 Sprengköpfe



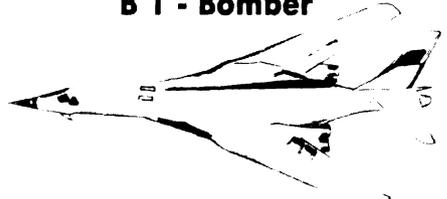

"SiloKnacker"

Zielgenau bis 100 m
Reichweite 14.000 km

weil sie die Fähigkeit zur Zerstörung verbunkelter Raketen hat.

Flugzeit 25 - 30 Minuten

B 1 - Bomber



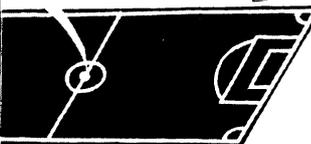
Mit Cruise Missile und Kurzstreckenraketen bestückt

Reichweite 11.000 km



unterfliegt in 60 m Höhe das Radar mit Überschallgeschwindigkeit

Cruise-Missile (Marschflugkörper)

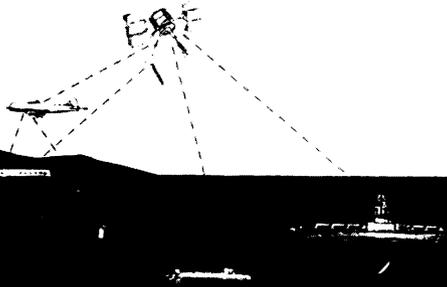
Zielgenau bis 30 m

Reichweite 3000 km



durch einen Bordcomputer paßt sich die C.M. entsprechend der programmierten Route dem Gelände an. Unterfliegt das Radar in Bodennähe.

Anti Submarine Warfare (ASW)



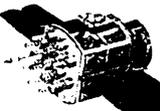
U-Bootbekämpfungssystem mit Meldebojen, Satellitenübertragung, Datenverbindung und Angriffssystem

Trident




Atom-U-Boot mit Trident 1 u. Trident 2 Raketen

Navstar-Satellit




für Zielsteuerung von Raketen und für Präzisionsbombardierung

handen sind, kann das Waffenpotential des anderen ausgeschaltet werden. Die Fähigkeit zu einem „Entwaffnungsschlag“ ist der - theoretisch denkbare - Endpunkt einer derartigen Entwicklung.

Es ist falsch anzunehmen, daß sich die Sicherheit für die Seite mit den besseren Waffen erhöht. Denn es wäre nun im Falle einer Krise für beide Seiten vorteilhaft, die eigenen Waffen zuerst einzusetzen. Derjenige, der zuerst zuschlägt, kann hoffen, seinen Schaden geringer halten zu können. Für diejenigen, dessen Atomwaffen gefährdet sind, erhöht

sich die Überlebenschance, wenn er zuerst angreift (S.13). Dadurch steigt die Bereitschaft bzw. der militärische Zwang, die Atomwaffen als erste einzusetzen. Das Prinzip der Abschreckung wird durch diese Entwicklung zunehmend unterlaufen. Das Schaubild („Waffensysteme“ S.14) zeigt die wichtigsten amerikanischen Waffensysteme, die präzise gegen militärische Ziele der UdSSR eingesetzt werden können. Die Tendenz zur Verbesserung der Zielgenauigkeit der Atomwaffen ist zwar auf beiden Seiten vorhanden. Wegen des Vorsprungs v.a. auf dem

Gebiet der Elektronik ist die USA bei dieser Entwicklung aber führend. Das gilt auch für die ebenfalls gefährliche Entwicklung von Systemen zur Vernichtung der raketentragenden U-Boote. Die Fähigkeit zur Vergeltung beruht zu einem beträchtlichen Teil auf U-Booten, die bisher als unverwundbar galten.

Die neuen Waffensysteme machen das System der Abschreckung wirkungslos. Die Gefahr eines atomaren Krieges zwischen den Militärblöcken steigt.

Air Land Battle

Auch auf dem Gebiet der Pläne zur Kriegsführung mit konventionellen Waffen geht die Entwicklung weg von einer Verteidigungs- und Abschreckungsstrategie. Unter dem Titel Air-Land-Battle wurden die Richtlinien und Vorschriften für die Gefechtsführung der US-Streitkräfte neu gefaßt. 1982 wurden diese Richtlinien in die „Felddienstvor-

schrift“ (Field Manual 100-5) der US-Armee eingeführt.

Die vier wichtigsten Grundsätze von Air-Land-Battle sind:

- offensives Eingreifen mit Boden- und Luftstreitkräften
- Initiative erlangen und erhalten
- Schlag in die Tiefe des gegnerischen Gebiets von Anfang an
- Frühzeitiger kombinierter Ein-

satz von atomaren, konventionellen und chemischen Waffen.

Air-Land-Battle ist damit eine Abkehr von einer Verteidigungsstrategie. Mit dem Grundsatz des möglichst frühzeitigen und kombinierten Einsatzes von konventionellen, atomaren und chemischen Waffen widerspricht es ausdrücklich der bisherigen Strategie der flexiblen Reak-

B US-AIRLAND Manöver: Nur Massengräber auffällig

Bonn (taz) Die US-Armee hat ihr neues Offensiv-Konzept AirLand Battle im letzten September nicht allein geübt: An dem Reforger-Manöver zwischen Frankfurt und Fulda nahmen auch die 15. Panzerbrigade der Bundeswehr und ein französisches Regiment teil. Noch Anfang September hatte Verteidigungsminister Wörner im Verteidigungsausschuß des Bundestages erklärt, man könne anhand der gemeinsamen Manöver mit US-Truppen feststellen, daß das neue US-Konzept nicht für das Gebiet der BRD gelte. Dagegen hatte US-Verteidigungsminister Weinberger bereits im Frühjahr vor einem US-Senatsausschuß erklärt, die Einheiten der US-Armee würden die neue Doktrin „innerhalb ihrer Möglichkeiten anwenden“. Insbesondere gelte dies für die Reforger-Manöver in Europa.

Als „Vernebelungstaktik des Minister Wörner“ wertete dies im Februar die Bundestagsfraktion der GRÜNEN auf einer Pressekonferenz zum AIRLAND BATTLE Konzept.

Die neue Doktrin, forderten die Grünen, müsse genauso diskutiert werden wie die Nachrüstung.

Von der Möglichkeit eines Krieges in den 80er Jahren in Europa spricht ganz offen die US-Heeresdienstvorschrift „Field Manual 100/5“, in der erstmals die Offensive als prinzipielle Vorgehensweise der US-Armee festgeschrieben wird: „In den 80er Jahren

spielte mit

kann damit gerechnet werden, daß die US-Armee sich auf einem oder gar zwei Kriegsschauplätzen engagieren muß. Sie könnte auf einem hochmodernen Gefechtsfeld mit einer bereits bestehenden Infrastruktur ... kämpfen. Oder auf einem relativ unerschlossenen Gefechtsfeld ...“ Ihre möglichen Gegner nennt die Armee zwanglos beim Namen: Sie müsse darauf vorbereitet sein, „gegen hochmechanisierte Streitmächte zu kämpfen, wie sie typisch für den Warschauer Pakt sind“. Insbesondere der nach AirLand Battle vorgesehene Einsatz von Nuklear- und chemischen Waffen zur „Feuerunterstützung“ wird von der Bundesregierung, so jedenfalls beteuert sie das allenthalben, nicht geteilt.

Feuerunterstützung ist der militärische Begriff für die Unterstützung kämpfender Infanterieeinheiten mit Artillerie. Neben dem Field Manual erhalten die Truppenführer eigens eine Schablone, mit deren Hilfe sie auf einer Landkarte erkennen können, wie

weit man tunlichst Distanz vom Atomkrater zu halten hat.

Verteidigungsminister Wörner hat immer wieder bekundet, daß diese integrierte, konventionelle, nuklear-chemische Gefechtsführung strikt abgelehnt werde. Noch auf der Tagung „NATO am Scheideweg“ im Oktober in Loccum erklärte er, daß der Einsatz atomarer Gefechtsfeldwaffen „wenn überhaupt, nur in Frage käme zur Wiederherstellung der Abschreckung“. Die Wiederherstellung der Abschreckung muß jedoch von US-Soldaten im Manöver „Confident Enterprise“ zumindest falsch verstanden worden sein. Unter der Überschrift „Nuclear Weapons Effects“, zu deutsch „Atomwaffenfolgen“, wird im US-Schiedsrichterhandbuch für acht verschiedene taktische Atomsprenghäupter aufgelistet, bis zu welcher Entfernung eine 50%ige Todesrate der Soldaten, aber auch die 100%ige Zerstörung von Brücken durch die Sprengsätze anzunehmen ist. Neben Brücken wird auch die Zahl der durch die Druckwelle umgeblasenen Bäume aufgeführt. Die Entfernungen bewegen sich im Bereich von einigen 100 Metern, ein Bereich, der jedoch für den taktischen Nukleareinsatz von Belang ist.

Wörner schrieb im Januar an die Grünen-Abgeordnete Kelly: „Hingegen hat die NATO klargestellt, daß bestimmte Elemente dieser Doktrin nicht gelten.“ Wörner verschwie die US-Sicht; im Field Manual heißt es ganz anders: „... die (Vorschrift) steht im Einklang mit Doktrin und Strategie der NATO“.

tion. Mit Air-Land-Battle soll ein Krieg wieder führbar und gewinnbar gemacht werden. Durch die Strategie des frühzeitigen Waffeneinsatzes erhöht sich die Gefahr des Krieges in einer Krise. Wer sich nur auf eine offensive Kriegsführung vorbereitet, muß im Ernstfall dem

Gegner zuvorkommen. (Vgl. auch S. 27: „Vorwärtsverteidigung“ als Konzept bei Gründung der Bundeswehr.)

Nun heißt es immer, daß AirLand-Battle ja nur für die US-Streitkräfte gelte und deshalb für die NATO ohne Bedeutung sei. Dies ist falsch, da

einerseits mit dem Rogers-Plan für den NATO-Bereich eine vergleichbare Planungsrichtlinie eingeführt wurde; andererseits sind die USA das wichtigste NATO-Mitgliedsland. Wenn amerikanische Truppen nach AirLand-Battle operieren, betrifft dies auch die NATO.

AirLand-Battle

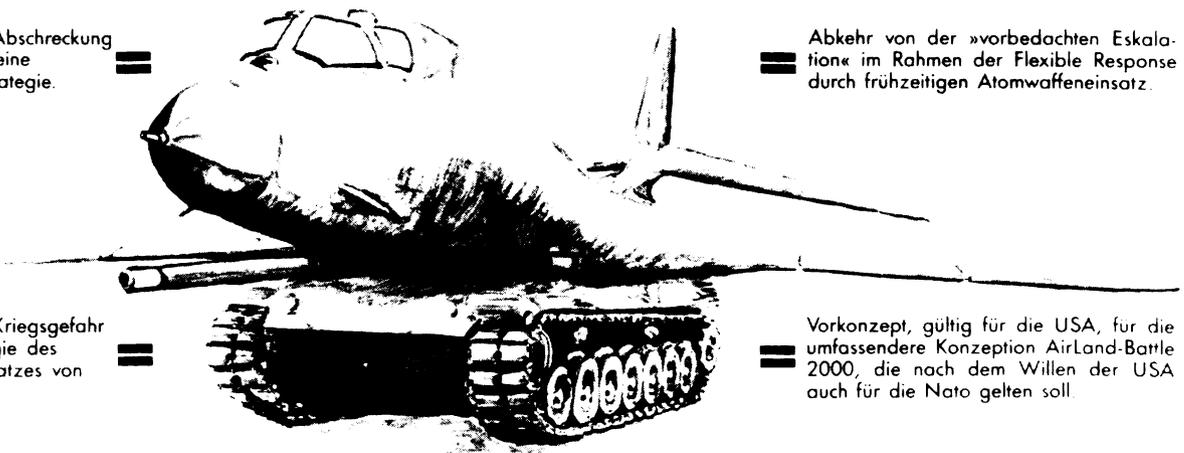
(Luft-Land-Schlacht)

Abkehr von der Abschreckung
Ausrichtung auf eine
Kriegsführungsstrategie. =

= Abkehr von der »vorbedachten Eskalation« im Rahmen der Flexible Response durch frühzeitigen Atomwaffeneinsatz.

Erhöhung der Kriegsgefahr
durch die Strategie des
frühzeitigen Einsatzes von
Waffengewalt. =

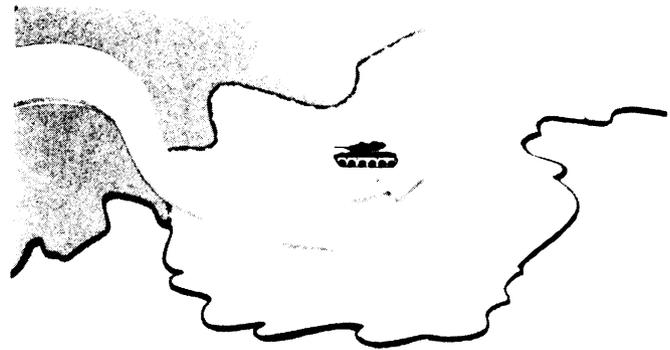
= Vorkonzept, gültig für die USA, für die umfassendere Konzeption AirLand-Battle 2000, die nach dem Willen der USA auch für die Nato gelten soll.



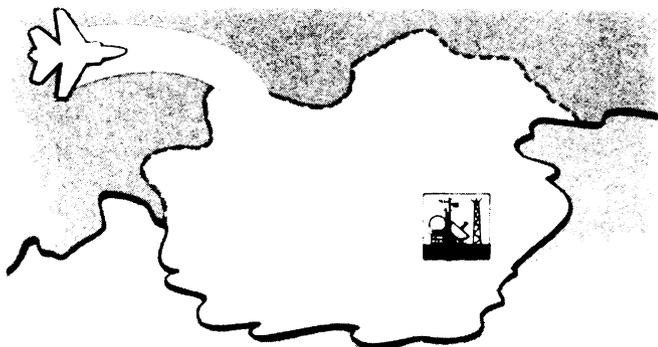
Die vier wichtigsten Grundsätze von AirLand-Battle sind:



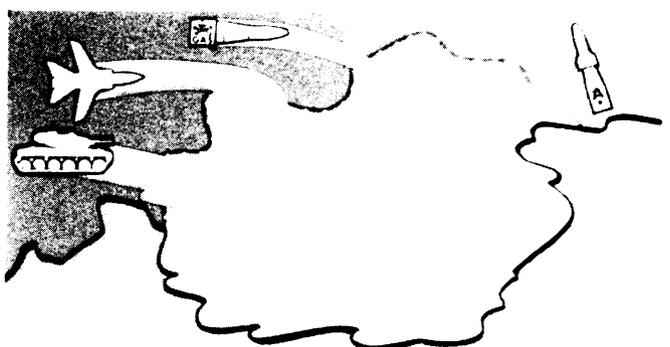
① **Offensives Eingreifen mit Boden- und Lufttruppen**



② **Initiative erlangen und erhalten**

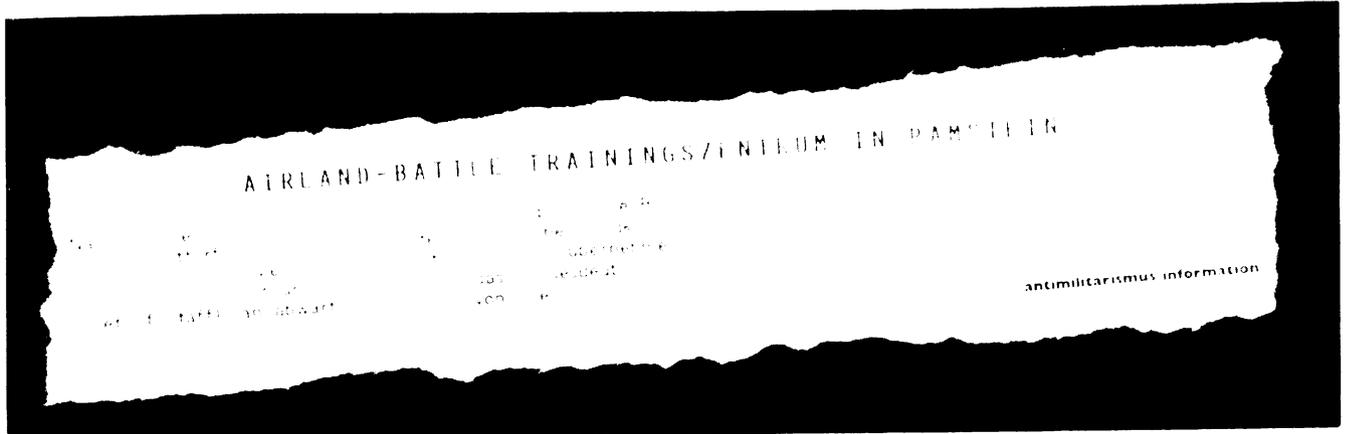


③ **Schlag in die Tiefe des gegnerischen Gebietes von Anfang an**



④ **Kombinierter Einsatz von atomaren, konventionellen und chemischen Waffen möglichst frühzeitig**

Was hat AirLand-Battle mit der NATO zu tun?



General Bernhard W. Rogers

Der Rogers-Plan

Der Rogers-Plan wurde für den europäischen Kriegsschauplatz vom Oberkommando der NATO (General Rogers) erarbeitet.

Am 9. November 1984 hat der Verteidigungsausschuß des Bundestags den Rogers-Plan angenommen.

Der Rogers-Plan ist eine Planungsrichtlinie für die Bekämpfung der Folgestaffeln des Warschauer Paktes — auch Follow-on-Forces-Attack oder FOFA genannt.

General Bernard W. Rogers

„FOFA schließt sich auf einen Angriff von konventionellen Waffen nicht zurück. Manche in der NATO-Angriffslinie sind im Londoner Vertrag mit dem Generalstab beauftragt. Wir hatten bewiesen, dass ein Angriff auf unsere Verteidigungspläne“

”

AirLand-Battle	im Vergleich	Rogers-Plan (FOFA)
<p>Offensivstrategie um überall in der Welt eingreifen und siegen zu können — gültig für die US-Streitkräfte.</p>		<p>Offensivstrategie für den NATO-Bereich mit einem wesentlichen Element von AirLand-Battle, die dann in Kraft tritt, wenn der Warschauer Pakt angreift.</p>
<p>Die Kampfhandlungen sollen über die Grenze in gegnerisches Gebiet getragen werden. = »Schlag in die Tiefe«</p>		<p>Die Kampfhandlungen sollen mit weitreichenden konventionellen Waffen in das feindliche Hinterland getragen werden. = »erweitertes Schlachtfeld«</p>
<p>Möglichst frühzeitiger Angriff (Präemptivschlag) mit atomaren und konventionellen Waffen, gegebenenfalls auch mit chemischen Waffen. Ziel: Eine Ausweitung des Krieges auf die USA zu verhindern.</p>		<p>Betonung der konventionellen Waffen, um den Zeitpunkt des Ersteinsatzes von Atomwaffen hinauszuzögern. Die Möglichkeit des Atomschlags wird offengehalten.</p>

Es ist abzusehen, daß aufgrund der Übermacht der USA im NATO-Bündnis AirLand-Battle auch zur NATO-Strategie wird.

Raketenabwehr im Weltraum



Präsident Reagan

Am 23.3.83 sagte der US-Präsident R.Reagan:

»Wie wäre es, wenn freie Menschen sicher leben könnten in dem Wissen, daß ihre Sicherheit nicht auf der amerikanischen Drohung einer sofortigen Vergeltung beruht, um vor einem sowjetischen Angriff abzuschrecken; daß wir strategische Raketen abfangen und vernichten können, bevor sie unseren Boden oder den unserer Verbündeten erreichen.«

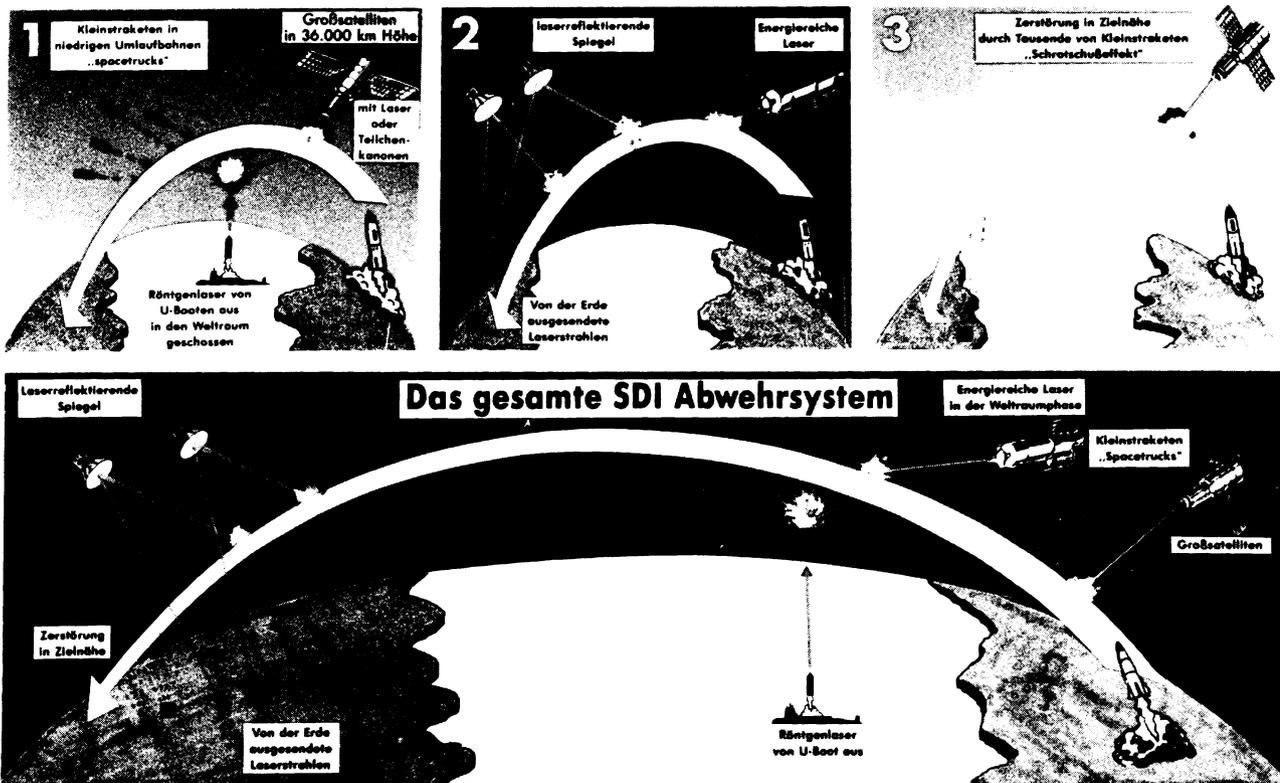
Damit gab R. Reagan den Startschuß zu einem Forschungsprogramm. In diesem sogenannten SDI-Programm werden jedoch heute schon Waffen entwickelt

SDI heißt:

Strategic = strategische
Defence = Abwehr
Initiative = Initiative

oder auch kurz »Star-Wars-Programm« (Krieg der Sterne) genannt

Die drei Abwehrgürtel von SDI (in Entwicklung)



Atombomben auf Trägermitteln globaler Reichweite haben die Abschreckungsstrategie grundlegend verändert. Die bisher beschriebenen Strategien beruhen auf der Überlegenheit der Angriffswaffen, d.h. im wesentlichen der Raketen, gegen die es bisher keinen Schutz gibt. Die schlichte Tatsache, gegen die Atomraketen des Gegners prinzipiell schutzlos zu sein, hat die militärischen Planer nicht ruhen lassen. Schon ab Anfang der sechziger Jahre wurden Raketen zur Abwehr von Raketen entwickelt. Die USA hatten bis in die Mitte der siebziger Jahre Abwehrraketen mit Atomsprenköpfen stationiert. Die Sowjetunion entwickelte ebenfalls Raketenabwehrraketen und stationierte etwa hundert Systeme zum Schutz der Hauptstadt Moskau.

Ende der sechziger Jahre verhandelten die USA und die Sowjetunion über die Begrenzung der strategischen Rüstung (Strategic Arms Limitation Talks, kurz „SALT“). Erstes Ergebnis war 1972 der sogenannte „ABM-Vertrag“ (ABM = Anti Ballistic Missile, Raketenabwehr-Rakete). Der Vertrag begrenzte die Zahl der Raketenabwehrsysteme auf zunächst 200, dann 100 Systeme. Damit verzichteten die Großmächte auf den Aufbau eines flächendeckenden Schutzsystems; das Prinzip der gegenseitigen Fähigkeit zur Zerstörung, die auf der Schutzlosigkeit basiert, wurde damit anerkannt. Erst damit war der Weg frei für Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Angriffswaffen. Denn offensichtlich kann im Rahmen des Abschreckungssystems keine Seite

die Angriffswaffen begrenzen oder gar abbauen, wenn der potentielle Gegner gleichzeitig Abwehrfähigkeiten aufbauen und sich schützen kann.

Im ABM-Vertrag wurde die Modernisierung der Abwehrsysteme und die Erforschung neuer Techniken nicht verboten. In Übereinstimmung mit dem Vertrag forschten und entwickelten beide Seiten weiter. Während die Abwehrsysteme der sechziger Jahre als unzuverlässig und teuer galten, scheint zwanzig Jahre später der Fortschritt in der Waffentechnik neue effektivere Abwehrmethoden zu ermöglichen. 1983 gab der Präsident der USA, Reagan, den Auftrag zu einem Forschungsprogramm unter dem Titel „SDI“ (Strategic Defense Initiative), Strategische Verteidigungsinitiative. Laser-

und andere Strahlenwaffen, auf Satelliten die Erde umkreisend, oder Präzisionsraketen, im Weltraum oder auf der Erde stationiert, sollen angreifende Raketen zerstören. Voraussetzung für die Funktion dieser Abwehrsysteme ist auch die Verbesserung bei der Sensoren- und Computertechnik. Unabhängig von der Frage, ob es jemals einen wirklichen Schutz geben wird, unterläuft allein die Entwicklung von Abwehrsystemen die Stabilität des Abschreckungssystems. Wer sich vor den Angriffsraketen des Gegners schützen kann, kann sich auch vor einem Vergeltungsschlag schützen.

Wer seine Angriffswaffen perfektioniert und einen Schutzschirm aufbauen kann, erlangt die Position der strategischen Überlegenheit. Die Konzeption der strategischen Überlegenheit steht hinter den Plänen der Weltraumrüstung. ★

Die Konzeption der Überlegenheit ist zwar keine offizielle Strategie der NATO - aber wenn die atomare Führungsmacht USA faktisch eine Rüstungspolitik der Überlegenheit betreibt, betrifft das selbstverständlich das Bündnis. Die Haltung der NATO-Staaten zu SDI ist zwar unterschiedlich, die meisten beteiligen sich aber zumindest wirtschaftlich.

In einer Abschreckungspolitik, die angeblich auf einem Gleichgewicht beruht und die Entspannung fördern will, hat das Streben nach Überlegenheit nichts zu suchen. Es erhöht die Kriegsgefahr, da die Gegenseite sich bedrängt fühlen muß. Faktisch verhinderte SDI in den letzten Jahren einen Fortschritt bei den Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen.

★(Anmerkung Colin Gray: „Das Konzept der strategischen Überlegenheit“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/82)

„Mit beiden Füßen auf der Erde“

In der Nato wächst Widerstand gegen Reagans Weltraumpläne

William Proxmire, demokratischer Senator in Washington, machte sich Sorgen um die Allianz. Bis Mitte März habe Reagans Regierung Rechenschaft darüber abzulegen, beschloß auf seinen Antrag der Senat, wie man sich mit den Verbündeten über die geplante Weltraumrüstung ins Benehmen gesetzt habe.

Um sicherzugehen, ließen die Gewählten wissenschaftliche Mitarbeiter des Kongresses nach Europa ausschwärmen. Dort sollten sie das Meinungsbild über Reagans Star-Wars-Vision erkunden.

Was die Nachrichtensammler aus Hintergrundgesprächen in Frankreich, Belgien, Großbritannien und der Bundesrepublik zusammenstellten, widersprach deutlich dem selbstgefälligen Optimismus eines Pentagon-Berichts, der im März in Washington zirkulierte.

(...)

„Ein erdrückendes Übergewicht negativer Stellungnahmen“ fand man in Europa. Die verbündeten Regierungen sahen sich vor schwersten innenpolitischen Zerwürfnissen: „Am größten scheint die Gefahr einer Zerreißprobe in der Bundesrepublik.“

Fünf Befürchtungen, so die Amerikaner, beherrschen Europas SDI-Debatte:

- ▷ Weltraumwaffen gefährden das Gleichgewicht zwischen den Supermächten.
- ▷ Chancen für Rüstungskontrolle und Entspannung schwinden, kommt es zum Wettrüsten im Weltraum.
- ▷ US-Garantien für Europa werden mit dem Rückzug in die „Festung Amerika“ ungläubwürdig, der Alte Kontinent wird abgekoppelt.
- ▷ Der militärische Marsch ins All soll Amerikas Technologie-Vorsprung zum Rest der Welt ausbauen.
- ▷ Die milliardenteuren Atomwaffen Frankreichs und Großbritanniens werden mit dem Aufbau von Abwehrsystemen funktionslos.

Glaubt man aber den Star-Wars-Strategen des Pentagon, dann sorgen sich die Europäer ohne jeden Grund:

Das nukleare Gleichgewicht des Schreckens habe doch Moskau schon lange vorher aus den Angeln gehoben. Das SDI-Projekt solle helfen, die verlorene strategische Parität wiederherzustellen. Auch die Kontrolle der umfangreichen Offensivrüstung beider Supermächte sei allenfalls unter dem Schutz eines Abwehrschirmes denkbar.

Mehr noch: Die gültige Nato-Doktrin der abgestuften Reaktion („flexible response“) würde ja erst richtig glaubhaft, so die Pentagon-Planer, wenn Washington ungefährdet – weil All-geschützt – den Sowjets selektive Atomschläge androhen könne, falls der Kreml die Nato konventionell angreifen sollte. Am Technologie-Fortschritt könnten die Partner teilhaben, wenn sie nur mitmachen wollten.

(...)

Inzwischen hat sich aber ein Mann gegen SDI gestellt, der den Militärleibhaber Reagan noch eher überzeugen könnte als die furchtsamen europäischen Zivilisten – ein leibhaftiger General: Bernard W. Rogers, Nato-Oberbefehlshaber in Europa, hat jetzt mit schroffer Klarheit, wie es seine Art ist, deutlich gemacht, was er von Ronald Reagans Weltraumabwehr hält:

„Es mag ja ein sehr aufregendes Geschäft sein, diese Art von Technologie zu erforschen“, polterte Rogers letzte Woche in einem Gespräch mit der englischen Fachzeitschrift „Jane's Defence Weekly“ los, „aber für eine Reihe von Jahren werden wir nicht wissen, ob es erstens funktioniert und ob es zweitens bezahlbar ist.“ Bis dahin aber, warnte der General weiter, „wollen wir in Westeuropa nicht nur am Leben bleiben, wir wollen auch dann noch frei sein, wenn wir vielleicht in den Genuß dieser Forschungsergebnisse kommen“.

Den Oberbefehlshaber bedrückt, daß die Amerikaner seiner Meinung nach im Bündnis falsche Prioritäten setzen. Rogers weiß, daß die europäischen Nato-Staaten schon jetzt nicht in der Lage sind, genügend Geld in ihre Verteidigungsetats zu pumpen, um die volle Kampfkraft ihrer Armeen zu erhalten.

Wenn die Westeuropäer auch noch Mittel für das SDI-Programm locker machen müssen, so die Nato-Strategen in Brüssel, „dann muß dieses Geld von irgendwoher kommen, und das werden die Ausgaben für unsere konventionellen Kräfte sein“.

(...)

Zwar könne, glaubt der Nato-Strategie, ein funktionierendes Verteidigungssystem im Weltraum die Nato-Doktrin der „flexible response“ durchaus glaubhafter machen als bisher. Doch gelte das nur so lange, wie die Sowjets nicht ein gleichermaßen wirksames Verteidigungssystem aufbauen. Ziehe Moskau nach, dann, so ein anderer Rogers-Berater, „ist die flexible response am Ende“. Denn in diesem Fall würde die Nato die Fähigkeit verlieren, bei einer drohenden Niederlage auf dem Schlachtfeld die Sowjets mit dem selektiven Einsatz von Nuklearwaffen zum Innehalten zu bewegen.

Ohne nukleare Abschreckung aber müßte die konventionelle Verteidigungsfähigkeit zum Kern des Sicherheitssystems in und für Europa werden. Für Rogers schließt sich an dieser Stelle der Kreis seiner Argumentation: Die immensen Mittel, die für Star Wars draufgehen, würden die konventionelle Kampfkraft der Nato schwächen, „obwohl gerade Star Wars wahrscheinlich dazu führt, daß die konventionelle Verteidigung so wichtig werden wird wie niemals zuvor in der Nato-Geschichte“, so ein Nato-Experte.

(...)

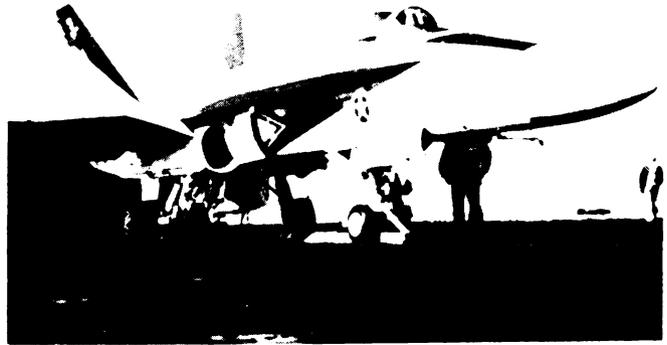
Wie sicher macht uns SDI ?

Reden... und Handeln...



US-Präsident Ronald Reagan

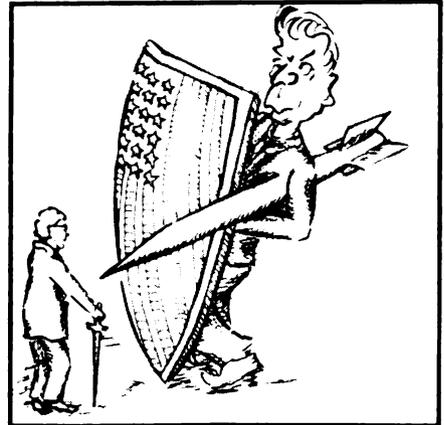
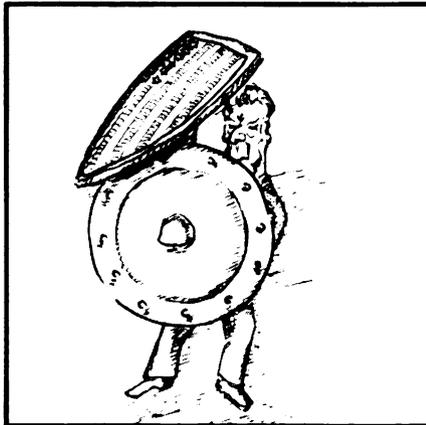
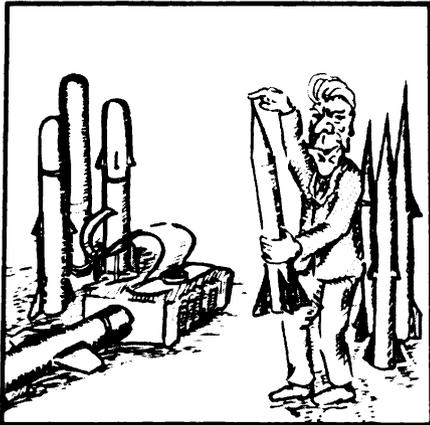
» daß ihre Sicherheit nicht auf der amerikanischen Drohung einer sofortigen Vergeltung beruht, ...«



Neue Angriffswaffen, wie MX, Pershing II, Cruise Missile, Trident Navstar

Die Äußerung von Ronald Reagan zu SDI einerseits und die Einführung der neuen Waffensysteme, die vor allem Angriffswaffen sind, andererseits, zeigt den wahren Hintergrund von SDI

Perfektionierung der Angriffswaffen + Optimaler Abwehrschutz = Überlegenheit



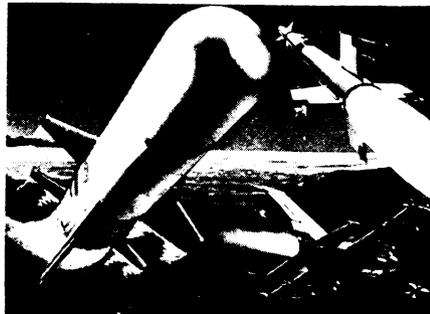
Überlegenheit heißt → Möglichkeit zur Kriegsführung

Aufbau einer Kriegsführungsmöglichkeit heißt → Provozieren eines offenen Konflikts

Die Folge für die NATO-Länder :



Blockierung von Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen

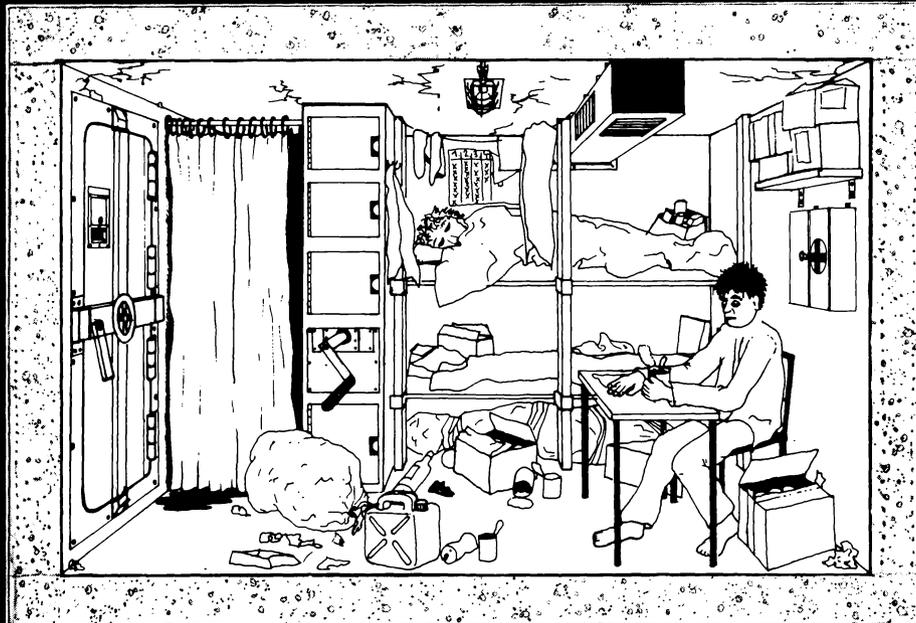


Neue Phase eines Rüstungswettlaufs



Eine gefährliche Steigerung der Kriegsgefahr

Im Bunker ... nach 3 Wochen



Obwohl von offizieller Seite immer wieder versichert wird, Abschreckungspolitik verhindere den Krieg, wollen manche Kreise doch »vorsorgen«: Sie empfehlen bzw. verordnen den Bau von Atom-»schutz«bunkern. Solche Bunker sollen die Zivilbevölkerung vor den Folgen des Atomkrieges »schützen«. Dieser Schutz ist eine Illusion: Die Menschen müßten wochen- oder monatelang im Bunker bleiben auf engem Raum zusammengedrängt, in immer schlechter werdenden hygienischen Verhältnissen, ohne Information über die Lage »draußen« und über das Ergehen ihrer Angehörigen und Freunde ... Und wenn sie den Bunker verlassen, sind die Nahrungsgrundlagen verseucht. Im Atomkrieg ist Über»leben« kaum möglich. Atom-»schutz«bunker nützen also lediglich den Baufirmen und jenen Politikern, die von den ungeheuerlichen Risiken ihrer Politik ablenken wollen.

Abschreckung heißt nicht Angriff, sondern Verteidigung durch Androhung von Gewalt.

Dieses Konzept war schon immer fragwürdig, da es durch die dennoch vorhandene Fähigkeit zum Angreifen den Gegner ständig bedroht. Trotzdem wurde und wird das „Gleichgewicht des Schreckens“, wie es auch genannt wird, als Garant des friedlichen Ausgleichs im Machtkampf der Blöcke hochgelobt.

Dieses Prinzip der Abschreckung wird nun durch die neuen Planungen der NATO und der USA mit neuen Waffensystemen, SDI, AirLand-Battle und Rogers-Plan unterlaufen. Diese Planungen werden uns zudem als sogenannte „Sicherheit“ verkauft, obwohl nur ein Gedanke dahinter steht: das Streben nach strategischer Überlegenheit.

In der Abschreckungspolitik nach dem Prinzip des Gleichgewichts der

Kräfte hat jedoch das Streben nach Überlegenheit nichts zu suchen. Es erhöht die Kriegsgefahr, da sich die Sowjetunion mit ihren Bündnispartnern bedrängt fühlen muß. Die Handlungsweise des Gegners UdSSR wird nicht mehr einschätzbar, wenn sie Gefahr läuft, daß ihre eigenen Waffen wirkungslos werden und sie dennoch von der Strategie und den Waffen des Westens bedroht wird.

USA und NATO

Die USA verstehen sich als westliche Führungsmacht und als globaler Garant westlicher Freiheit und Demokratie. Dieser Führungsanspruch wird nur zum Teil aus gesellschaftspolitischer Qualität abgeleitet. Hier könnten Schweden oder andere europäische Staaten den freiheitlich-demokratischen Anspruch lückenloser belegen. Die Grundlage der amerikanischen Vormachtstellung besteht eher in der wirtschaftlichen und militärischen Macht der USA. Dieser Machtanspruch der USA wird für Westeuropa innerhalb der NATO deutlich.

Als 1949 die NATO gegründet wurde, waren West- und Osteuropa erheblich zerstört und wirtschaftlich geschwächt. Die USA gingen von allen Beteiligten als einzige wirtschaftlich gestärkt aus dem Zweiten Weltkrieg hervor. Obwohl die NATO als Bündnis souveräner und gleichberechtigter Staaten verfaßt wurde, hatten die USA bereits seit Beginn die Vormachtsstellung inne. Die westeuropäischen Gründungsstaaten der NATO sahen in dem Atombombenmonopol und der überlegenen See- und Luftstreitkraft der USA einen Schutz gegen die UdSSR und duldeten deshalb diese Sonderstellung. In der Organisationsstruktur der NATO drückt sich diese Rangordnung dadurch aus, daß die wichtigsten Kommandobehörden unter Amerikanern und Briten aufgeteilt sind.

Erst als die europäischen Staaten im Zuge der Entspannungspolitik die sowjetische Bedrohung geringer einschätzten als die USA, wurden unterschiedliche Auffassungen deutlich. Europa hatte sich inzwischen wirtschaftlich erholt und die Europäische Gemeinschaft wurde für Amerika zur Konkurrenz. Politisch und militärisch zeichneten sich immer deutlicher unterschiedliche Interessen zwischen den USA und Europa ab. Die Kooperationsbereitschaft der Amerikaner - und das gilt bis heute - zeigte sich dabei sehr dürftig. Der Informa-

tionsfluß und die Beratungen waren eher einseitig. Der ehemalige US-Außenminister Kissinger kritisierte die amerikanische Haltung:

„Die NATO war oftmals (...) mit amerikanischen Plänen konfrontiert worden und hatte ihre konsultative Rolle beschränkt gesehen auf die Diskussion der technischen Durchführung einer amerikanischen Konzeption. (...) Unsere Vertreter tun oft so, als ob eine von der unseren abweichende Meinung nur das Resultat der Ignoranz unserer Verbündeten sei und nach ausführlicheren Instruktionen und beharrlichem Insistieren letzten Endes zwangsläufig aufgegeben werden müsse.“

(Nordatlantikpakt - Warschauer Pakt, S. 181)

Beispiele:

Das Atomteststop-Abkommen

Nach den Erfahrungen der Kubakrise bemühten sich die USA und die UdSSR, durch das Atomteststop-Abkommen ähnliche Krisen zukünftig zu vermeiden; durch das Nichtverbreitungs-Abkommen für Atomwaffen von 1968 sollten kleinere Staaten am Erwerb der Atombombe gehindert werden. Vor allem Frankreich empfand dadurch seine Rüstungspolitik eingeschränkt. Aber auch bundesdeutsche Interessen wurden übergangen:

Die Bundesrepublik wollte nicht, daß die DDR zu den Vertragsunterzeich-

nern zählt, da dies eine indirekte Anerkennung der DDR als Staat bedeutet hätte. Die USA stellten allerdings ihr Interesse über das der Bundesrepublik.

Die Nahostkrise 1973

Während des arabisch-israelischen Oktoberkrieges von 1973 verfolgten die USA eine Politik, die den europäischen Interessen zuwiderlief. Europa war seinerzeit wirtschaftlich vom arabischen Öl abhängig und bemühte sich um geringe Einmischung. Zudem war mit dem Krisenherd Mittelmeer für Westeuropa ein regionales Interesse verbunden. Die Groß-

Die bisherigen Oberbefehlshaber der NATO für Europa (SACEUR)

1950 Eisenhower
1952 Ridgway
1953 Gruenther

1956 Norstad
1963 Lemnitzer
1969 Goodpaster

1974 Haig
1981 Rogers
1987 Galvin

macht USA hingegen erzeugte massiven politischen und militärischen Druck, der zu Lasten der Bündnispartner gehen mußte. Obendrein lief der militärische Nachschub der USA für Israel über die US-Basen in Europa, besonders in der Bundesrepublik. Die europäischen NATO-Staaten sahen darin ein erhebliches Risiko für ihre Sicherheit.

Amerika hielt es nicht für nötig, die europäischen Staaten zu konsultieren oder zu informieren.

Die Neutronenbombe

Ende der siebziger Jahre entwickelten die USA die Neutronenbombe. Während der Endphase, als Amerika bereits Stationierungspläne für Europa und damit auch für die Bundesrepublik hegte, informierten sie die NATO-Partner nicht. Die Bundesrepublik versuchte gerade bei Spannungsgesprächen zwischen den USA und der UdSSR zu vermitteln, als Bonn mit der Information überrascht wurde, daß die Neutronenbombe produktionsreif sei.

Die Bundesrepublik wurde dadurch einerseits in ihrer Vermittlungspolitik behindert, andererseits war die Neutronenbombe innenpolitisch nicht mehr glaubwürdig durchzusetzen.

Abgesehen von solchen Einzelbeispielen amerikanischer NATO-Politik ist auch die Gesamtprägung der NATO amerikanisch.

Die Konzeptionen der verschiedenen NATO-Strategien sind eher der jeweiligen amerikanischen Innen- und Außenpolitik (nicht nur des NATO-Geltungsbereichs) angeglichen als den europäischen Bedürfnissen. So läßt sich deutlich der Zusammenhang zwischen Regierungswechseln in den USA und neuen Strategieplänen der NATO ausmachen.

Der Wechsel von Truman zu Eisenhower ging Hand in Hand mit einer Zurückstufung der Bedeutung der konventionellen Kräfte für Verteidigung und Abschreckung; der Regierungsantritt Kennedys brachte die Ablösung der Strategie der „massiven Vergeltung“ durch jene der „flexiblen Erwidern“ (Nordatlantikpakt - Warschauer Pakt, S. 181)

Bedenkt man, daß außerdem der NATO-Oberbefehl von den USA geführt wird, so ist der Konflikt innerhalb der NATO durch die zwei Faktoren bestimmt: Die Sonderstellung der USA und die unterschiedliche geographische Position der USA im Vergleich zu den anderen NATO-

Partnern. Während durch Europa die Ost-West-Grenze verläuft und deshalb im Krisenfall Entspannungsdiplomatie das Überleben am ehesten sichert, muß Amerikas Interesse auf die Begrenzung eines Konflikts auf Europa gerichtet sein. Vor diesem Hintergrund sind auch die unterschiedlichen Auffassungen zu den SDI-Plänen (der strategischen Verteidigung im Weltraum) zu sehen.

Auch die Dienstvorschrift AirLand-Battle zur Ausbildung der US-

Truppen birgt solchen Konfliktstoff, da alle der NATO unterstellten US-Verbände ihr Einsatzkonzept auf die offensive Kriegsführung umstellen mußten. AirLand-Battle prägt damit wesentlich die NATO-Strategie. Denn spätestens bei NATO-Manövern müssen sich die Truppen der Bündnispartner angleichen, um kooperieren zu können.

Beispiele aus: Nordatlantikpakt - Warschauer Pakt, Ein Vergleich zweier Bündnisse, Hrg: Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit, München 1984, S.180ff, und DER SPIEGEL Nr.30 & 31/1977

Weißbuchdeutsch

In der Politik gibt es den Begriff der „Sprachregelung“. Dieser meint eine Übereinkunft einer Gruppe, z.B. einer Regierung, einer Allianz oder einer Fraktion, einen bestimmten politischen Sachverhalt, aber auch Institutionen oder Gegenstände sprachlich zu vereinheitlichen.

So heißt z.B. das frühere Kriegsministerium bei uns nun „Verteidigungsministerium“.

Während die NATO in der Regel „Bündnis“ genannt wird, bezeichnet man die WVO als „Pakt“.

Krieg wird, so er sich auf unser Gebiet bezieht, als „Ernstfall“ bezeichnet und die Atomwaffen mit der größten Zerstörungskraft werden kurzerhand „Strategische Waffen“ genannt.

Solche Begriffe sollen beim Volk (das in der Politikersprache „Öffentlichkeit“ heißt) negative Assoziationen neutralisieren oder positive hervorrufen. Unschönes wird beschönigt - Hartes wird „weich gemacht“.

Wenn man sich für die hintergründige Ausrichtung einer Politik interessiert, ist es deshalb lohnend, Regierungsveröffentlichungen über ein paar Jahre hinweg sprachlich unter die Lupe zu nehmen. Im Vergleich ist es dann nicht schwer, die politische Linie und deren Wandel zu erkennen.

Seit vielen Jahren gibt das Verteidigungsministerium immer mal wieder ein neues „Weißbuch“ heraus (1). Weißbuch, das ist ein Rechenschaftsbericht des Verteidigungsministeriums und zugleich eine Grundlagenklärung zur Sicherheitspolitik.

Bereits die Einleitung der „Weißbücher“ von 1970 bis 1985 sagt, wie man jeweils zum Frieden steht.

1970 hieß es noch: „Die Bundesregierung betrachtet den Frieden als das höchste Gut“ (2), und mit den Worten, „... daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen darf“ (3), wird der eigenen Verantwortung am Zweiten Weltkrieg gedacht. Aber schon ab 1973 taucht der Begriff „Frieden“ immer nur in Zusammenhang mit „Freiheit“ auf: „Die Bundesregierung will (...) die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes (...) schützen und den Frieden bewahren.“ (4)

„Frieden ist Grundbedingung unseres Lebens. Den Frieden in Freiheit zu bewahren, ist Ziel deutscher Sicherheitspolitik.“ (5)

Frieden war von nun an nicht mehr das höchste Gut, sondern wetteiferte mit einer recht unbestimmten Freiheit - unbestimmt zumindest, was die Einzelperson angeht. Gemeint ist damit die Freiheit der Marktwirtschaft und die Freiheit des westlichen Systems. 1983 und 1985 wird nicht mehr wie ehemals die Zielsetzung „Frieden“ genannt, sondern nur noch schlicht festgestellt: „Die Sicherheitspolitik der Bundesregierung dient der Erhaltung von Frieden in Freiheit. Sie ist Friedenspolitik.“ (6)

Es mag vielen unwesentlich erscheinen, ob gesagt wird „die Regierung will ...“ und „hat das Ziel ...“ oder ob gesagt wird: „Wir machen Friedenspolitik!“ Doch wer kein Ziel mehr hat und nur noch konstatiert, macht sich selbst zum Maßstab und verliert die Selbstkritik. Der Sprachstil des Weißbuches von 1985 ist das Abbild einer Selbstgerechtigkeit in der Verteidi-

gungspolitik, die sich in der Nachrüstung und der Zustimmung zum Rogers-Plan und zu SDI ausdrückt.

Ein anderes Beispiel ist die weltpolitische Einschätzung in den Weißbüchern.

Sowohl 1970 als auch 1973/74 war ein „bißchen Frieden“ in den Tönen über den Gegner Sowjetunion zu vernehmen. Da hieß es: „Eine militärtechnische Revolution hat dem amerikanisch-sowjetischen Verhältnis den reinen Konfrontationscharakter genommen... Dämpfung des ideologischen Eifers hat die westöstlichen Beziehungen versachlicht...“ (7) und: „Wesentliches Kennzeichen der Weltpolitik ist das Bestreben der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, zweiseitige Vereinbarungen dort zu treffen, wo die Gleichheit der Interessen die machtpolitische Rivalität mindert“ (8).

Demgegenüber wird 1985 schon ein recht rüder Ton angeschlagen: „Der politisch offensive, für den Westen latent bedrohliche Charakter des sowjetischen Machtstrebens ergibt sich vor allem aus folgenden Elementen:...“ Es folgen drei Evergreens über den Sowjetimperialismus als Erklärungen. (9)

Man besinnt sich wieder alter Denkmuster à la „Reich des Bösen“. Die harte Linie bestimmt die politischen Vorstellungen. In der politischen Realität hingegen hatte sich die Sowjetpolitik kaum geändert. Wo es neue Aspekte gab, lagen sie eher in einer Betonung der Abrüstung - wenn auch nicht ohne Eigennutz. Was sich geändert hatte, war die US-Politik mit R. Reagan und - in der Folge - unsere außenpolitischen Einschätzungen.

Nach dem Grundsatz „was der Feind macht, ist böse“ wird in bestem Feindbilddenken prophezeit, daß die Sowjetunion versuchen wird, „die Wiederaufnahme des Rüstungskontrollprozesses zur Verhinderung eines amerikanischen Vorsprungs in der Entwicklung eines umfassenden strategischen Abwehrsystems zu nutzen ...“ (10)

Der aufmerksame Leser wird sich fragen, was denn daran so schlimm sei. Schließlich heißt das offizielle Ziel von NATO und WVO (Warschauer Vertragsorganisation) seit Jahrzehnten nicht Überlegenheit, sondern Gleichgewicht. Nimmt es dann Wunder, wenn die Sowjetunion einen Vorsprung der USA verhindern will? Um solchem Streben der Sowjetunion dennoch einen martialischen Rahmen zu geben, führt das Weißbuch das Zitat weiter: „... und ihre militärische Offensivkapazität in Europa sowie ihre globalen militärischen Aktionsmöglichkeiten weiter auszubauen.“ (11) Da ist er wieder, der Russe aus der Zeit des kalten Krieges. Wie glaubwürdig erscheint da noch folgende Erklärung des Weißbuches zur gegenwärtigen Sicherheitspolitik? „Deshalb bleiben Dialog, Zusammenarbeit sowie Rüstungskontrolle und Abrüstung auf der Grundlage gesicherter Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit Bestandteile der Sicherheitspolitik im Bündnis.“ (12)

Wie freundlich klang es noch damals im Weißbuch von 1970: „Das Ziel ist es, das Nebeneinander im geteilten Deutschland und Europa zu organisieren und ein Miteinander zu versuchen; die Furcht zu mindern, die Last zu erleichtern, den Menschen zu

menschlicherem Kontakt zu verhelfen; kurzum: den Frieden für die Völker Europas besser und sicherer zu machen.“ (13) In diesem Sinne wurde damals dem Gegner nicht Böses unterstellt: „Keine Aktion der sowjetischen Führung in den vergangenen Jahren deutet auf die Absicht hin, militärisch gegen Westeuropa vorzugehen.“ (14) Dennoch war man 1970 nicht blind für eine mögliche Bedrohung, wenn - so hieß es - „die gegenwärtig obwaltende vorsichtige Einschätzung des Risikos einer unbeachteten, bedenkenlosen Beurteilung weichen sollte - oder wenn das Gleichgewicht aufgehoben würde.“ (15)

Nach einer weltpolitischen Einschätzung ist das Verteidigungsministerium natürlich auch zum Handeln, bzw. zur Vorbereitung des Handelns gezwungen, das heißt hier, Abschreckungspolitik zu betreiben. Darf man hierzu die Weißbücher ernst nehmen, so hat sich in all den Jahren entscheidendes getan. Hieß es noch 1973/74:

„Ohne ein ausgewogenes Kräftegleichgewicht ist weder Abschreckung noch Verteidigung möglich“ (16), so wurde bereits 1979 neben dem Gleichgewicht noch der Verteidigungswille betont:

„Abschreckung ist dann glaubwürdig, wenn die Bündnisstaaten fähig und Willens sind, sich gemeinsam zu verteidigen, und wenn diese Fähigkeit und Bereitschaft zur Verteidigung für den Angreifer evident ist.“ (17) Solch ein Verständnis der Glaubwürdigkeit von Abschreckung mag noch zugestanden sein, wenngleich es ein bißchen nach „Zähneflecken“ klingt.

1983 findet man nebst dem Ebengenannten auch eine bemerkenswerte Sprachverwirrung (oder Gedankenverstrickung?) zur Abschreckung: Abschreckung wird da als „logische Konsequenz einer Politik, die von dem Willen zur Selbstbehauptung getragen wird und die zugleich eine bewaffnete Aggression verhindern will“, bezeichnet. (18) „Logisch“ bedeutet: dem folgerichtigen Denken entsprechend. Absicht oder nicht - auch die Schweiz will sich selbst behaupten und eine bewaffnete Aggression verhindern - sie tut es ohne atomare Abschreckung. Einem folgerichtigen Denken entspringt die Weißbuch-Äußerung allemal nicht.

Brisant wird der Sprachgebrauch allerdings erst 1985. Hier lohnt es sich, jedes Wort zu beachten, und wer will, darf dabei auch ins Sinnieren



verfallen. Das folgende Zitat aus dem Weißbuch 1985 könnte so manchen böswilligen Exegeten zu der Annahme bringen, die NATO wolle endlich kämpfen und dies auch dem Osten offen zeigen. Nicht mehr von der „Bereitschaft zur Verteidigung“, nein, vom „Willen zu kämpfen“ ist da die Rede: „Ohne die sichtbare Fähigkeit und den Willen zu kämpfen ist Abschreckung nicht glaubwürdig und wirksam.“ (19)

Auch wenn es noch so viel Vergleichenswertes gibt, so soll dieses Zitat den sprachlichen Ausflug beenden, denn ein deutlicheres Zeichen der Wende in der Sicherheitspolitik ist wohl nicht nötig.

Anmerkungen:

1. Für diesen Vergleich wurden verwendet: Weißbuch 1970, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Im Auftrage der Bundesregierung herausgegeben vom Bundesminister der Verteidigung; Weißbuch 1973/74, dto., Weißbuch 1979, dto., Weißbuch 1983, dto., Weißbuch 1985, dto.,
2. Weißbuch 1970 (in der Folge mit WB abgekürzt), S. 3
3. ebenda
4. WB 1973/74, S. 3
5. WB 1979, S.3
6. WB 1985, S. 3, vgl. auch WB 1983, S. 4
7. WB 1970, S. 4
8. WB 1973/74, S. 7
9. WB 1985, S. 11
10. WB 1985, S. 385
11. ebenda
12. WB 1985, S. 21
13. WB 1970, S. 11
14. WB 1970, S. 21
15. WB 1970, S. 21
16. WB 1973/74, S. 16
17. WB 1979, S. 123
18. WB 1983, S. 141
19. WB 1985, S. 72

Literaturhinweise

Ulrich Albrecht:
Kündigt den Nachrüstungsbeschluß!
Argumente für die Friedensbewegung
Frankfurt 1982

Bundesminister der Verteidigung (Hg.):
Weißbuch 1983
Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister der Verteidigung
Weißbuch 1985:
Zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit:
Nordatlantikpakt - Warschauer Pakt.
Ein Vergleich zweier Bündnisse
München 1984

Bundeszentrale für Politische Bildung:
Frieden und Sicherheit als Herausforderung. Informationen und Argumente. Bonn 1985

Dieter Engels u.a.:
Front im All. Weltraumrüstung und atomarer Erstschlag. Köln 1986

Henning Schierholz(Hg.):
Frieden - Abrüstung - Sicherheit
Didaktisches Sachbuch für Schule, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung
Reinbek 1982

Dieter Senghaas:
Abschreckung und Frieden
Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit
Frankfurt 1981

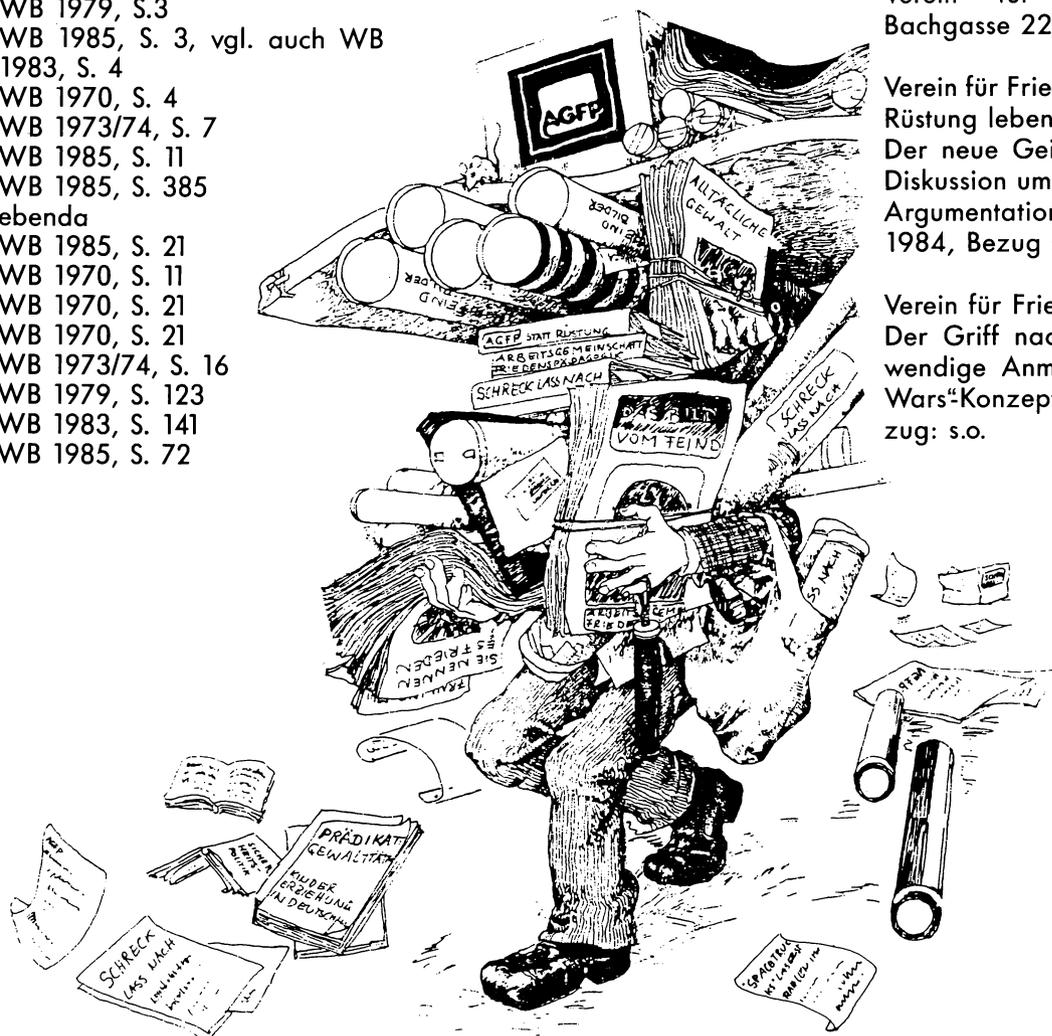
Studiengruppe Militärpolitik:
Aufrüsten, um abzurüsten?
Informationen zur Lage
Frankfurt 1981

Günter Walpuski
Verteidigung + Entspannung = Sicherheit
Texte und Materialien zur Außen- und Sicherheitspolitik
Bonn 1984

Klaus Lange-Feldhahn/Uli Jäger:
Alternative Sicherheitskonzepte. Arbeitshilfen für eine notwendige Diskussion. Tübingen 1983. Bezug: Verein für Friedenspädagogik, Bachgasse 22, 74 Tübingen

Verein für Friedenspädagogik/Ohne Rüstung leben:
Der neue Geist der Offensive. Zur Diskussion um Air Land Battle. Eine Argumentationshilfe. Tübingen 1984, Bezug s.o.

Verein für Friedenspädagogik:
Der Griff nach den Sternen. Notwendige Anmerkungen zum „Star Wars“-Konzept. Tübingen 1986. Bezug: s.o.

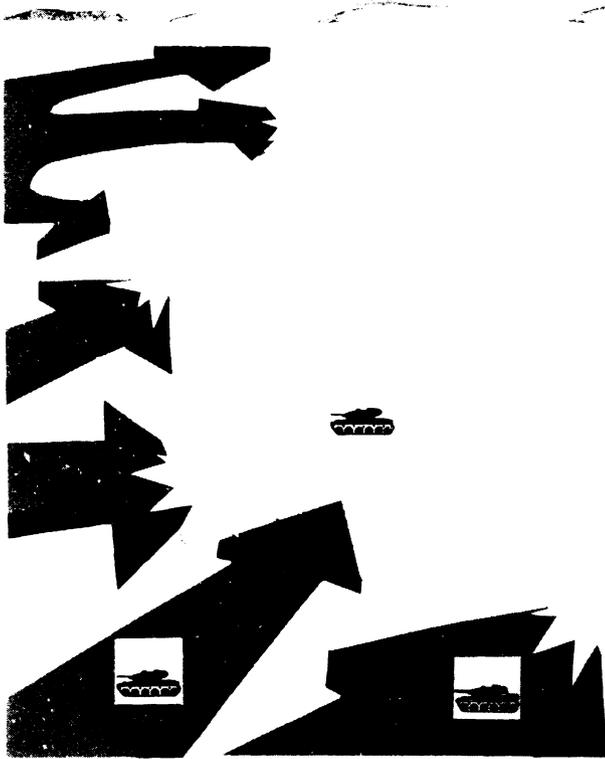


Verteidigung bisher: Die Schlacht um die BRD

Wenn die Sowjetunion und ihre Verbündeten heute die BRD angreifen, werden die NATO-Staaten mit den gleichen Mitteln zurückschlagen - mit Panzern, Kampfflugzeugen und motorisierten Verbänden.

Großräumige Schlachten sind zu erwarten
Atomwaffen werden eingesetzt:

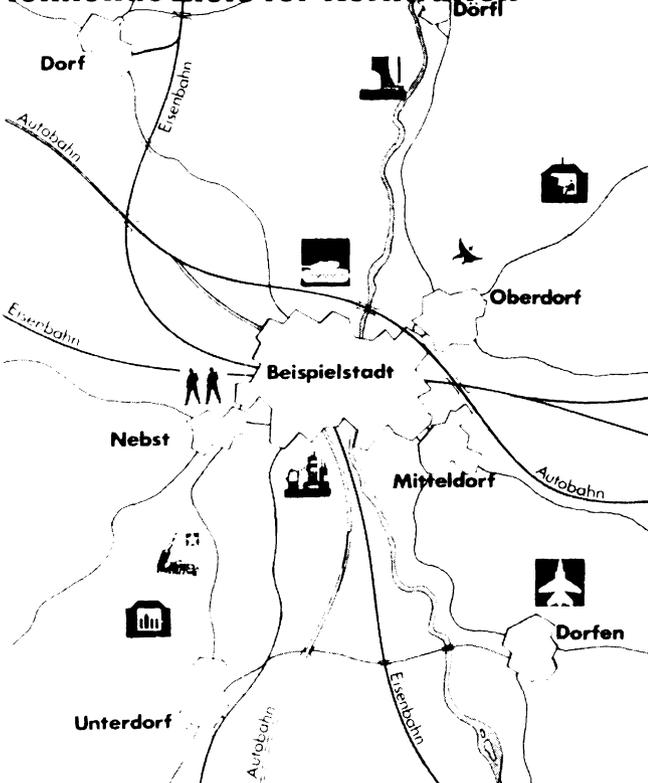
- vom Verteidiger, wenn er zu unterliegen droht,
- vom Angreifer, wenn er mit herkömmlichen Mitteln nicht durchkommt!



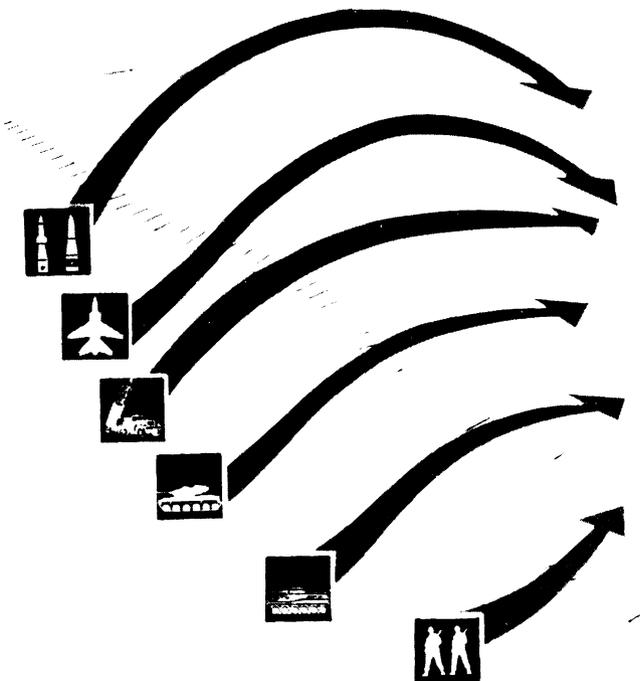
**Verteidigung bisher bringt
große Zerstörungen
und dauerhafte Schäden**



**Die bisherige Verteidigung bietet viele
lohnende Ziele für Kernwaffen**



**Verteidigung bisher heißt:
Fähigkeit zum Angriff!»**



3.

Verteidigung ohne Angriffsfähigkeit

„Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“, „Defensivkonzept“, „Verteidigung ohne Selbstvernichtung“ sind bereits gängige Schlagworte in der Friedensbewegung und in der Debatte über eine andere Sicherheitspolitik. Welche Verteidigungsmodelle und welche politischen Zielsetzungen stehen dahinter?

Die Überlegung, militärische Verteidigung so zu organisieren, daß sie auf die Verteidigung spezialisiert ist und nur zur Abwehr, nicht aber zum Angriff tauglich ist, ist nicht neu. Die Kritik von Experten an Struktur und Bewaffnung der Bundeswehr ist so alt wie diese Institution selbst.(1) Die offizielle Darstellung der Sicherheitspolitik versucht hingegen den Eindruck zu erwecken, als sei militärische Verteidigung zwingend nur so möglich, wie sie in der Praxis der Bundeswehr- und NATO-Truppen vorbereitet wird.

Ein Blick auf die Entstehung der Bundeswehr zeigt, daß Aufbau und Ausrüstung der Bundeswehr an historischen Vorbildern orientiert war. Die Struktur der NATO-Verbände entwickelte sich aus den Armeen des zweiten Weltkriegs: Aus den An-

griffsarmeen der deutschen Wehrmacht, die Europa eroberten, und den Armeen der Alliierten, die es zurückeroberten. (2)

Die ehemaligen Generäle der Wehrmacht, die Organisation und Aufbau der Bundeswehr bestimmten, standen in der Tradition der weiträumigen Bewegungskriege des zweiten Weltkrieges und entwickelten daraus die Vorstellung einer offensiven Verteidigung. („Vorwärtsverteidigung“ nannte man das. Heute wird nur „Vorneverteidigung“ geübt.) Auch der Umfang der Bundeswehr orientierte sich an den Traditionen der deutschen Militärs. Über Alternativen zu den Vorstellungen der deutschen Generäle wurde nicht diskutiert. (3)

Die entscheidende Veränderung des Kriegsbildes durch die Einführung von Atomwaffen für das Gefechtsfeld wurde bei der Aufstellung der Bundeswehr nicht berücksichtigt. Die Einsicht, daß der Einsatz von Atomwaffen als Mittel der Verteidigung den Gegenstand der Verteidigung - das eigene Staatsgebiet mitsamt Einwohnern - zerstören würde, ist demgegenüber ein zentraler Ausgangs-

punkt für die Vorschläge für eine andere Art militärischer Verteidigung.

Zwischenzeitlich gibt es bereits Vorschläge von verschiedenen Autoren, wie die Verteidigung der BRD so organisiert werden kann, daß die Gefahr der Selbstvernichtung ausgeschlossen und die Fähigkeit zum Angriff nicht gegeben ist.

Das Modell der raumdeckenden Verteidigung durch ein Netz von autonomen Technokommandos von Horst Afheldt soll im folgenden vorgestellt werden. Es ist das bekannteste und konkreteste Modell dieser Art. Es geht von der Notwendigkeit militärischer Verteidigung aus und bleibt im Rahmen der NATO.

Horst Afheldt arbeitete an der Studie „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung“ (4) mit, die die These belegte, daß der Einsatz von Atomwaffen in der Absicht der Verteidigung zur Selbstvernichtung der BRD führen würde. Zweiter wesentlicher Ausgangspunkt war für Afheldt die Erkenntnis, daß das System der Abschreckung langfristig zum Krieg führen würde. (5) Daneben flossen Überlegungen aus der Taktik des Guerillakrieges in sein Konzept ein.

Verteidigung durch Technokommandos



Kleine militärische Einheiten mit modernster Bewaffnung, genannt Technokommandos, werden annähernd gleichmäßig über das Gebiet der BRD verteilt. Jede Einheit verteidigt ein festgelegtes Gebiet von 10 bis 20 qkm Größe. So entsteht ein flächendeckendes Verteidigungsnetz. Größere Städte sind vom Netz umgeben, werden aber nicht verteidigt. Das Verteidigungsmodell läßt den Gegner in das Verteidigungsnetz laufen. Dort wird seine Stoßkraft aufgefangen und vernichtet.

Die Verteidigung mit „stationären“

Technokommandos nutzt das Gelände optimal aus. „Stationär“ bedeutet, daß die Kommandos in ihrem festgelegten Geländeabschnitt bleiben. Ein Angreifer kann nur bekämpft werden, wenn er in den Verteidigungsraum eines Kommandos eindringt. Wenn der Angreifer weiter vormarschiert, bekämpfen ihn immer neue Technokommandos.

Die Verteidigung durch Technokommandos unterscheidet sich stark von dem gewohnten Bild militärischer Verteidigung. Es gibt keine Kampfpanzer, keine gepanzerten Fahrzeu-

ge, keine bewegliche Artillerie, keine Luftwaffe, keine Notwendigkeit für Nachschubkolonnen, keine Flugplätze, Stützpunkte oder große Kasernen. Auf all das verzichtet die defensive Verteidigung bewußt. Die Technokommandos kämpfen, ein jedes in seinem begrenzten Raum, mit Waffen, die für die Zerstörung von Panzern und Fahrzeugen spezialisiert sind. Ihre Verpflegung und Munition ist in ihrem Geländeabschnitt in kleinen Depots eingelagert. Um ihren Verteidigungsauftrag zu erfüllen, können sie in ihrem Geländeabschnitt bleiben.

Die Technokommandos kennen das Gelände sehr genau. Sie werden an dem Ort ausgebildet, an dem sie im Kriegsfall eingesetzt werden. Das Gelände wird für die Verteidigung vorbereitet: Bunker, Depots, Sperren, Raketenstellungen usw. sind fest im Gelände eingebaut. Die Vorbereitung des Geländes orientiert sich an den vorhersehbaren Vormarschrouten eines Angreifers. Natur und Beschaffenheit eines Geländes zwingen den Angreifer meist, bestimmte Wege zu wählen. Natürliche Hindernisse wie Flüsse, Seen, Wälder, Berge, Flußtäler usw. werden in die Vorbereitung des Geländes miteinbezogen. Vorbereitungen im Gelände erfolgen selbstverständlich so, daß sie dem Angreifer möglichst lange verborgen bleiben.

Aus versteckten Bunkern beobachten die Soldaten der Technokommandos den Gegner und feuern ihre Panzerabwehrwaffen ab. Abschubort und Schütze sind in der Regel getrennt. Ein Gefecht soll nach Möglichkeit vermieden werden! Auch dies ist ein Unterschied zur herkömmlichen Vorstellung von Krieg, in der es immer zum offenen Kampf zwischen Menschen- oder Panzermassen kommt, die sich gegenüberstehen und aufeinander losschießen. (So ein Szenario wirkt außerdem im Film, der unsere Vorstellung vom Krieg prägt, viel besser.)

In der landläufigen Vorstellung wird durch die Schlacht eine Entscheidung herbeigeführt. Die raumdeckende Verteidigung durch Technokommandos vermeidet die Schlacht, löst sie auf in eine Vielzahl kleiner Überfälle und Hinterhalte. Der Angreifer bekommt den Verteidiger nicht zu sehen und nicht zu fassen. Die Technokommandos können einen Angreifer zwar nicht an der Grenze aufhalten; durch ihre große Zahl reiben sie den Angreifer allmählich in dem Maße auf, wie er ins Verteidigungsnetz eindringt. Jedes Kommando kann einige, vielleicht einige Dutzend Fahrzeuge des Angreifers zerstören. Selbst wenn ein Kommando versagt oder alles schiefeht, wird der vormarschierende Angreifer von den nächsten Kommandos bekämpft. Schließlich summieren sich seine Verluste soweit, daß er militärisch handlungsunfähig wird.

Der Angreifer kann versuchen, die Technokommandos „auszuheben“, indem er Infanterie (Fußtruppen) ins Gelände schickt, um die Unterstände und Stellungen der Technokommandos aufzuspüren und zu vernichten. Das kostet erstens sehr viel Zeit;



Das sieht der Angreifer, wenn er die Straße entlangfährt. Wie ist das Gelände vorbereitet?

Die Verteidiger kennen das Gelände sehr genau: die Soldaten werden am Einsatzort ausgebildet. Sie bleiben auf ihrem Platz, verborgen in getarnten Unterständen. Die Technokommandos bilden nur kleine und schwer zu entdeckende Ziele. Sie brauchen sich nicht zu bewegen. Ihre

Aufgabe ist einfach: Alles unter Feuer nehmen, was sich bewegt.

Der Angreifer muß sich erst orientieren. Seine Panzer und Nachschubkolonnen geben deutliche Ziele ab.

Panzer-Abwehrraketen im Wald versteckt

Befehlsunterstand

Brücke zum Sprengen vorbereitet

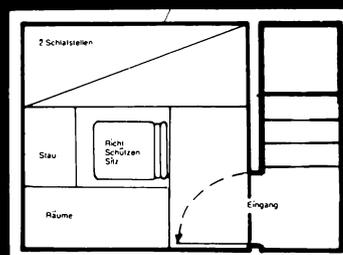
Minenfelder



Ein vorbereiteter Geländeabschnitt. Was sieht der Angreifer, der die Straße entlangfährt?



Modell eines Unterstands



Wie das Netz funktioniert

Bei Ankunft der gegnerischen Panzerkolonne wird die Straße gesprengt. Vor dem Kreuz und den Panzersperren neben der Straße löst die Kolonne zum Stehen. Der erste durchgekommene Panzer wird aus einer vorbereiteten Stellung mit einer Panzerabwehrrakete zerstört.

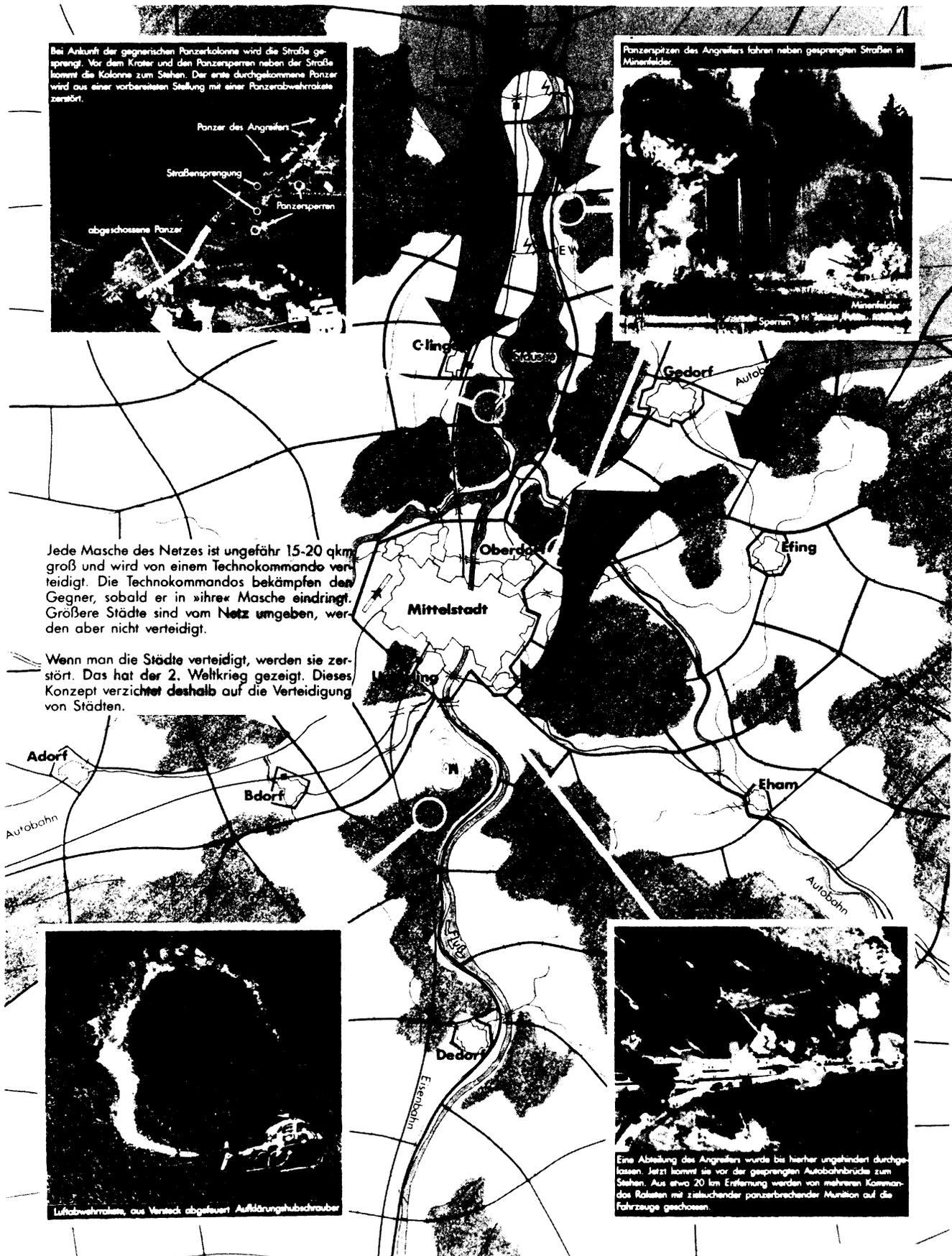


Panzerspitzen des Angreifers fahren neben gesprengten Straßen in Minenfelder.



Jede Masche des Netzes ist ungefähr 15-20 qkm groß und wird von einem Technokommando verteidigt. Die Technokommandos bekämpfen den Gegner, sobald er in »ihre« Masche eindringt. Größere Städte sind vom Netz umgeben, werden aber nicht verteidigt.

Wenn man die Städte verteidigt, werden sie zerstört. Das hat der 2. Weltkrieg gezeigt. Dieses Konzept verzichtet deshalb auf die Verteidigung von Städten.



Luftabwehr Rakete, aus Versetz abgefeuert. Aufklärungshubschrauber



Eine Abwehr des Angreifers wurde bis herber ungehindert durchgelassen. Jetzt kommt sie vor der gesprengten Autobahnbrücke zum Stehen. Aus etwa 20 km Entfernung werden von mehreren Kommandos Raketen mit zersetzender panzerbrechender Munition auf die Fahrzeuge geschossen.

ein wichtiges Ziel der Verteidigung ist damit schon erreicht: Der Angreifer ist nicht in der Lage, schnell vollendete Tatsachen zu schaffen; es bleibt Zeit zum Verhandeln. Zweitens sind die Technokommandos auch für die Verteidigung gegen Infanterie ausgerüstet und wegen ihrer Geländekenntnis im Vorteil. Die weit überlegene Zahl von Infanteriesoldaten, die zur „Säuberung“ des Geländes erforderlich ist, muß herantransportiert und verpflegt werden. Die benötigten Fahrzeuge können von den Waffen der Technokommandos bekämpft werden.(6)

Das Modell der Verteidigung durch Technokommandos will den Gegner von einem Angriff abhalten. Man führt ihm vor Augen, daß ihm ein Angriff keinen Nutzen bringen wird. Sowohl der Angreifer wie der Verteidiger und seine steuerzahlende Bevölkerung müssen davon überzeugt sein, daß die Verteidigung im Ernstfall auch funktioniert. Auf Seiten des alternativen Verteidigungsmodells liegt die Beweislast zu zeigen, daß ein Angreifer im Verteidigungsnetz wirklich aufgerieben werden kann. Die Vorstellungen zu Ausrüstung und Arbeitsweisen der Technokommandos sollen im folgenden kurz dargestellt werden.

Die Vorstellungen zu Ausrüstung und Arbeitsweisen der Technokommandos sollen im folgenden kurz dargestellt werden.

Die Technokommandos

Leichte Infanterie



Pioniere

bereiten das Gelände vor durch Sprengungen und durch das Anlegen von Sperren, Minenfeldern, ferngesteuerten Abschußanlagen, Fallen und Scheinstellungen.

und Jäger

bekämpfen den Gegner mit Nahkampfwaffen, Scharfschützengewehren, Granatpistolen, Panzerabwehrraketen und Mörsern.

Raketen-Artillerie



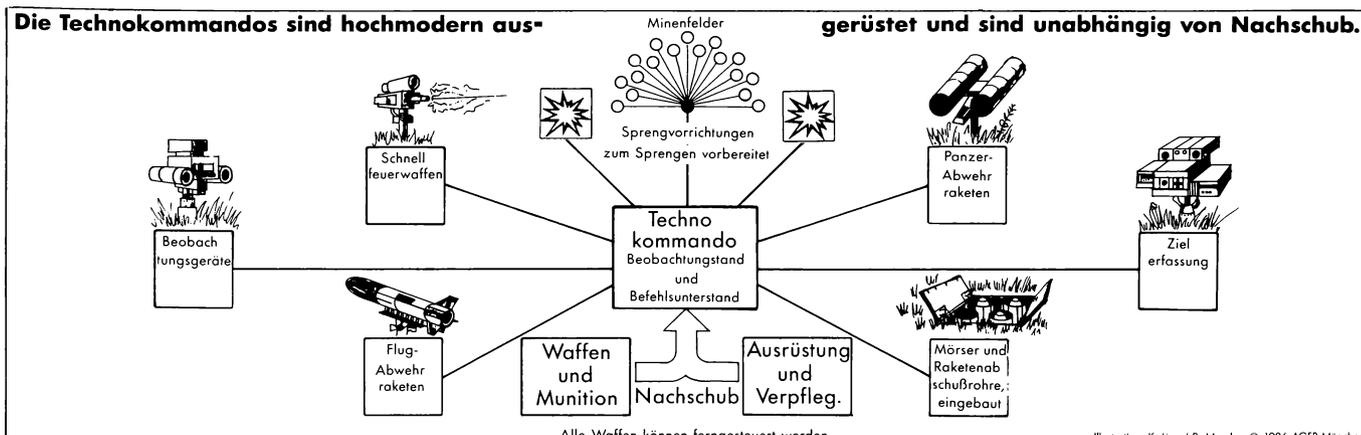
Nachrichten-Artillerist

startet per Fernsteuerung Kurzstreckenraketen und Präzisionsraketen mit Reichweiten zwischen 20 und 80km. Die Abschußrohre sind in Verstecken fest eingebaut und werden fernbedient

gibt Informationen über die Bewegungen des Feindes weiter.



Die Technokommandos beobachten und nutzen das Gelände, melden die Position des Gegners, und bekämpfen den Gegner, ohne entdeckt zu werden. Ein offenes Gefecht wird vermieden.



Wie sollen die Technokommandos organisiert und ausgerüstet sein? Die Überlegungen Afheldts dazu beruhen teils auf bekannten und vorhandenen militärischen Komponenten, teils ergeben sich neue Lösungen.

Das Verteidigungsnetz besteht aus drei Elementen:

1. einem Netz leichter Infanterie mit modernster Bewaffnung (Jägerkommandos)
2. einem Netz aus Raketenartillerie kurzer und mittlerer Reichweite
3. einem Informationsnetz, das die Jägerkommandos mit der Raketenartillerie und die Jägerkommandos mit mittleren und höheren Stäben verbindet, (7)

Jedes Technokommando ist selbständig. Es verfügt über leichte Infanterie und Raketenartillerie und ist im Informationsnetz eingebunden.

Jäger und Pioniere

Infanteristen sind die Soldaten, die zu Fuß gehen. Der Begriff „leichte Infanterie“ bezieht sich auf die Bewaffnung. Die leichte Infanterie der Kommandos besteht aus Jägern und Pionieren. Ein „Jäger“ ist auch ein Soldat zu Fuß, früher waren das die besonders guten Gewehrschützen (Scharfschützen) und die Spezialtruppen für schwieriges Gelände (z.B. Gebirgsjäger der Wehrmacht und der Bundeswehr).

Die Jäger verfügen im Verteidigungsmodell über Nahkampfwaffen, Scharfschützengewehre, Maschinengewehre, Granatpistolen, Fliegerfäuste, Panzerabwehrraketen (tragbare Systeme TOW, Milan, bereits bei der Bundeswehr eingeführt) und Mörser (Steilfeuergeschütze).



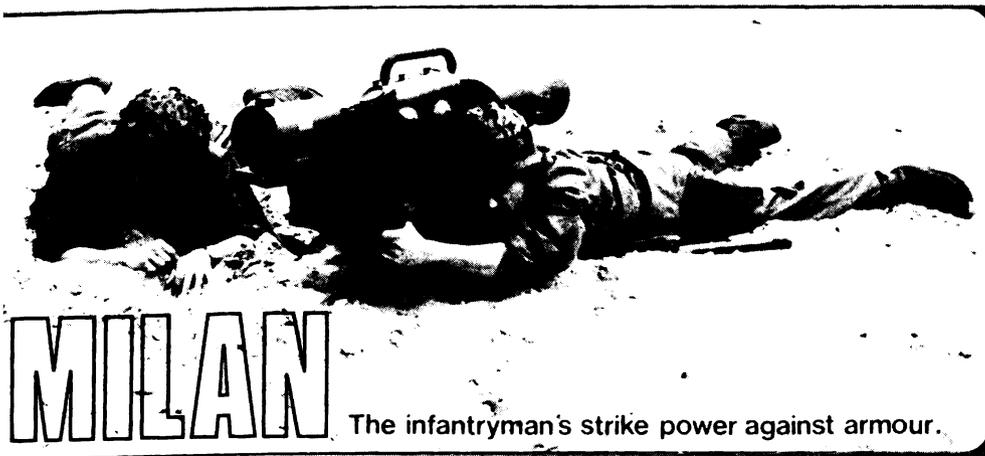
Fliegerfaust



Panzerfaust

Panzerabwehrwaffen, Mörser und Maschinengewehre sind vor Ankunft eines Angreifers in Verstecke eingebaut und können fernbedient werden. Bei Ein-Schuß-Systemen (Mörser, Raketen) ist ein Nachladen erst dann möglich, wenn „die Luft wieder rein ist“. Die Jäger brauchen sich in der Regel nicht hin und her zu bewegen. Das schließt nicht aus, daß sie u.U. mal durch Wald und Flur ziehen, um aus einem Hinterhalt feindliche Panzer abzuschießen. Sie bekämpfen den Feind aber nach Möglichkeit so, daß sie ihre Stellungen nicht verraten und selber nicht erwischt werden. Bevor ein überlegener Feind sie fassen kann, weichen sie lieber aus oder tauchen eben mal unter. Sie vermeiden das Gefecht, und zwar konsequent.

Die Jäger sind so im Raum verteilt, daß sie keine lohnenden Ziele für ei-



Werbung der Firma aerospatiale

nen Einsatz von Atomwaffen bieten; auch für herkömmliche Artillerie oder Luftwaffe bieten sie keine Ziele. Kampfhubschrauber können auch nicht viel bewirken, aber die Jäger haben zu ihrer Abwehr Fliegerfäuste. (8) Mit der Fliegerfaust wird dem fliegenden Ziel eine Rakete, die sich ihr Ziel selbst sucht, einfach hintergeschossen.

Wenn ein Gegner durch ihren Abschnitt durchmarschiert ist, setzen die Technokommandos den Kampf gegen seine Nachschub- und Verbindungslinien fort. Die Vorbereitung der Verteidigung zielt sowohl auf den Kampf gegen die Angriffsspitzen als auch auf die Bekämpfung des Nachschubs. Ziele des Kampfes sind die Abnutzung der feindlichen Kampfkraft und Zeitgewinn. Der Auftrag der Technokommandos steht fest und bleibt in jeder Phase des Kampfes gleich. Ein Kommando ist bei der Durchführung seines Auftrages völlig unabhängig von Unterstützung oder von anderen Kommandos (lediglich zusätzliche Sanitätstruppen sind vorgesehen). Sein Bedarf an Verpflegung und Munition ist im Geländeabschnitt in kleinen Bunkern untergebracht. (Sie werden daher als „autonome Technokommandos“ bezeichnet; der Begriff autark wäre treffender.)

Neben den Jägern stehen in der leichten Infanterie die Pioniere. Die Pioniere, eigentlich die „Wegbereiter“, sind auch dem Laien bekannt als diejenigen, die Straßen und Brücken bauen (für die eigenen Truppen) bzw. diese wieder zerstören (wenn die anderen drüberwollen). Im defensiven Verteidigungsmodell erhalten die Pioniere eine wesentlich größere Bedeutung. Sie sind zuständig für die Vorbereitung des Geländes: Sie bauen Sperren aller Art, verlegen Minen, installieren ferngesteuerte Schußanlagen, Fallen und Scheinstellungen und bereiten Sprengun-

gen vor. Sperren können künstliche Hindernisse verschiedenster Art sein, die von Panzern und Fahrzeugen nicht überwunden werden können. Natürliche Hindernisse wie Fluß- oder Seeufer können durch sie verstärkt werden. Sperren können aus der Ferne ausgelöst werden: Z.B. durch Sprengungen, die Trichter oder tiefe Gräben verursachen. Panzer und Fahrzeuge können diese Hindernisse nicht überwinden, sie müssen erst wieder von den Pionieren des Angreifers planiert werden. Solche Sprengungen können an ein und derselben Stelle mehrmals erfolgen.

Auch Minenfelder wirken als Sperren. Die Minen können vorher im Gelände verlegt oder mit Raketenwerfern kurzfristig ausgebracht werden. Herkömmliche Minen explodierten beim Überfahren und beschädigten einen Panzer. Die Minen

der Zukunft orten einen Panzer, springen ihn an und zerstören ihn. (9) Bei der bisherigen Verteidigungsplanung sind Minen auch ein Hindernis für die Gegenstöße der eigenen Panzer. Im defensiven Verteidigungsmodell können Minen hingegen hemmungslos eingesetzt werden, denn jeder, der mit einem Panzer fährt, ist ein Angreifer. Minensperren werden damit zu einem entscheidenden Element der defensiven Verteidigung.

Bei den Pionieren zeigt sich der Heimvorteil des Verteidigers besonders deutlich. Da die Soldaten im gleichen Raum ausgebildet werden, können sie sich auf die Handlungsmöglichkeiten des Angreifers einstellen.



Abb. 3 Die Panzerabwehrmine mit der horizontalen Wirkung bis zu 50 m ergänzt Minenverlege- und Minenwurfsystem

Wirkung moderner Minen

Bisher wirkten Panzerminen nur gegen Rad oder Kette. Damit wird nur eine Bewegungsunfähigkeit herbeigeführt.

Durch die auf die gesamte Fahrzeugbreite wirkenden modernen Minen wird jedoch ein Totalausfall erzeugt. Hohl- oder P-Ladungen dringen durch die Wanne

in den Kampf- oder Motorraum und erzeugen in Primär- oder Sekundärwirkung die Bewegungsunfähigkeit und den Ausfall der Feuerkraft und der Besatzung.

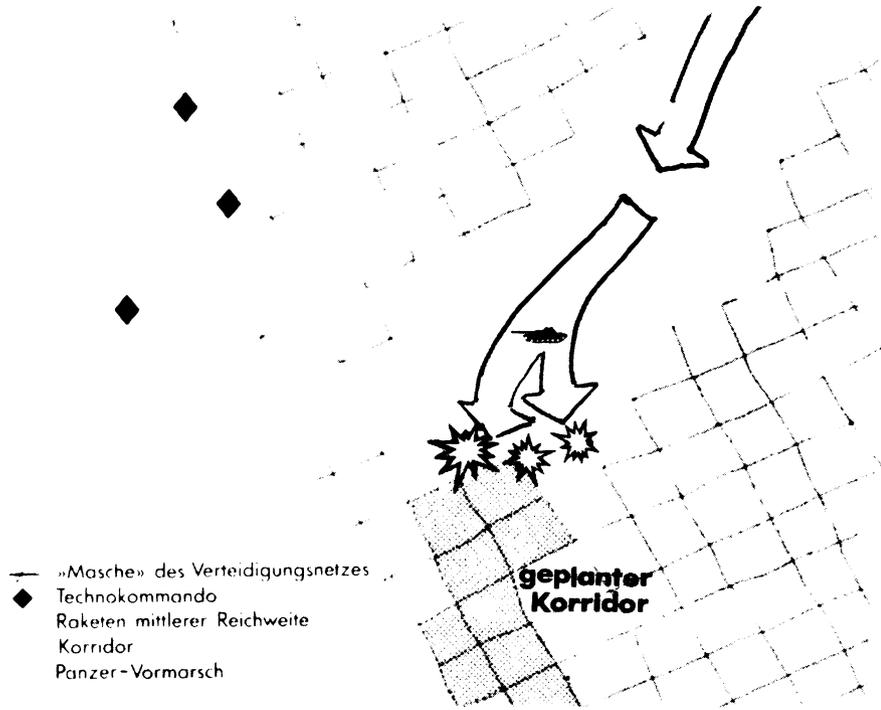
Alle bekannten und auch zukünftig realisierbaren Wannenpanzerungen werden durchschlagen. Es gibt praktisch keinen direkten Schutz. Diese psychologische Wirkung der von der Mine unmittelbar ausgehenden Bedrohung der Besatzung ist neu. Sie wird dazu führen, daß die Bewegungen noch vorsichtiger und langsamer werden. Es wird noch schneller angehalten oder sich zurückgezogen

werden. Damit wird die Wirksamkeit von Minensperren um vieles größer sein, als alle bisher bekannten Untersuchungen vermuten lassen.

Und ein weiterer Faktor kommt hinzu. Bisher lag die Aufgabe von Sperren nur darin, gepanzerten Feind aufzuhalten, zu kanalisieren und in bestimmte Richtungen zu zwingen, um so die Voraussetzungen für den wirkungsvollen Einsatz der Panzerabwehrwaffen zu schaffen. Moderne Panzerminen vernichten den Panzer, und zwar kostengünstig, wie uns eine Studie gezeigt hat.

Raketenartillerie

chende Geschosse aus, die selbsttätig ihr Ziel erfassen und es vernichten.(10)



Die Technokommandos bleiben in ihrem vorbestimmten Raum. Sie haben keine Panzerfahrzeuge, sie bewegen sich in der Regel zu Fuß (oder mit kleinen Kraftkarren) in ihrem Gelände. Daraus folgt, daß sie nur den Gegner bekämpfen können, der in ihren Abschnitt eingedrungen ist. Der Gegner könnte nun versuchen, das Netz der Verteidigung aus den Angeln zu heben, indem er auf einem oder mehreren schmalen Streifen vormarschiert und die Technokommandos auf dem Weg aufspürt und vernichtet. Durch die so geschaffenen Korridore könnte er ungehindert vormarschieren und dann die verbleibenden Technokommandos von verschiedenen Seiten her aufrollen. Um das zu verhindern, braucht das Verteidigungsnetz die Möglichkeit, einen solchen Keil oder Korridor des Angreifers auch aus größeren Entfernungen bekämpfen zu können.

Zu den Pionieren und Jägern mit ihren Nahkampf- und Panzerabwehrwaffen kommt also eine zweite Komponente hinzu: Ein Netz von Raketen kurzer und mittlerer Reichweite. Horst Afheldt unterscheidet in seinem Modell zwei verschiedene Einsatzarten und Verwendungsmöglichkeiten für die Raketenartillerie:

a) Kurzstreckenraketen zum Verschießen von Minen und anderer billiger Munition:

Die Abschlußrohre für die Raketen sind fest in Verstecken eingebaut und nach vorher ausgear-

beiteten Plänen auf bestimmte Geländestreifen gerichtet. Fernbedient können damit große Mengen von Minen verlegt werden. Die Entfernung kann mehrere hundert Meter oder mehrere Kilometer betragen. Kurzstreckenraketen zum Verlegen von Minen arbeiten im Netz als der „Minenleger mit dem langen Arm“: Minensperren können in kürzester Zeit errichtet, bereits geräumte Minenfelder erneut vermint werden.

b) Präzisionsraketenartillerie mittlerer Reichweite (20 bis 80 km): Aus fest eingebauten Abschlußrohren werden „intelligente“ Raketen verschossen. Vor Abschluß werden die Koordinaten des Zielgebietes eingegeben (fernbedient über Kabel). Die Raketen fliegen ins programmierte Zielgebiet und stoßen dort panzerbre-

Gegenüber herkömmlicher Artillerie hat die Raketenartillerie einige Vorteile. Mit Raketen kann eine höhere „Feuerdichte“ erreicht werden. Sobald ein teureres herkömmliches Geschütz feuert, kann es entdeckt und zerstört werden. Die Abschlußrohre für die Raketen sind demgegenüber verhältnismäßig billig und werden nur einmal verwendet. Eine Zerstörung des Abschlußrohres bringt dem Angreifer nichts. Die „intelligente“ Rakete ist zwar teurer, erzielt aber eine höhere Vernichtungswahrscheinlichkeit als herkömmliche Geschosse. Einzelne Abschlußrohre oder Doppelrohre sind im Gelände verteilt und versteckt; es gibt keine Massierungen von Raketenwerfern, die entdeckt und zerstört werden könnten. Entsprechend dem Defensivprinzip brauchen die Raketen nicht hin- und hergefahren zu werden („Schießen ohne fahren zu müssen“). Sie werden so aufgestellt, daß sie nicht über die Grenze schießen können.

Mit den Raketensystemen können die Technokommandos ihr Feuer auf Truppenansammlungen, Panzer- und Nachschubkolonnen des Angreifers konzentrieren. Welche Verluste dem Gegner allein mit der Raketenartillerie zugefügt werden können, hängt von verschiedenen Faktoren ab:

- von der Zahl und der Reichweite der Raketen;
- von der Treffsicherheit und der Vernichtungskraft der Munition;
- von der Breite und Tiefe des gegnerischen Angriffs.

Mehrere Hunderttausend Raketen könnten angeschafft werden, zum Beispiel 480 000 Raketen bei drei Raketen pro qkm in einem 200 km tiefen Streifen.



Das Informations- und Führungsnetz

Die Vernichtungswahrscheinlichkeit zukünftiger Raketensysteme hängt von der Präzision der Steuerung und der Zerstörungskraft der Munition ab.

Für die Artillerieraketen, die derzeit beschafft werden, nimmt Afheldt eine Vernichtungswahrscheinlichkeit von 1% an. Für eine Übergangszeit kann die Raketenartillerie deshalb nur Unterstützungsfunktion haben. Fortentwicklungen in diesem Bereich sind wahrscheinlich.

Steigt die Vernichtungswahrscheinlichkeit aber auf 10% - was für realistisch gehalten wird - oder gar auf 20%, kann das Raketennetz „Angriffskonzentrationen weitgehend ohne Hilfe anderer Kampfmittel zerschlagen.“ (11)

Wieviele Raketen welcher Qualität beschafft werden können, ist eine Kostenfrage; nach Afheldt geht der Trend bei der Waffenentwicklung in Richtung höherer Präzision zu niedrigerem Preis. (13)

Unabdingbare Voraussetzung für den effektiven Einsatz des Raketennetzes ist die genaue Information über Bewegung und Position des Angreifers. Um diese Informationen und Befehle weitergeben zu können, ist ein festes Nachrichtennetz zwischen allen Technokommandos und den militärischen Führungsebenen vorgesehen. Das „Informations- und Führungsnetz“ ist der dritte Pfeiler des Abwehrretzes. (14) Über das Nachrichtennetz geht die Information über die Bewegung des Feindes augenblicklich zu den benachbarten Technokommandos und nach oben zu den militärischen Führungsstäben

und zur politischen Führung. Die militärische Führung erhält so zu jedem Zeitpunkt ein aktuelles Bild über die Positionen und Vormarschwege des Angreifers. Ein fest eingebautes Kommunikationsnetz (Telefonleitungen) zwischen den stationären Kommandos ist wesentlich weniger stör anfällig als die für bewegliche Kampfführung benötigten Nachrichtenverbindungen. (15) Doch auch wenn eine Verbindung unterbrochen wird, kann jedes Kommando nach gleichbleibendem Auftrag weiterkämpfen.

Der dritte Spezialist im Technokommando, der „Nachrichten-Artillerist“, hat dreierlei Aufgaben: Beobachtung, Weitergabe der Information und Bedienung der Artillerieraketen. Weil es zweckmäßig sein dürfte, daß die Nachrichtenübermittlung und die Bedienung der Raketen in einer Hand liegen, ergibt sich die Rolle des Nachrichten-Artilleristenfastzwangsläufig. (16)

Während also Jäger und Pioniere das Netz der Jägerkommandos und damit den ersten Pfeiler des Netzes bilden, erledigt der Nachrichten-Artillerist die Aufgaben des zweiten und dritten Pfeilers des Netzes.

Die Rolle der militärischen Führung ist im Modell der Verteidigung durch autonome Technokommandos einfacher als bei der herkömmlichen Verteidigung.

„Denn: Der Kampfauftrag für alle Technokommandos ist im Prinzip klar:

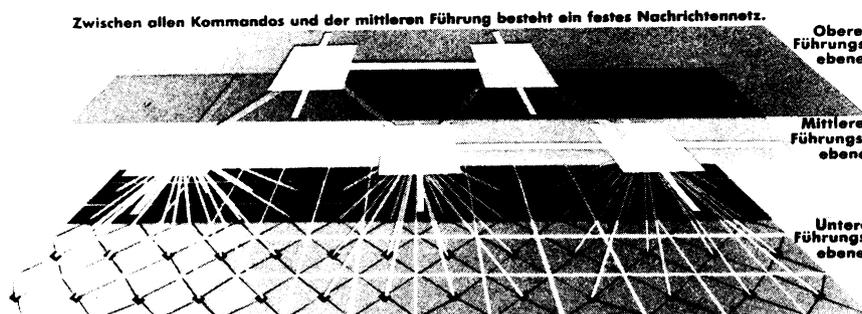
1. Beobachtung des Geländes (optisch und mit Hilfsmitteln wie Sensoren);
2. beobachteter Feind ist horizontal (den benachbarten Jagdkommandos rundum) und vertikal (der Führung) zu melden;
3. gleichzeitig ist der Feind mit den vorbereiteten Mitteln der Technokommandos zu bekämpfen, ohne daß die eigene Position verraten werden soll; die Erfüllung dieses Teils des Auftrages wird dadurch von Anfang an vorbereitet, daß die meisten Kampfmittel (Minen, Raketen aller Art, Maschinengewehre usw.) mit Fernsteuerung eingerichtet und vom Deckungsloch des Soldaten entfernt aufgestellt werden.
4. Dieser Auftrag an das Kommando bleibt unverändert, auch wenn der Angreifer das Gelände des Kommandos bereits mit seinen Angriffsspitzen durchschritten hat.“ (17)

Beispiel für die Wirksamkeit des Raketennetzes in Abhängigkeit von der Vernichtungswahrscheinlichkeit:

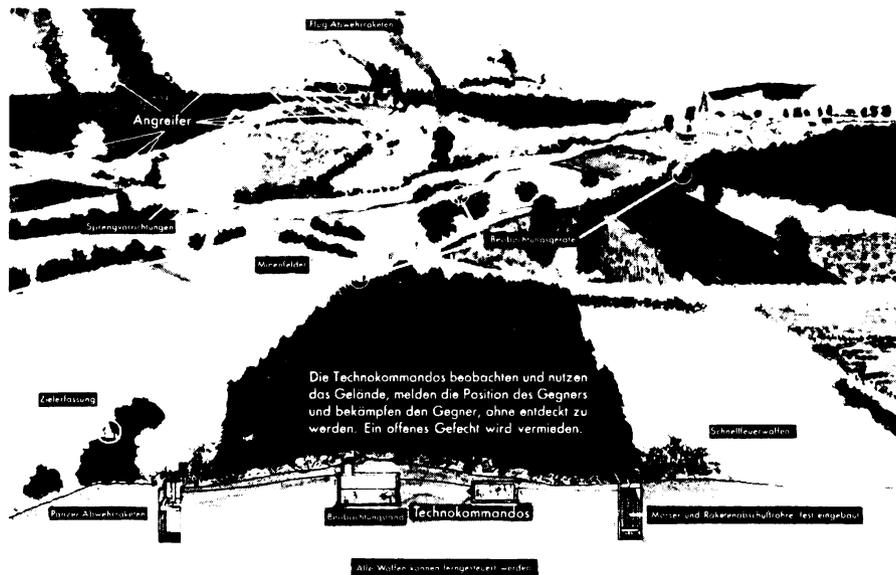
Verluste des Angreifers nach 100 km Eindringen ins Netz bei 5 Raketen pro qkm:

Zahl der angreifenden Panzer	Verluste des Angreifers in Prozent (gerundet) bei einer Vernichtungswahrscheinlichkeit von		
	5%	10%	20%
3000	77%	95%	100%
10000	36,2%	60,3%	86%
20000	20,1%	37%	63%

(12)



Die militärische Führung wird frei für ihre eigentlichen taktischen und strategischen Aufgaben. „Dazu gehört insbesondere die Kanalisierung, Blockierung und Abschnürung gegnerischer Angriffskonzentrationen und die Leitung des Einsatzes gegen See- und Luftlandungen.“ (18) Zu diesem Zweck kann die Führung sowohl unmittelbar die Technokommandos befehlen, als auch die weitreichenden Artillerieraketen einsetzen lassen. Der Entwurf Afheldts enthält keine genaueren Angaben über den Aufbau der militärischen Führung der Technokommandos, aber er geht grundsätzlich vom Fortbestand einer hierarchischen militärischen Befehlsstruktur aus.



Wieviele Soldaten braucht man/frau?

Im Modell der Raumverteidigung durch Technokommandos stehen im Durchschnitt vier Soldaten auf einem Quadratkilometer. Davon sind zwei Jäger, einer Pionier, einer „Nachrichten-Artillerist“.

Je nach Größe des Geländeabschnitts besteht ein Kommando dementsprechend aus 40 bis 80 Soldaten. Die Größe des Abschnittes rich-

tet sich nach den konkreten geografischen Gegebenheiten. Nach Afheldts Modell sind 940.000 Soldaten zur Verteidigung der BRD erforderlich. Das sind etwas mehr als derzeit Soldaten der NATO in der BRD, Belgien und Holland stationiert sind (ca.800.000), jedoch bedeutend weniger als die vorgesehene Kriegsstärke der Bundeswehr (1,2 Millionen). Nur die Kommandos in einem

grenznahen Streifen müssen ständig präsent sein. Nach Westen zu kann die Präsenzstärke abnehmen, im Krisenfall können die Kommandos durch Reservisten sehr schnell aufgefüllt werden. Nachdem die Soldaten heimatnah eingesetzt werden, können sie zu Fuß, mit Fahrrad oder Auto ihr Einsatzgebiet erreichen. Bisherige Mobilisierungs- und Aufmarschprobleme entfallen. (19)

Atomwaffen

Die bisherige Verteidigungsplanung der NATO behält sich den Ersteinsatz von Atomwaffen vor. Dieser Ersteinsatz ist spätestens dann wahrscheinlich, wenn dem Angreifer ein entscheidender Durchbruch zu gelingen droht. (Das AirLand-Battle-Konzept plant, darüberhinausgehend, den Einsatz von Atomwaffen von Anfang an!) Diese Verteidigung benötigt, entsprechend ihrer Struktur, Flugplätze, Stützpunkte, Atomwaffenlager, Munitionsdepots; sie bildet beim Aufmarsch Panzer- und Nachschubkolonnen, sie benötigt Ver-

kehrwege. All das sind Ziele für die Kernwaffen eines Angreifers; es könnte für ihn entscheidende Vorteile bringen, Stützpunkte, Truppenkonzentrationen oder Verkehrsknotenpunkte zu zerschlagen. Darüber hinaus sind auf dem Boden der BRD weitreichende und zielgenaue Atomwaffen stationiert. In einer Krise könnte die Sowjetunion versucht sein, diese Waffen „vorbeugend“ (präventiv) auszuschalten, um den eigenen Schaden gering zu halten. Im Falle einer militärischen Auseinandersetzung zwischen NATO

und Warschauer Pakt gibt es also genügend militärische Gründe, Kernwaffen einzusetzen.

Das Modell der Verteidigung mit stationären Technokommandos macht den Einsatz von Atomwaffen auf dem Gefechtsfeld uninteressant. Der Verteidiger ist nicht gezwungen, Atomwaffen einzusetzen, weil ein entscheidender Durchbruch durch das Verteidigungsnetz nicht möglich ist. Das skizzierte Modell der defensiven Verteidigung bietet keine Ziele für Atomwaffen des Angreifers: Die

Schadensbegrenzung

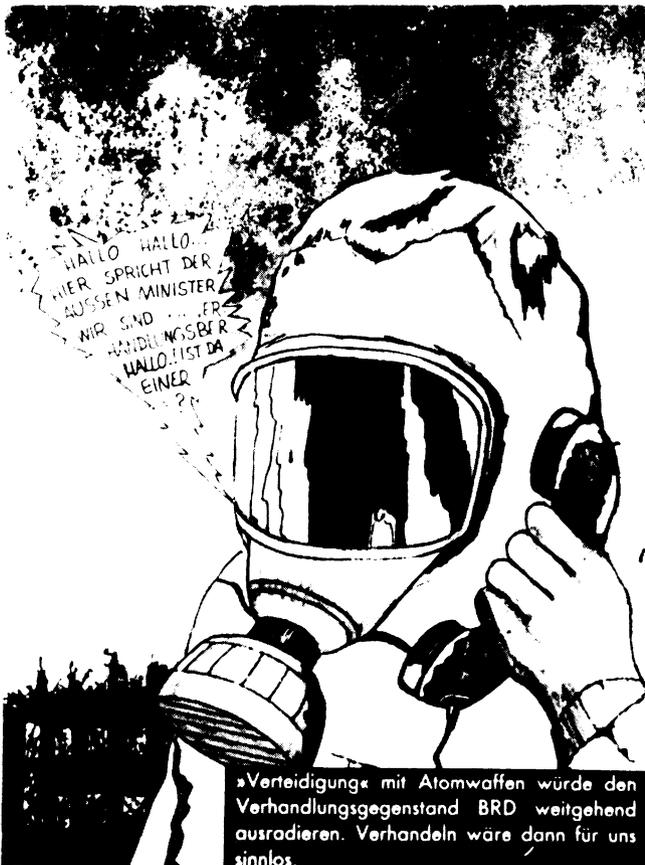
Verteidigung bisher: Es gibt für den Gegner viele lohnende Ziele für Atomwaffen.



Verteidigung ohne Angriffsfähigkeit: Es gibt keine lohnenden Ziele für Atomwaffen.



Wenn es zum Krieg kommt, kann der Schaden begrenzt werden. Denn es gibt keine große Schlacht, sondern eine Vielzahl von kleinen Gefechten, und es gibt keine lohnenden Ziele für Atomwaffen.



»Verteidigung« mit Atomwaffen würde den Verhandlungsgegenstand BRD weitgehend ausradieren. Verhandeln wäre dann für uns sinnlos.



Der Gegner wird durch die Verteidigung aufgehalten. Das schafft Zeit zum Verhandeln. Der Schaden durch die Verteidigung kann relativ gering gehalten werden

Technokommandos sind aufgelockert im Raum verteilt; sie benötigen keine Flugplätze, Stützpunkte usw.; es nützt dem Angreifer nichts, Verkehrsknotenpunkte zu zerstören, die Verteidigung ist unabhängig von Nachschub. Kurz gesagt: Der Angreifer findet keine lohnenden Ziele. Damit besteht die Aussicht, daß im Kriegsfall der Schaden gering gehalten werden kann. (20)

Die eigenen Atomwaffen sind immer lohnende Ziele für die Atomwaffen des Angreifers. Atomwaffen der NATO sollen deshalb aus der BRD abgezogen und auf See und in den USA stationiert werden. Sie haben ausschließlich die Aufgabe, „den Gegner vom Einsatz seiner Kernwaffen abzuschrecken, und sowohl den militärischen als auch den politischen Einsatz von Kernwaffen auf beiden Seiten in Europa extrem unwahrscheinlich zu machen.“ (21)

Für eine Übergangszeit, solange das Verteidigungsnetz noch nicht effektiv ist, könnte der Einsatz der seege-



stützten Atomwaffen angedroht werden, um einen Angreifer von der Fortsetzung seiner Aggression abzuhalten. Bestimmte, nach politischen Gesichtspunkten ausgewählte Ziele im Ostblock oder in der Sowjetunion könnten mit Atomwaffen bedroht werden. Die begrenzten Schläge

müßten langfristig angekündigt werden, um eine Evakuierung der Menschen zu ermöglichen. Es gibt aber keinen militärischen Zwang, Kernwaffen einzusetzen; die politische Zielsetzung eines Einsatzes könnte in erster Linie die Kriegsbeendigung sein. (22)

Verteidigung der Städte

Städte sind vom Netz der Technokommandos umgeben, werden aber nicht verteidigt. Auch die bisherige Verteidigungsplanung hat keine Möglichkeiten, Städte zu verteidigen; die Verteidigung würde ihre Zerstörung bedeuten (z.B. Stalingrad im zweiten Weltkrieg). Weil die Verteidigung von Städten weder möglich noch wünschenswert ist, schlägt Afheldt vor, die Städte zu „unverteidigten Orten“ im Sinne des Völkerrechts zu erklären. In diese Städte könnte die Bevölkerung aus umkämpften Gebieten evakuiert werden. (23)

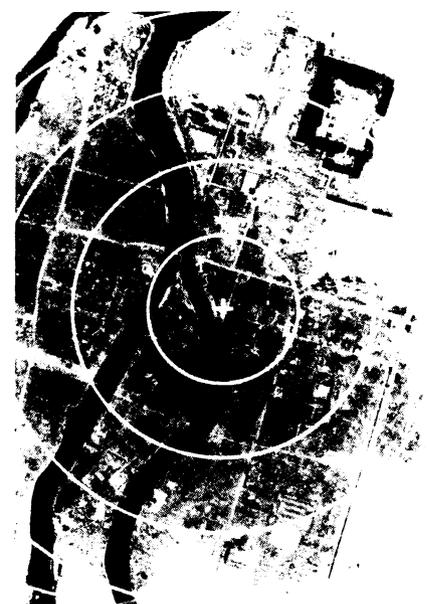
Trotzdem wären Vorsorge- und Schutzmaßnahmen für die Zivilbevölkerung notwendig, einschließlich des Baus von Bunkern in voraussichtlichen Kampfzonen. (24)

Bei der bisherigen Verteidigung würde die Zerstörung der militärischen Ziele durch atomare oder konventio-

nelle Waffen immer auch Städte und Bevölkerung in Mitleidenschaft ziehen. Das Modell der defensiven Verteidigung beseitigt diese Ziele und erhöht damit die Aussicht, Städte und Zivilbevölkerung tatsächlich zu schützen.

Könnte ein Angreifer androhen, Städte mit Atomwaffen zu zerstören, um politische Ziele durch Erpressung durchzusetzen? Um eine solche Drohung abzuschrecken, bleiben in Afheldts Modell die seegestützten Kernwaffen der NATO. Man mag die Unterstellung, ein Angreifer könnte zum Mittel der Massenvernichtung greifen, für absurd halten, aber die Angst vor atomarer Erpressung bewegt offenbar Bevölkerung und Politiker hierzulande. Die Zerstörung der Städte wäre jedenfalls für den Angreifer militärisch nicht von Vorteil. Genau wie bisher beruht im defensiven Modell die Sicherheit vor dieser

Erpressung auf der Gegenabschreckung und auf der Bereitschaft der USA, ihre Atomwaffen dafür einzusetzen.



Hiroshima

Anspruch und Ziel

Das skizzierte Verteidigungsmodell ist nach Horst Afheldt eine Lösung für die Sicherheitsprobleme Mitteleuropas.

Es erfüllt die Bedingungen:

- Chance zur Beendigung des Wett-rüstens,
- Krisenstabilität,
- Ausschluß der Selbstzerstörungswänge.

Es erreicht das Ziel:

„einen mit konventionellen Mitteln vorge-tragenen Angriff des Warschauer Paktes auch im schlimmsten Fall (Überraschungs-angriff, Mitwirkung aller Armeen der Warschauer-Pakt-Staaten) so scheitern las-sen zu können, daß diese Option* aus dem Arsenal erfolgversprechender militä-rischer Optionen des Warschauer Paktes verschwindet, ohne daß die NATO dabei auf Kernwaffen angewiesen ist, und ohne daß der Warschauer Pakt an dieser militä-rischen Realität durch Einsatz seiner Kern-waffen etwas ändern kann, weil ihm keine militärisch entscheidenden, durch Kern-waffenangriffe zerstörbaren Ziele geboten werden.“ (25)

Weil durch weitere Aufrüstung mit mehr Angriffstreitkräften der Geg-ner seine Angriffsoption gegenüber dem Verteidigungsnetz nicht zurück-gewinnen kann, entfällt nach Afheldt ein wesentlicher Antrieb für weitere Aufrüstung. Ein Ausstieg aus dem Wettrüsten wird möglich (26), ein Schritt um „militärische Mittel als Mit-tel der Außenpolitik langsam abzu-lösen.“(27)

Die skizzierte Verteidigungsstruktur ist zum Angriff nicht zu gebrauchen: Es gibt keine weitreichenden Waf-fen, keine Panzerarmeen und keine Luftwaffe, keine Nachschuborgani-sation und damit keine Mittel, geg-nerisches Territorium zu er-obern. Durch diese »strukturelle« Nichtangriffsfähigkeit wird die wech-selseitige Bedrohung einseitig unter-

★ Handlungsmöglichkeit

brochen. Dem Gegner fällt es leicht-er, in Abrüstungsverhandlungen auf seine überflüssig gewordene und po-litisch nicht mehr zu rechtfertigende Angriffsfähigkeit zu verzichten. (28) „Reine Defensivrüstung der NATO in Europa... eröffnet den Weg zu er-folgreichen Rüstungsbegrenzungs-verhandlungen.“(29)

Durch die Nichtangriffsfähigkeit gibt es keine militärischen Handlungs-zwänge in einer Krise. Keine Seite muß befürchten, einen Nachteil zu erleiden, wenn sie abwartet. Beide können in Ruhe verhandeln. Die de-fensive Verteidigungsstruktur erhöht also die Stabilität in einer Krise. (30)

Das Modell enthält keine Überlegun-gen zu Marine und Luftwaffe (Aus-nahme: Leichte Luftabwehrwaffen für die Jägerkommandos).

„Militärisch unlösbar für jede defen-sive Verteidigung ist das Problem: Wie bringt man den Gegner wieder aus dem Lande?“ Nach Afheldt ist diese Aufgabe aber auch für die bis-herige Militärstruktur nicht lösbar. Kriegsbeendigung und Abzug des Angreifers müssen politisch erreicht werden. (31)

Nicht-Angriffsfähigkeit baut Mißtrauen ab

Der Gegner sieht, daß sich die BRD zwar vor einem Angriff schützen kann, aber nicht zum Angriff fähig ist. Deshalb wird die Gefahr viel geringer, daß der Gegner in einer Krise »vor-beugend« angreift. Das Mißtrauen wird abge-baut. Konflikte können politisch gelöst werden. Abrüstung wird möglich.



Umdenken - Umrüsten

Die Umrüstung der Bundeswehr auf eine defensive Verteidigungsstruktur ist zunächst nur ein technisches Problem. Das Netz der Technokommandos könnte zunächst in Gebieten aufgebaut werden, die für Panzer ungünstig sind. So würden Inseln der defensiven Verteidigung entstehen, die schrittweise vergrößert werden könnten. Beim Aufbau der Technokommandos in diesem Gebiet und in ersten Manövern könnten Erfahrungen gesammelt, das Konzept verfeinert und die defensiven Waffensysteme verbessert werden. Eine andere Möglichkeit wäre, das Netz entlang der Grenze zum Ostblock aufzubauen. Eine so geschaffene „panzerfreie Zone“ könnte auch in Rüstungskontrollverhandlungen eingebracht werden. (32) Voraussetzung für die Verwirklichung des Konzepts ist weiterhin der Abzug aller Kernwaffen aus der BRD.

Die technischen Fragen einer Umrüstung stellen sicher kein unüberwindbares Hindernis dar. Entscheidend ist, ob der politische Wille für eine solche Umrüstung entstehen kann. (33)

Voraussetzung für die politische Unterstützung des vorgestellten Defensivkonzeptes ist der Abschied von einigen Illusionen und die Erkenntnis von einigen Realitäten der bisherigen Verteidigungsplanung.

Eng verbunden mit dem Sicherheitsgefühl, das die Bundeswehr der Bevölkerung zu vermitteln versucht, ist die Behauptung, im Kriegsfall „Vorneverteidigung“ zu praktizieren: Es soll der Eindruck erweckt werden, ein Angreifer könne an der Grenze aufgehalten werden. Im Weißbuch 85 wird gegen die „Alternativmodelle“ argumentiert: „So würde eine Raumverteidigung der Bundesrepu-

blik Deutschland anstelle der konsequenten Vorneverteidigung den größten Teil des Bundesgebietes zum Gefechtsfeld machen.“ (34)

Nun sind aber die Stützpunkte der NATO-Truppen über das gesamte Gebiet der BRD verteilt; im Kriegsfall werden diese und die Streitkräfte, die in ihre grenznahen Einsatzgebiete fahren, zum Ziel weitreichender Waffen, allgemein von Angriffen der Truppen des Warschauer Pakts. Auch nach den derzeitigen Verteidigungsplanungen würde also das gesamte Gebiet der BRD zum Kriegsschauplatz. Dies bestätigt das Weißbuch 83:

„Die NATO muß jedoch in ihren Verteidigungsvorbereitungen insbesondere den hohen Stand der Mechanisierung und Beweglichkeit der Streitkräfte des Warschauer Pakts in Rechnung stellen. Im Falle einer großangelegten Aggression würden sie diese Fähigkeit auszunutzen suchen, um mit ihren zahlenmäßig überlegenen Panzerkräften rasch den Durchbruch in die Tiefe zu erzwingen. Die numerische Überlegenheit der Warschauer-Pakt-Streitkräfte und ihr Vorteil, bei einer Aggression Raum und Zeit des Angriffs bestimmen zu können, müssen folglich durch bewegliche Operationsführung des Verteidigers ausgeglichen werden. Die Verbände der NATO müssen in der Lage sein, auch unter Beschuß Gelände auszunutzen und rasche Bewegungen auszuführen, um neue Schwerpunkte zu bilden und verlorengegangenen Raum wiederzugewinnen. Deshalb können sie weder auf die gepanzerte Stoßkraft der Landstreitkräfte noch auf die hohe Beweglichkeit der Luftstreitkräfte verzichten.“ (35)

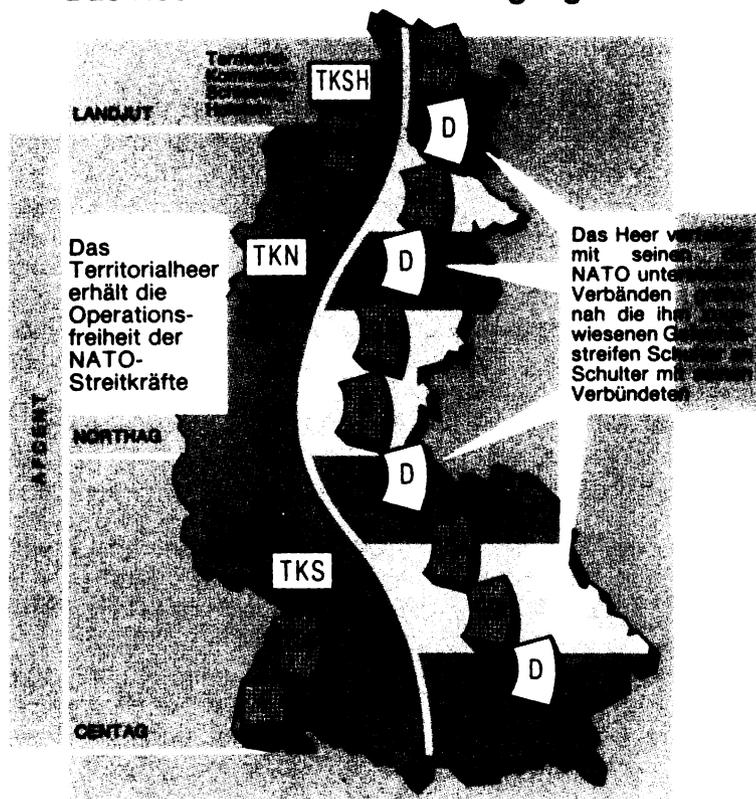
Das heißt also: Nach den derzeitigen Verteidigungsplanungen kann auch die gesamte BRD zum Gefechtsfeld werden; auch die Vorneverteidigung ist Raumverteidigung. Das Defensivkonzept gibt die Illusion der Verteidigung einer Grenze auf und nutzt den Raum konsequent, um die Angriffskraft des Gegners nach und nach abzunutzen.

Weiterhin müßte von der Vorstellung Abschied genommen werden, es gäbe eine Möglichkeit, den Gegner mit militärischen Mitteln zum Verlassen des Landes zu bewegen.

Die offizielle Sicherheitspolitik argumentiert gegen die Defensivkonzepte:

„Der Angreifer könnte seine Raumgewinne...ungestört behalten und weiter nutzen. Sein Risiko würde erheblich gemindert,

Das Heer in der Vorneverteidigung



NATO-Kommandos

AFCENT	: Kommandobereich Europa Mitte
NORTHAG	: Heeresgruppe NORD
CENTAG	: Heeresgruppe MITTE
LANDJUT	: Landstreitkräfte Jütland/Schleswig-Holstein

da er nicht mit Gegenschlägen zu rechnen hätte.“ (36)

Demgegenüber müßten die NATO-Verbände in der Lage sein, verlorengegangenen Raum wiederzugewinnen. (s.o.) Doch wie soll das möglich sein, wenn es stimmt, daß der Gegner überlegen ist? (Nach Angaben der NATO ist die WVO auch bei defensiven Waffensystemen „überlegen“.) In jedem Fall wäre der Versuch der Rückeroberung die Fortsetzung der Zerstörung des Gefechtsfeldes BRD.

Kriegsbeendigung durch Verhandlungen mit anschließendem Rückzug waren in der Geschichte häufig. Doch die Vorstellung, keine militärischen Machtmittel zur Rückeroberung verfügbar zu haben, sondern auf politische Mittel vertrauen zu müssen, scheint bei den in herkömmlichen militärischen Kategorien denkenden Männern Impotenzgefühle hervorzurufen. (Die „Stoßkraft“ — sic! — der Landstreitkräfte, siehe obiges Zitat aus dem Weißbuch. Andere Defensivkonzepte, z.B. das Modell von J. Löser, sehen bewegliche gepanzerte „Schwertkräfte“ — sic! — für Gegenangriffe vor.) (37)

Wenn es richtig ist, daß das herkömmliche militärische Machtinstrument zur Verteidigung der Grenze und zur Rückeroberung eines Territoriums nicht in der Lage ist, diese Fähigkeiten aber wesentlich zum Gefühl militärischer Stärke gehören, beruht die Zustimmung zur bisherigen militärischen Sicherheitspolitik auf Unkenntnis und auf Phantasielosigkeit. Voraussetzung für einen Umdenkprozeß in der Bevölkerung ist wohl die Einsicht, die Ausgangspunkt für die Entwicklung des Afheldtschen Modells war: Verteidigung mit Atomwaffen führt zur Selbstvernichtung.

Gerade dem in der NATO-Strategie der „flexible response“ vorgesehenen Einsatz von Atomwaffen auf



dem Boden der BRD stimmen jetzt bereits sehr viele Jugendliche nicht mehr zu (wenn man der Studie des sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr glauben darf, s.S 5).

Eine Komponente des defensiven Konzepts, der Nichteinsatz von Kernwaffen und konsequenterweise der Abzug der Atomwaffen aus der BRD, könnte jetzt bereits breite Unterstützung finden. Die dokumentierten Argumente der Bundesregierung gegen eine atomwaffenfreie Zone (siehe S.83) gehen am defensiven Modell Afheldts vorbei. Natürlich kann der potentielle Gegner von außen in die atomwaffenfreie Zone reinschießen. Aber die defensive Verteidigungsstruktur bietet keine sinnvollen Ziele.

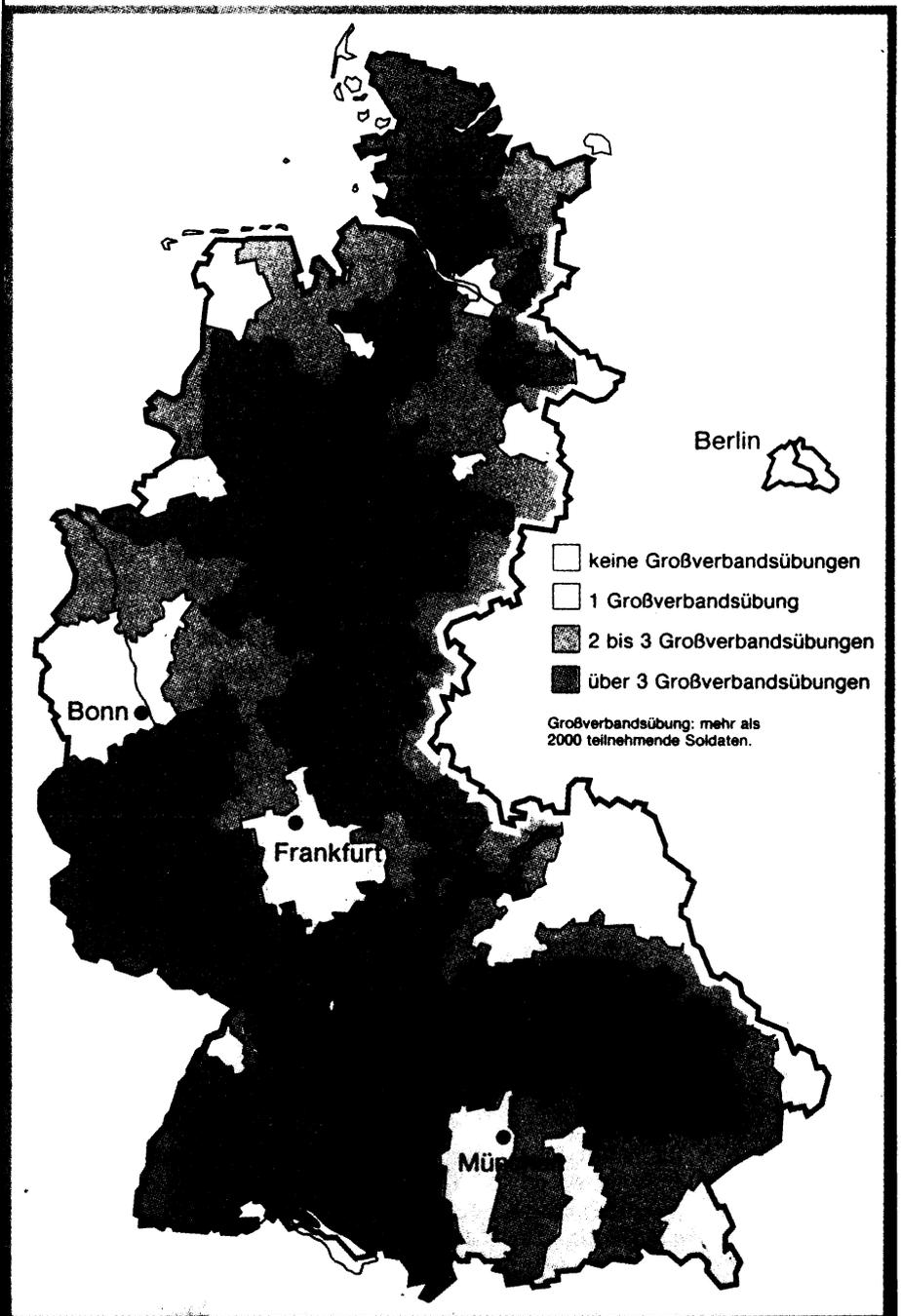
In dem Maße, wie sich die Einsicht in die Realitäten der Verteidigungsplanung und in die Widersprüche der Abschreckungsstrategie verbreitet, könnte auch die Bereitschaft wach-

sen, eine andere militärische Verteidigungskonzeption zu unterstützen.

Andererseits wird oft vermutet, die Bevölkerung könnte dem Defensivkonzept Widerstand entgegensetzen, weil sie mit Zehntausenden von Unterständen, Depots, Raketen usw. der Technokommandos konfrontiert wäre. Dabei wird oft übersehen, wie geduldig die Bevölkerung jahrzehntelang Belästigungen durch Tiefflüge, Großmanöver, Schießplätze und Panzerkolonnen auf Autobahnen in Kauf nimmt („Sicherheit hat ihren Preis“).

Wird die Bevölkerung durch das defensive Modell militarisiert oder die Verteidigung zivilisiert? Die defensive Struktur erfordert sicherlich häufi-

Großverbandsübungen von NATO-Landstreitkräften in der Bundesrepublik Deutschland 1984



gere Wehrübungen und längere Bereitschaftszeiten von Reservisten. Andererseits würden sie heimatnah eingesetzt, und der Austausch mit dem Zivilbereich wäre intensiver. (38) Die Befürworter der defensiven Verteidigung hoffen, durch die natur- und heimatnahe Verwendung der Soldaten und durch die realistische Aussicht auf Schadensbegrenzung könnte die Motivation der Soldaten steigen. Die soldatische Pflichterfüllung würde so wieder zum schönen und beglückenden Erlebnis.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß auf einen Umdenkprozeß auch Kräfte unterhalb der demokratischen Ebene einwirken, z.B. Interessen der Rüstungsindustrie an Aufrechterhaltung ihrer bisherigen Auftragsstruktur. Die Realisierung des Defensivkonzeptes würde bedeuten, die Ausgaben für Waffenbeschaffung drastisch zu verlagern; die herkömmlichen Großwaffen wie Panzer und Kampfflugzeuge sind darin nicht mehr vorgesehen. Andere Interessensgruppen gegen eine defensive Umrüstung könnten unter den Berufssoldaten zu finden sein, deren Waffengattungen „wegrationalisiert“ würden. Im Selbstverständnis der herrschenden Sicherheitspolitik existiert aber kein „Militärisch-Industrieller-Komplex“, der an den demokratischen Strukturen vorbei seine Interessen durchsetzen würde. (39) Dabei ist es sicherlich für die Bildung einer öffentlichen Meinung von Bedeutung, wie ein neues militärisches Konzept bei denen aufgenommen wird, die als berufene Experten gelten.

Diese Überlegungen, warum die Bevölkerung dieser oder jener Verteidigungskonzeption zustimmen könnte oder nicht, blieben mit Absicht auf einer sicherheitspolitischen Ebene und nahmen damit die offizielle Annahme ernst, Sicherheitspolitik sei Produkt rationaler politischer Auseinandersetzung und Willensbildung.

Mit einer Verbreiterung der Diskussion über unterschiedliche Möglichkeiten der Sicherheitspolitik beginnt diese Auseinandersetzung gerade erst.

Anmerkungen

1. Z.B. die Kritik von Bogislav von Bonin, Der Spiegel 48/1966; siehe auch: Jochen Löser: „Weder rot noch tot“, München 1982, S.160 f

2. Horst Afheldt: „Defensive Verteidigung“, Reinbek 1983, S.48; im Folgenden kurz „DV“
3. Matthias Jopp: „Zur Entstehungsgeschichte der deutschen Sicherheitsproblematik: Politische Interessen und militärische Planung bei der Integration der Bundeswehr in das NATO-Bündnis.“, in: „Unsere Bundeswehr?“ Friedensanalysen Band 14, FfM 1981
4. „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung“, herausgegeben von C.F. von Weizsäcker, München 1971
5. Horst Afheldt, „Verteidigung und Frieden“, München 1976
6. Afheldt, DV S.83, 84
7. DV S. 63 ff
8. DV S.71
9. Alexander Acker in DV S.95 f; Wehrtechnik 2/85 S.9
10. Darstellung nach DV S.89 ff
11. DV S.119
12. Tabelle nach DV S.118
13. DV S.121
14. DV S.123 ff
15. DV S.125
16. DV S.124
17. DV S.126
18. DV S.127
19. DV S.128/129
20. DV S.13 f
21. DV S.16
22. DV S.17
23. DV S.137: Offene Städte nach Artikel 25 der Haager Landkriegsordnung bzw. nach Artikel 59 des 1.Zusatzprotokolls zu den Genfer Abkommen über den Schutz der Opfer bewaffneter Konflikte; diese Protokolle wurden aber noch nicht ratifiziert.
24. DV S.138
25. DV S.63
26. DV S.130
27. DV S.151
28. DV S.43
29. DV S.44
30. DV S.46
31. DV S.131/132
32. DV S.59
33. Die Frage, von welchen Einstellungen und Überzeugungen der politische Wille der Bevölkerung abhängt, ist eine andere als die Frage, welche verteidigungspolitischen Zumutungen die Bevölkerung bereit ist hinzunehmen (Akzeptanzforschung). Auch die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Militär und gesellschaftlichen Strukturen soll hier ausgeklammert werden. Siehe dazu: Lippert, Schönborn, Wachtler: „Gesellschaftliche und politische Konsequenzen alternativer Verteidigungskonzepte“,

und: H.Honolka: „Soziale Voraussetzungen und Konsequenzen einer Netzverteidigung der Bundesrepublik“, in: „Die Praxis der defensiven Verteidigung“, herausgegeben von C.F. von Weizsäcker, Hameln 1984

34. Weißbuch 85, Ziff.186
35. Weißbuch 83, Ziff.310; Horst Afheldt dazu: „Die These von der Vorverteidigung, die das Bundesgebiet schützt, ist Selbstbetrug.“ DV S.86
36. Weißbuch 85, Ziff.187
37. Jochen Löser, a.a.O.
38. Horst Afheldt, DV S.146, bezeichnet die Behauptung, das Defensivkonzept bedeute Militarisierung, schlicht als falsch.
39. Reimund Seidelmann, „Defensivstrukturen, Truppenabbau und atomwaffenfreie Zone und ihre Durchsetzbarkeit in beiden deutschen Staaten“, geht davon aus, daß der Einfluß von Bundeswehr und Rüstungsindustrie auf die politischen Entscheidungen nur gering sei und diese eine politisch gewollte Umrüstung nicht verhindern könnten. S.276, S.290 f in: „Die Zukunft der Sicherheit in Europa“, herausgegeben von Lothar Brock und Berthold Meyer, Baden Baden 1984 (Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung Band XI)

Literaturhinweise

Afheldt, Horst: Verteidigung und Frieden, München 1976

ders.: Defensive Verteidigung, Reinbek bei Hamburg 1983 (rororo aktuell No. 5345)

Brock, Lothar / Meyer, Berthold: Die Zukunft der Sicherheit in Europa; Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung Band XI, Baden Baden 1984

Löser, Jochen: Weder rot noch tot, München 1981

Nolte, Hans Heinrich / Nolte, Wilhelm: Ziviler Widerstand und autonome Abwehr; Baden Baden 1984

Carl Friedrich von Weizsäcker (Hg.): Kriegsfolgen und Kriegsverhütung, München 1971

ders.: Die Praxis der defensiven Verteidigung, Hameln 1984

4. Gemeinsame Sicherheit und Abrüstung

Das Konzept der gemeinsamen Sicherheit und Abrüstung ist ein Versuch, vorrangig durch vertrauensvolle, enge politische Zusammenarbeit einen dauerhaften Frieden zu sichern.

Grundlage sind die völkerrechtlichen Normen und die Zielsetzung der Charta der Vereinten Nationen (UN-Charta). In diesem Dokument wurden die politischen Grundsätze formuliert und festgelegt, die für ein friedliches Miteinander der Völker für notwendig erachtet werden. Diese politischen Grundsätze werden zwar von allen Mitgliedsstaaten der UNO anerkannt, in der Praxis aber häufig nicht eingehalten. Es muß daher nach Wegen gesucht werden, die sicherstellen, daß diese Grundsätze mehr als bisher Eingang in die praktische Politik finden.

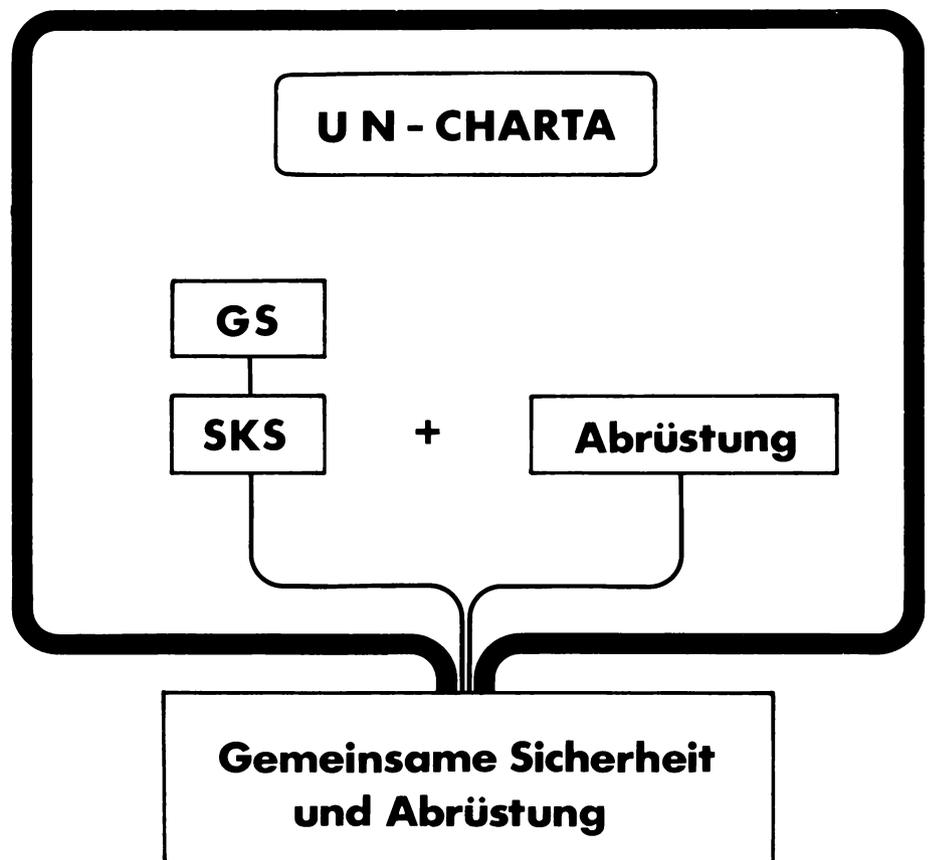
Die UN-Charta enthält die Ideen:

- Gemeinsame Sicherheit, d.h., daß kein Staat allein und gegen die anderen sicher sein kann, sondern daß Sicherheit das gemeinsame Ziel der Völker ist und deshalb auch deren gemeinsame Aufgabe sein muß.
- Abrüstung, d.h., daß für Frieden und Wohlstand für alle eine Verringerung der Rüstungspotentiale erforderlich ist.

Diese beiden Ideen werden - getrennt voneinander - vorgestellt. Eine Weiterführung der Idee der Gemeinsamen Sicherheit ist das System

kollektiver Sicherheit (SKS). Von einem SKS kann dann gesprochen werden, wenn die Idee der GS zu einer politischen Organisationsform herangereift ist. Aus der Kombination der beiden Ideen von GS/SKS und Abrüstung ergibt sich das Kon-

zept der Gemeinsamen Sicherheit und Abrüstung: Zunehmende Sicherheit wird dann erreicht, wenn sowohl ein System kollektiver Sicherheit aufgebaut wird als auch eine schrittweise Abrüstung erfolgt.



TRÄUME...



Vorgeschichte: Gemeinsame Sicherheit in der Charta der UN

Der grausamen Wirklichkeit des Krieges wurde schon früh die Utopie einer Welt ohne Gewalt und Krieg gegenübergestellt. Viele Menschen waren nicht mehr bereit, den Krieg als naturhaftes Schicksal zu akzeptieren; sie strebten danach, den Krieg zu ächten und aus dem Leben der Völker zu verbannen. In zwei internationalen Konferenzen wurde um die Jahrhundertwende versucht, Regeln für die Kriegsführung und für

die friedliche Beilegung von Streitigkeiten zu entwickeln.

Die Vereinten Nationen - nach dem zweiten Weltkrieg als Nachfolgeorganisation des Völkerbundes gegründet - unternahmen einen erneuten Versuch, eine weltweite Gemeinschaft zu errichten, die den Krieg zwischen den Staaten verhindern soll.

Hauptziele der Vereinten Nationen

• Die Bewahrung des Friedens durch

gemeinsame Maßnahmen

- Die friedliche Beilegung von Streitigkeiten
- Freundschaftliche und gleichberechtigte Beziehungen zwischen den Nationen
- Die internationale Zusammenarbeit zur Lösung dergemeinsamen Probleme der Menschheit
- Die Förderung der Menschenrechte.

ALPTRÄUME...



Die Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen enthalten den Gedanken der gemeinsamen Sicherheit (Art. 1.1.). Gemeinsame

Maßnahmen sollen die internationale Sicherheit und den Frieden bewahren, bzw. nach einem Friedensbruch ihn wiederherstellen (Art. 33 -

38). Die Sicherheit der Staaten soll gemeinschaftlich organisiert werden (Art. 2, 5).(1)

Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945

WIR, DIE VÖLKER DER VEREINTEN NATIONEN - FEST ENTSCHLOSSEN, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschen gebracht hat, ...
UND FÜR DIESE ZWECKE

Duldsamkeit zu üben und als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben, unsere Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren, ...

HABEN BESCHLOSSEN, IN UNSEREM BEMÜHEN UM DIE ERREICHUNG DIESER ZIELE ZUSAMMENZUWIRKEN.

Artikel 1

Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele:

1. den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere

Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen;

2. freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen.

Artikel 2

Die Organisation und ihre Mitglieder handeln im Verfolg der in Artikel 1 dargelegten Ziele nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Organisation beruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder.
...
3. Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche

Mittel so bei, daß der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.

4. Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.
5. Alle Mitglieder leisten den Vereinten Nationen jeglichen Beistand bei jeder Maßnahme, welche die Organisation im Einklang mit dieser Charta ergreift; sie leisten einem Staat, gegen den die Organisation Vorbeugungs- oder Zwangsmaßnahmen ergreift, keinen Beistand.
6. Die Organisation trägt dafür Sorge, daß Staaten, die nicht Mitglieder der Vereinten Nationen sind, insoweit nach diesen Grundsätzen handeln, als dies zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlich ist.

Kapitel VI: Die friedliche Beilegung von Streitigkeiten

Artikel 33

(1) Die Parteien einer Streitigkeit, deren Fortdauer geeignet ist, die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu gefährden, bemühen sich zunächst um eine Beilegung durch Verhandlung, Untersuchung, Vermittlung, Vergleich, Schiedsspruch, gerichtliche Entscheidung, Inanspruchnahme regionaler Einrichtungen oder Abmachungen oder durch andere friedliche Mittel eigener Wahl.

(2) Der Sicherheitsrat fordert die Parteien auf, wenn er dies für notwendig hält, ihre Streitigkeit durch solche Mittel beizulegen.

Artikel 34

Der Sicherheitsrat kann jede Streitigkeit sowie jede Situation, die zu internationalen Reibungen führen oder eine Streitigkeit hervorrufen könnte, untersuchen, um

festzustellen, ob die Fortdauer der Streitigkeit oder der Situation die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gefährden könnte.

Artikel 36

(1) Der Sicherheitsrat kann in jedem Stadium einer Streitigkeit im Sinne des Artikels 33 oder einer Situation gleicher Art geeignete Verfahren oder Methoden für deren Bereinigung empfehlen.

(2) Der Sicherheitsrat soll alle Verfahren in Betracht ziehen, welche die Parteien zur Beilegung der Streitigkeit bereits angenommen haben.

(3) Bei seinen Empfehlungen auf Grund dieses Artikels soll der Sicherheitsrat ferner berücksichtigen, daß Rechtsstreitigkeiten im allgemeinen von den Parteien dem Internationalen Gerichtshof im Einklang mit dessen Statut zu unterbreiten sind.

Artikel 37

(1) Gelingt es den Parteien einer Streitigkeit der in Artikel 33 bezeichneten Art nicht, diese mit den dort angegebenen Mitteln beizulegen, so legen sie die Streitigkeit dem Sicherheitsrat vor.

(2) Könnte nach Auffassung des Sicherheitsrats die Fortdauer der Streitigkeit tatsächlich die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gefährden, so beschließt er, ob er nach Artikel 36 tätig werden oder die ihm angemessen erscheinenden Empfehlungen für eine Beilegung abgeben will.

Artikel 38

Unbeschadet der Artikel 33 bis 37 kann der Sicherheitsrat, wenn alle Parteien einer Streitigkeit dies beantragen, Empfehlungen zu deren friedlicher Beilegung an die Streitparteien richten.

UN-Charta und „Realpolitik“

Obwohl Sicherheit und Frieden im Mittelpunkt der UN-Charta stehen, wird diese gemeinhin nicht zur Basis der Sicherheitspolitik der Mitgliedstaaten gemacht. Zwar wurden Ziele und Grundsätze von Art. 1 und 2 der UN-Charta in verschiedenen Erklärungen der UN und in der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) bekräftigt und bestätigt (2); in der

Praxis waren jedoch herkömmliche Vorstellungen von militärischer Stärke und Überlegenheit, waren Angst und Mißtrauen zwischen den Staaten vorherrschend.

Die UN blieb als Organisation zur Sicherung des Friedens aus verschiedenen Gründen weitgehend wirkungslos:

- Die Mitglieder im Sicherheitsrat können durch ihr Vetorecht Maßnahmen der Vereinten Nationen verhindern.
- Eine Einigung auf Richtlinien für

die Unterstellung von Streitkräften unter das Kommando der UN konnte nicht erreicht werden (3).

- Die Vereinten Nationen verfügen über keine Mittel zur Durchsetzung von völkerrechtlichen Normen oder eigenen Beschlüssen.

Die Einhaltung der Normen und Beschlüsse der UN ist daher vom politischen Willen und der Bereitschaft der einzelnen Mitglieder abhängig. Der Ost-West-Konflikt und die traditionelle Nutzung militärischer Machtpolitik vereitelten dies oft (4).

UN-Charta und System kollektiver Sicherheit

Es wird deutlich, daß durch die Vereinten Nationen mit ihrer Satzung noch kein System kollektiver Sicherheit konstituiert ist, sondern daß lediglich einige Ideen, die zu einem solchen SKS führen könnten, angesprochen sind. So ermöglicht z.B.

der Artikel 52 der UN-Charta „regionale Einrichtungen“ zur Wahrung des Friedens und der internationalen Sicherheit. Heutige Überlegungen zur Einführung eines wirkungsvollen SKS gehen von solchen regionalen Einrichtungen aus.

Artikel 52

(1) Diese Charta schließt das Bestehen regionaler Abmachungen oder Einrichtungen zur Behandlung derjenigen die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit betreffenden Angelegenheiten nicht aus, bei denen Maßnahmen regionaler Art angebracht sind; Voraussetzung hierfür ist, daß diese Abmachungen oder Einrichtungen und ihr Wirken mit den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen vereinbar sind.

Die Idee der gemeinsamen Sicherheit heute

„Gemeinsame Sicherheit“ ist der Titel des Berichts der Palme-Kommission. Darin heißt es unter anderem: „... in der heutigen Zeit kann Sicherheit nicht einseitig erlangt werden... Der Frieden kann nicht durch militärische Konfrontation erzielt werden. Vielmehr gilt es, sich ständig um den Frieden zu bemühen in einem unablässigen Prozeß des Verhandeln, der Annäherung und der Normalisierung mit dem Ziel, gegenseitiges Mißtrauen und gegenseitige Angst abzubauen. Wir sehen uns gemeinsamen Gefahren gegenüber und müssen uns folglich auch gemeinsam um unsere Sicherheit bemühen.“ (5)

Egon Bahr, Mitarbeiter in der Kommission, formulierte:

„Gemeinsame Sicherheit ist eine Idee, die aus der Erkenntnis erwuchs, daß man im nuklearen Zeitalter nicht mehr siegen kann... Sie verlangt das Umdenken, den Gegner als Partner zu akzeptieren, und ist geeignet, die Doktrin der Abschreckung abzulösen.“ (6)

Was heißt

„gemeinsame Sicherheit“?

„Gemeinsame Sicherheit“ ist bisher noch kein eigenständiges politisches Konzept. Es bedeutet ein grundsätzliches Umdenken gegenüber der bisherigen Sicherheitspolitik. Dies wird u.a. aus folgenden Merkmalen deutlich (7):

- Gemeinsame Sicherheit will kurz- und mittelfristig eine Koalition der Vernunft zwischen den vorhandenen Militärbündnissen. Auf die Dauer ist die Existenz von Militärpakten mit gemeinsamer Sicherheit nicht vereinbar.
- Auch Neutralität und gemeinsame Sicherheit sind langfristig unver-

einbar; die bisher neutralen Staaten müssen in die Bemühungen um gemeinsame Sicherheit mit einbezogen werden.

- Die Strategie der Abschreckung ist mit der Idee der gemeinsamen Sicherheit unvereinbar, vielmehr ist eine Verteidigungspolitik, die eine Nicht-Angriffsfähigkeit beinhaltet, gefordert.
- Ein wichtiges Mittel für die Politik der gemeinsamen Sicherheit ist eine wirksame Rüstungskontrollpolitik. Diese wird allerdings nur er-

folgreich sein, wenn das Ziel der gemeinsamen Sicherheit von **allen** Verhandlungspartnern akzeptiert wird. Kurzfristig muß Rüstungskontrollpolitik verhindern, daß Strategien und Fähigkeiten für einen Angriffskrieg entwickelt werden.

- In bestimmten Fällen sind jedoch auch einseitige Maßnahmen mit der Idee der gemeinsamen Sicherheit vereinbar: So sind einseitige Vorleistungen als vertrauensbildende Maßnahmen denkbar.

Feindbild und gemeinsame Sicherheit

Gemeinsame Sicherheit erfordert den Abbau überlieferter Feindbilder. Denn der mögliche Gegner ist gleichzeitig der Partner bei der Suche nach Sicherheit - trotz unterschiedlicher Interessen und Gesellschaftssysteme. Deshalb müssen Klischeevorstellungen vom Feind im Osten durch eine möglichst sachliche Analyse der Absichten und Fähigkeiten des „Sicherheitspartners“ ersetzt werden.

Auch die Sowjetunion ist am Überleben interessiert und steht wie wir unter dem Zwang zur Zusammenarbeit. Die „Theorie der friedlichen Koexistenz“, Richtlinie der Außenpolitik der sozialistischen Staaten, beruht auf den gleichen Grundeinsichten wie die „Gemeinsame Sicherheit“. Beide stimmen überein in dem Ziel der Kriegsverhütung (8).

Die Einsicht in die Gemeinsamkeiten bildet die Grundlage für die Verwirklichung von gemeinsamer Sicherheit.



Gemeinsame Sicherheit

Gegenseitige Unsicherheit

Wenn sich eine Seite mehr und bessere Waffen beschafft, erhöht das nur scheinbar ihre Sicherheit. Denn die andere Seite wird dann ebenfalls ihre Bewaffnung erneuern, und die Lage wird bedrohlicher.



Die Idee der gemeinsamen Sicherheit



Da Sicherheit nur miteinander, nicht gegeneinander erreicht werden kann, soll gemeinsam nach einer befriedigenden Lösung des Sicherheitsproblems gesucht werden.

Den Gegner als Sicherheitspartner anerkennen, heißt, ihn nicht mehr als Feind betrachten.

Gemeinsame Sicherheit: Eine hübsche Idee?

Die Idee der gemeinsamen Sicherheit geht von der Einsicht aus, daß ein Atomkrieg das Überleben der Menschheit gefährden würde und daß die Fortsetzung des Wettrüstens diesen Krieg wahrscheinlicher macht. Daraus leitet sich die Erkenntnis ab, daß im Nuklearzeitalter Sicherheitspolitik stets auch die Sicherheit des Nachbarn und Gegners berücksichtigen muß.

Anfang der achtziger Jahre wurden diese Ideen - nun teilweise unter dem Titel „Sicherheitspartnerschaft“ - wieder aufgegriffen. Die Gründe hierfür waren unter anderem:

- Die Stagnation bzw. das Scheitern der Rüstungskontrollpolitik: Der

Salt-II-Vertrag wurde von den USA nicht unterzeichnet; dies zeichnete sich schon vor dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan ab. Nach dem NATO-Doppelbeschluß (der Beschluß, neue Mittelstreckenraketen in Europa aufzustellen und darüber zu verhandeln) und dem Einmarsch der UdSSR in Afghanistan verschlechterten sich die Ost-West-Beziehungen weiter.

- Es zeigte sich, daß Abrüstungsverhandlungen nicht erfolgreich sein können, wenn einseitiges Streben nach Sicherheit und Mißtrauen weiterhin die Grundlage der Politik bleiben.

- Das öffentliche Interesse an Ent-

spannung und Abrüstung wuchs. Durch die Entstehung der neuen Friedensbewegung Anfang der achtziger Jahre lebte die kritische Diskussion um die Sicherheitspolitik wieder auf.

Die Einsicht verbreitete sich: Der Konflikt zwischen Ost und West muß militärisch **und** politisch entschärft werden.

Da abrüstungswillige Politiker das Scheitern der Rüstungskontrollpolitik eingestehen, und da die Bevölkerung Fortschritte bei der Abrüstung verlangt, ist durchaus die Chance gegeben, daß die Idee der Gemeinsamen Sicherheit in die Realpolitik Eingang findet.

Das System der kollektiven Sicherheit

Während „Gemeinsame Sicherheit“ lediglich eine Leitlinie für die staatliche Außen- und Sicherheitspolitik ist, meint das SKS die Institution der Zusammenarbeit zur gemeinsamen Sicherung des Friedens.

Mit dem System der kollektiven Sicherheit wird der Gedanke der gemeinsamen Sicherheit in eine internationale Vereinbarung umgesetzt und in eine völkerrechtlich verbindliche Form gebracht.

SKS ist kein Militärbündnis im herkömmlichen Sinne. Von Aufbau und Aufgabenstellung her gibt es keinen bestimmten Gegner. Gegner ist jeweils der, der den Frieden bricht - unabhängig davon, ob er Mitglied im SKS ist oder nicht.

Grundlagen und Voraussetzungen von Systemen kollektiver Sicherheit (SKS)

Alle Mitglieder eines Systems müssen sich verpflichten, gemeinsam gegen jeden Angreifer vorzugehen, gleichgültig ob dieser ein Mitglied des Systems ist oder nicht. Die Sanktionen des Systems können diplomatische, finanzielle oder wirtschaftliche Maßnahmen beinhalten, sie können aber auch in einem militärischen Eingreifen bestehen. Durch die Bereitschaft der Staaten des SKS, auch militärische Mittel einzusetzen, soll jeder mögliche Angreifer davon abgehalten werden, den Frieden zu brechen, da er in diesem Fall die überwältigende Überlegenheit der vereinten Truppen aller SKS-Mitgliedsstaaten zu fürchten hat. Nur so kann jeder, auch der kleinste Staat des SKS, darauf vertrauen, vor militärischen Übergriffen anderer Staaten sicher zu sein.

Voraussetzung ist der Wille und das Interesse aller beteiligten Staaten an der Einhaltung der Regeln des Sy-

stems und an der Unterstützung von kollektiven Sanktionen. Die Staaten müssen das Interesse an der Erhaltung bzw. an der Wiederherstellung des Friedens über ihre eigenen nationalen und kurzfristigen Interessen stellen.

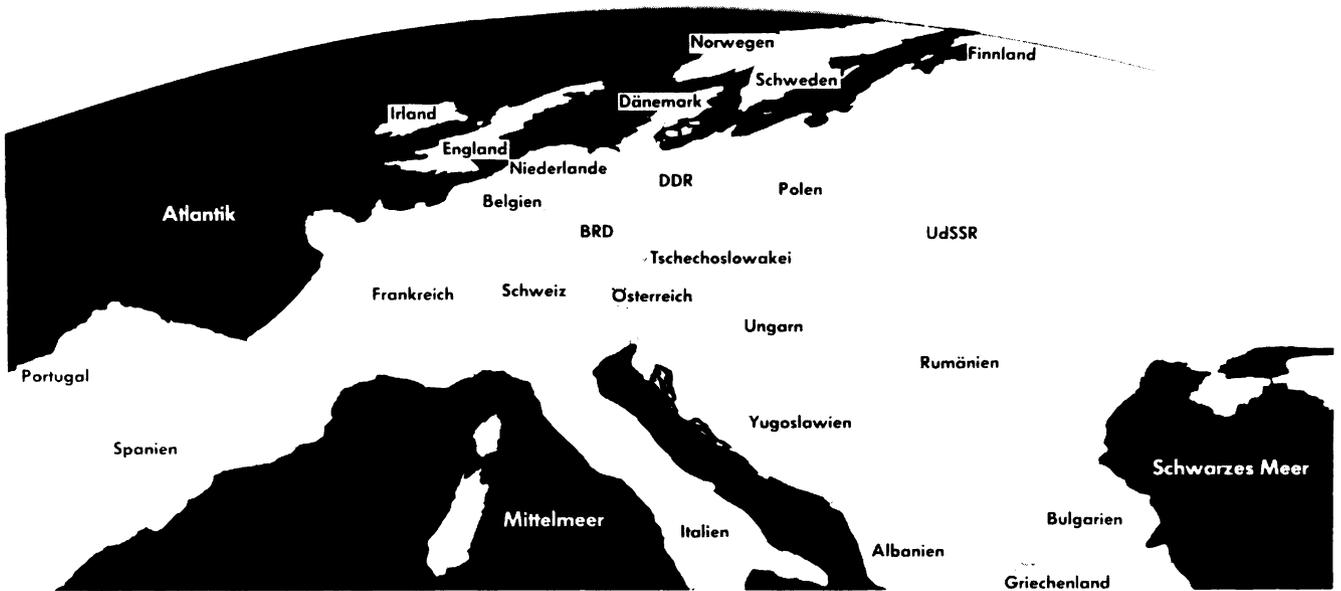
Ein SKS ist keine gewaltfreie Konzeption, da die Mitgliedstaaten in letzter Konsequenz bereit sein müssen, „Krieg für den Frieden“ zu führen. Dennoch ist das SKS von herkömmlichen Militärbündnissen zu unterscheiden, da es die gemeinsame Verteidigungspflicht der Mitgliedsstaaten selbst für den Fall vorsieht, daß der Angreifer selbst ein Mitglied im SKS ist. Auch aus diesem Grund darf es keine Bildung von Teilbündnissen einzelner Mitgliedsstaaten innerhalb des SKS geben.

Eine weitere wichtige Voraussetzung besteht darin, daß die Mitgliedssta-

ten auf die „technische“ Funktionsfähigkeit des Systems vertrauen können. Es müssen genaue Regeln aufgestellt werden, anhand derer festgestellt werden kann, ob ein Friedensbruch vorliegt oder nicht, d.h. in welchen Fällen die Mitgliedsstaaten zu gemeinsamen Aktionen verpflichtet sind. Auch müssen unabhängige Gremien gebildet werden, die schnell und zweifelsfrei entsprechende Beschuldigungen überprüfen und Sanktionen beschließen können. Solche Gremien müssen so zusammengesetzt sein, daß alle Mitgliedsstaaten beim Entscheidungsprozeß mitwirken können und daher die Beschlüsse dieser Gremien respektieren.

Das System muß schnell und effektiv handlungsfähig sein, gerade auch im Fall von militärischen Aktionen. So müssen Verfahrensweisen und Einrichtungen des Systems sicherstel-

System der kollektiven Sicherheit



Ein System der kollektiven Sicherheit ist ein Bündnis aller Staaten einer Region.

Im System der kollektiven Sicherheit wird die gemeinsame Sicherheit vertraglich geregelt.
Ziel:

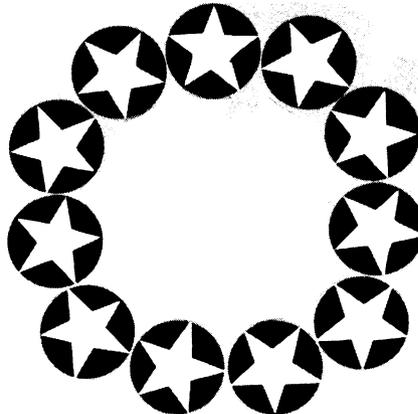
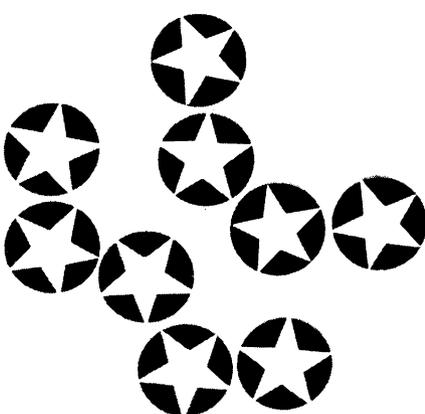
- Erhaltung des Friedens und Wiederherstellung des Friedens
- Gemeinsame Garantie der Sicherheit

Die Sicherheit beruht auf der Überlegenheit der Staaten, die den Frieden erhalten wollen, nicht auf einem Gleichgewicht zwischen Machtblöcken.
Die Bereitschaft zur gemeinsamen Militäraktion soll jeden Angreifer abhalten.

Unterschied zum Militärbündnis:
Von Aufbau und Aufgabenstellung her gibt es keinen bestimmten Gegner!

Die Mitgliedstaaten eines Systems der kollektiven Sicherheit übernehmen folgende Verpflichtungen:

- Gegen einige Bündnisleistung im Falle eines Angriffs (gleichgültig, ob der Angriff von außen oder einem Teilnehmer des Systems kommt)
- Gegen jeden Angreifer gemeinsam vorzugehen
- Sich einer internationalen Gerichtsbarkeit zu unterwerfen.
- Ihre Streitigkeiten friedlich beizulegen



len, daß der Einsatz der gemeinsamen Streitkräfte des Systems bzw. der Mitgliedsstaaten gut geplant und koordiniert vor sich geht.

Ein SKS benötigt weiterhin eine Schiedsgerichtsbarkeit, der sich die Staaten unterwerfen müssen. Nur unter dieser Voraussetzung kann das wichtigste Ziel des SKS erreicht werden: Nämlich Streitigkeiten friedlich

zu lösen und militärische Auseinandersetzungen wo immer möglich zu vermeiden. Ein solcher „SKS-Gerichtshof“ ermöglicht darüber hinaus friedliche Wandlungsprozesse innerhalb des Systems. Ungelöste zwischenstaatliche Probleme (z.B. Südtirol oder die deutsch-deutsche Grenze) könnten so einvernehmlich einer Lösung zugeführt werden.

Ein System kollektiver Sicherheit für Europa

Angesichts des Ost-West-Konflikts und des Scheiterns von Völkerbund und Vereinten Nationen betrachten viele Völkerrechtler und Politologen Vorstellungen von Systemen der kollektiven Sicherheit als gegenwärtig unrealistisch und nicht durchführbar. Nach Volker Böge und Peter Wilke

(9) sind lediglich weltweite Systeme kollektiver Sicherheit undurchführbar und unrealistisch, nicht jedoch regionale Systeme. Sie schlagen deshalb ein System der kollektiven Sicherheit für Europa ohne die beiden Großmächte USA und UdSSR vor.

Die Idee eines Systems kollektiver Sicherheit für Europa ist nicht neu

Bereits im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland von 1949 ist die Idee eines Systems kollektiver Sicherheit für Europa enthalten.

Im Jahr 1954 unternahm die Sowjetunion konkrete Schritte in Richtung kollektiver Sicherheit, indem sie beantragte, in die NATO aufgenommen zu werden. Die NATO sollte so zu einem SKS werden, dem alle europäischen Staaten und die UdSSR angehörten. Die Westmächte sahen dadurch ihre Hoffnungen auf die Gründung eines westeuropäischen Militärbündnisses und auf die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland gefährdet und lehnten diesen Antrag ab. Doch auch in der Bundesrepublik wurde die Forde-

rung nach einem ESKS z.B. von Wiederaufrüstungsgegnern und von Seiten der SPD unterstützt.

Schließlich drehten sich die Verhandlungen zwischen UdSSR und den Westmächten um die Frage, ob zunächst ein ESKS geschaffen werden sollte, in dessen Rahmen die Wiedervereinigung Deutschlands stattfinden könnte (wie die UdSSR forderte), oder ob die Wiedervereinigung Deutschlands die unabdingbare Vorbedingung für die Schaffung eines ESKS sein sollte (wie die Westmächte forderten). Mit der Wiederbewaffnung und der gleichzeitigen Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Verteidigungsbündnis (NATO) im Jahr 1955 fanden die Verhandlungen ihr Ende. Die

Grundgesetz der BRD

Artikel 24

- (1) Der Bund kann durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen.
- (2) Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern.
- (3) Zur Regelung zwischenstaatlicher Streitigkeiten wird der Bund Vereinbarungen über eine allgemeine, umfassende, obligatorische, internationale Schiedsgerichtsbarkeit beitreten.

Artikel 25

Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes...

Auszug aus der Präambel des Warschauer Vertrags

Die vertragsschließenden Seiten haben beschlossen, unter erneuter Bekundung ihres Strebens nach Schaffung eines auf der Teilnahme aller europäischen Staaten, unabhängig von ihrer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung beruhenden Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, das es ermöglichen würde, ihre Anstrengungen im Interesse der Sicherung des Friedens in Europa zu vereinigen..., diesen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand abzuschließen...

Artikel 11

... Im Falle der Schaffung eines Systems der Kollektiven Sicherheit in Europa und des Abschlusses eines diesem Ziele dienenden gesamteuropäischen Vertrages über kollektive Sicherheit, den die vertragsschließenden Seiten unentwegt anstreben werden, verliert dieser Vertrag am Tage des Inkrafttretens des gesamteuropäischen Vertrages seine Gültigkeit.

Aus dem Godesberger Programm der SPD von 1959

Als Schritte auf dem Wege zu einer allgemeinen Abrüstung und zur Entspannung internationaler Beziehungen sind regionale Sicherheitssysteme im Rahmen der Vereinten Nationen aufzubauen. Das wiedervereinigte Deutschland soll mit allen Rechten und Pflichten Mitglied eines europäischen Sicherheitssystems werden.

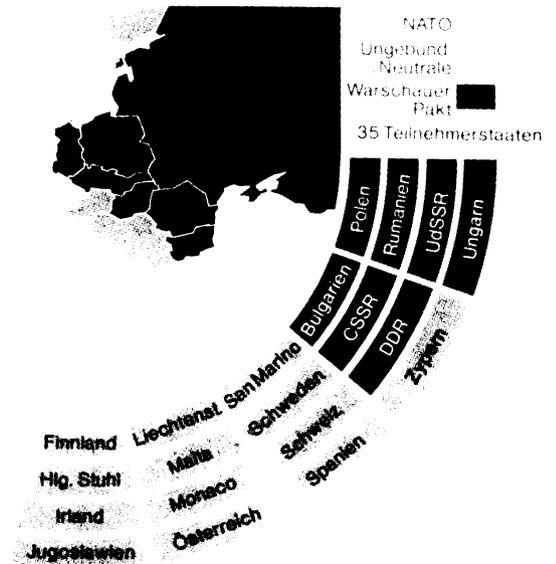


Am 1. August 1975 haben die Staats- und Regierungschefs der in beteiligten Länder die KSZE-Schlussakte in Helsinki unterzeichnet. Diese Schlussakte wird auch weiterhin als Prüfstein für einen Fortschritt zu einer wirklichen Koexistenz in Europa betrachtet. (Jean Gaumy/Gamma)

Idee eines ESKS wurde vorerst zu den Akten gelegt; die Wiedervereinigung Deutschlands ist in weite Ferne gerückt.

Im Zuge der Entspannungspolitik der siebziger Jahre kam es zur Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Die erste Abschlußkonferenz fand 1975 in Helsinki statt. Einige Friedensforscher verbanden mit dieser Konferenz die Hoffnung, ein System der kollektiven Sicherheit könnte mit einer Institutionalisierung der Konferenz entwickelt werden. Diese Hoffnungen haben sich bisher nicht erfüllt (10).

Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)



Die Forderung nach einem ESKS in der Gegenwart

Als die neue Friedensbewegung die sicherheitspolitische Debatte Anfang der achtziger Jahre wieder aufnahm, wurden Ziele diskutiert wie Überwindung der Blöcke, Neutralismus und Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO. Damit wurden Überlegungen für ein ESKS wieder aktuell.

Auch in Teilen der Sozialdemokratie erinnerte man sich nun an die Forderungen der eigenen Partei aus den fünfziger Jahren.

Der Friedensforscher Dieter S. Lutz schlägt ein System der kollektiven Sicherheit vor, in dem alle europäischen Staaten ungeachtet ihrer politischen und gesellschaftlichen Unterschiede ihre Sicherheit organisieren (11).

Beide Supermächte, die UdSSR und die USA, stehen außerhalb des Systems, dienen jedoch gleichwohl als Garanten der Sicherheit des SKS: Keine der beiden Supermächte, so wird angenommen, kann es sich leisten, daß Europa in die Hände der anderen Supermacht fällt. So kann das ESKS darauf verzichten, selbst zur militärischen Supermacht zu werden.

Vielmehr reicht es völlig aus, daß das ESKS über genügend Verteidigungsfähigkeit verfügt, um eine eventuell angreifende Supermacht entscheidend zu schwächen. In diesem Fall, so wird angenommen, wäre es für die andere Supermacht ein leichtes, den Angreifer aus Europa zurückzudrängen (12).

Folgende Grundvoraussetzungen müssen gegeben sein, damit, nach Lutz, ein ESKS funktionsfähig ist:

- Vertragliche und institutionelle Sicherheitsgarantien, die eine strikte und automatische Beistandsverpflichtung für jedes Aggressionsopfer garantieren;
- ein europäischer Sicherheitsrat mit dem unbestrittenen Recht zur Wiederherstellung Kollektiver Sicherheit im Aggressionsfall;
- die Aufstellung supranationaler SKS-Streitkräfte und der rechtliche Zugriff auf nationale Truppen;
- institutionalisierte Möglichkeiten zur obligatorischen friedlichen Streitbeilegung und zum „peaceful change“;
- ständige Einrichtungen und vielfältige Konsultationsmechanismen für eine multilaterale europäische Zusammenarbeit auf allen Gebieten. (13)

SKS und Militär

Ein System der kollektiven Sicherheit könnte dazu neigen, sich zum Verteidigungsbündnis und zu einer Militärallianz alten Stils zurückzuentwickeln. Dann könnte es als neue Supermacht den anderen umliegenden Staaten gegenüberreten und diese militärisch bedrohen.

Dies würde jedoch voraussetzen, daß im SKS ein gemeinsamer Wille zu einem Angriff gegen ein außenstehendes Land vorhanden ist; die

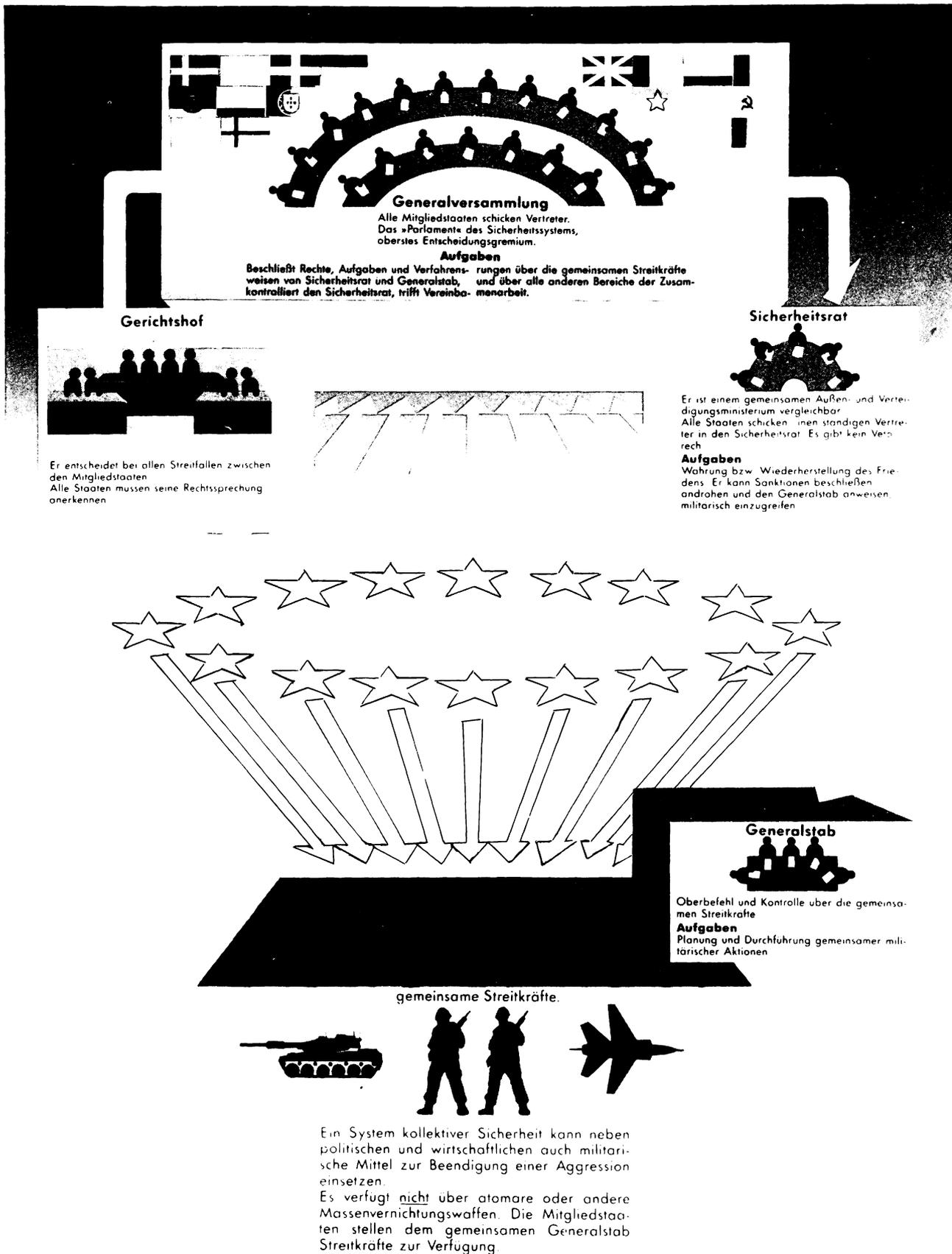
Möglichkeit, daß ein einzelnes Land das SKS zum Handlanger seiner egoistischen Interessen macht, kann durch die Organisation und die Zusammensetzung der einzelnen Gremien verhindert werden. Ein kollektiver Wille zur Aggression nach außen ist jedoch, zumindest eine gewisse Zeitspanne nach der Gründung einer solchen Gemeinschaft, auszuschließen: Schließlich ist es erklärtes Ziel bei der Gründung eines SKS, jede mögliche militärische Aggression, ob von innen oder außen, zu verhindern. Darüberhinaus verhindert jedoch auch die Art der Bewaffnung der Truppen des SKS die Führung eines Angriffskrieges: So widerspricht der Einsatz von Atomwaffen oder anderen Massenvernichtungswaffen dem Grundgedanken des SKS; die Folge wäre aller Voraussicht nach die Zerstörung des eigenen Gebietes und die Vernichtung der Bevölkerung der Mitgliedsstaaten. Deshalb ist ein SKS nur ohne Massenvernichtungswaffen, also nach einem Prozess bedeutender Abrüstung denkbar (14).

Wie könnten SKS-Streitkräfte organisiert sein?

Für die Organisation von Streitkräften innerhalb eines SKS gibt es zwei grundsätzlich verschiedene Möglichkeiten:

- Jedes Land besitzt weiterhin seine eigenen Streitkräfte und ist für die Verteidigung seines Territoriums eigenverantwortlich. Nur wenn ein oder mehrere SKS-Mitglieder an-

Aufbau des Systems der kollektiven Sicherheit



gegriffen werden, werden die Streitkräfte aller Mitgliedsstaaten zu gemeinsamen Aktionen zusammengefaßt.

- Die Mitgliedsstaaten des SKS bauen eine gemeinsame Streitmacht auf und verzichten auf eigene nationale Streitkräfte. Diese Möglichkeit dürfte jedoch in absehbarer Zeit daran scheitern, daß sie eine weitgehende Übereinstimmung der Mitgliedsstaaten in ihren sozialen und politischen Systemen voraussetzt.

Lutz strebt eine Mischung beider Modelle an: Jedes Land verfügt weiterhin über eigene Streitkräfte, die jedoch untereinander abgestimmt sind. Darüberhinaus verfügt das SKS auch über gemeinsame Streitkräfte und vor allem über einen gemeinsamen militärischen Führungsstab, der für die Organisation und Durchführung gemeinsamer Aktionen zuständig ist (15).

Neben der vollständigen oder teilweisen Einführung gemeinsamer

Streitkräfte und dem Verzicht auf Massenvernichtungsmittel geht Lutz von Streitkräften aus, die von Bewaffnung und Struktur her nicht angriffsfähig sind.

Darüberhinaus schlägt er Veränderungen in der Struktur der Streitkräfte vor, die verhindern sollen, daß einzelne Mitgliedsstaaten die Fähigkeit zu einem Angriffskrieg behalten:

- Es wäre denkbar, daß die Soldaten der einzelnen Mitgliedsstaaten frei wählen könnten, in welcher Streitkraft innerhalb des SKS sie Dienst tun wollen. Durch die multinationale Zusammensetzung der nationalen Streitkräfte könnte verhindert werden, daß diese für egoistische Interessen mißbraucht werden.
- Ebenso wäre eine gut organisierte Spezialisierung und Arbeitsteilung der einzelnen nationalen Streitkräfte denkbar. Da kein einzelner Mitgliedsstaat mehr über eine „komplette“ Streitkraft verfügt, werden nationale Alleingänge von vornherein unmöglich (16).

Schritte auf dem Weg zu einem ESKS

Um ein ESKS verwirklichen zu können, sieht Lutz folgende drei Schritte:

1. Die Militärblöcke verzichten auf destabilisierende Rüstungsmaßnahmen, z.B. die Stationierung neuer Atomraketen in Europa. Vertrauensbildende Maßnahmen, z.B. durch regelmäßige Konsultationen, werden ergriffen. Die öffentliche sicherheitspolitische Diskussion wird gefördert.
2. Als zweites müßten einseitige Abrüstungsschritte erfolgen. Denkbar wäre z.B. der Abbau der Atomwaffen in der Bundesrepublik Deutschland. Ferner sollten atomwaffenfreie Zonen geschaffen und die Militärapparate auf Nichtangriffsfähigkeit umgerüstet werden.
3. Schließlich müßte die Einbindung der einzelnen Staaten in die Militärblöcke gelockert werden. Einzelne europäische Staaten könnten dann zeitweilig neutral werden, bis das SKS aufgebaut ist (17).

Abrüstung

Ein System der kollektiven Sicherheit ist ohne vorhergehende Abrüstungsschritte nicht denkbar. Im folgenden sollen einige wesentliche Ideen und Ziele für die Verwirklichung der Abrüstung aufgezeigt werden.

Vereinte Nationen und Abrüstung

Die Bemühung um Abrüstung ist einer der wichtigsten Arbeitsbereiche der Vereinten Nationen (vgl. Artikel 11 der Charta der Vereinten Nationen). Nach Artikel 26 der UN-Charta besteht die Bedeutung der Abrüstung nicht nur darin, den Weltfrieden zu sichern. Es geht darüberhinaus auch darum, von den menschlichen und wirtschaftlichen Hilfsquellen der Welt so wenig wie möglich für Rüstungszwecke zu verbrauchen.

Abrüstung ist - wie eine Sondergeneralversammlung der UN 1978 feststellte - aus folgenden Gründen dringend notwendig:

Artikel 11

(1) Die Generalversammlung kann sich mit den allgemeinen Grundsätzen der Zusammenarbeit zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit einschließlich der Grundsätze für die Abrüstung und Rüstungsregelung befassen und in bezug auf diese Grundsätze Empfehlungen an die Mitglieder oder den Sicherheitsrat oder an beide richten.

Artikel 26

Um die Herstellung und Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit so zu fördern, daß von den menschlichen und wirtschaftlichen Hilfsquellen der Welt möglichst wenig für Rüstungszwecke abgezweigt wird, ist der Sicherheitsrat beauftragt, mit Unterstützung des in Artikel 47 vorgesehenen Generalstabsausschusses Pläne auszuarbeiten, die den Mitgliedern der Vereinten Nationen zwecks Errichtung eines Systems der Rüstungsregelung vorzulegen sind.

- Die Menschheit ist durch Atomwaffenarsenale und deren ständiges weiteres Anwachsen erheblich bedroht.
- Diese Bedrohung wächst noch durch die Verbreitung der Kernwaffen und der für ihre Herstellung erforderlichen Technologie auf immer mehr Staaten.
- Durch das Wettrüsten werden Ressourcen verschwendet.
- Die Rüstung verhindert Entwicklung.
- Sie verhindert die Verwirklichung der Ziele der Vereinten Nationen und beeinträchtigt das Selbstbestimmungsrecht der Bürger (18).

Das Ziel allgemeiner und vollständiger Abrüstung

Bereits 1959 erklärte die UN, Endziel aller Abrüstungsbemühungen müsse die allgemeine und vollständige Abrüstung aller Rüstungspotentiale der Welt sein.

Auf dieses Ziel einigten sich auch die USA und die Sowjetunion in einer gemeinsamen Erklärung 1961. Ein umfassendes Programm zur allge-

meinen und vollständigen Abrüstung wurde im Abrüstungsausschuß der Vereinten Nationen diskutiert; ein allgemein akzeptierter Text konnte aber nicht verabschiedet werden.

Heute ist die Hoffnung verschwunden, daß sich die allgemeine und vollständige Abrüstung in absehbarer Zeit realisieren läßt. Dennoch wird nach wie vor bekräftigt, daß die Reduzierung der bewaffneten Kräfte auf reine Polizeieinheiten und eine UN-Eingreiftruppe das Endziel aller Abrüstungsverhandlungen sein muß; die Hoffnung, dieses Endziel mit einem oder wenigen Verträgen zu erreichen, wurde jedoch aufgegeben. Vielmehr hofft man von Seiten der UN darauf, durch immer neue Einzelverträge dem Endziel Schritt für Schritt näher zu kommen (19).

Die Erfahrungen der letzten 25 Jahre geben jedoch keinen Anlaß zu dieser Hoffnung. Zwar konnten unter Beteiligung der UN-Abrüstungsgremien einige Verträge abgeschlossen werden:

- der Vertrag über das teilweise Verbot von Kernwaffenversuchen (1963)
- der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (1968)
- der Vertrag über das Verbot der Stationierung von Kernwaffen auf dem Meeresboden (1971)
- die Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von biologischen Waffen (1972) und
- die Konvention über das Verbot der Verwendung umweltverändernder Techniken zu militärischen Zwecken (1977) (20).

Diese Verträge betrafen jedoch nur Randgebiete des Wettrüstens und werden zudem teilweise nicht eingehalten. Das Wettrüsten geht untermessen in unverminderter Härte weiter.

Abrüstung kann schrittweise erfolgen:

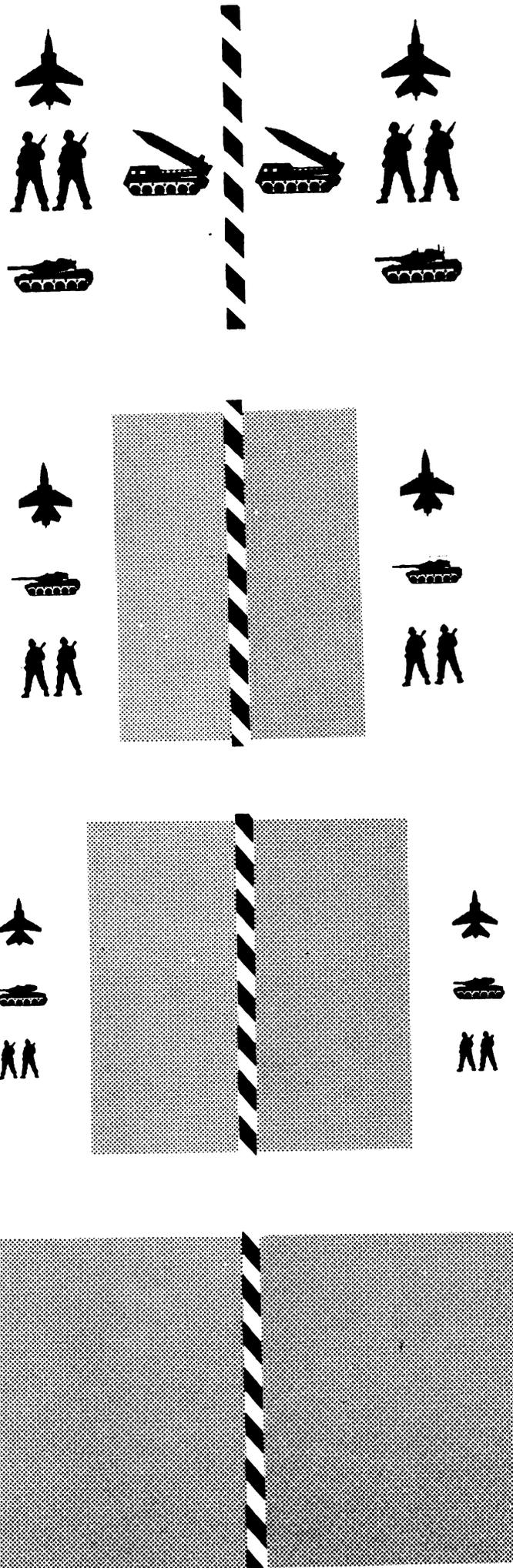
In immer mehr Gebieten werden Waffen und Truppen nach und nach verringert.

Abrüstungsschritte können an der Grenze zwischen den Militärblöcken beginnen, nämlich in Mitteleuropa:

- zunächst eine Beseitigung der Massenvernichtungswaffen (atomare und chemische Waffen)
- dann eine Verringerung aller Waffen und Truppen in diesem geografischen Bereich.

Die Militärpotentiale werden dadurch auseinandergerückt und verringert.

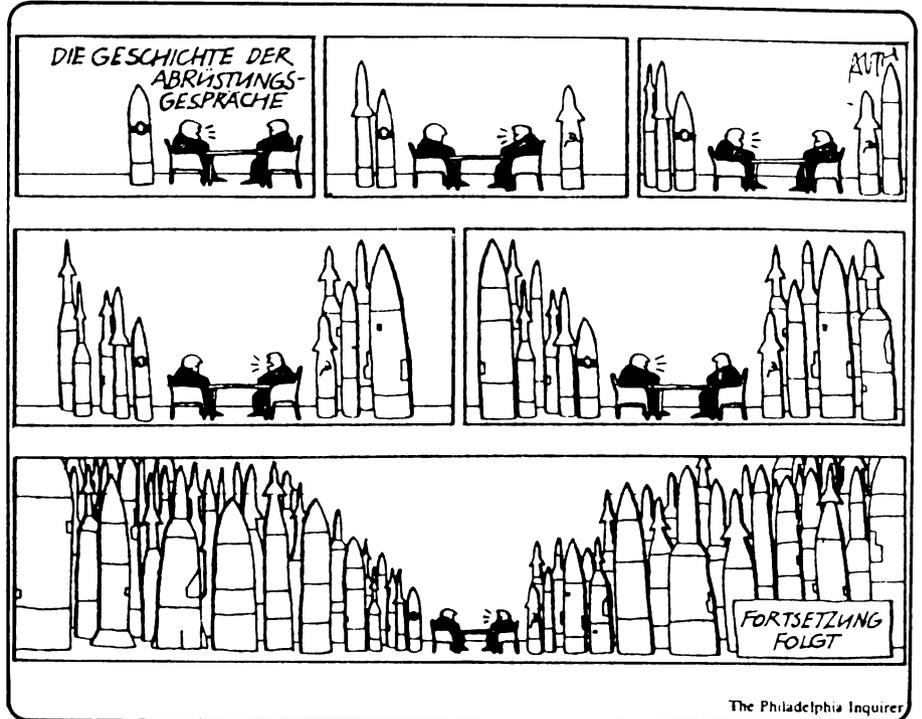
Abrüstung ist ein Mittel, die Konflikte zwischen den Staaten zu entschärfen und weniger gefährlich zu machen.



Gründe für das Scheitern der bisherigen Abrüstungsbemühungen

Die Abrüstungsbemühungen der UN sind bisher daran gescheitert, daß die UN-Gremien nicht entscheidungsfähig sind, da auch sie unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts arbeiten müssen. Außerdem haben sie kaum Möglichkeiten zur Kontrolle und zu Sanktionen. Beschlüsse und erst recht deren Durchsetzung sind daher stets vom guten Willen aller Beteiligten abhängig - und der fehlt bisher!

Die „Wettrüster“ freilich sehen das anders: Die Militär- und Sicherheitspolitiker der aufrüstenden Staaten unterstellten stets der Gegenseite mangelnden politischen Willen zur wirklichen Abrüstung. Jede Seite versicherte immer wieder aufs neue, daß sie liebend gern abrüsten würde, wenn nur die andere Seite nicht so rüstungsgierig wäre. So sei man - leider, leider - genötigt, weiter aufzurüsten.



Beispiel: Der Palme-Korridor

Als typisches Beispiel für das Scheitern eines Abrüstungsvorschlags der UN kann die Initiative zum sogenannten „Palme-Korridor“ angesehen werden. Im Sommer 1982 hatte eine unabhängige Kommission der UN für Abrüstung und Sicherheit - unter Leitung des inzwischen ermordeten schwedischen Politikers Olof Palme - einen Bericht vorgelegt, in dem es unter anderem hieß:

„Die Kommission empfiehlt die Schaffung einer von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freien Zone, die von Mitteleuropa bis in die äußersten nördlichen und südlichen Flanken der beiden Bündnisse reicht... Die geographische Ausdehnung der Zone sollte Gegenstand von Verhandlungen sein und wichtige örtliche Gegebenheiten berücksichtigen. Der Anschaulichkeit halber sei zunächst einmal eine Breite von 150 km auf beiden Seiten angenommen.“

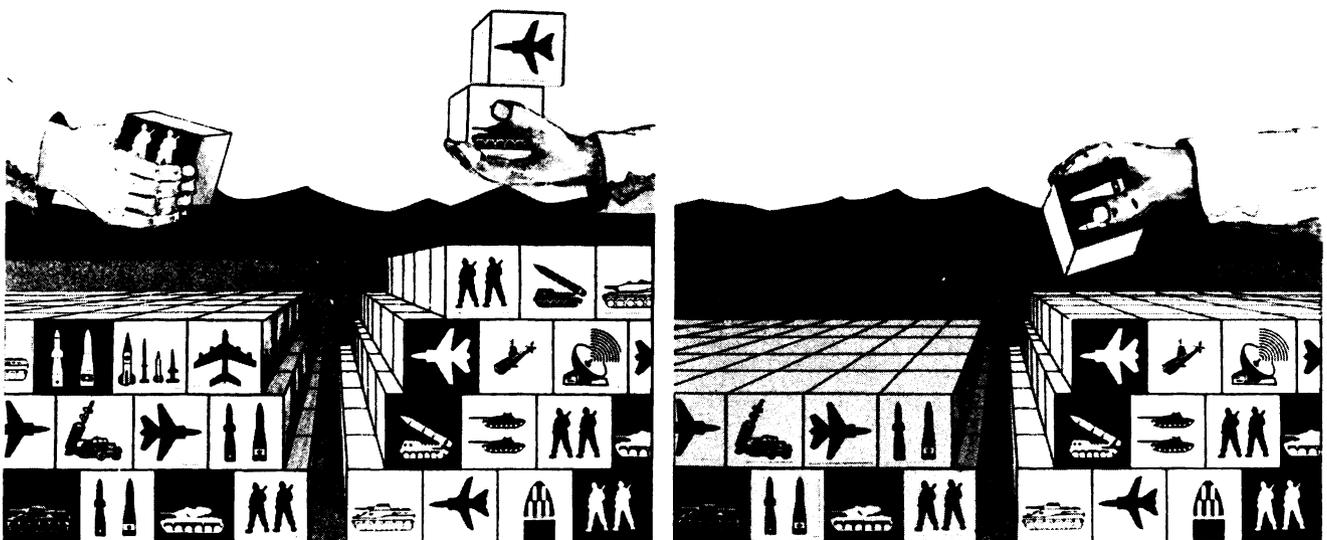
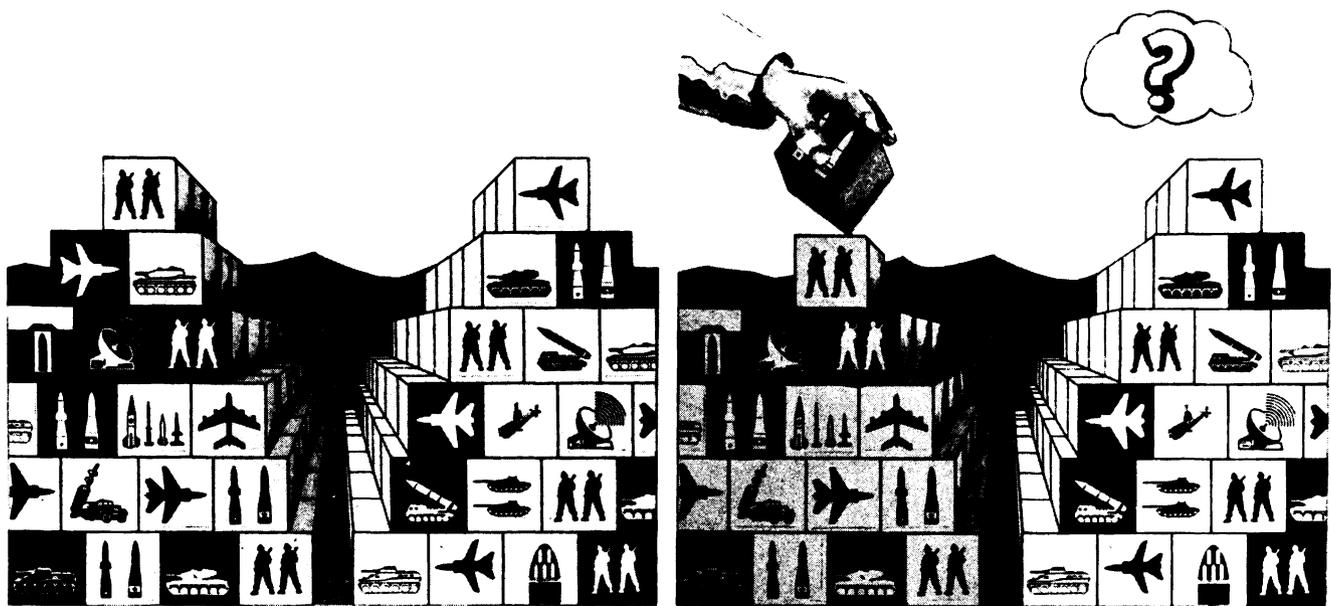
Dieser Bericht fand bei NATO und Warschauer Vertragsorganisation (WVO) zunächst wenig Beachtung. Militärstrategen beider Seiten mäkelten an Details des Berichtes herum. Als Olof Palme im Herbst 1982 wieder zum schwedischen Ministerpräsidenten gewählt worden war, unternahm er einen erneuten Anlauf zur Durchsetzung seines Vorschlags: Schwedische Botschafter übergaben in offizieller Mission den Außenministern der NATO- und WVO-Staaten den Vorschlag, auf beiden Seiten der Blockgrenze einen jeweils 150 km breiten Streifen zur atomwaffenfreien Zone zu erklären.

Alle befragten Regierungen Europas und Nordamerikas beantworteten diesen Vorschlag offiziell; die Reaktionen waren jedoch sehr unterschiedlich: Während z.B. die CSSR und die DDR den Vorschlag als bedeutend einschätzten und die Erweiterung der atomwaffenfreien Zone über den 150-km-Rahmen hinaus anregten (die DDR schlug vor, ihr gesamtes Territorium zur atomwaffenfreien Zone zu erklären), lehnte z.B. die Bundesrepublik Deutschland den Vorschlag ab, „da er angesichts der konventionellen Überlegenheit des Warschauer Paktes die Gefahr eines Konfliktes sogar erhöhe, und im übrigen außer Acht lasse, daß die meisten sowjetischen Kernwaffen schon



Abrüstungspolitiker Palme (2. v. l.),

Einseitige Vorleistungen



Einseitige Abrüstungsvorleistung bedeutet: Verminderung der Truppen und Waffen, die nicht mit dem Gegner ausgehandelt worden ist. Sie erfolgt ohne Garantie einer Gegenleistung. Es wird erwartet, daß der Gegner nachzieht.

Ziele der einseitigen Abrüstungsvorleistung:

- die eigenen guten Absichten demonstrieren
- Ängste beim Gegner abbauen
- Vertrauen schaffen
- Spannungen abbauen
- den Konflikt militärisch entschärfen
- die Bedrohung des Gegners verringern

Einseitige Vorleistungen sind ohne militärisches Risiko möglich:

- nach der Theorie der Abschreckung beruht die Sicherheit auf der Fähigkeit zur Vergeltung. Die gleiche Zahl von Atomwaffen dafür nicht notwendig
- Auf konventioneller Ebene gilt das Prinzip der Hinlänglichkeit der Kräfte.

Der Verteidiger braucht nicht die gleiche Zahl von Waffen und Truppen wie der Angreifer.

heute außerhalb der vorgeschlagenen Zone stationiert, aber auf Ziele innerhalb der Zone gerichtet seien.“ Zudem sei eine solche Zone „...unvereinbar mit dem Konzept der unteilbaren Sicherheit der NATO-Staaten.“ (21)

Hintergrund der ablehnenden Haltung der Bundesregierung war die Ideologie des „NATO-Doppelbeschlusses“, man könne die WVO durch die Androhung der Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in Europa dazu bringen, ihre auf Westeuropa gerichteten Mittelstreckenraketen abzubauen.

Es kam aber, wie es kommen mußte: Die Pläne für den „Palme-Korridor“ verschwanden in den Schubladen; stattdessen rüsteten die Supermächte kräftig nach. (22)

Gradualismus

Angesichts des Scheiterns bisheriger Abrüstungsverhandlungen tauchte die Forderung auf, nicht mehr nach den guten oder bösen Absichten des Gegners zu schießen, sondern unabhängig von der Reaktion der Gegenseite einseitig abzurüsten. Diese Idee bezeichnet man als Unilateralismus.

Demgegenüber bezeichnet der Begriff Gradualismus einen stufenweisen, beidseitigen Rüstungsabbau, der durch einseitige kleine Schritte eingeleitet werden soll (23).

Dieses Konzept wurde bereits Anfang der sechziger Jahre entwickelt und wird in der Friedensbewegung von vielen Gruppen mit unterschiedlicher Akzentuierung vertreten (24).

Beide Konzepte sind ein Versuch, die Abschreckungsstrategie zu überwinden. Anders als beim Unilateralismus wird beim Gradualismus jedoch nicht die sofortige und völlige Abkehr von der traditionellen Idee des Gleichgewichts der Kräfte gefordert. Vielmehr sollen innerhalb des „Gleichgewichts“ Spielräume gesucht werden, in denen einseitige Vorleistungen möglich sind. Die Vorleistungen sollen den Gegner dazu bringen, in die schrittweise Abrüstung einzusteigen.

So soll das gegenwärtige Wettrüsten langfristig in ein „Wettabrüsten“ umgekehrt werden. Einem Abrüstungsschritt der einen Seite folgt jeweils ein Abrüstungsschritt der anderen Seite. Daß dies durchaus möglich ist, ergibt sich aus folgenden Tatsachen: (25)

- Auch die Aufrüstung wird nicht in Verhandlungen vereinbart, sondern durch einseitige Maßnahmen eines Staates betrieben, ohne daß durch diese schrittweise Aufrüstung das „Gleichgewicht“ ernsthaft gefährdet wäre. Deshalb muß auch einseitige Abrüstung möglich sein, auf die, ähnlich wie bei der Aufrüstung, die Gegenseite dann reagiert.
- Da beim Gradualismus der not-

wendige Abrüstungsprozess in zahlreiche begrenzte Abrüstungsschritte unterteilt ist, wird bei keinem dieser Schritte „alles aufs Spiel gesetzt“. Dieser Weg der kleinen Schritte läßt Experimente zu und gibt jeder Seite das Gefühl, „wieder umkehren“ zu können.

- Falls der Versuch fehlschlägt, d.h. die Gegenseite nicht mitzieht, braucht man keinen Prestigeverlust zu befürchten. Schließlich hat man sich vom Gegner nicht täuschen lassen, sondern vielmehr guten Willen bekundet, den der andere nicht erwidert hat.

Pseudo-Gradualismus

Es kann gar nicht oft genug betont werden: Auch das Konzept des Gradualismus funktioniert nur, wenn sich die Einstellung zum „Feind“ ändert. Solange dem Gegner stets die denkbar schlechtesten Absichten unterstellt werden, werden seine Abrüstungsvorleistungen als bösser Wunsch gewertet, man solle die eigene „Wachsamkeit“ (sprich: ständige Aufrüstung an allen Ecken und Enden) vernachlässigen. Solange das Ziel sogenannter Rüstungskontrollgespräche darin besteht, lediglich die eigene „Sicherheit“ zu erhöhen und zu verbilligen, wird man eifrig aufrüsten, um dann großzügige Abrüstungsangebote offerieren zu können. Solche Schachzüge haben mit Gradualismus nichts zu tun!

Das Konzept „Gemeinsame Sicherheit und Abrüstung“

Ein wirksames SKS ist ohne den erkennbaren Willen zur Abrüstung nicht denkbar; ebensowenig ist zu erwarten, daß ohne das Ziel der Einrichtung eines SKS eine wirksame Abrüstung stattfinden wird. Beide Ideen (SKS und Abrüstung) gehen von denselben Einsichten aus:

- Der Einsicht in den Wahnsinn des atomaren Wettrüstens und einer

Abschreckungsstrategie, die dieses Wettrüsten fördert.

- Der Einsicht, daß auch der „Feind“ keinen Krieg anstreben wird, der letztendlich auch ihn selbst vernichten würde. Deshalb ist die Ideologie vom „aggressiven Gegner“ durch eine realistischere Einschätzung der gemeinsamen Interessen zu ersetzen.

Das Bemühen um Abrüstung und die Idee von der Einführung eines SKS sind nicht voneinander zu trennen. Beide sind integrierte Bestandteile des „Konzeptes der Gemeinsamen Sicherheit und Abrüstung“.

Schrittweiser Übergang zur Friedensordnung

So könnte schrittweise Abrüstung aussehen:

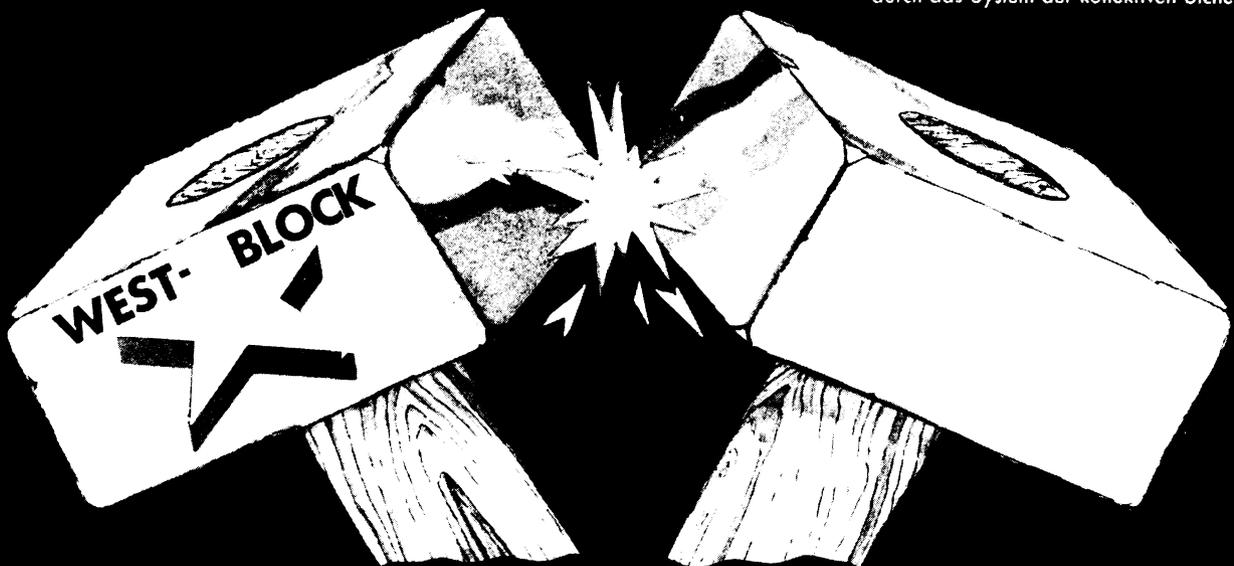
So könnte ein System der kollektiven Sicherheit aufgebaut werden:



1. Freeze — Keine weitere Vermehrung der Zahl der Waffen
2. Eine Atomwaffenfreie Zone an der Grenze zwischen den Blöcken (Palme Korridor)
3. Atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa
4. Beginn der Abrüstung der Massenvernichtungswaffen weltweit
5. Konventionelle Abrüstung in Mitteleuropa und weltweit

Die schrittweise Abrüstung muß zeitlich parallel zum Aufbau der gemeinsamen Sicherheit erfolgen. Eine genaue zeitliche Zuordnung der einzelnen Schritte ist jetzt nicht möglich.

1. Fortsetzung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.
2. Verbesserung der Beziehungen auf allen Ebenen über die Grenzen der Blöcke hinweg
3. Vertrag über die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit
4. Aufbau der Einrichtungen des Systems der kollektiven Sicherheit
5. Auflösung der Militärblöcke und Ersatz durch das System der kollektiven Sicherheit



Durch die schrittweise Abrüstung wird die militärische Konfrontation und damit die Bedeutung der Militärblöcke geringer. Wenn man die Militärblöcke durch ein System der kollektiven Sicherheit ersetzt, wird die Blockkonfrontation überwunden.

Literaturhinweise

Abrüstung und Entwicklung in den 80er Jahren. UN-Texte 31, 1983, herausgegeben von der deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen; UNO-Verlag, Simrockstr. 23, 53 Bonn 1

Arbeitsgruppe Friedensforschung Tübingen: Atomwaffenfreiheit und europäische Sicherheit. Herausgegeben vom Verein für Friedenspädagogik Tübingen, 1983

Aufrüstung oder Abrüstung, UN-Texte 32, deutsche Ausgabe der SIPRI-Broschüre, herausgegeben von der deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Bonn 1984

Böge, Volker / Wilke, Peter: Sicherheitspolitische Alternativen. Baden Baden 1984

Czempel, Ernst-Otto: Risikofreie Induktion als Friedensstrategie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte - Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B35/83

Delbrück, Jost: Modelle eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems, in: Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, Band II, Düsseldorf 1972

DGFK - Jahrbuch 1979/80, Baden Baden 1980;

DGFK - Jahrbuch 1982/83, Baden Baden 1983;

Die Vereinten Nationen gegen das Wettrüsten, UN-Texte 28, herausgegeben von der deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Bonn 1982

Etzioni, Amitai: Der harte Weg zum Frieden, Göttingen 1965

Etzioni, Amitai: Siegen ohne Krieg, Düsseldorf 1965

Frieden politisch fördern: Richtungsimpulse. Sechs Expertenbeiträge für die Evangelische Kirche in Deutschland. Gütersloh 1985

Friedliche Koexistenz, Autorenkollektiv, Berlin 1977

Frei, Daniel: Friedenssicherung durch Gewaltverzicht? in: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 15-16/83

Fuchs, Albert: Jenseits von Konfrontation und Kapitulation, in: Mediativus, 2/86, 3/86 (Forschungsinstitut für Friedenspolitik, Starnberg)

Kernwaffenfreie Zonen - Argumente zu einem aktuellen Thema. Herausgegeben vom Bundesministerium der Verteidigung, Bonn, o.J.

Krippendorff, Ekkehard: Kollektive Sicherheit, in: Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung Band III, Düsseldorf 1973.

Meyer, Berthold: Atomwaffenfreie Zonen und Vertrauensbildung in Europa, Frankfurt/New York 1983

Osgood, Charles: Wechselseitige Initiative, in: Krippendorff, Ekkehard: Friedensforschung, Gütersloh 1974

Riesenberger, Dieter: Krieg und Friedensordnung. Westermann Colleg 14, Braunschweig 1980

Rodejohann, Jo: Kollektive Sicherheit, in: Durch Kooperation zum Frieden, herausgegeben von Ulrich Albrecht, München 1974

Sicherheit und Frieden, Vierteljahresschrift, Nomos Verlag Baden Baden, Heft 1/84: Kollektive Sicherheit - Eine Alternative; Heft 4/85: Gemeinsame Sicherheit - Eine Alternative;

Theologische Studienabteilung beim Bund der evangelischen Kirchen in der DDR:

„Sicherheitspartnerschaft und Frieden in Europa“, herausgegeben von Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Berlin 1983.

„Möglichkeit und Unmöglichkeit einseitiger Abrüstung“, herausgegeben von Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Berlin 1984

Umfassende Studie der Vereinten Nationen über vertrauensbildende Maßnahmen. UN-Texte 29, herausgegeben von der deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Bonn 1982

Umkehr zum Frieden, Münchner Erklärung des Arbeitskreises evangelische Erneuerung, Neuendettelsau, 1984



5. Soziale Verteidigung

Die Grundideen der Sozialen Verteidigung

Ist von „Landesverteidigung“ die Rede, so denkt man an Soldaten und Waffen. Die „Soziale Verteidigung“ ist ein Modell, das diese traditionellen Vorstellungen über Bord wirft. Bei der Sozialen Verteidigung ist alles anders:

- Man verteidigt sich ohne Waffen. Setzt man Waffen zur Verteidigung ein, so wird vieles von dem zerstört, was man eigentlich verteidigen möchte: Städte, Wohnungen, Industrieanlagen, landwirtschaftliche Nutzflächen werden in
- Mitleidenschaft gezogen, wenn nicht gar völlig und auf Dauer zerstört. Die Soziale Verteidigung verzichtet daher auf die Anwendung und Androhung militärischer Gewalt und plant und übt stattdessen gewaltfreie Widerstandsmethoden ein, z.B. Massendemonstrationen, Blockaden, zivilen Ungehorsam...
- Alle beteiligen sich an der Verteidigung
Militärische Verteidigung unterscheidet zwischen Kämpfern (Sol-

daten) und Nichtkämpfern (Zivilbevölkerung). Zu Opfern von Kriegen werden jedoch nicht nur die Kämpfer. In modernen Kriegen gibt es unter der Zivilbevölkerung mehr Tote und Verletzte als unter den Soldaten. Soziale Verteidigung verzichtet deshalb auf die Unterscheidung zwischen Kämpfern und Nichtkämpfern. Die Zivilbevölkerung verteidigt sich selber mit gewaltfreien Mitteln; so wird sie nicht zum unfreiwilligen Opfer der militärischen Auseinandersetzung.



Besatzung zulassen — Herrschaft verhindern

Bei der Sozialen Verteidigung werden keine Grenzen verteidigt. Ein Angreifer kann zwar einmarschieren - aber das heißt noch lange nicht, daß er die Herrschaft über das besetzte Land gewinnt.

Obwohl er die militärische Macht in Händen hält, kann er nicht kontrollieren, wie die Produktion verteilt wird, was gelehrt wird, welche Nachrichten verbreitet werden, wie die Behörden arbeiten

usw.. Denn die Bevölkerung des besetzten Landes weigert sich, seinen Anweisungen Folge zu leisten. Wenn die Bevölkerung den Gehorsam verweigert, können die Besatzer ihre Herrschaft nicht

- durchsetzen.
- Nicht das Gebiet, sondern die Lebensform wird verteidigt. Ziel der militärischen Verteidigung ist üblicherweise die „territoriale Integrität“. D.h. es wird versucht zu verhindern, daß gegnerische

Truppen ins Land eindringen und dadurch eine fremde Macht Zugriff auf die leitenden Positionen in Verwaltung und Wirtschaft erhält.

Bei der Sozialen Verteidigung wird kein militärischer Widerstand

geleistet. Stattdessen werden die Anstrengungen gleich darauf gerichtet, die politische Selbstbestimmung, die wichtigen sozialen Einrichtungen, kurz: die eigene Lebensform zu erhalten.

Gewaltfreiheit

Unter Gewaltfreiheit versteht man ein Lebensprinzip, das in allen Lebensbereichen (also der Gesellschaft, der Natur, im zwischenmenschlichen Zusammenleben und der eigenen Person) Gewalt als Lösungsmöglichkeit von Konflikten ablehnt. Gewaltfreiheit ist aber nicht nur die Ablehnung von Gewalt, sondern gleichzeitig das Vorhandensein einer positiven Kraft, die neue Lebensmöglichkeiten für Menschen schafft oder bereits bestehende erhält. Zwei Elemente sind in der Gewaltfreiheit verknüpft: das lebenserhaltende (konservative) und das lebensschaffende (progressive). Gewaltfreiheit hat nichts mit Passivität zu tun, im Gegenteil: Gewaltfreiheit und ihre Methode (die gewaltfreie Aktion) will, im Unterschied zum abstrakten Friedensappell, der Ermahnung zur Friedfertigkeit, die die bestehenden Verhältnisse nicht verändert, nichts anderes als die Verwirklichung einer klassenlosen, herrschaftsfreien Gesellschaft, die Herstellung eines gesellschaftlichen Zustandes von Frieden und Gerechtigkeit.

Mit der Gewaltfreien Aktion wird der Haltung Gewaltfreiheit eine Methode zugeordnet. Es wird davon ausgegangen, daß Gewalt keine Probleme lösen, keine Unmenschlichkeit beseitigen und keine Unterdrückung aufheben kann. Die Zielvorstellung einer gerechten, sozialen, sich frei entfaltenden und herrschaftsfreien Gesellschaft kann nur mit gewaltfreien Mitteln erreicht werden. Das heißt, der Weg zum Ziel muß mit dem Ziel selbst übereinstimmen. Durch die gewaltfreie Aktion werden schon jetzt Elemente dieser zukünftigen Gesellschaft vorweggenommen.

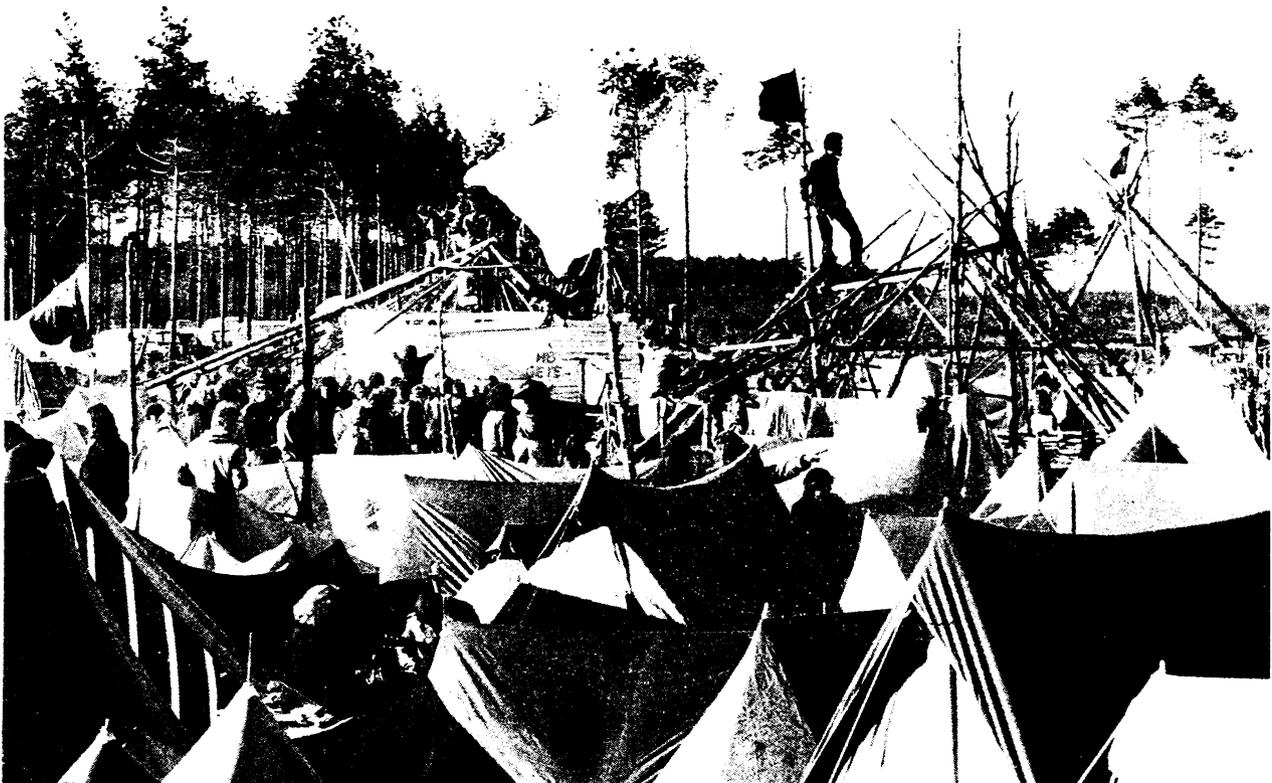
Gewaltfreie Aktion baut auf eine aktive und gleichberechtigte Mitarbeit und Mitentscheidungsmöglichkeit aller an ihr beteiligten Menschen. Sie erfordert ein großes Maß an Kreativität und Phantasie, da in unserer Gesellschaft gewaltsame Konfliktlösungsmöglichkeiten so normal sind, daß meist gar keine gewaltfreien Möglichkeiten sichtbar werden. Zu gewaltsamen Konfliktlösungen gibt es aber gleichwertige gewaltfreie Lösungsmöglichkeiten.

Die gewaltfreie Aktion hat sich ergänzende und bedingende Seiten; den defensiven, reagierenden Widerstand gegen herrschendes Unrecht und das offensive, konstruktive Programm, mit dem neue gewaltfreie Lebensmöglichkeiten erprobt und eingeführt werden. Die Methoden der Gewaltfreien Aktion lassen sich in drei Eskalationsstufen schreiben:

1. den gewaltfreien Protest und die Überzeugungsarbeit;
2. die Nichtzusammenarbeit und
3. den zivilen Ungehorsam, eine bewußte Übertretung von als ungerecht empfundenen Gesetzen.

Gewaltfreie Aktion schließt prinzipiell und absolut körperverletzende Gewalt gegen Menschen aus.

(nach G. Gugel, Gewaltfreiheit - Lebensprinzip. Verein für Friedenspädagogik Tübingen)



Mahatma Gandhi:

Vorbemerkung: Die folgenden Lebensregeln Mahatma Gandhis, denen er zu folgen suchte, sind in einer für uns heute ungewöhnlichen, moralischen Sprache abgefaßt. Versucht man jedoch, hinter den Sinn ihrer Anforderungen zu kommen und die Sprachbarrieren zu durchbrechen, so findet man Hinweise von großer Klugheit und höchster Aktualität für alle diejenigen, die, obwohl physisch schwach, doch das Tun der Starken und ihrer Herrschaftsstrukturen verändern wollen, ohne gleich wieder neue Barrieren auf ihrem Weg zu mehr Menschlichkeit und zu größerer Lebensqualität zu errichten.

AHIMSA: Du sollst keinem lebenden Wesen Gewalt antun oder antun wollen, sondern handeln und die Absicht haben, zu dessen Besten zu handeln.

1. Befolge Ahimsa im Gedanken und Sinn!
Du sollst deine gewaltlosen Handlungen aus einer gewaltlosen Gesinnung entspringen lassen. Deshalb versuche so zu leben, daß du lernst, keinen Haß gegen jemanden zu empfinden, sondern deinen Nächsten wie dich selbst zu lieben.

2. Identifiziere dich mit denen, für die du kämpfst!
Du sollst dich mit der Gruppe identifizieren, für die du kämpfst, damit du gefühlsmäßig und intellektuell die Umstände und Verhältnisse so zu erleben vermagst, wie sie das einfache Gruppenmitglied erlebt.

3. Gib dem Kampf einen positiven Inhalt!
Du sollst dich in deinem Kampf nie damit begnügen, die bestehenden Institutionen oder Gesichtspunkte niederzureißen, sondern immer versuchen, diesen Teil der Aktion mit konstruktiven Unternehmungen zu kombinieren.

4. Dehne nicht das Ziel des Kampfes aus!
Du sollst nicht die Zielsetzung der einzelnen Satyagraha-Aktion ausdehnen, unabhängig davon, wie der Kampf und die äußeren Verhältnisse sich entwickeln.

5. Schenke dem Gegner Vertrauen!
Du sollst immer an deinem Gegner so handeln, wie du an Mitgliedern deiner eigenen Gruppe gehandelt hättest, und wie du wünschst, daß andere an dir handeln sollen.

5a. Begegne dem Gegner persönlich!
Du sollst dein Zutrauen zum Gegner dadurch zum Ausdruck bringen, daß du willig bist, ihm persönlich zu begegnen oder ein persönliches Verhältnis zu ihm zustande zu bringen, ebenso aufrichtig, wie du es mit einem von deiner eigenen Gruppe tun würdest.

5b. Beurteile nicht andere härter als dich selbst!
Du sollst weder ethisch noch intellektuell dem Gegner einen niedrigeren Rang als dir selbst beimessen, sondern an ihm so handeln, als wenn er wenigstens ebenso intelligente Analysen der Lage hätte wie du selbst. Und beurteile ihn mit Rücksicht auf alle mildernden Umstände, die die äußeren Ereignisse geben können.



6. Sei zum Kompromiß bereit!
Du sollst bereit sein, durch Verhandlungen mit dem Gegner Kompromisse zu schließen, wenn es zu einem Verhältnis zwischen euch führen soll, das einen besseren Ausgangspunkt für dauernde Zusammenarbeit gibt, und wenn du nicht durch den Kompromiß Normen der Ahimsalehre brichst.

7. Du sollst nicht töten!
Du sollst vermeiden, körperliche Gewalt gegen irgendein lebendes Wesen zu üben oder dies zu beabsichtigen, wenn es nicht zum Besten des Wesens dient, wenn es undenkbar ist, daß sich das lebende Wesen über seine Lage klar ist, und wenn es in einem gewaltlosen Sinne geschieht.

8. Zwinge den Gegner nicht - wandle seinen Sinn!
Du sollst in einer Konfliktlage so handeln, daß du den Gegner nicht in eine Lage

bringst, wo ein persönliches Furchtmotiv seinen Handlungen zugrundeliegen wird, sondern versuche, auf ihn so einzuwirken, daß ein Verhalten der Satyagraha-Gruppe für ihn ein annehmbares Verhalten werden kann.

8a. Richte den Kampf gegen die Sache, nicht gegen die Person!
Du sollst, wenn es überhaupt möglich ist, vermeiden, den Gegner persönlich mit deinem Satyagraha-Kampf zu treffen, sondern den Kampf in einer solchen Weise gegen den Übelstand richten, den der Gegner dir verursacht hat, daß der Gegner ihn als einen Kampf gegen eine Sache und nicht gegen seine Person auffassen kann.

8b. Nütze nicht die Schwächen des Gegners aus!
Du sollst aus schwierigen Lagen des Gegners keine Vorteile ziehen, wenn die La-

gen Ursachen haben, die außerhalb des Konfliktes liegen. Lasse den Gegner fühlen, daß der Druck, dem er sich ausgesetzt hat, nur eine Folge des Unrechts ist, das er deiner Gruppe antut.

8c. Provoziere den Gegner nicht!

Du sollst Handlungen vermeiden, die dadurch eine Ausdehnung des ursprünglichen Konfliktstoffes zur Folge haben, daß der Gegner in Situationen gebracht wird, in denen er voraussichtlich besonders herabwürdigende Handlungen begehen wird. Sondern du sollst so handeln, daß die Situation, in die du den Gegner bringst, direkte Folge der ursprünglichen Konfliktlage und der Ahimsa-Norm sind.

9. Wähle Mittel, die dem Ziel entsprechen!

Du sollst Mittel wählen, die logisch und sachlich mit deiner Konfliktsituation zusammenhängen und die dem Gegner so deutlich wie möglich das zeigen, was du als Konfliktstoff aufbaßt.

9a. Feilsche nicht !

Du sollst nicht bereit sein, dir ein Verhalten des Gegners dadurch auszuhandeln, daß du ihm ein Verhalten auf einem anderen Gebiet anbietest, sondern versuche zu bewirken, daß sowohl du selbst als auch der Gegner ein Verhalten um dessentwillen selbst vertreten.

9b. Sei nicht abhängig von einer Hilfe von außen!

Du sollst nur Satyagraha üben, um deiner eigenen Gruppe zu helfen, und von Personen oder Gruppen von außen keinen Rückhalt annehmen, die der Gegner nicht mit dem betreffenden Konflikt direkt in Verbindung sieht, und die nicht von dem Konflikt direkt betroffen sind.

10. Sei opferbereit!

Du sollst bereit sein, alle deine physischen und geistigen Kräfte einzusetzen im Kampf für die Sache, an die du glaubst, und um deinen Mitmenschen dienen zu können, wenn nötig mit deinem eigenen Leben als Einsatz, du sollst es aber um der Sache und deiner Mitmenschen selbst willen tun, nicht um des Opfers willen.

Text nach Johan Galtung und Arne Naess: Gandhis Politische Ethik, Oslo 1955

11. Befolge Ahimsa im Reden und Schreiben!

Du sollst bestrebt sein, im Reden und Schreiben die Wahrheit zu sagen, die volle Wahrheit, und nichts anderes als die Wahrheit, und du sollst es in einer solchen Weise tun, daß es deutlich wird, daß du dich nur gegen die Gesichtspunkte und Handlungen des Gegners wendest, nicht gegen ihn selbst; und so, daß der Gegner deine Worte als Ausdruck eines Wunsches nach Zusammenarbeit, nicht nach Kampf, auf längere Sicht empfindet.

11a. Lebe dich in die Gesichtspunkte des Gegners ein!

Begegne dem Gegner im Meinungsaustausch mit einem Maximum von Einfühlung in seine Lage, seine ausgesprochenen Meinungen, seine Entscheidungsgründe, und wähle - innerhalb der Grenzen der Billigkeit - immer die Interpretation, die der Darlegung des Gegners das größte Gewicht als Antwort auf deine eigene gibt.

11b. Verbirg deine Pläne nicht!

Du sollst ehrlich und offen handeln und deine Pläne dem Gegner darlegen, so daß er zu jeder Zeit wissen kann, was du zu tun beabsichtigst, und sich danach richten kann.

11c. Gestehe deine Fehler ein!

Du sollst immer bereit sein, die Fehler, die du begehst, einzugestehen, sowohl deiner Gruppe wie dem Gegner gegenüber, auch wenn ein solches Geständnis eine zeitweilige Schwächung der eigenen Position mit sich führt, vom Gesichtspunkt deiner eigenen Gesinnungsgenossen und des Gegners aus gesehen.

12. Entziehe dem Übeltäter das Handlungsobjekt!

Du sollst den Kampf gegen eine böse Handlung nicht direkt gegen den Täter richten, sondern versuchen, so zu handeln, daß du ihm durch dein Benehmen die Mittel und Gegenstände, die für die Handlung erforderlich sind, verweigerst, so daß die negativen Wirkungen der Handlungen verschwinden.

(Aus: Friedensbewegung zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit - Argumente und Erfahrungen, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Sensbachtal 1983)

13. Mache keine Sabotage!

Du sollst dem Eigentum anderer keinen direkten, aktiven Schaden zufügen mit der Absicht, dem Gegner Schwierigkeiten zu bereiten oder auf ihn Druck auszuüben, sondern nur einen passiven Schaden, der eine Folge davon ist, daß du ihm eventuell Zusammenarbeit verweigerst.

14. Sei, wo immer möglich, loyal!

Du sollst ein loyaler, gesetzestreuer und pflichtbewußter Bürger der Gesellschaft sein, von der du Mitglied bist, solange sie von dir nicht verlangt, daß du gegen dein Gewissen handelst, und der Widerstand soll erst bei einem ernstem Konflikt geleistet werden, auch dann, wenn er zu einem Kampf gegen die Mehrheit führen sollte.

15. Wähle Gewalt vor Feigheit!

Du sollst immer bestrebt sein, Ahimsa zu folgen in der Bedeutung 1-14, aber in der Lage, wo du es nicht fertigbringst, ist ein gewaltsames Verhalten mit einem von Ahimsa erfüllten Sinn einem nichtgewaltsamen, aber aus Feigheit entstandenen Verhalten vorzuziehen.

Erklärung einiger Ausdrücke; Mit GRUPPE ist eine Menge Menschen gemeint, die in irgendeiner Weise eine Zusammengehörigkeit fühlen - geographisch, politisch, religiös, ökonomisch, sozial usw. KONFLIKT im Sinne dieser Normen setzt voraus, daß es zwei Gruppen gibt, deren Interessen in einer solchen Weise zusammenstoßen, daß die Erfüllung der Interessen in der einen Gruppe den Interessen der anderen Gruppe ein Hindernis ist. GEGNER ist hier ein technischer Begriff. KAMPF ebenso: das Wort deckt jede Form bewußter Handlung in einer Konfliktsituation, die dahin zielt, eine Lösung des Konfliktes zu finden. Kampf ist also alles von Verhandlungen bis zur Wasserstoffbombe.

SATYAGRAHA bedeutet ungefähr: Unbeirrbares Sich-Halten-an-die-Wahrheit. Gandhi prägte den Begriff "Satyagraha" für das von ihm propagierte Handeln, weil ihm die Begriffe „Passiver Widerstand“ oder „Ziviler Ungehorsam“ zu negativ erschienen.

Zit. nach: G. Gugel, H. Furtner: Gewaltfreie Aktion, Tüb. 1983

Rahmenbedingungen für die Blockade in Neu-Ulm

1. Die Aktion hat das Ziel, durch eine Blockade der Wiley-Barracks in Neu-Ulm unseren entschiedenen Widerstand gegen jede Kriegsvorbereitung, insbesondere gegen die geplante Stationierung der Pershing II auszudrücken.

2. Wir werden keinerlei Gewalt anwenden.

3. In der Vorbereitung und mit unserem Verhalten werden wir jede Gewaltsituation im voraus zu vermeiden suchen. Gewalttätigkeiten, von welcher Seite auch immer, werden wir versuchen zu entschärfen, gegebenenfalls die Aktion unter- bzw. abbrechen.

4. Wir werden uns bei dieser Aktion nicht an den staatlich vorgegebenen Gesetzen halten (ziviler Ungehorsam). Die sich daraus ergebenden juristische Folgen nehmen wir bewußt in Kauf, weil wir unser Handeln als gerechtfertigt ansehen.

5. Entscheidungen vor und während der Aktion werden nach dem Konsensprinzip in den Blockade-Bezugsgruppen gefällt. Informationen werden über den Sprecherrat ausgetauscht.

6. Jede/r Teilnehmer/in trägt die Verantwortung für diese Aktion.

aus: Süddt. Herbstpost Nr.3 (=Mitteilungsblatt der Friedensbewegung in Süddeutschland): Zum Vorhaben, vor einer amerikanischen Kaserne eine Blockade durchzuführen.



Die „Erfindung“ der Sozialen Verteidigung



Das Konzept der Sozialen Verteidigung wurde nach dem 2. Weltkrieg zunächst von amerikanischen und skandinavischen, später auch von bundesdeutschen Friedensforschern entwickelt. Nach den Erfahrungen zweier Weltkriege suchte man nach Möglichkeiten, auf die Drohung mit der ungeheuren Zerstörungskraft moderner Waffen zu verzichten und dennoch „verteidigungsfähig“ zu bleiben. Um den Holocaust atomarer Massenvernichtung auszuschließen, sollte die Verteidigungsfähigkeit auf gewaltfreien Mitteln beruhen. Man orientierte sich daher an den Erfahrungen gewaltfreier Aufstände.

Die Idee der Gewaltfreiheit ist alt. Im Hinduismus und in der christlichen Überlieferung gibt es die Forderung nach gewaltlosem Handeln. In unserem Jahrhundert gab es verschiedene Bewegungen, die - teils mit, teils ohne den religiös-geistigen Hintergrund - in der politischen Auseinandersetzung das Gebot der Gewaltfreiheit eingehalten und in politische Stärke umgemünzt haben.

Das älteste bekannte Beispiel dafür ist die indische Unabhängigkeitsbewegung. Unter der geistigen Führung Mahatma Gandhis wehrten sich die Inder seit den zwanziger Jahren gegen die englische Kolonialherrschaft. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde Indien in die Unabhängigkeit entlassen.

In den 60er Jahren kämpften in den USA die Schwarzen um Martin Luther King mit gewaltfreien Mitteln um die Durchsetzung ihrer Bürgerrechte. In der jüngsten Zeit setzen sich die in der Ökologie- und Friedensbewegung organisierten Menschen überwiegend gewaltfrei gegen neue Atomkraftwerke und neue Atomraketen zur Wehr.

Doch nicht nur bei innenpolitischen Auseinandersetzungen wurden gewaltfreie Methoden eingesetzt. Auch außenpolitischen Gegnern wurde gewaltfreier Widerstand entgegengesetzt. Als 1923 die Franzosen im Ruhrgebiet einmarschierten, um den Kohleabbau in ihre Hand zu nehmen, rief die deutsche Regierung die Bevölkerung zu passivem Widerstand auf.

Als die Deutschen 1943 in Dänemark einmarschierten, kämpften die Dänen gewaltfrei um den Erhalt ihrer politischen Selbstbestimmung. In all diesen Kämpfen wurden gewaltfreie Methoden erprobt und wei-

terentwickelt. Die Organisation, die Entscheidungsstrukturen und die Aktionen dieser Bewegungen weisen die Richtung, wie sich eine Bevölkerung gegen einen Einmarsch und gegen eine Besetzung zur Wehr setzen könnte. Aus all diesen Erfahrungen also wurde - und wird - das Konzept der Sozialen Verteidigung entwickelt.

Nach einem Zusammentragen und Auswerten aller bisherigen Erfahrungen stellt sich das Konzept der Sozialen Verteidigung, so wie es Theodor Ebert versteht, gegenwärtig folgendermaßen dar:

Wie in den anderen bisher vorgestellten sicherheitspolitischen Modellen geht es der Sozialen Verteidigung in erster Linie darum, den „Verteidigungsfall“, d.h. einen Einmarsch zu verhindern. Im Falle der Sozialen Verteidigung bedeutet das: Man signalisiert jedem möglichen Angreifer, daß er von einem Einmarsch keine Vorteile, sondern nur Nachteile hätte. Denn der Angreifer würde an internationalem Ansehen sehr verlieren, wenn er ein unbewaffnetes Land überfällt. Zudem müßte er damit rechnen, daß seine Soldaten von der Bevölkerung des besetzten Landes ständig auf das Unrecht aufmerksam gemacht werden, und daß die eigene innenpolitische Opposition mobilisiert wird. Darüber hinaus bedeutet die Konfrontation mit einer gewaltfrei widerspenstigen Bevölkerung für den Angreifer auch, daß er seine Ziele nicht erreichen kann. Egal ob er das Land militärisch oder wirtschaftlich nutzen oder politisch gleichschalten will: er braucht dazu bis zu einem gewissen Grad die Mitarbeit der Bevölkerung. Wenn er damit rechnen muß, daß ihm die Bevölkerung jedwede Zusammenarbeit verweigert, wird ein Einmarsch für ihn uninteressant.

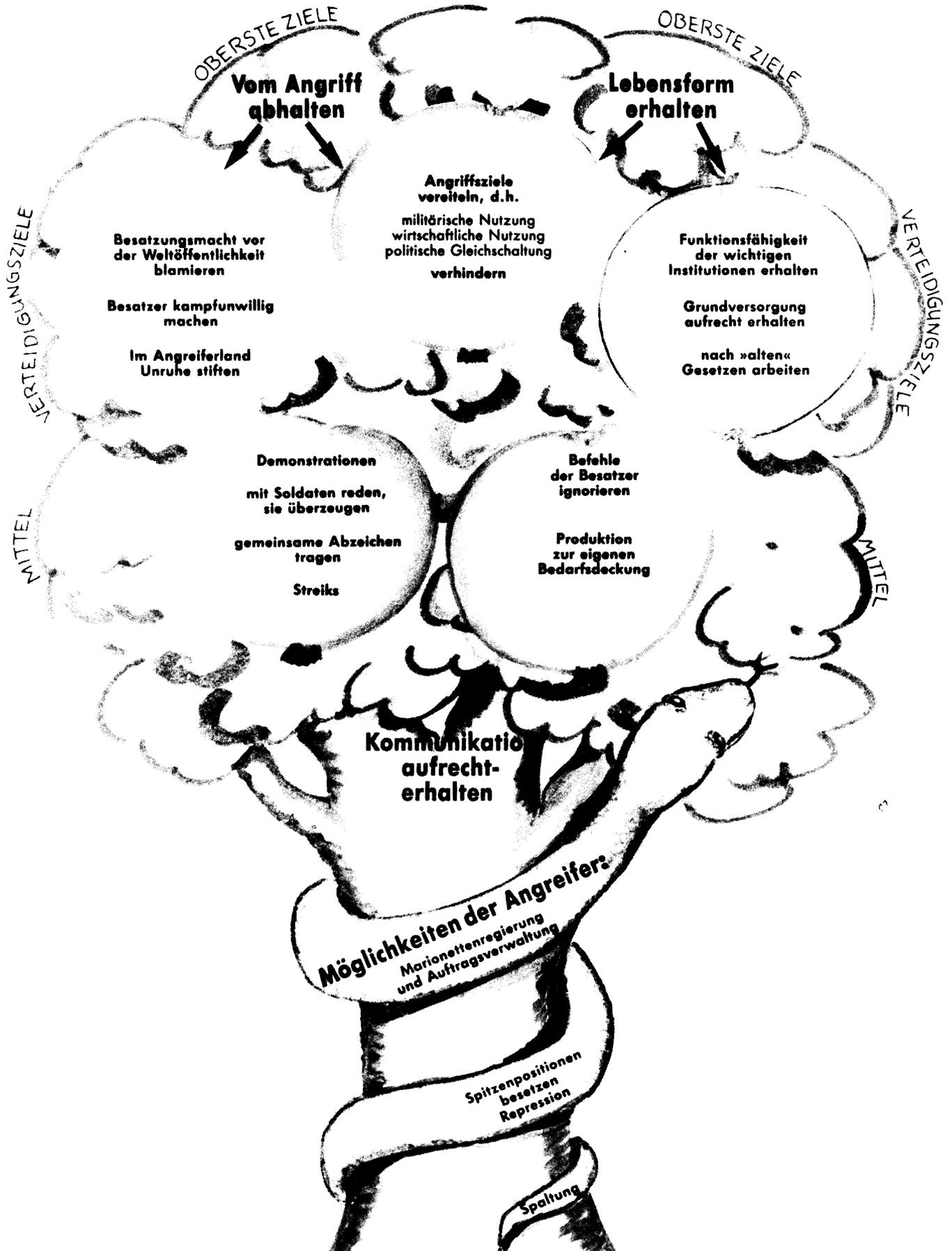
Sollte es trotz dieser „Abhaltewirkung“ der Sozialen Verteidigung zu einem Einmarsch kommen, besteht die wichtigste Aufgabe der Bevölkerung darin, die eigene Lebensform zu erhalten. D.h. trotz und neben Demonstrationen, Streiks und anderen spektakulären Aktionen - deren Zweck es ist, den Gegner am Erreichen seiner Ziele zu behindern und die Besatzungssoldaten zu verunsichern - muß die Bevölkerung unbedingt die eigene Versorgung und die Funktionstüchtigkeit der wichtigen Institutionen (z.B. kommunale Selbstverwaltung) sicherstellen. Das bedeutet weitgehend nicht mehr und

nicht weniger, als unter unnormalen Verhältnissen wie gewohnt weiter zu arbeiten, und alle Anweisungen der Besatzer zu ignorieren. Es sollen weiterhin die Gesetze und Verfahren Anwendung finden, die vor dem Einmarsch galten. Der Friedensforscher Theodor Ebert hat für dieses - für die Soziale Verteidigung sehr wichtige - Verhalten den Begriff „dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration“ geprägt.

Einige der gewaltfreien Mittel, die die Verteidiger anwenden können, sollen im folgenden anhand historischer Beispiele dargestellt werden.

Um Mißverständnisse zu vermeiden: Die Fallbeispiele sind keine historischen Erprobungen des Konzepts der Sozialen Verteidigung. Sie sind ein Teil der Erfahrungen, aus denen sich das Konzept entwickelt hat, und sie sind geeignet, am konkreten Beispiel die gewaltfreien Verteidigungsmittel und ihre Wirkungsweise vorzustellen.

Das Konzept



Überzeugen statt töten

**Besatzungsmacht vor
der Weltöffentlichkeit
blamieren**

**Besatzer kampfunwillig
machen**

**Im Angreiferland
Unruhe stiften**

Ein Prinzip von Gewaltfreiheit lautet: Man versucht nicht, den Gegner zu vernichten, sondern seine Verhaltensweisen und Meinungen zu verändern. Für die Soziale Verteidigung bedeutet das: Die Besatzungssoldaten werden nicht tatlich angegriffen. Man sucht das Gespräch mit ihnen, um sie davon zu überzeugen, daß sie unrecht handeln. Die Verteidiger versuchen außerdem, die Weltöffentlichkeit von der Unrechtmäßigkeit der Besetzung zu informieren, damit der Widerstand von vielen Seiten politisch unterstützt wird – auch von der Opposition im Angreiferland.

Im August 1968 marschierten Truppen von sechs Staaten der Warschauer Vertragsorganisation in die CSSR ein, um dem Reformkommunismus ein Ende zu bereiten. Die Be-

völkerung der CSSR leistete spontan zivilen Widerstand. Unbewaffnete Menschen stellten sich in Prag den Panzern entgegen. Massendemonstrationen fanden statt.



Die Hauswände und Schaufenster waren voller Parolen, die die Besatzer zum Rückzug aufforderten.



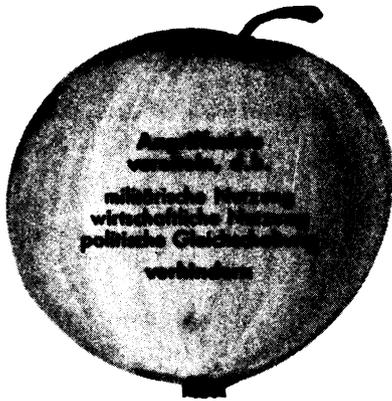
Überall diskutierten die Menschen mit den fremden Soldaten

Schon am dritten Tag der Besetzung mußten viele Besatzungssoldaten ausgewechselt werden

1940 marschierten trotz eines Nichtangriffsvertrags deutsche Truppen in Dänemark ein

Die dänische Bevölkerung zeigte ihren Widerstand gegen die deutsche Besatzung mit symbolischen Mitteln: Sie trug Wollmützen in den dänischen Nationalfarben, täglich war eine Minute Verkehrsstille, abends wurden unter freiem Himmel patriotische Lieder gesungen, und die Kinos wurden erst nach dem Abspielen der deutschen Wochenschau betreten

Die Nutzung verwehren



Die Bevölkerung kann mit gewaltfreien Mitteln dafür sorgen, daß die Besatzer keinerlei Nutzen aus dem Einmarsch ziehen. Wenn z. B. die Arbeiter streiken oder wichtige Einrichtungen durch Blockaden geschützt werden, ist es für die Besatzungsmacht äußerst schwierig, wirtschaftlichen oder politischen Ziele zu verfolgen.

Ruhrkampf

Deutschland war im Versailler Vertrag dazu verpflichtet worden, den anderen am ersten Weltkrieg beteiligten Staaten Reparationen zu zahlen. Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation verzögerten sich die Reparationsleistungen. Französische Truppen

marschierten daraufhin im Ruhrgebiet ein, um deutsche Industrieerzeugnisse, v.a. Kohle, nach Frankreich transportieren zu lassen. Die deutsche Reichsregierung forderte die Bevölkerung zu passivem Widerstand auf. Der Ruhrkampf begann.

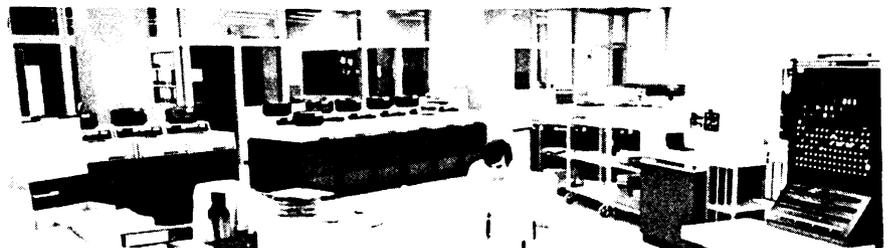
Bergarbeiter weigerten sich, für die Franzosen Kohle abzubauen. Eisenbahnbeamte fertigten keine Kohlezüge nach Frankreich ab.

Die Franzosen wiesen ca. 150 000 Personen in die nicht besetzten Gebiete des deutschen Reiches aus, weil sie ihnen den Gehorsam verweigert hatten.



Deutsche Eisenbahner, die die Zusammenarbeit mit den Besatzern abgelehnt hatten, wurden aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen.

Der passive Widerstand im Ruhrkampf hatte durchgreifenden Erfolg, obwohl der Kohleabbau und -transport ein vergleichsweise unkompliziertes Verfahren ist. Heutzutage hätte es ein Angreifer wesentlich schwerer, wenn er großindustrielle Anlagen oder technische Verwaltungen kontrollieren wollte. Wenn also große Teile der Bevölkerung nicht mit den Besatzern zusammenarbeiten, bringt ein Einmarsch viel weniger Nutzen als friedliche Kooperation.



Normal weitermachen unter unnormalen Bedingungen

Wenn sich eine Bevölkerung sozial verteidigen muß, wird sie vor allem darauf zu achten haben, daß keine schwerwiegenden Versorgungslücken auftreten. Wie wichtig das ist, zeigt sich gerade bei jenen „historischen Vorläufern“ der Sozialen Verteidigung, bei denen durch den Widerstand die eigene Wirtschaft schwer geschädigt wurde. Der Ruhrkampf beispielsweise verhinderte zwar nachdrücklich, daß Frankreich aus dem Einmarsch wirtschaftlichen Gewinn zog. Aber auch das deutsche Reich kam u.a. durch die fehlenden Kohlelieferungen in große wirtschaftliche Schwierigkeiten. Der Ruhrkampf wäre sicher leichter durchzustehen gewesen, wenn es gelungen wäre, Kohlelieferungen ins Deutsche Reich durchzusetzen - und nicht nur, Kohlelieferungen nach Frankreich zu verhindern. Ein lang dauernder Streik - erst recht ein Generalstreik - ist also nicht unbedingt eine geeignete Widerstandsform.

Als sich die Bevölkerung der CSSR gegen den Einmarsch von fünf Warschauer-Pakt-Staaten zur Wehr setzte, fand zwar täglich ein einstündiger Streik statt. Um Produktionsausfälle zu vermeiden, wurde diese Zeit jedoch nach Feierabend - in der sogenannten „Dubcek-Schicht“ - wieder hereingearbeitet. So lief das Wirtschaftsleben fast wie gewohnt weiter.

Fast wie gewohnt soll bei der Sozialen Verteidigung das gesamte öffentliche Leben weitergehen. „Verteidigung der Lebensform“ heißt schließlich, die wichtigen sozialen Institutionen funktionstüchtig zu erhalten und sich weiterhin an die „alten“ Gesetze halten. Als beispielsweise 1920 der rechte Nationalist Kapp mit bewaffneten Truppen einen Regierungsumsturz versuchte, konnte er zwar ungehindert ins Regierungsgebäude eindringen, aber dort fand er niemanden, der willens war, seinen Anordnungen Folge zu leisten. So schildert der Geheime Regierungsrat Arnold Brecht seine - eines Ministerialbeamten - Konfrontation mit den Putschisten:



„Ein Zivilist mit zwei Soldaten, die Handgranaten trugen, betrat vom Büro her mein Zimmer. Er fragte: „Sind Sie bereit, für den Herrn Reichskanzler zu arbeiten?“ Ich sagte: „Das tue ich ja bereits“. Er sah mich stürrunzelnd an: „Ich meine nicht den früheren Reichskanzler, sondern für Reichskanzler Knapp“. Ich: „Ich kenne nur Reichskanzler Bauer.“ Er: „Der ist abgesetzt.“ Ich: „Er ist nach der Verfassung der einzige Kanzler. Ich habe einen Eid auf die Verfassung geleistet, und ich trage meinen Eid nicht in der Hand, wie ihre Leute ihre Handgranaten.“... Ich zog meinen Mantel an und verließ das Haus.“

(A. Brecht: Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884-1927. Stuttgart 1965, S. 303-314).
Zitiert nach: Theodor Ebert, Soziale Verteidigung, Bd. I, Waldkirch 1981

Wie es gelingen kann, auch unter den Bedingungen einer Besetzung die politische Selbstbestimmung zu erhalten, zeigte die Bevölkerung der CSSR im Sommer 1968.



Sie sorgte vor allem für eine Kommunikation unter der Bevölkerung, auf die die Besatzer keinen Einfluß erhielten. Das ist die Grundvorausset-

zung für die Koordination des Widerstands und die Gestaltung des öffentlichen Lebens nach den eigenen Vorstellungen. In der CSSR lief diese Kommunikation über Flugblätter und vor allem über den Rundfunk. Als Prag besetzt wurde, verteidigten die Prager Bürger das Rundfunkgebäude mit allen Mitteln. Sie bildeten lebende Mauern, errichteten immer wieder Barrikaden. Tollkühne Jugendliche versuchten ihre Jacken vor die Sehschlitze der Panzer zu stopfen.

Als Panzer die Barrikaden durchbrachen, steuerten die Verteidiger des Rundfunkgebäudes Lastwagen gegen sie, um ihnen den Weg zu verstellen. Das Rundfunkgebäude wurde dann doch besetzt. Aber die Techniker hatten in einem Kinosaal bereits ein Studio errichtet. Es wurde weitergesendet. Als dieses Studio auch besetzt wurde, waren schon weitere Sendestudios eingerichtet worden. Der Rundfunk konnte so während der ganzen Dauer des Widerstandes senden.

Der Freiheitssender demonstrierte die Machtlosigkeit der Besatzungstruppen. Er gab der Bevölkerung ein Gefühl der Verbundenheit und Einigkeit im Widerstand.

Es wurde nicht nur eine eigene vom Besatzer unbeeinflusste Kommunikation aufrecht erhalten, auch die der Bevölkerung wichtigen politischen Institutionen arbeiteten weiter: Um die Funktionsfähigkeit von Parteikongreß und Regierung zu demonstrieren, wurde wenige Tage nach dem Einmarsch der 14. Parteikongreß einberufen. An drei verschiedenen Orten fanden gleichzeitig Scheinverhandlungen statt, um die Besatzer irrezuführen. Nahezu alle gewählten Delegierten konnten so an dem Kongreß teilnehmen. Der Parteitag forderte ultimativ den Abzug der Besatzungstruppen und die Freilassung der gefangenen Prager Führer. Obwohl über sein Schicksal nichts bekannt war, wurde Dubcek mit überwältigender Mehrheit als Parteichef bestätigt. Fast alle gesellschaftlichen Gruppen unterstützten nach wie vor

seinen Regierungskurs. In einem Aufruf der Gewerkschaftsgruppe der Polizei hieß es beispielsweise:

„Der außerordentliche 14. Parteikongreß hat ein neues Zentralkomitee der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei gewählt Wir werden uns nur von ihren Anordnungen leiten lassen. Gegen selbst-

ernannte Beamte, die eine verräterische Tätigkeit aufnehmen, müßt ihr sofort die Haltung des passiven Widerstandes einnehmen.....“

Das ist ein Beispiel dafür, daß die Bevölkerung nicht gewillt war, eine von Moskau eingesetzte Marionetten-Regierung anzuerkennen.

Unsere Politiker beteuern immer wieder ihren und unseren Willen zur Freiheit und zur Selbstbehauptung. Warum mögen sie sich und uns nicht zutrauen, die demokratischen Formen des Zusammenlebens auch unbewaffnet gegenüber einem bewaffneten Angreifer zu behaupten?

Wer Waffen hat, ... stößt dennoch an Grenzen

Wenige Tage und Stunden, bevor sich der philippinische Ex-Diktator Marcos zum Verlassen „seines“ Landes entschloß (1), standen ihm noch genug militärische Machtmittel zur Verfügung. Sicher, sein Verteidigungsminister war abtrünnig geworden, und die Straßen zum Verteidigungsministerium waren voller Menschen, die - gewaltfrei! - den Verteidigungsminister vor den Panzern Marcos schützen wollten. Aber es gab durchaus noch Offiziere, Panzer- und Hubschrauberpiloten, die bereit gewesen wären, auf Marcos Geheiß in die Menge zu schießen. Darauf ließ sich Marcos nicht ein. Er verzichtete auf die Macht und verließ mitsamt Familie, zwei Flugzeugladungen „Gebrauchsgütern“ und etlichen Millionen Dollar das Land.

Warum setzt ein Diktator vom Schlage Marcos, der jahrelang vor Menschenrechtsverletzungen, Folter, Terror und blutiger Ausbeutung seiner Untertanen nicht zurückschreckte, seine militärischen Machtmittel nicht bis zum letzten ein? Man kann nur Mutmaßungen anstellen:

- Der Widerstand kam von allen Seiten, nicht nur von den Linken, auch von der Kirche und aus bürgerlichen Kreisen. Dieser Widerstand war unübersehbar und unüberhörbar - zuletzt in den Massendemonstrationen in den Straßen der Hauptstadt Manila. Und er war unbewaffnet. In der Theorie der sozialen Verteidigung nennt man so etwas gewaltfreie Massenproteste. Politiker bei uns sprechen manchmal vom „Druck

der Straße“, und sie meinen das eher negativ - vor allem dann, wenn sich der Protest gegen sie richtet. Aber so ein Druck der Straße kann offensichtlich selbst einen Diktator beeindrucken, der bisher mit dem Leben und dem Wohlergehen seiner Untertanen nicht gerade zimperlich umgegangen ist.

- Wenn das Aufbegehren eines Volkes gegen Armut und Unterdrückung mit Waffengewalt bekämpft wird, so versichern die jeweiligen Machthaber meist, sie müßten sich vor kommunistischen „Umtrieben“ schützen - und oft finden sie in großen Teilen der Weltpresse ein offenes Ohr für die Rechtfertigung ihrer Gewalt.
- Hätte Marcos in die Menge schießen lassen, niemand hätte ihm die Mär vom Schutz der Demokratie vor dem Kommunismus abgenommen - zu breit war der Widerstand, zu gewaltlos die Demonstrationen, und die Weltöffentlichkeit durch jahrelange philippinische Solidaritätsarbeit zu sehr gegen das brutale Unrechtsregime Marcos sensibilisiert.
- Jede Gewalt muß sich rechtfertigen. Der Einmarsch in ein unbewaffnetes Land und der Einsatz von Militär läßt sich vor einer aufmerksamen und informierten Weltöffentlichkeit nicht rechtfertigen. Darauf setzt Soziale Verteidigung.
- Marcos wußte, daß er seine Macht nicht mehr auf die Unterstützung der USA bauen konnte. Die USA konnten es sich erlauben, Marcos fallen zu lassen wie eine heiße Kartoffel. Daß er ein brutaler Diktator war, wußten sie schon



Präsidentenpaar Marcos, Enkel: Das Inselreich ausgebeutet



Aquino-Anhänger bei der Siegesfeier: „Das Volk holte den Palast zurück“

lange. Aber nun stand mit Corazon Aquino eine Alternative zur Verfügung, die demokratisch, aber weder antikapitalistisch noch antiamerikanisch gesonnen war. Folglich konnten die USA auf die jahrelang umstrittene Unterstützung von Marcos verzichten.

Das sind glückliche Umstände der Art, die mit dem gewaltfreien Ziel einer solidarischen und gleichberechtigten Völkergemeinschaft wenig ge-

mein haben, die aber dennoch für den Erfolg eines gewaltfreien Widerstandes eine nicht unerhebliche Rolle spielen. In der Geschichte gibt es ein vergleichbares Beispiel dafür: Als die Deutschen trotz eines Nichtangriffsvertrags 1940 in Dänemark einmarschierten, machte die dänische Bevölkerung mit gewaltfreien Mitteln ihren Widerstand deutlich. Sie trug z.B. Wollmützen in den dänischen Nationalfarben, täglich war eine Minute Verkehrsstille, abends wurden

unter freiem Himmel patriotische Lieder gesungen, und die Kinos wurden erst nach dem Abspielen der deutschen Wochenschau betreten. Aufgrund dieses Widerstands begnügten sich die Deutschen mit der wirtschaftlichen und militärischen Nutzung des Landes und verzichteten auf weitergehende politische Eingriffe, die sie eigentlich vorgehabt hatten (z.B. Kontrolle von Rundfunk und Presse durch deutsche Beamte, Einsetzen einer dänischen Marionettenregierung). D.h. die Deutschen schlugen den Widerstand deshalb nicht brutal nieder, weil sie die Dänen brauchten, v.a. deren landwirtschaftliche Lieferungen. Außerdem waren die Dänen nach nationalsozialistischer Auffassung „arisch.“ Man konnte sie also nicht - wie es das Schicksal der Polen und Russen war - als „Untermenschen“ behandeln.

Nach allen bisherigen Erfahrungen also läßt sich festhalten, daß militärische Machtmittel längst keine hinreichende Garantie für Überlegenheit sind. Gewaltfreier Widerstand hat Chancen, und es gibt erwünschte und unerwünschte Bedingungen, die diese Chancen erhöhen.

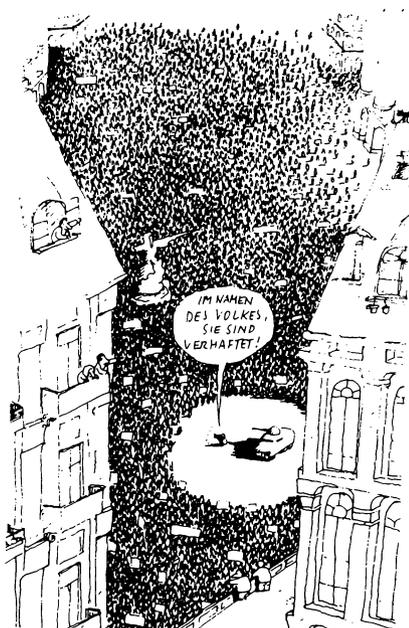
Mächtiger Angreifer?

Einem bewaffneten Angreifer stehen verschiedene Mittel zur Verfügung, seinen Willen durchzusetzen.

Er kann die leitenden Positionen mit Leuten besetzen, die in seinem Sinn arbeiten.

Dazu braucht er Leute, die bereit sind, seinen Anweisungen zu folgen. Wieviele Menschen wird er im besetzten Land finden, die mit ihm zusammenarbeiten? Werden die Untergebenen die Anweisungen dieser Kollaborateure befolgen?

Er kann die Spitzenpositionen mit eigenem zivilen Personal besetzen. Hat der Besatzer genügend Fachpersonal, um alle wichtigen Positionen im besetzten Land zu besetzen? Fehlen die Leute dann nicht im eigenen Land? Können die fremden Befehlsgeber sich durchsetzen? Kennen sie sich im besetzten Land ausreichend aus?



Er kann versuchen, die Verteidiger durch Massenverhaftungen, Verschleppungen, Erschießungen etc.

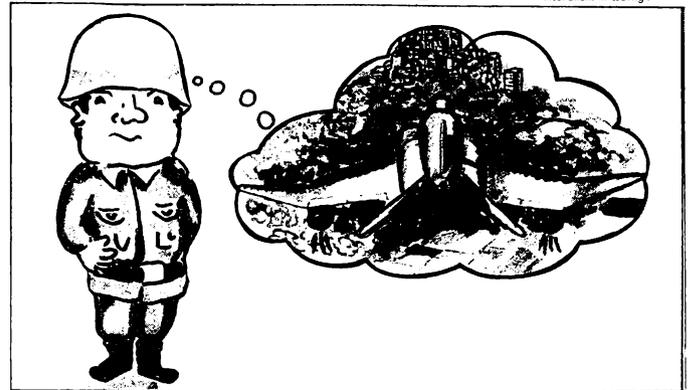
einzuschüchtern und zu entmutigen. Jede Gewalt muß sich rechtfertigen. Kann es sich der Besatzer leisten, gegen eine Bevölkerung, die sich gewaltfrei verteidigt, mit massiver Gewalt vorzugehen? Und sind seine Soldaten bereit, Waffen gegen unbewaffnete Menschen einzusetzen? Wie schnell läßt sich eine Bevölkerung, die sich auf Soziale Verteidigung vorbereitet hat, durch Repression einschüchtern? Kann ein Besatzer Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten, wenn er massenhaft die einheimische Bevölkerung verhaftet oder tötet? Fehlen die Leute dann nicht in der Verwaltung, in der Wirtschaft.....?

Soziale Verteidigung — eine Zumutung?

Illustration: R. Ludwig /



Sabine S. muß sich auf Soziale Verteidigung vorbereiten. Man verlangt von ihr Disziplin und Bereitschaft zum Widerstand.



Martin M. muß sich auf militärische Verteidigung vorbereiten. Man verlangt von ihm Disziplin und die Bereitschaft zum Töten.



Sabine S. muß die gewaltfreien Methoden kennen.



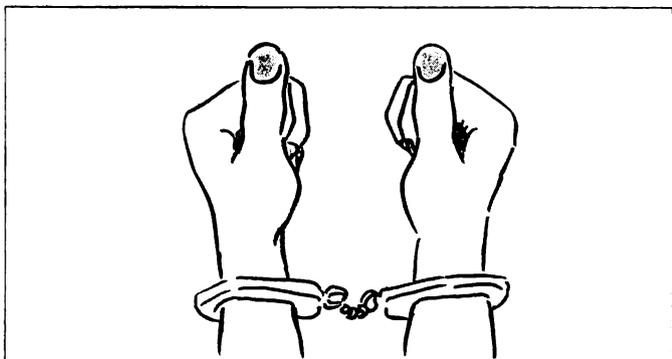
Martin M. muß Waffen beherrschen.



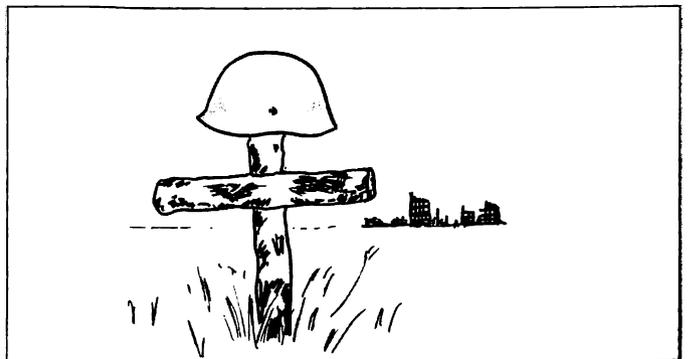
Sabine S. muß innerhalb von Gruppen zu Entscheidungen kommen und die gewaltfreien Methoden mit Kreativität und Phantasie einsetzen.



Martin M. muß gehorchen können, Befehle ausführen und Einsatzpläne durchführen.



Das Risiko für Sabine S.: Sie wird wahrscheinlich bedroht, möglicherweise verhaftet, deportiert oder gefoltert.



Das Risiko für Martin M.: Er wird wahrscheinlich verletzt oder getötet. Seine Familie wird wahrscheinlich das Opfer von Massenvernichtungsmitteln.

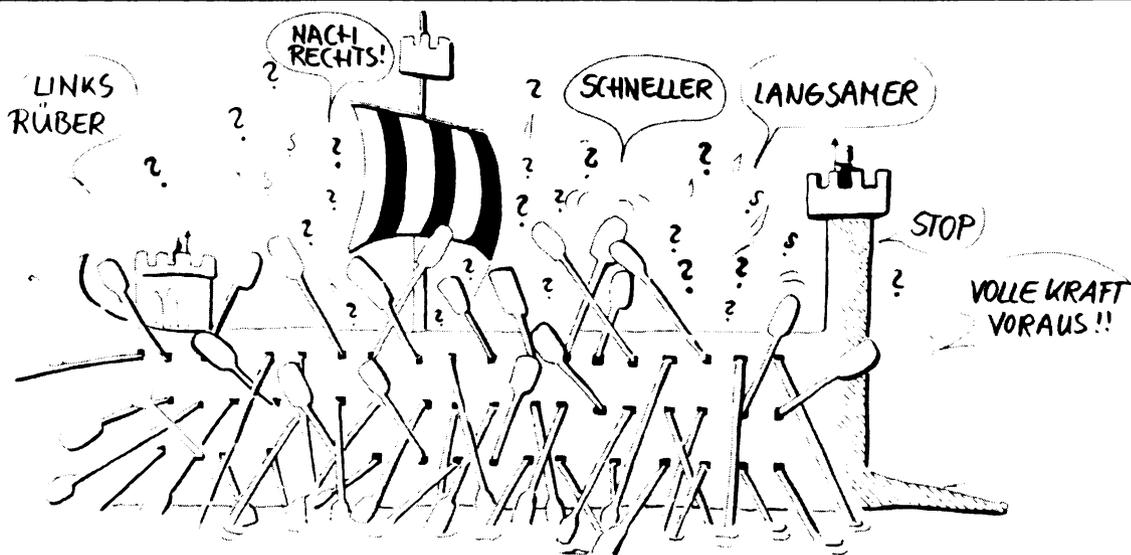
Paßt Soziale Verteidigung zu uns?

Es wäre schwierig, wenn die Menschen im Verteidigungsfall völlig anders denken und handeln müßten als im Alltag. Deshalb müssen im normalen Alltag die Verhaltensweisen und Werte gefördert werden, die für die Verteidigung notwendig sind.

Soziale Verteidigung erfordert

Mitarbeit in demokratischen Gremien Eigenverantwortliches Handeln	Verhaltensweisen, die im Alltag normal sind	Gehorsam, Unterordnung Ausführung von Anordnungen »von oben«
Männer und Frauen müssen sich am öffentlichen Leben beteiligen, mitentscheiden und Mitverantwortung tragen	Überzeugungen	Männer müssen stark und mutig sein, Technik beherrschen, Frauen und Kinder beschützen Man soll das tun, was der Staat für richtig hält
Durchsetzen können sich die, die solidarisch handeln und das Recht auf ihrer Seite haben	Erfahrungen	Durchsetzen kann sich der, der stärker ist
Freiheit, Selbstbestimmung, Schutz des Lebens	Werte	Freiheit, Selbstbestimmung, Größe und Stärke des Staates

Militärische Verteidigung erfordert



Der Weg zur Sozialen Verteidigung

Eine Entscheidung für Soziale Verteidigung würde vollständige, einseitige Abrüstung und den Austritt aus dem Militärbündnis bedeuten. Man kann sich lebhaft vorstellen, daß ein solcher Entschluß massiven Widerstand von allen möglichen Seiten hervorrufen würde.

Da sind zunächst einmal die Bündnispartner. Als es wenige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs darum ging, die Bundesrepublik wieder aufzurüsten, hatten vor allem

die USA und - nach anfänglichem Zögern - Frankreich ein großes Interesse daran, die Bundesrepublik in die NATO aufzunehmen. Die USA erhofften sich eine konventionelle Stärkung der Bündnisstreitkräfte, und Frankreich wollte nicht gern derjenige Bündnispartner sein, der dem Gegner am nächsten liegt. Ein möglicher Krieg zwischen NATO und Warschauer-Vertrags-Organisation sollte vor dem Gebiet Frankreichs stattfinden - in Deutschland. An diesen Interessen hat sich wenig geän-

dert, und deshalb dürften die Bündnispartner ein Ausscheren der BRD kaum widerstandslos hinnehmen.

Die Gefahr, daß die andern NATO-Staaten mit einer austrittswilligen BRD konfrontiert sind, die auf Soziale Verteidigung „umrüsten“ will, liegt vorläufig allerdings noch fern. Es ist zur Zeit schwer vorstellbar, daß sich eine Regierungsmehrheit findet, die ein waffenloses Verteidigungskonzept befürwortet. Sicher würde auch gegenwärtig ein Großteil der Bevöl-



kerung den völligen Verzicht auf Waffen ablehnen. Zu tief verwurzelt ist die Vorstellung, daß ein Staat nur dann ein richtiger Staat ist, wenn er auch eine Armee hat. Diese Einstellung kann sich nur dann allmählich ändern, wenn mehr Erfahrungen mit gewaltfreiem Widerstand gesammelt werden.

Abgesehen von solcher Traditionsverbundenheit gibt es auch ganz handfeste Interessen, die einer Abschaffung des Militärs entgegenstehen. Schließlich kann man mit der Produktion von Rüstungsgütern viel Geld verdienen - mehr als mit ziviler Produktion. Deshalb wäre von Seiten

der Rüstungsindustrie mit erheblichem Widerstand zu rechnen - obwohl eine Umstellung auf sinnvolle und nützliche zivile Produktion technisch und wirtschaftlich durchaus möglich wäre, und damit - ganz nebenbei bemerkt - auch noch mehr Arbeitsplätze als durch Rüstungsproduktion zu schaffen wären.

Manche Politiker werden auch deshalb gegen eine einseitige und umfassende Abrüstung sein, weil das Militär über die Landesverteidigung hinaus noch für ganz andere Zwecke nützlich ist. So kann man beispielsweise die Streitkräfte theoretisch auch gegen innenpolitische Gegner

einsetzen, und viele betrachten das Militär auch als „Schule der Nation“, wo die Unterordnung des einzelnen unter die Interessen des Staates eingeübt wird. Außerdem kann man ohne Militär auch keine Ölquellen am Persischen Golf verteidigen.

Einer Abschaffung des Militärs stehen also viele Widerstände entgegen. Wie all diese Widerstände gewaltfrei abgebaut oder überwunden werden können, um der Sozialen Verteidigung näher zu kommen, darüber gibt es recht unterschiedliche Vorstellungen, wie die folgenden beiden Aufsätze zeigen werden.



Vom Konzept zur Wirklichkeit

Es gibt sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie das Konzept der Sozialen Verteidigung in den politischen Alltag Eingang finden kann.

Wir stellen zwei völlig unterschiedliche Vorschläge vor. Wir beginnen mit Auszügen aus einem Vortrag, den Prof. Theodor Ebert auf der Jah-

restagung der Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e.V. in Wustrow am 16.6.1985 gehalten hat.

Theodor Ebert: Der Einstieg in die Soziale Verteidigung

Theodor Ebert greift im folgenden Vortrag die Frage auf, welche parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse gegeben sein müßten, um in der Bundesrepublik sicherheitspolitische Veränderungen durchzusetzen. Er sieht Chancen in einer rot-grünen Regierungskoalition, da sich große Teile der SPD und der Grünen für eine Verteidigung ohne Angriffsfähigkeit aussprechen und die Grünen für Soziale Verteidigung eintreten. Selbst wenn in einer solchen Koalition die Grünen in der Minderheit sind, ließe sich - so Ebert - durchsetzen, daß auch die Soziale Verteidigung in das Regierungsprogramm zur Umstellung der Verteidigung übernommen wird. Denn auch für das Konzept einer Verteidigung mit Technokommandos sei Soziale Verteidigung interessant: Zum einen zur Verteidigung der Städte, die ja nicht militärisch verteidigt werden dürfen, und zum anderen für die Gebiete, die vom Angreifer erobert wurden. Im folgenden legt Ebert dar, welche konkreten Maßnahmen eine Regierung treffen müßte, um den Einstieg in die Soziale Verteidigung vorzubereiten.

Institutionalisierung

In der Ökologie- und Friedensbewegung hat man sich so sehr an die oppositionelle Rolle gewöhnt, daß nur in seltenen Fällen darüber nachgedacht wird, wie man die Politik in der Regierungsverantwortung gestalten würde. Dabei ist zumindest die Regierungsbeteiligung nahe herangerückt. Wenn es 1987 oder später auf Bundesebene zu einem Regierungswechsel kommen sollte, müßte sich die neue Bundesregierung auch auf die Ökologie- und Friedensbewegung stützen und müßte deren Forderungen zumindest ein Stück weit entgegenkommen. Für diese Situation müssen operationalisierte Konzepte des Einstiegs in die Soziale Verteidigung vorliegen.

Eine Förderung der Friedensforschung und eventuell der Aufbau eines Martin-Luther-King-Institutes für gewaltfreie Aktion würde allein nicht genügen. Mit Forschung kann man aufmüßige Sozialwissenschaftler beschäftigen, während inzwischen traditionelle Militärpolitik ihren Fortgang nimmt.

Neben der Forschung müßten sich darum die praktischen Forderungen auf den Einstieg in die Soziale Verteidigung zwei Bereichen zuwenden, erstens, der Neugestaltung des Zivildienstes der Kriegsdienstverweigerer und zweitens, der praktischen Vorbereitung des zivilen Widerstandes in Gebieten, die im Rahmen der Defensiven Verteidigung möglicherweise besetzt werden. Dabei ist zu bedenken, daß diese Vorbereitungen allen potentiellen Aggressoren zu gelten haben. Da wohl mehr als die Hälfte der Kriegsdienstverweigerer die Soziale Verteidigung befürwortet, darf man auch bei einem größeren Teil der Zivildienstleistenden mit einem gewissen Interesse an einer Grundausbildung in gewaltfreiem Handeln rechnen. Das Zivildienstgesetz müßte entsprechend geändert und für die neue Aufgabe müßten geeignete Ausbilder gefunden werden.

Die politische Wirkung einer solchen Grundausbildung auf die Fähigkeit des Volkes zum zivilen Widerstand darf jedoch nicht allzu hoch veranschlagt werden, da die Zivildienstleistenden noch sehr jung sind und sich vielleicht erst ein bis zwei Jahrzehnte später in Schlüsselstellungen der Sozialen Verteidigung befinden dürften.

Darum muß ein schnellerer Weg gefunden werden, direkt mit allen wichtigen gesellschaftlichen Institutionen die Möglichkeiten des zivilen Widerstandes gegen militärische Aggressionen zu klären.

Zu denken ist hier an ein „Bundesamt für zivilen Widerstand“, das in einer Art „aktivierender Befragung“ an die staatlichen Einrichtungen und gesellschaftlichen Verbände herantritt, um zu klären, welche Widerstandserfahrungen dort vorhanden sind und welche Möglichkeiten des Widerstandes und der konstruktiven Versorgungsleistungen entwickelt werden könnten.

Eine Bundesbehörde kann Basisaktivitäten nicht ersetzen, aber es wäre eben auch nicht zu verachten, als staatliche Behörde an andere Behörden oder Verbände heranzutreten, um Informationsgespräche zu führen. Das angemessene Verhalten der Bundesbank oder des diplomatischen Dienstes im Falle eines Staatsstreiches läßt sich nicht in einer Gruppe von Graswurzel-Aktivist*innen klären. Dasselbe gilt für die Widerstandsleistungen der Innenministerien.

Aufgaben eines Bundesamtes für zivilen Widerstand

Die Kompetenz der Mitarbeiter des Bundesamtes würde zunächst einmal darin bestehen, daß sie um mögliche Krisen

und Verteidigungssituationen wüßten und auch allgemeine Vorstellungen von den Grundlinien des gewaltfreien Widerstandes gegen Usurpatoren hätten. Die angesprochenen Behörden und Verbände könnten nun aus der Kenntnis ihrer Institution und deren eventuell auch bereits vorhandener Widerstandserfahrung - man denke an die Gewerkschaften und Kirchen - auf Möglichkeiten und Schwierigkeiten beim Leisten von zivilem Widerstand hinweisen.

...

Bei allen Aktivitäten des Bundesamtes wäre jedoch zu bedenken, daß es im Falle einer Aggression keine Leitungsfunktion übernehmen könnte. Die Wirkung seiner Befragungen und Beratungen würde sich im Falle einer Aggression gerade dadurch erweisen, daß es überflüssig wäre, d.h. seine sofortige Auflösung durch den Aggressor keinen nachhaltigen Einfluß auf den tatsächlichen Ablauf des Widerstandes hätte. In Friedens-, aber auch in Spannungszeiten könnten von einem solchen Bundesamt wichtige Vorschläge zur Koordination des künftigen Widerstandes und zur Anlage der gesamten Widerstandsstrategie ausgehen.

Beim Hearing der Fraktion der Grünen im Bundestag habe ich am 17. Juni 1984 den Vorschlag gemacht, das Bundesamt für zivilen Widerstand dem Verteidigungsministerium zuzuordnen. Damit verband ich die Vorstellung, daß bei dem zu erwartenden Nebeneinander von Defensiver Verteidigung und Sozialer Verteidigung der Wehrpflichtige künftig die Möglichkeit haben sollte, zwischen einer Ausbildung im Kampf mit der Waffe und im zivilen Widerstand zu wählen. Der sich für den zivilen Widerstand entscheidende Wehrpflichtige würde seine Grundausbildung in gewaltfreier Konfliktaustragung bekommen und müßte sich dann noch im Blick auf bestimmte gesellschaftliche Bereiche und Berufsfelder spezialisieren. Reserveübungen für erfahrene Berufstätige hätten hier sicherlich eine größere Bedeutung als bei der militärischen Ausbildung. Das Ziel dieser Ausbildung wäre, die Bundesrepublik mit einem Netz von Widerstandsberatern zu überziehen, wobei auf eine möglichst gleichmäßige Verteilung auf die verschiedenen Berufsfelder zu achten wäre.

Die Regierungsbeteiligung von Befürwortern der Sozialen Verteidigung sollte dazu führen, daß die Fähigkeit zur gewaltfreien Aktion ein wichtiges Ziel der Bildungspolitik wird. Die Verbindung von Gewaltfreiheit und Wehrhaftigkeit in der Basisdemokratie sollte als Bildungsziel Eingang finden in die Lehre an den Universitäten, in

die Schüler- und Erwachsenenbildung. Die Entwicklung entsprechender Lehrpläne und Unterrichtseinheiten ist eine langwierige Angelegenheit. Einiges läßt sich allerdings auch schon in der Opposition vorbereiten und im freiwilligen pädagogischen Experiment testen. Ein schnell wirkendes Pilotprogramm könnte beim Regierungswechsel dann sein, arbeitslosen Lehrern in einem Arbeitsbeschaffungsprogramm die Fortbildung auf dem Gebiet der gewaltfreien Konfliktaustragung anzubieten, um sie anschließend - vergleichbar den Jugendoffizieren oder den Polizisten, die Verkehrunterricht geben - in den Schulen in besonderen Unterrichtseinheiten einzusetzen. Auch die Kirchen könnten - gegen ein Honorar aus der Gemeindekasse - solchermaßen Ausgebildete zu einem Training gewaltfreier Konfliktaustragung heranziehen.

Im „Internationalen Freundschaftsheim“, einer Heimvolkshochschule in Bückeburg, hat man in der Ausbildung von „Friedensarbeitern“ Erfahrungen gesammelt: mit Kursen für Anfänger und Fortgeschrittene auf dem Gebiet der gewaltfreien Konfliktaustragung und ganz allgemein mit der ökopolitischen Beratung von Basisgruppen. Ähnliches gilt für die „Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion“ in Wustrow (bei Lüchow), wo in spezielleren Kursen, genannt „Rednerschulung“, auch bereits das Vermitteln von Grundwissen auf dem Gebiet der Sozialen Verteidigung eingeübt wurde. Wenn sich interessierte Gruppen in der Ökologie- und Friedensbewegung um die Fortentwicklung dieser Angebote bemühen, dann können erste Früchte solcher Anstrengungen auch reifen, ohne daß es zur zusätzlichen Düngung durch eine Regierungsbeteiligung kommt.

WUSTROW 2/85



Der erste Atomabfall-Transport durch Wustrow im Oktober 1984

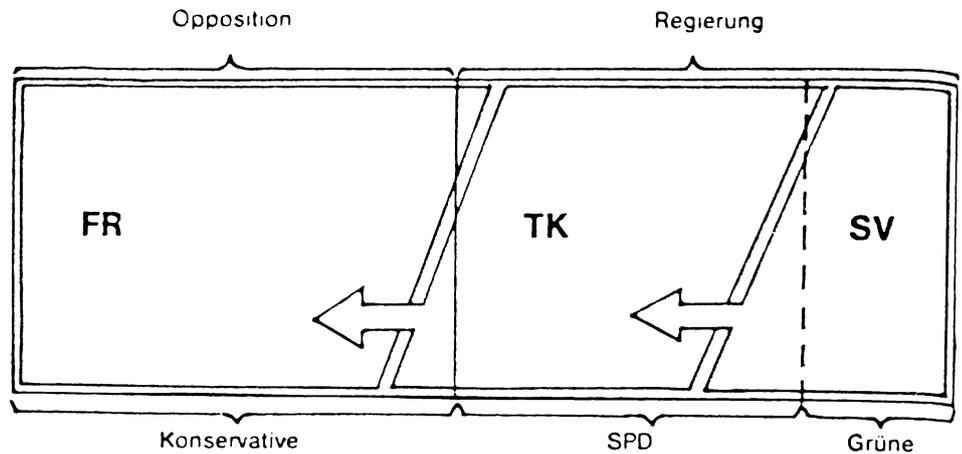
Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion
Kirchstr. 14 3131 Wustrow
Tel. 05843-507

Seminarübersicht 2. Halbjahr 1985

Berufsgruppen als Träger

Und tatsächlich, man muß weder an der Regierung beteiligt sein, noch eine Verbandsspitze für sich gewonnen haben, um damit anzufangen, die Institutionalisierung der Sozialen Verteidigung zu betrei-

Modell der parlamentarischen Vertretung sicherheitspolitischer Konzepte nach einem Regierungswechsel 1987



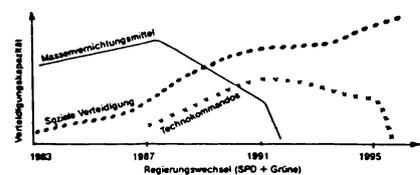
FR - Flexible Response
(Abschreckung mit Massenvernichtungsmitteln)

TK - Technokommandos

SV - Soziale Verteidigung

ben. Wenn es die erste Aufgabe eines „Bundesamtes für zivilen Widerstand“ wäre, im Gespräch mit Behörden und Verbänden deren künftige Widerstandsmöglichkeiten zu klären, dann können auch einzelne Angehörige dieser Behörden und Berufe, die mit der Sozialen Verteidigung sympathisieren, aus eigenem Antrieb sich in die allgemeine Strategie der Sozialen Verteidigung einarbeiten, um dann Überlegungen zur speziellen Rolle ihrer Berufsgruppe in der Sozialen Verteidigung anzustellen. So könnte schon im Vorfeld des Aufbaus eines Bundesamtes wenigstens in Umrissen ein integriertes, berufsspezifisches Programm der Sozialen Verteidigung entstehen. Man kennt in der Friedens- und Ökologiebewegung solche Zusammenschlüsse nach Berufsgruppen bereits vom Widerstand gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen. Warum sollten nicht wenigstens einzelne Vertreter dieser Gruppen für das Nachdenken über die Soziale Verteidigung gewonnen werden können? In Holland versucht man diesen Weg zu gehen und auch ich habe schon ermutigende erste Erfahrungen gemacht im Gespräch mit Ärzten, Pfarrern und Lehrern.

Modell des Umstellungsprozesses



Im basisdemokratischen Vorlauf wird man ein Konzept der Sozialen Verteidigung nicht im soziologischen Sinne flächendeckend für alle Berufsgruppen und die wichtigsten vorstellbaren Konfliktsituationen erarbeiten können. Dieser Vorlauf kann aber die Aufgaben eines „Bundesamtes für zivilen Widerstand“ deutlich machen, und die berufsspezifische Vorgehensweise wird manche Bürger besser begreifen lassen, daß die Soziale Verteidigung sie persönlich angeht und daß sie einen wertvollen Beitrag zur Realisierung dieser sozialen Erfindung der Demokratie leisten können.

Völlig andere Vorstellungen darüber, wie die Soziale Verteidigung politische Wirklichkeit werden kann, hat Prof. Egbert Jahn:

Egbert Jahn: Verteidigung der BRD?

(aus: Graswurzel Revolution, Sonderheft: Soziale Verteidigung, Heft 56, 10. Jg.)

Wie es nicht funktioniert

Gewaltfreie, unbewaffnete oder zivile Verteidigungspolitik als Alternative zur militärischen Verteidigungspolitik läßt sich nicht als ein Konzept ausarbeiten, das den administrativen und politischen Entscheidungsträgern im Verteidigungsestablishment angeboten wird mit dem Argument, zivile Verteidigung sei ökonomisch billiger oder verteidigungspolitisch effektiver oder mit Menschenleben sparsamer oder alles zusammengekommen als herkömmliche militärische Verteidigung. Auch der längere Weg über die Propagierung des

alternativen Verteidigungskonzeptes in der Öffentlichkeit, in den sozialliberalen Parteien oder in einer neuen, grünen oder sonstigen Partei mit dem Ziel der letztendlichen parlamentarischen Beschlussfassung, ist unrealistisch. Wahrscheinlich sind im nationalstaatlichen Rahmen nicht die atomar bestückten Raketen, die Panzer und die Maschinengewehre einseitig zu verschrotten und an ihrer Stelle die gewaltfreien Verteidigungsinstitutionen - dezentralisierte Kommandostrukturen, weitgehend industrieabhängige Notversorgungssysteme, kaum zerstörbare Nachrichtensysteme, gewaltfreie Trainingsstät-

ten anstelle der Kasernen usw. - einzurichten, während ringsum in den anderen Nationalstaaten noch den militärischen Verteidigungs- bzw. Angriffsmitteln vertraut wird.

„Die Schulungszentren für Soziale Verteidigung sind die Aktion des sozialen Angriffs“

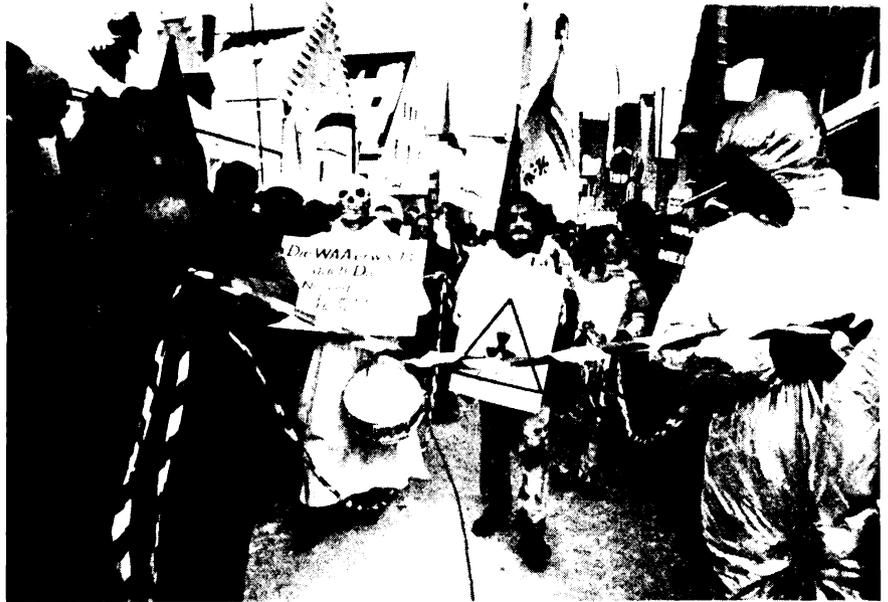
Viel wahrscheinlicher ist es, daß sich zivile Verteidigungspolitik parallel und in Konkurrenz zur militärischen Verteidigungspolitik konzeptuell entwickelt und in der oppositionellen Friedensbewegung verankert. Zivile Verteidigungspolitik wird wahrscheinlich nicht erst in staatlichen Schulungszentren eingeübt, um dann an einem unbekanntem Termin sich gegen einen äußeren Aggressor bzw. einen bewaffneten Putsch bewähren zu müssen. Die „Kaserne“ und das „Manöverfeld“ der zivilen Verteidigung sind die Schulungszentren und die Aktionen des sozialen Angriffes gegen die bestehenden Gewaltstrukturen im In- und Ausland. In den Bürgerinitiativen gegen die Kernkraftwerke und gegen die Umweltzerstörung, für alternative Verkehrsprogramme und Erziehungskonzepte, in denen sich heute schon Millionen Bürger, teils militant gewaltfrei, engagieren, werden die Kampfmethoden eingeübt, die auch zur Verteidigung gegen militärische Interventionen anwendbar sind.

Spontaner Kampf der Volksmassen

Sicherlich gibt es zahlreiche wichtige qualitative Unterschiede zwischen einem gewaltlosen, zivilen Kampf gegen die unbewaffneten und bewaffneten Organe des eigenen Staates und der eigenen Nationalität und einem gewaltlosen, zivilen Kampf gegen eine ausländische militärische Okkupationsmacht. Auch macht es einen erheblichen Unterschied aus, ob Minderheiten in einer parlamentarischen Demokratie gewaltfrei Reformen durchsetzen oder Konterreformen verhindern wollen wie in der Bundesrepublik Deutschland oder ob überwältigende Volksmassen im waffenlosen Kampf (wenn auch sicherlich mit der Bürgerkriegsdrohung im Hintergrund) Diktaturen stürzen (Griechenland, Portugal, Spanien, Iran), Einparteienregime in ihrem Wesen grundlegend ändern (Polen), Kolonialreiche oder Staaten zertrümmern (Befreiungsbewegungen von Indien und Bangladesch). Auf diese Unterschiede kann hier nicht eingegangen werden.

Soziale Verteidigung heute praktizieren

Der bisher überwiegend spontane Charakter unbewaffneter, ziviler Verteidigungskämpfe in der jüngsten Geschichte ist kein Argument dagegen, in Zukunft mehr Planung, wissenschaftliche Verarbeitung bisheriger Kampferfahrungen, mehr Stetigkeit, Vorbereitung, Training in zivile Verteidigungspolitik einzubringen. Was in der Geschichte spontan erfunden wurde (die Kampftechniken im tschechoslowakischen Widerstand wie auch die allgemeine Wehrpflicht oder die Guerilla) und in Zukunft werden wird, kann auch zu einem gewissen Teil antizipatorisch von Wissenschaftlern erforscht werden. Friedensforschung ist dann keine Wissenschaft, die ein detailliertes ziviles Verteidigungskonzept entwirft, das irritierten Militärpolitikern eine billigere, effektivere und humanere nichtmilitärische Wunderwaffe andienen möchte, sondern eine



Wissenschaft, die die Erfahrungen wirklicher nichtmilitärischer Verteidigungsaktionen sozialer und nationaler Bewegung verallgemeinert und mögliche Zukunftsentwicklungen antizipiert.

Zivile, unbewaffnete, nichtmilitärische oder gewaltfreie Verteidigungspolitik ist nach diesem Verständnis auch kein Patentrezept zur nationalen Verteidigung für den fernem Tag nach der nationalen oder multinationalen vollständigen Abrüstung, sie ist auch nicht gebunden an die vorhergehende Schaffung einer gewaltfreien Gesellschaft, sondern sie ist hier und heute vorzubereiten und notfalls auch zu praktizieren. Sie ist einzuüben in den gewaltfreien Aktionen gegen die Gewaltstrukturen aller Art in der Bundesrepublik, in Solidaritätsaktionen für die Rechte und Freiheiten unterdrückter Klassen und Völker in West und Ost, Nord und Süd unseres Globus, in Verteidigungsaktionen gegen den verfassungswidrigen Einsatz der Bundeswehr am Persischen Golf oder anderswo, gegen braune, weiße, rote oder sonstige Putsche zur Etablierung von Minderheitenherrschaften, gegen militärische Interventionen und Okkupationen, mögen sie von der NATO oder vom Warschauer Pakt ausgehen.



Verteidigung der Republik BRD?

Eine solche Politik der zivilen Rundumverteidigung der Republik BRD gegen innere und äußere Gegner durch die Friedensbewegung, die von vornherein eine Beteiligung an bewaffneten Aktionen ablehnt, bedarf selbstverständlich der Präzisierung für alle konkreten Entscheidungssituationen. Sie setzt voraus, daß die Linke in der Bundesrepublik erstmals artikuliert, daß sie überhaupt bereit ist, diese Bundesrepublik zu verteidigen, z. B. auch ge-

gen eine militärische Intervention der Sowjetunion und des Warschauer Paktes. Bisher hat sich die Linke so gut wie ausschließlich auf die Kritik der Rüstung, der Politik, der Gesellschaft der eigenen Nation konzentriert. Sie sah sich lediglich zu Negationen, aber nicht zu Positionen in der Lage.

Selbstverständlich enthält der Übergang zur Diskussion von linker, radikaldemokratischer und sozialistischer Verteidigungspolitik zahlreiche Gefahren und Risiken. Über Verteidigungspolitik kann man nur ernsthaft reden, wenn man auch die Gefahren und Bedrohungen konkret benennt, auf die es sich einzustellen gilt. Konzentrierte sich die Linke und auch die Friedensforschung bisher auf die Kritik von Bedrohungsängsten, von Bedrohungspropaganda, so muß sie nun auch sagen, was der wirkliche Kern der eingebildeten, manipulierten Bedrohungen ist, was tatsächlich aktuelle und was potentielle Gefahren sind. Unabhängig, zum Teil aber auch abhängig vom Streit um die konkreten zivilen und/oder militärischen Verteidigungsmittel muß gesagt werden, gegen wen was verteidigt werden soll.

Hier soll nur ganz allgemein und unvermeidlich plakativ gesagt werden: Zivile Verteidigungspolitik ist keine Verteidigungspolitik für eine nicht existente gewaltfreie Gesellschaft und Republik, sondern eine Alternative für die kapitalistische, bürgerliche, parlamentarisch-demokratische Bundesrepublik Deutschland, für die das Versagen der herkömmlichen militärischen Abschreckungspolitik entweder auf nationalen und internationalen Selbstmord oder auf Kapitulation vor dem Aggressor hinausläuft. Auch wenn die Chancen äußerst gering sind, daß zivile Verteidigungspolitik vor dem Versagen der Abschreckung von mehr als einer Minderheit in unserer Gesellschaft akzeptiert wird - es sei denn, es vermehren sich in den kommenden Jahren die positiven Erfahrungen mit ziviler Verteidigung und die negativen Erfahrungen mit militärischer Verteidigung in anderen Ländern ganz beträchtlich -, so sollten zum Zeitpunkt des Versagens der Abschreckung doch die Grundzüge einer zivilen Verteidigungspolitik durch die Friedensbewegung in unserer Republik ausgearbeitet sein.

Auch gegen kommunistische Minderheiten - „Revolutionen“

Diese kapitalistische, bürgerliche, parlamentarisch-demokratische Bundesrepublik Deutschland ist von uns sowohl gegen bürgerlich diktatorische oder faschistische Putsch, politische Bewegungen und äußere Aggressionen und Interventionen zu verteidigen als auch gegen kommunistische Minderheiten-„Revolutionen“ mit oder ohne Unterstützung von Armeen des Warschauer Paktes.

Zivile Verteidigungspolitik ist anders als herkömmliche und ähnlich wie die Guerilla undurchführbar ohne die breite, aktive Unterstützung des Volkes.

Anders als demokratische Militärpolitik, die auf die Stärkung von Feindbildern und die Förderung von Haß gegen die zu vernichtenden Feinde angewiesen sind, braucht zivile Verteidigungspolitik keine Feindbilder. Ja, sie wird sogar bestrebt sein, bestehende Feindbilder abzubauen

bei gleichzeitiger Förderung der Militanz, der Widerstandsbereitschaft gegen die Forderungen und Zumutungen potentieller Angreifer. Zivile Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland heißt nicht Billigung und Hinnahme des Status quo ihrer sozialen und politischen Zustände einschließlich ihrer antikommunistischen und antisowjetischen Feindbilder. Zivile Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland heißt Verteidigung ihrer Entwicklungspotentiale und Entwicklungschancen in Richtung auf eine gewaltfreie, demokratische und sozialistische Gesellschaft gegen jegliche Form von Diktatur und gegen jegliche Form von nationaler Fremdherrschaft. Da eine solche zivile Verteidigungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland keine spezifisch deutsche, bundesrepublikanische ist, sondern ihre Grundprinzipien auch in anderen Staaten und Gesellschaftssystemen anwendbar sind, und da der Erfolg ziviler Verteidigungspolitik im nationalstaatlichen Rahmen von der internationalen Soli-

darität der weltweiten Friedensbewegung abhängig ist, enthält zivilistische Militarisierung der Bevölkerung nicht dieselben Gefahren des Nationalismus, des Fremdenhasses und der Intoleranz, die der demokratische Militarismus traditionell beinhaltet.

Unvorstellbare Widerstandskräfte

Gegen gewaltfreie Verteidigungspolitik wird häufig eingewandt, sie sei unrealistisch, weil sie unmenschliche Leidensfähigkeit von den Menschen erwarte. In der Tat, ziviler Widerstand erfordert oft unvorstellbare Widerstandskräfte gegen die eigenen aggressiven Bedürfnisse und Kapitulationsneigungen. Aber was ist im Vergleich zu dieser bewußt und aktiv angenommenen Leidensbereitschaft so menschlich an der passiven Leidensnotwendigkeit, die den Menschen durch die modernen Massenvernichtungswaffen und Konzentrationslager im Rahmen militärischer Verteidigungspolitiken aufgezungen wird?

Kritik an der Sozialen Verteidigung

Günter Schmid: Zur Kritik an den Vorstellungen „sozialer Verteidigung“

Es läßt sich schwerlich bestreiten, daß entscheidend für den Erfolg oder Mißerfolg einer Kriegsverhütungskonzeption - mit oder ohne militärische Mittel - deren Einschätzung und Wirkung in der Sicht eines möglichen Gegners ist. Daher muß auch an Vorstellungen gewaltlosen Widerstandes und zivilen Ungehorsams die Frage gerichtet werden, ob durch „Abschreckung mit gewaltfreien Mitteln“ ein Konfliktausbruch verhindert werden kann. Mit anderen Worten: Entfaltet dieses Konzept eine abschreckende Wirkung auf einen denkbaren Aggressor beziehungsweise stellt seine Praktizierung für den Angreifer ein untragbares Risiko dar? Zweifel an dieser Vermutung scheinen angebracht zu sein, zumal die grundsätzlichen sowjetischen Einstellungen gegenüber gewaltlosen (pazifistischen) Verhaltensweisen von klaren Nützlichkeitsverwägungen gekennzeichnet sind. Da ein angenommener Gegner von vornherein einschätzen kann, ob ihn eine erfolgreiche soziale Verteidigung eventuell veranlassen müßte, sein geplantes Vorhaben aufzugeben, dürfte er - um diesen erwartbaren Gesichtsvorstellung von Anfang an auszuschalten - mit größerer Entschlossenheit und Härte angreifen. Einem eigenen untragbaren Vernichtungsrisiko ist er in keinem Fall ausgesetzt. Diese Erkenntnis allein schon könnte eine beabsichtigte Gewaltaktion in den Augen des Initiators weitgehend risikofrei machen.

Ein zweiter Einwand: Theodor Ebert gesteht selbst zu, daß für einen Angreifer die geringsten Kosten bei einer in Aussicht genommenen militärischen Nutzung des besetzten Gebietes entstünden. Die Frage

stellt sich, ob die angedrohte zivile Verweigerung einen Gegner beeindrucken kann, der nicht das wirtschaftliche Potential nutzen will, sondern zunächst „nur“ einen machtpolitischen Raumgewinn, zum Beispiel strategische „Brückenköpfe“, ansteuert und dazu günstig gelegene militärische Operationsbasen in Anspruch zu nehmen beabsichtigt.

Drittens muß gefragt werden - nicht zuletzt Vertreter der Kirchen haben dies in der öffentlichen Diskussion zu bedenken gegeben -, ob das Verhaltensmuster des gewaltfreien Widerstandes nicht Ansprüche an jeden einzelnen stellt, die über das individuelle menschliche Leistungsvermögen hinausgehen. Die dem einzelnen - jeder Bürger sollte ja zum Widerstandskämpfer werden - zugemutete Opferbereitschaft, Leidensfähigkeit, Disziplin und Geschlossenheit dürften vermutlich die Grenze der physischen wie psychischen Belastbarkeit dann übersteigen, wenn ein um die moralischen Kosten nicht besorgter entschlossener Aggressor zu Mitteln individuellen Terrors greift, beispielsweise die systematische Erschießung wichtiger Personen oder gruppenweise Unterdrückung, etwa die Ermordung ganzer Bevölkerungsteile. Gegen diesen Einwand ist vorgebracht worden, es sei ein wichtiges Ziel zu leistender Friedenserziehung, eine gemeinsame, solidarische, auf Gewaltlosigkeit basierende „Widerstandsmentalität“, eine Art „Widerstandsmoral“ zu erzeugen, gerade weil eine aktive soziale Verteidigung nur dann erfolgreich sein könne, wenn alle Betroffenen gegen einen möglichen Angreifer zusammenstünden.

Hinter einer solchen häufig anzutreffenden Argumentation werden das Dilemma und die Herausforderung von pazifistischen Einstellungen sichtbar. Sie müssen das angestrebte, zu erreichende Ziel - eine „Welt ohne Waffen“ - praktisch ständig neu voraussetzen, das heißt sie unterstellen entscheidende Bedingungen für den Erfolg ihrer Konzeption, die noch nicht eingetreten beziehungsweise geschaffen worden sind. Anders ausgedrückt: Der Pazifismus, die Ablehnung des Krieges und der Rüstung aus religiösen oder ethischen Gründen, konkreter: eine weltweite Abschaffung der Waffen, setzt die Beseitigung oder Verminderung der inner- und zwischengesellschaftlichen Bedingungsfaktoren des existierenden Unfriedens voraus. Ein Pazifist muß in einer friedlosen, gewalttätigen Welt so handeln - gewaltfrei -, als wäre die zu erschaffende neue friedliche und waffenlose Welt bereits verwirklicht, in offensichtlichem Gegensatz zur politischen Realität.

Auch einem vierten Kritikpunkt kommt Gewicht zu. Wie bei den aufgezeigten Überlegungen einer ausschließlich defensiven, nur reagierenden Verteidigung resultieren auch aus dem Modell eines zivilen Widerstandes gesellschaftliche Folgeprobleme. Eine landesweit geplante und organisierte soziale Verteidigung bedarf einer systematischen „Militarisierung“ - hier verstanden als Erziehung zu einer Art „Dauerabwehrbereitschaft“ - der gesamten Bevölkerung und einer damit verbundenen dauernden physischen und psychischen Vorbereitung auf den Konfliktfall. Ob die schwierige Organisation ziviler Verteidigung ihren demokratischen

6. Die vier Konzepte im Vergleich

Keine Experimente

Nachdem seit Beginn der Bundesrepublik die CDU/CSU an der Regierung gewesen war und 1958 der greise Bundeskanzler Adenauer sich abermals zur Wahl stellte, führte er seinen Wahlkampf unter dem Motto „Keine Experimente“. Er wollte damit wohl sagen: Egal ob meine Regierung in allen Punkten optimal ist oder nicht - bei mir weiß man, was man hat; wer weiß, was die anderen (die SPD) machen würden. Der Wahlkampf war erfolgreich.

Keine Experimente! Unter diesem Motto scheint auch die Diskussion um alte oder neue Sicherheitspolitik zu stehen. Kein Zweifel: Seit es die Abschreckungspolitik gibt, hat es in Mitteleuropa keinen größeren Krieg gegeben. Gekracht - und das zur Genüge - hat es „nur“ in der Dritten Welt. Abschreckungspolitik ist uns scheinbar vertraut, und deshalb erscheint sie uns auch dann noch vertrauenswürdig, wenn sie sich in eine Bedrohungspolitik verwandelt. Dadurch, daß es das Abschreckungskonzept schon so lange gibt und daß seither ein Krieg in Mitteleuropa ver-

mieden wurde, genießt es verständlicherweise eine Art Bonus: An alle anderen Sicherheitskonzepte werden viel höhere Anforderungen gestellt als an die „bewährte“ Abschreckung. In der Abschreckungspolitik geht man selbstverständlich davon aus, daß der Gegner „vernünftig“ denkt und handelt. Er soll erkennen, daß er keine Chance hat, und deshalb vom Angriff absehen. Von den anderen Sicherheitskonzepten aber verlangt man, daß sie auch dann noch funktionieren, wenn der Gegner irrational handelt, wenn er z.B. von blinder Zerstörungswut besessen ist und ohne Grund Atomwaffen abwerfen will - als ob in einer solchen Situation die Abschreckungspolitik Schutz bieten könnte.

Es erscheint uns wichtig, konsequent an alle hier vorgestellten Konzepte dieselben Kriterien anzulegen. Dies werden wir im folgenden versuchen. Welche Kriterien die wichtigsten sind, und welche Konsequenzen aus dem Vergleich zu ziehen sind - das soll dem Leser selbst überlassen bleiben.



Einwände aus dem Verteidigungsministerium

Diskussion über die Grundlagen der militärischen Verteidigung

In den vergangenen Jahren hat die Öffentlichkeit sich zunehmend mit den militärischen Bedingungen der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland befaßt. Die Diskussion - oft vereinfachend als Strategie-Diskussion bezeichnet - beschäftigte sich nicht nur mit politischen und strategischen Fragen, sondern darüber hinaus mit einer Fülle taktischer und operativer Themen. Der Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages veranstaltete im Winter 1983/84 eine Anhörung von 26 Experten zu Fragen der gültigen Bündnisstrategie wie zu alternativen Konzepten und Strategien.

Die Bundesregierung begrüßt diese Diskussion, da sie nicht nur den Bürger mit der vielschichtigen Problematik der Sicherheitspolitik besser vertraut macht,

sondern auch, weil sie der eigenen Arbeit, national und im Bündnis, Anregungen gibt. Die Grundsätze für den Einsatz militärischer Macht unterliegen einem stetigen Anpassungsprozeß an die sich wandelnde Umwelt. Das Bestehende muß ständig daraufhin überprüft werden, ob es noch Gültigkeit hat oder durch Neues zu ersetzen ist. Allerdings gibt es Kriterien, die für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland unverzichtbar sind und an denen sich alle Alternativvorschläge messen lassen müssen:

- Kriegsverhinderung als oberstes Ziel
- Verteidigung nur im Bündnis
- Vorverteidigung mit dem Ziel der Schadensbegrenzung und der möglichst schnellen Beendigung eines Konfliktes.

Eine sorgfältige Prüfung hat gezeigt, daß die meisten der vorgelegten Alternativmodelle einem oder mehreren dieser Kriterien nicht entsprechen. So würde eine Raumverteidigung der Bundesrepublik Deutschland anstelle der konsequenten Vorverteidigung den größten Teil des Bundesgebietes zum Gefechtsfeld machen.

Die derzeitigen sicherheitspolitischen und militärstrategischen Prinzipien der Allianz werden für die absehbare Zukunft gültig bleiben, solange keine für die Kriegsverhinderung erfolgversprechende Alternative gefunden ist.

(Weißbuch 1985, S.80f)

Zur Verteidigung ohne Angriffsfähigkeit

Die Forderung nach einer Streitkräftestruktur der NATO, die jede Fähigkeit zum Angriff ausschließt, verkennt die Notwendigkeiten der Verteidigung. Der Angreifer könnte seine Raumgewinne, die auch bei nachhaltiger Verteidigung nicht auszuschließen sind, ungestört behalten und weiter nutzen. Sein Risiko würde erheblich gemindert, da er nicht mit Gegenschlägen zu rechnen hätte. Im übrigen übersehen die Forderungen nach „struktureller Nichtangriffsfähigkeit“, daß die Bundeswehr und die verbündeten Streitkräfte schon heute zu einer strategischen Offensive in Mitteleuropa nicht ausgerüstet, organisiert, ausgebildet oder vorbereitet sind. Sie sind dazu nicht fähig.

188. Der Verzicht auf Nuklearwaffen würde einen Aggressor von der Unkalkulierbarkeit des Risikos befreien und ihm die Möglichkeit geben, seine konventionelle Überlegenheit voll auszuspielen. Eine ähnliche Folge hätte ein Verzicht der NATO auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen oder eine nuklearwaffenfreie Zone in Europa. Militärstrategisch führten diese Vorschläge zur Abkoppelung Europas vom strategischen Abschreckungspotential der USA. Die Gefahr eines Krieges würde nicht etwa geringer, sondern - im Gegenteil - größer, da ein Angreifer sein Risiko besser abschätzen könnte. Die nukleare Bedrohung bliebe trotz alledem bestehen, da die Sowjetunion in unmittelbarer Nachbarschaft Westeuropas ihre nukleare Rüstung behielte, die - wie beispielsweise die sowjetischen SS-20-Raketen - gegen Ziele in einer nuklearwaffenfreien Zone eingesetzt werden könnten.

Weißbuch 1985

Zum System gemeinsamer Sicherheit und Abrüstung

300. In Europa taucht seit den fünfziger Jahren immer wieder der Vorschlag auf, kernwaffenfreie Zonen zu vereinbaren. Genannt werden Nordeuropa, Mitteleuropa und der Balkan. Das würde jedoch diese Zonen nicht von der Bedrohung durch Nuklearwaffen frei machen. Denn für die Bedrohung kommt es nicht darauf an, wo Nuklearwaffen stehen, sondern wohin sie gerichtet werden können. Die einzigen Nuklearwaffen, die bisher in einem Krieg eingesetzt wurden, fielen auf ein kernwaffenfreies Land.

301. Nuklearmächte befinden sich gegenüber Staaten in derartigen Zonen in einer überaus starken Stellung, besonders dann, wenn sie zusätzlich überlegene konventionelle Streitkräfte haben. Ihnen ist eine Politik der Einschüchterung und Erpressung möglich. Eine Aggression in eine kernwaffenfreie Zone wäre in ihrem Risiko kalkulierbar oder gar risikolos. Dieser Nachteil kann durch die Nukleargarantie befreundeter oder verbündeter Nuklearmächte nicht ausgeglichen werden. Der Aggressor würde alles versuchen, um seine konventionelle Überlegenheit unterhalb der Nuklearschwelle voll zur Wirkung zu bringen.

302. Gehörte ein Teil der NATO-Mitgliedsstaaten einer durch Vereinbarung geschaffenen kernwaffenfreien Zone an, würde das Bündnis ein unverzichtbares Prinzip aufgeben müssen: bei gleicher Sicherheit gleiches Risiko für alle. Diese Staaten würden das nukleare Risiko für ihre Sicherheit einzig und allein den Vereinigten Staaten aufbürden.

Die Einrichtung von kernwaffenfreien Zonen in Europa müßte die Wirkung westlicher Sicherheitspolitik, vor jeder Form einer Aggression in Europa abzuschrecken, spürbar verringern.

Weißbuch 1983

Zur Sozialen Verteidigung

Soziale Verteidigung ist ein Konzept, das die Realitäten unserer Welt weitgehend ignoriert. Die Vorgänge in der Tschechoslowakei im Jahre 1968 zeigen, daß derartige Konzepte bei weitem die Möglichkeiten eines Volkes überschätzen, sich gegenüber einer entschlossen auftretenden und durchgreifenden Besatzungsmacht durch Ungehorsam oder Verweigerung der Zusammenarbeit zur Wehr zu setzen. Ein Staat, der wie die Sowjetunion und ihre an der Aktion gegen die Tschechoslowakei beteiligten Verbündeten den Frieden bricht, ein anderes Land besetzt und militärische Gewalt gegen dessen Bevölkerung ausübt, ist durchaus fähig, aus eigener Kraft die Sicherheit und Versorgung seiner Streitkräfte auch gegen gewaltfreien Widerstand aufrechtzuerhalten und seine Herrschaft zu festigen. Die Soldaten einer solchen fremden Besatzungsmacht dabei durch Diskussionen zum Gewaltverzicht oder Abzug zu überreden, ist unrealistisch. Die Bilder der Vergeblichkeit dieses Bemühens aus dem Jahre 1968 sind als zeitgeschichtliche Dokumente der Gegenbeweis zu den Thesen der Sozialen Verteidigung. In Wahrheit nehmen solche realitätsfremden Vorstellungen den Verlust der Freiheit ohne Risiko für den Aggressor in Kauf - möglicherweise für Generationen.

Weißbuch 1983

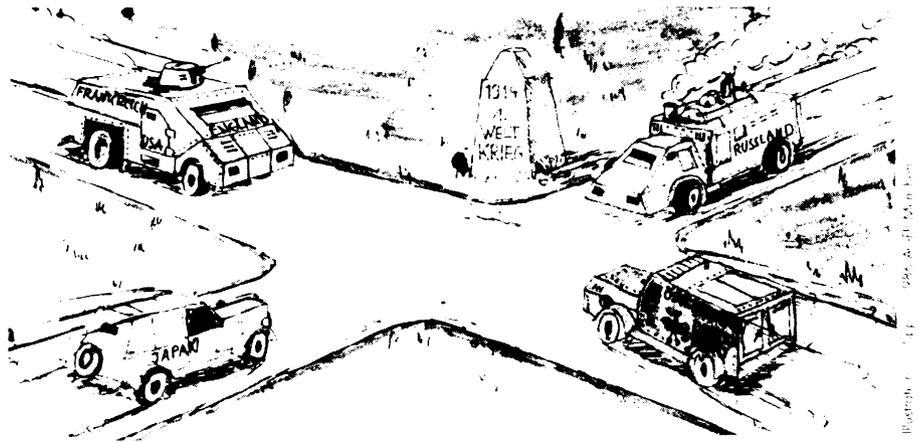
Kommt es zum Krieg?

Oberstes und wichtigstes Ziel aller sicherheitspolitischen Konzepte ist die Kriegsverhütung. Sicherheitspolitik soll verhindern, daß es überhaupt zum Krieg kommt.

Bei der Beurteilung der unterschiedlichen Konzepte ist also zu fragen, welches einen Kriegsausbruch am unwahrscheinlichsten macht.

Befürworter der Abschreckung sind davon überzeugt, daß ihr Konzept gerade in dieser Hinsicht allen anderen überlegen ist, weil es mit dem größten Risiko für den Angreifer verbunden ist. Jeder Angreifer muß mit riesigen Verlusten an Menschen und Material, schlimmstenfalls mit seiner atomaren Vernichtung rechnen. Die Gefahr der totalen Zerstörung aller Lebensgrundlagen bedroht allerdings nicht nur die Angreifer, sondern auch uns, die Verteidiger, wenn es zum Krieg kommt. Doch soweit kommt es eben nicht - so die Befürworter der Abschreckung -, da jeder mögliche Angreifer das hohe Risiko scheut.

Folgt man dieser Argumentation, so gibt es nur eine mögliche Kriegsursache: Ein aggressives Regime versucht, gewaltsam seine Einflußsphäre auszudehnen. Dieses Motiv spielte für den Beginn des Zweiten Weltkrieges die entscheidende Rolle: Nazi-Deutschland überfiel seine Nachbarn. Heute, so sagen viele westliche Politiker, kennzeichnet der Wille zur gewaltsamen Machtausweitung die kommunistischen Staaten. Der kommunistische Expansionsdrang sei



Krieg als Folge von kompromißloser Außenpolitik mehrerer Staaten und von offensiven Militärplanungen („Hineinschlittern“)
Beispiel: Der Erste Weltkrieg

nur durch Abschreckungspolitik in Schach zu halten. Die Sowjetunion verzichtet demnach auf eine Ausweitung ihres Machtbereichs nach Westen nur deshalb, weil sie im Falle eines Angriffs mit untragbaren Schäden zu rechnen hat. Da bei den anderen sicherheitspolitischen Konzepten das Vernichtungsrisiko für den Angreifer weitaus geringer ist, steigt demnach bei diesen anderen Konzepten die Gefahr eines kommunistischen Übergriffs.

Nun weiß man allerdings aus der Geschichte, daß es unterschiedliche Kriegsursachen gibt. Der erste Weltkrieg beispielsweise ist nicht unbedingt auf den Expansionsdrang eines Staates zurückzuführen. In den Geschichtsbüchern heißt es oft: Die Staaten „schlitterten“ in diesen Krieg.

Das darf nun freilich nicht so verstanden werden, daß dieser Krieg ein ungewollter, unglücklicher Unfall war. Er „brach“ deshalb „aus“, weil die Politiker nicht nach einem Ausgleich der Interessen suchten. Dadurch verschärfen sich die Konflikte. Unterstützt wurde diese Politik von einflußreichen Kreisen, die begehrlisch nach den Kolonien und den Industriegebieten der Nachbarn schielten. Dazu kam eine Militärstrategie, die schnelles und entschlossenes Handeln vorschrieb.

Eine vergleichbare Situation könnte in absehbarer Zeit wieder eintreten. Im Ost-West-Konflikt kann sich die Konfrontation jederzeit verschärfen. Das Ende der Entspannungsphase, abgebrochene Verhandlungen, das Nicht-Zustandbringen von gemeinsamen Schlußerklärungen nach Konferenzen belegen dies deutlich. Zudem gehen die militärischen Planungen in die Richtung, daß zukünftig der im Vorteil ist, der seine Waffen zuerst einsetzt. Genau dies aber ist in politischen Krisen eine gefährliche Situation. Dann müssen die Militärs den Politikern von Verhandlungen abraten und zum Losschlagen drängen. Eine solche Situation wird im Konzept der Verteidigung ohne Angriffsfähigkeit vermieden, da es hier - im Gegensatz zur gegenwärtigen und zukünftigen Abschreckung - keine militärischen Vorteile für denjenigen gibt, der seine Waffen „vorsorglich“ zuerst einsetzt. Politiker haben damit mehr Zeit zum Verhandeln, die Chancen für die friedliche Beilegung des Konflikts steigen.



Krieg als Folge des aggressiven Streben eines Staates, seine Macht auszu-dehnen
Beispiel: Der Zweite Weltkrieg

Die Bereitschaft eines Nachbarstaates zu gewaltsamen Übergriffen wird bei der Verteidigung ohne Angriffsfähigkeit als Kriegsursache nicht ausgeschlossen. Man nimmt allerdings an, daß die Effektivität der Technokommandos ausreicht, um einem aggressiven Gegner zu demonstrieren, daß ein Angriff aussichtslos wäre.

Beim Konzept gemeinsamer Sicherheit und Abrüstung wird die Gefahr des „Hineinschlitterns“ in einen Krieg nach und nach geringer. In dem Maße, wie die Hochrüstung abgebaut und die politische Zusammenarbeit verstärkt wird, steigt die Chance, daß Krisen und Konflikte friedlich beigelegt werden.

Auch wenn ein System kollektiver Sicherheit in Europa eingerichtet ist, kann nicht ausgeschlossen werden, daß ein Staat innerhalb oder außerhalb des Systems seine Macht mit Gewalt ausweiten will. Derartige Aggressionsgelüste sollen dadurch in Zaum gehalten werden, daß jedem Angreifer die Konfrontation mit allen im System kollektiver Sicherheit zusammengeschlossenen Staaten angedroht wird.

Wie die Vertreter der atomaren Abschreckung, so sehen einige Verfechter der Sozialen Verteidigung die Kriegsgefahr in der Aggressivität der Warschauer-Vertrags-Organisation. Die meisten Vertreter der Sozialen Verteidigung allerdings betrachten auch die ehemaligen Bündnispartner und innenpolitische Gegner der Abrüstung (Putschisten) als mögliche Angreifer.

Im Unterschied zur Abschreckung überlegt man sich bei der Sozialen Verteidigung, warum die Angreifer aggressiv handeln, d.h. welche Absichten und Ziele sie mit dem Einmarsch verfolgen. Indem man den möglichen Angreifern klar macht, daß ihnen der Einmarsch mehr Nachteile als Vorteile bringen wird, hofft man, sie von einem Angriff abzuhalten.

Wenn also eine wesentliche Kriegsgefahr im aggressiven Machtstreben eines Staates liegt, dann kann die Soziale Verteidigung diese Kriegsgefahr nur dann bannen, wenn die möglichen Angreifer auch glauben, daß ihnen die Soziale Verteidigung massive Schwierigkeiten bei der Verfolgung ihrer Ziele entgegensetzt. Die „Abhaltewirkung“ der Sozialen Verteidigung wird also nur dann erfolgreich sein, wenn bis zum fraglichen Zeitpunkt eindrucksvolle Erfahrungen mit gewaltfreiem Widerstand



vorliegen.

Die Gefahr eines „Hineinschlitterns“ in einen Krieg ist hingegen bei der Sozialen Verteidigung gering. In einem Konflikt, an dem ein abgerüstetes Land beteiligt ist, gibt es keine militärischen Sachzwänge für ein schnelles „Losschlagen“.

Alle drei Alternativkonzepte streben den Abbau der Rüstung an. Dies kann eine dritte mögliche Kriegsgefahr bannen: den „Krieg aus Versehen“. Angesichts der immer kürzeren Flugzeiten der Raketen und der Steuerung von Einsatzplänen durch Computer, bei denen Störungen nicht ausgeschlossen werden können, wird gegenwärtig ein Kriegsausbruch als Ergebnis von technischen Pannen und „menschlichem Versagen“ immer wahrscheinlicher. Diese moderne Variante eines Kriegsausbruchs-Szenarios kann nach Auffassung vieler Rüstungsgegner nur durch rasche und entschlossene Abrüstung in den Bereich des höchst Unwahrscheinlichen zurückgedrängt werden.

Zusammenfassend läßt sich feststellen:

Kriegsverhütung muß notwendigerweise an möglichen bzw. denkbaren Kriegsursachen ansetzen. Politik und Zeitgeschichte sind daraufhin zu befragen, welche Konflikte, Motive, Umstände ... zu einem Krieg führen könnten und wie dem vorzubeugen ist.

Die Abschreckungspolitikern kommen bei einer Analyse der politischen Lage immer wieder zu dem Ergebnis, daß allein der „natürliche“ Expan-

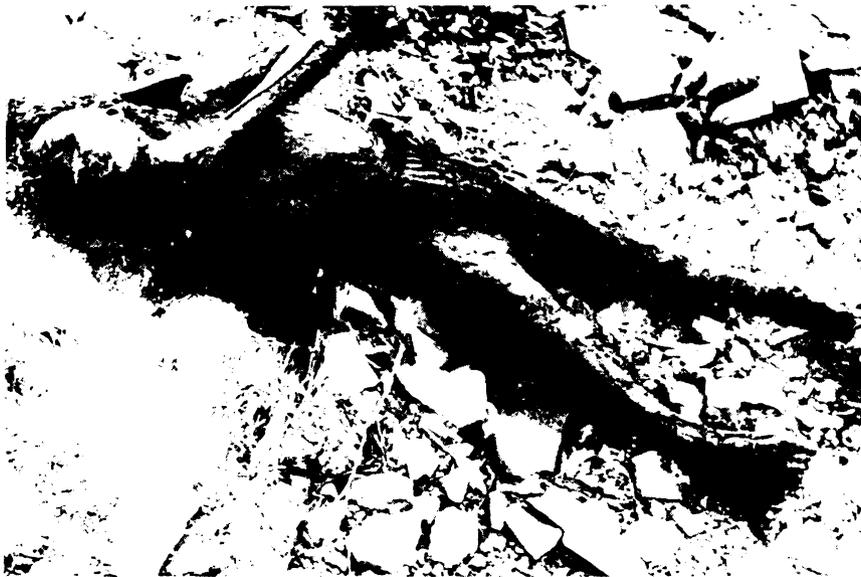
sionsdrang der Sowjetunion als Kriegsursache in Frage kommt. Sicherheitspolitik habe deshalb u.a. die Aufgabe, vor An- und Übergriffen abzuschrecken.

Die Befürworter der anderen sicherheitspolitischen Konzepte ziehen auch andere Kriegsursachen in Betracht. Sie befürchten eher, daß in einer verhängnisvollen Mischung aus politischer Krise und militärischen Sachzwängen der Ost-West-Konflikt „außer Kontrolle“ geraten könnte. Sie versuchen daher, durch den Abbau der Bedrohung, die von uns ausgeht, bzw. durch stärkere politische Zusammenarbeit einer Verschärfung des Konflikts vorzubeugen, ohne an Verteidigungsfähigkeit einzubüßen. Außerdem soll durch Abrüstung ein Krieg aus Versehen unwahrscheinlicher werden.

Kriegsfolgen

So wichtig allen sicherheitspolitischen Konzepten auch die Kriegsverhinderung ist, es kann nie völlig ausgeschlossen werden, daß es dennoch zum Krieg kommt. Von der Art der Verteidigung hängt es ab, mit welchen Kriegsfolgen für diesen Fall zu rechnen ist:

- **Atomare Abschreckung**
Großräumige Schlachten und der Einsatz atomarer Waffen sind sehr wahrscheinlich. Das bedeutet das Ende der Bundesrepublik Deutschland als Lebensraum. Bei weiterer Eskalation in den allgemeinen Nuklearkrieg sind die Schäden unabsehbar: Die Erdoberfläche und die Atmosphäre sind verseucht, alle Lebensgrundlagen zerstört.
- **Verteidigung ohne Angriffsfähigkeit**
Dort, wo verteidigt wird, ist mit erheblichen Zerstörungen zu rechnen. Davon sind v.a. ländliche Gebiete und landwirtschaftliche Nutzflächen betroffen. Da die Städte unverteidigt bleiben, dürften die Verluste unter der Zivilbevölkerung und an Industriepotential vergleichsweise gering sein.
- **System gemeinsamer Sicherheit und Abrüstung**
Welche Schäden ein Krieg verursacht, hängt davon ab, wie weit der Abrüstungsprozeß gediehen ist. Auch wenn Mitteleuropa atomaffenfrei ist, kann es dort, wo gekämpft wird, zu riesigen Zerstörungen kommen. Denn auch die modernen konventionellen, erst recht die chemischen Waffen, haben verheerende Folgen.
- **Soziale Verteidigung**
Es wird sicher Tote und Verletzte unter den Verteidigern geben, und auch Schäden an Gebäuden sind nicht auszuschließen. Insgesamt sind die Zerstörungen aber wesentlich geringer als bei militärischen Auseinandersetzungen. Wenn die Soziale Verteidigung im Verteidigungsfall ihr Ziel nicht erreicht, muß die Bevölkerung damit rechnen, einige Zeit in einem besetzten Land zu leben, unter erheblichen Einschränkungen der persönlichen und politischen Freiheit.



Opfer von Nagasaki



Deutsche Truppen in der Sowjetunion 1941



CSSR 1969

Atomkriegsfolgen

Spätestens seit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl weiß man, daß die Folgen einer nuklearen Katastrophe nicht regional begrenzt sind. Während jedoch die Folgen von Kraftwerksunfällen noch bis zu einem gewissen Grad „kontrollierbar“ sind, da sie in „geordneten“ politischen Verhältnissen stattfinden, gilt dies nicht mehr für Atomexplosionen in Kriegszeiten.

Die bisher einzigen kriegerisch eingesetzten Atombomben von Hiroshima und Nagasaki waren verhältnismäßig klein, im Vergleich zur heutigen nuklearen Waffentechnik. Die Sprengkraft der heutigen Atomwaffen wird in dem Vielfachen der Hiroshimabombe gerechnet, deren Sprengkraft 12 000 Tonnen TNT entsprach. Was heute unter 50 000 Tonnen TNT liegt, gilt als „klein“. Die größeren Atomwaffen können eine Sprengkraft von mehreren Millionen Tonnen TNT haben

Atomexplosionen haben zwei unmittelbare Zerstörungskräfte, nämlich die Hitze und die Druckwelle. Ein Hitzeblitz von 10 000 Grad Celsius entzündete in Hiroshima alle brennbaren Materialien; Menschen verbrannten auf der Stelle, sie wurden teilweise regelrecht verdampft. Die Druckwelle, die gleichzeitig über die Stadt fegte, zerstörte den Rest und

begrub Menschen unter den Trümmern. Durch die Hitzewelle und die damit ausgelösten Brände entstand ein Feuersturm, der sechs Stunden lang tobte. Allein an diesen unmittelbaren Folgen im näheren Umkreis der Atomexplosion starben in Hiroshima in den ersten Tagen 200 000 Menschen.

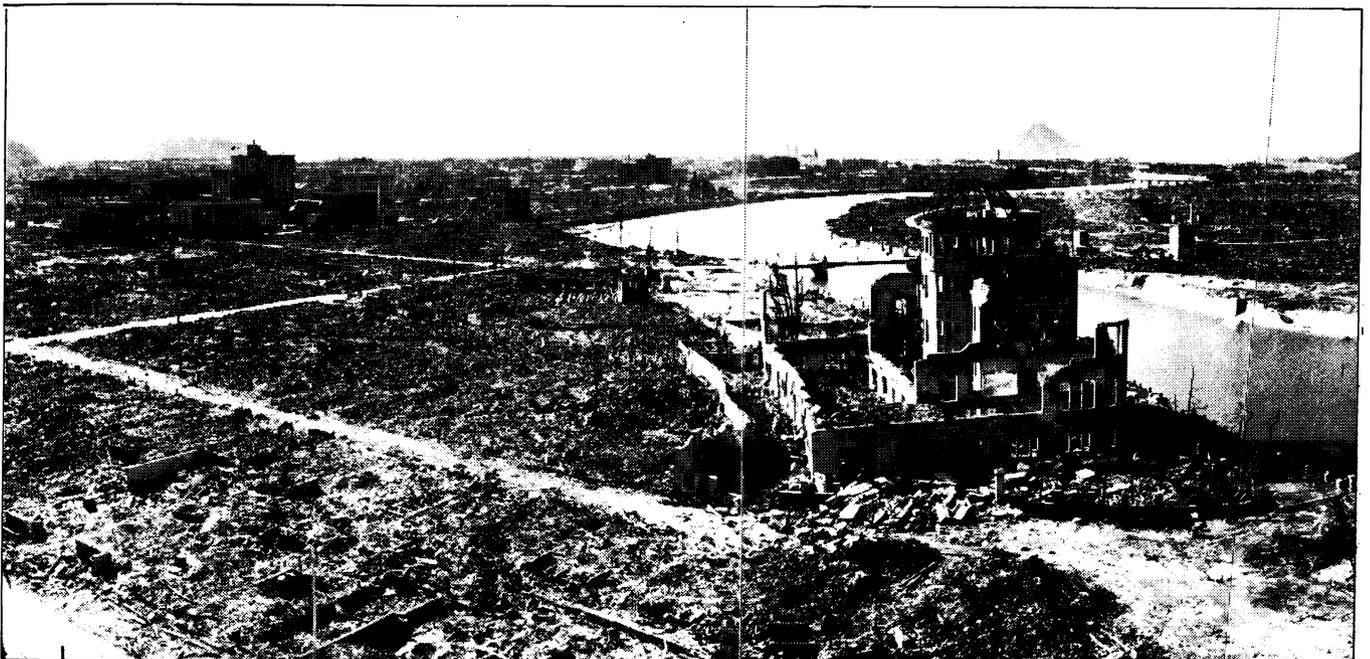
Die langwirkende Zerstörungskraft einer Atombombe ist jedoch die Radioaktivität. Radioaktivität wird von Menschen direkt über die Haut und die Atemwege aufgenommen - indirekt auch über verseuchte Nahrung und Trinkwasser. An diesen „Strahlenschäden“, wie Waffentechnokraten sagen, starben in Hiroshima im Lauf eines Jahres weitere 100.000 Menschen. Die Spätschäden der Überlebenden, wie bösartige Tumore, tauchten erst nach längerer Zeit auf, Leukämie z.B. erst nach 5 oder mehr Jahren.

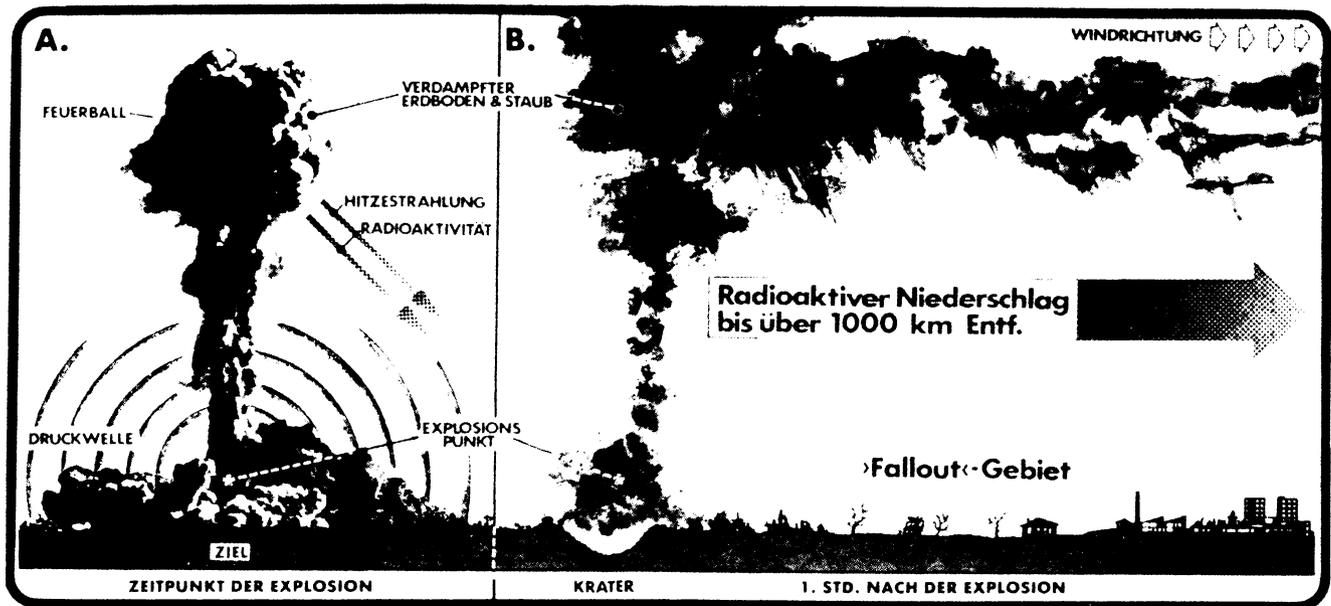
Aber selbst geringe Dosen von Radioaktivität können unberechenbare Spätfolgen beim Opfer oder dessen Nachkommen haben. So können beim Strahlenopfer selbst auch noch nach vielen Jahren verschiedene Krebserkrankungen auftreten. Genetische Veränderungen am Erbmateriale der Opfer treten erst in der folgenden und in späteren Generationen durch Mißbildungen zu Tage.



Mißbildung an Neugeborenen, Hiroshima

Die radioaktive Zerstörungskraft einer Atombombe ist nicht regional begrenzt. Radioaktive Teilchen werden vom Wind in die Atmosphäre getragen und verbreiten sich konzentriert über große Landstriche, abgeschwächt sogar über Kontinente. Die niedersinkenden Teilchen werden „Fallout“ genannt oder „Wash-out“, wenn sie abregnen. Auf diese Weise gelangen sie durch die Luft, den Boden und das Wasser in die Nahrungskette. Die Folge ist die Verseuchung ganzer Regionen der Erd-





oberfläche. Da bei Atomexplosionen auch Teilchen freigesetzt werden, die viele Tausend Jahre strahlen, würde die atomare Verseuchung des Bodens und der Nahrung für unvorstellbar lange Zeit anhalten. Hinzu kommt, daß bereits heute durch die früheren oberirdischen Atombombenversuche und Kernkraftwerks-„Störfälle“ eine weltweit überhöhte Radioaktivität besteht. Auch wenn nur ein begrenzter Atomkrieg irgendwo in der Welt stattfindet, würde sich die Strahlung mit der bereits überhöhten Radioaktivität summieren. Die weltweiten Folgen wären unabsehbar.

Neben der Freisetzung der radioaktiven Stoffe, die dann als Fallout zu einer weltweiten Verseuchung führen würde, käme es zu gigantischen Bränden von Wäldern, Landwirtschaftsgebieten, Öl- und Gasfeldern. Eine Studie, herausgegeben von der schwedischen Akademie der Wissenschaft, rechnet im Falle eines begrenzten Atomkriegs in Europa mit Flächenbränden von der Größe von Dänemark, Norwegen und Schweden zusammengenommen. Mindestens 1,5 Milliarden Tonnen fossile Brennstoffe würden vernichtet werden. Der Rauch, der dabei entsteht, steigt in die Atmosphäre und würde wochen- oder monatelang das Sonnenlicht nicht mehr durchlassen. Mindestens die Hälfte, vielleicht aber auch 99% des Sonnenlichts wäre zurückgehalten.

Die Folge wären radikale Klimaveränderungen mit nur schwer vorhersehbaren Auswirkungen. Die Befürchtung eines sogenannten „nuklearen Winters“, d.h. des drastischen Absinkens der globalen Temperatur

über ein bis zwei Jahre, ist berechtigt. Aber auch ohne „nuklearen Winter“ käme die Landwirtschaft mindestens auf der Nordhalbkugel zum Erliegen, vermutlich ist jedoch die Landwirtschaft des ganzen Globus betroffen. Denn wenn die Brände und Großfeuer erloschen sind und die Teilchen wieder auf die Erdoberfläche absinken, wäre ein großer Teil der Welt von dichtem „fotochemischen Smog“ bedeckt. Die landwirtschaftliche Produktion wäre behindert, die Versorgung würde zusammenbrechen. Möglich ist auch eine starke Verminderung der Ozonschicht in der Stratosphäre über Jahre hinweg. Dies bedeutet wiederum eine erhöhte UV-Strahlung, die für Menschen, Tiere und Pflanzen extreme Folgen hätte. Heute fürchten internationale Wissenschaftler die globalen Folgen der Brände mit ihrer Rußentwicklung weit mehr als die radioaktive Strahlung.

Alle relativ gesicherten Erkenntnisse über die Folgen eines Atomkriegs beziehen sich auf einzelne Auswirkungen, wie z.B. die Druckwelle, die Strahlung oder die Flächenbrände. Die wirklichen Folgen können wegen zwei Unsicherheiten nicht vorhergesagt werden:

Die erste Unsicherheit liegt im Zusammenwirken verschiedener Folgen, denn nach einem Atomkrieg kämen alle globalen Auswirkungen zusammen. Welche Folgen dieses Zusammenspiel auslösen würde, ist nicht abzusehen. Die Welt ist ein auf sich selbst eingespieltes Gebilde mit besonders sensiblen Punkten, wie z.B. den Polkappen, so daß jeder massive Eingriff ein Kippen der Funktionen bedeuten kann.

Die zweite Unsicherheit liegt in den militärischen „Sachzwängen“. Wenn bei einem Krieg jemand meint, er könne mit „begrenztem Atomwaffeneinsatz“ durch taktische Atomwaffen einen Vorteil erlangen, dann wird der Gegner bereits zum atomaren Gegenschlag gezwungen. So kann sich schnell der „begrenzte Atomwaffeneinsatz“ zum „allgemeinen Atomschlag“ steigern. Die Hiroshima-Bombe konnte keinen Gegenschlag provozieren, da nur die USA die Atombombe hatten. Heute muß man, wenn man überhaupt über den Atomwaffeneinsatz nachdenkt, vom schlimmsten Szenario ausgehen. Dessen Folge ist die allgemeine Zerstörung der Lebensgrundlagen für die Menschen auf unserer Erde.



10 unfähig zu gehen – armen

– eine Hoffnung auf Erleichterung

immer noch hier, sind

Wie wahrscheinlich ist die atomare Katastrophe?

Wieweit sind die einzelnen sicherheitspolitischen Konzepte in der Lage, eine atomare Katastrophe zu verhindern?

Wenn es beim gegenwärtigen Konzept der atomaren Abschreckung zum Krieg kommt, wird die atomare Katastrophe kaum zu verhindern sein. Denn die NATO muß frühzeitig die taktischen Atomwaffen einsetzen, wenn sie einen massiven konventionellen Angriff der Warschauer-Vertrags-Organisation abwehren will. Ein „nur“ taktischer Atomkrieg bedeutet bereits die völlige Zerstörung zumindest der BRD und der DDR. Daß der Krieg in dieser Phase sich weiter zum „allgemeinen Nuklearkrieg“ ausweitet, erscheint wahrscheinlich. Denn es ist schwer vorstellbar, daß Politiker und Militärs im Chaos eines Atomkrieges zu vernünftigen Entscheidungen zurückfinden können. Man weiß aus der Psychologie, daß Menschen, die Verantwortung tragen, sich in unübersichtlichen, schwierigen Situationen eher vom Strom der Ereignisse mitreißen

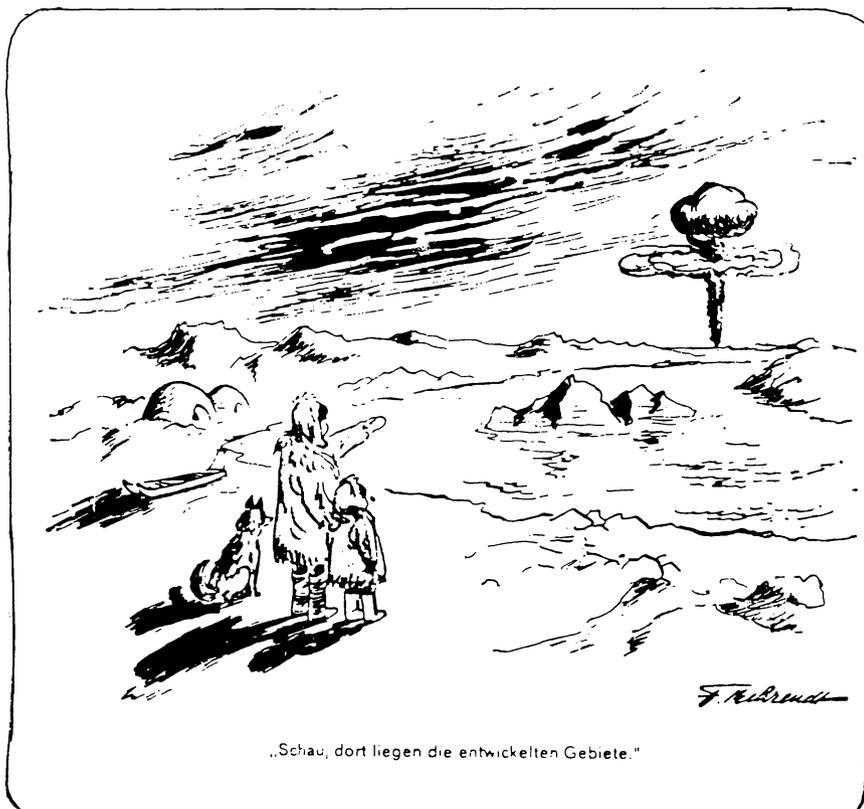
lassen, als kluge und wohldurchdachte Entscheidungen zu treffen. Das heißt, wenn erst einmal der Einsatz von Atomwaffen beschlossen ist, ist kaum noch eine Chance da, daß die Kette der Eskalation unterbrochen wird.

Auch beim Konzept der Verteidigung ohne Angriffsfähigkeit nach Horst Afheldt ist ein Atomkrieg denkbar, da die weitreichenden amerikanischen Atomwaffen beibehalten werden sollen - als letztes Drohmittel, falls der Gegner anders nicht zum Verlassen eroberter Gebiete bewegt werden kann oder falls er die Bombardierung der Städte androht. Es gibt aber keinen militärischen „Sachzwang“ zum Einsatz der Atomwaffen. Das heißt, die Politiker und Militärs müssen und können es sich reiflich überlegen, ob sie es so weit kommen lassen. Sollten dennoch Atomwaffen eingesetzt werden, dann erscheint es eher wahrscheinlich, daß der Krieg in die allgemeine nukleare Katastrophe mündet.

Ob sich ein Krieg beim System gemeinsamer Sicherheit mit immer weniger Waffen zum allgemeinen Atomkrieg ausweitet, hängt wesentlich davon ab, wieweit die Atomwaffen abgerüstet sind. Selbst wenn ganz Europa atomwaffenfrei und ein System kollektiver Sicherheit eingerichtet ist, kann es passieren, daß die Großmächte einen atomaren Schlagabtausch führen und Europa in Mitleidenschaft gezogen wird. Es ist jedoch ziemlich unwahrscheinlich, daß einerseits der Ost-West-Konflikt soweit entmilitarisiert wird, daß Abrüstung und ein System kollektiver Sicherheit in Europa möglich wird und andererseits derselbe Konflikt zwischen den Großmächten zum Atomkrieg führt.

Auch im Zusammenhang des Konzepts der Sozialen Verteidigung ist ein Atomkrieg nicht völlig auszuschließen. Die Soziale Verteidigung sieht lediglich die vollständige Abrüstung eines Landes vor (freilich mit der Hoffnung, daß die Nachbarn nachziehen). Deshalb ist theoretisch durchaus denkbar, daß sich an der Struktur des Ost-West-Konflikts nichts ändert und die Gefahr eines Atomkrieges zwischen den Großmächten bleibt. Wenn jedoch ein entmilitarisiertes Land zwischen den Blöcken liegt, wird die Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung geringer. Daß es gar wegen eines Konflikts um dieses abgerüstete Land zu einem europa- oder weltweiten Atomkrieg kommt, erscheint sehr unwahrscheinlich.

In keinem der vorgestellten sicherheitspolitischen Konzepte ist also die Gefahr eines Atomkrieges völlig gebannt. Solange es Atomwaffen gibt, ist es möglich, daß sie auch eingesetzt werden. Die Wahrscheinlichkeit des Atomwaffeneinsatzes ist allerdings unterschiedlich: Während es beim Konzept der atomaren Abschreckung geradezu zwingend zur Logik des Konzepts gehört, muß man sich v.a. beim Konzept der Gemeinsamen Sicherheit und bei der Sozialen Verteidigung recht abenteuerliche und abstruse politische Situationen ausdenken, um den Atomwaffeneinsatz als denkbar und möglich erscheinen zu lassen.



„Schau, dort liegen die entwickelten Gebiete.“



Wir entscheiden uns für das Leben

Argentinien, Griechenland, Indien, Mexiko, Schweden und Tanzania gründeten 1984 die „Friedensinitiative der fünf Kontinente“ mit dem Ziel, die Supermächte zur Abkehr von der atomaren Abschreckung zu überreden. Sie haben sich seither in Delhi und im August 1986 in Mexiko getroffen, um die Einbeziehung der eigenen Experten in Atomteststop-Kontrollmaßnahmen zu fordern. Die folgende Rede hielt Julius Nyerere, ehemals Präsident von Tanzania und einer der Gründer der Initiative, in Mexiko:

Seit unserer ersten gemeinsamen Erklärung im Mai 1984 hat unsere Initiative sehr große Unterstützung sowohl in der Öffentlichkeit als auch durch staatliche und kirchliche Führer gefunden. Wir wurden gelobt und es wurden uns Preise verliehen.

Doch Anerkennung und Preise gab es für den Versuch, nicht für den Erfolg. Nach wie vor werden Atomwaffentests unternommen und bei den Abrüstungsverhandlungen gab es keine deutlichen Fortschritte. Deshalb müssen wir unsere Bemühungen fortsetzen. Schließlich sind wir direkt betroffen vom Erfolg der weltweiten Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen. Es ist die Zukunft des Lebens auf der Erde - der Erde von uns allen - die durch die Möglichkeit eines Atomkrieges in Frage gestellt ist.

Deshalb haben wir ein Recht, gehört zu werden. Als Nationen und als Menschen existieren wir. Und welche anderen Rechte unseren Völkern auch immer fehlen mögen, sie haben zumindest das Recht, weiterhin zu existieren.

1984 stellte der Generalsekretär der Vereinten Nationen an die führenden Atom-mächte die Frage, woher sie das Recht nähmen, über das Schicksal der Menschheit zu entscheiden. Diese Frage zu ignorieren stellt einen Grad an Imperialismus dar, der bisher in der Menschheitsgeschichte noch nicht erreicht wurde.

„Es ist übler - viel übler - als die Kolonisierung von Afrika. Die könnte - und wurde bereits weitgehend - überwunden werden, auch wenn dies mit viel Leid verbunden ist. Die menschliche Rasse auszulöschen ist jedoch eine Katastrophe, die kein vernünftiger Mensch in Erwägung ziehen sollte. Es ist die letzte unverzeihliche Sünde gegen Gott, gegen die Menschheit und gegen alle Schöpfung.“

Heute wiederholen wir unsere Forderung nach Einstellung aller Atomwaffenversuche. Wir würdigen das mehrmals verlängerte einseitige Moratorium der Sowjetunion; wir hoffen, daß es noch einmal bis zum geplanten Treffen zwischen dem Generalsekretär und Präsident Ronald Rea-

gan verlängert wird. Mit verstärkter Dringlichkeit fordern wir die USA und ihre Verbündeten auf, eben jetzt alle weiteren Tests bis zum Gipfeltreffen zu unterlassen und dann einem gemeinsamen Moratorium zuzustimmen.

Durch diesen ersten kleinen Schritt zur Entspannung der Atmosphäre für Abrüstungsgespräche wird keine Schwäche gezeigt. Wir appellieren an alle Führer der Atomwaffenstaaten, den Mut aufzubringen, denen, vor denen sie sich fürchten, zumindest soviel guten Willen zu zeigen und so die Ursachen der Angst zu vermindern.

Für den Fall, daß die Überprüfung eines vereinbarten Moratoriums ein Problem für die Atomwaffenstaaten darstellen sollte, bieten wir unsere Hilfe an. Wir glauben auch, daß viele Nichtatomwaffenstaaten bereit sind, gemeinsam mit uns, möglicherweise im Rahmen der Vereinten Nationen, den Vertrag über ein weltweites Atomtestverbot zu überwachen.

Wir brauchen dieses Testverbot, da man zuerst aufhören muß vorwärtszugehen, bevor man umkehren und die entgegengesetzte Richtung einschlagen kann. Und ein Testverbot würde sowohl die Entwicklung neuer Waffen verhindern als auch das Vertrauen in die existierenden schwächen.

Ich glaube, daß es einen weiteren Schritt gibt, den jede Nation gehen kann, ohne ihre eigene Sicherheit zu gefährden. Jeder Atomwaffenstaat ohne aggressive Absichten könnte eine Politik des „Nicht-Erstschlags“ verfolgen und sich dazu bekennen. Durch die Klarstellung - sowohl durch Worte als auch durch strategische Entscheidungen -, daß die eigenen Atomwaffen eine Verteidigung gegen nukleare Angriffe darstellen und keine Bedrohung eines Gegners, der keinen Erstschlag unternimmt, könnte sich die Gefahr erheblich vermindern, daß Atomwaffen in einer Krisensituation oder in einem ernsthaften Konflikt aus Angst eingesetzt werden.

Das Ziel muß jedoch die Abschaffung aller Atomwaffen sein. Dies ist der einzig sichere Schutz vor einem Atomkrieg. Keine

Technik der militärischen oder zivilen Verteidigung kann gegen atomare Angriffe - auch nur annähernd - hundertprozentig zuverlässig sein.

Jeder Versuch, den Weltraum für militärische Zwecke zu nutzen, wird - so defensiv die erklärten Absichten auch sein mögen - unausweichlich zu einem Wettrüsten im All führen. Die Gefahr für unsere Erde wird dann um ein vielfaches erhöht.

Wir wissen, daß es für die führenden Weltmächte nicht einfach ist, die nukleare Konfrontation aufzugeben. Doch wir appellieren an alle Nuklearmächte, einschließlich der Sowjetunion und der USA, die unsterblichen Worte aus der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung zu beachten: „Wir halten es für selbstverständliche Wahrheiten, daß alle Menschen gleich geschaffen sind, daß sie von ihrem Schöpfer mit bestimmten unveränderlichen Rechten versehen wurden, unter anderem auf Leben, auf Freiheit und auf Streben nach Glück.“

Menschen und Nationen haben für diese Rechte gekämpft; in verschiedenen Teilen der Welt tun es Männer und Frauen noch heute. Dabei kämpfen sie für das, was sie für eine bessere Zukunft für ihre Kinder, für ihr Land und für die Menschheit halten. Aber als erstes muß die Menschheit eine Zukunft haben. Von dem Recht auf menschliche Existenz hängen alle anderen Rechte ab.

Wir appellieren an die Atom-mächte, mit dem Rest der Welt zusammenzuarbeiten, um die Menschheit vom Rand des nuklearen Abgrunds zurückzuführen. Und wir rufen alle Menschen der Welt auf - und zwar jeden einzelnen und jede Gruppe -, uns bei diesem Appell zu unterstützen. Die Entscheidung, vor der wir alle stehen, ist unausweichlich. Wir haben zu wählen, ob wir zusammen leben wollen, mit all unseren Unterschieden und Streitigkeiten, oder ob wir gemeinsam in einem atomaren Holocaust sterben wollen. Wir entscheiden uns für das Leben: Wir fordern zu leben!

Übersetzt nach: The Guardian, 22.8.86, S.8

Europäische Sicherheitspolitik und der Rest der Welt

Sicherheitspolitik in Europa hat immer auch Konsequenzen für alle anderen Länder der Welt. Während wir Europäer jedoch nicht nur Opfer, sondern auch Nutznießer unserer Sicherheitspolitik sein können, gilt dies nicht im gleichen Maße für die übrige Welt.

In den Diskussionen über europäische Sicherheitspolitik wird meist vergessen, daß diese auch konkrete Folgen für die Menschen außerhalb Europas haben kann und hat. Zwar wird gelegentlich die Forderung erhoben, die immensen Beträge, die heute in die Rüstung fließen, besser den Hungernden in anderen Teilen der Welt zukommen zu lassen. Aber damit ist die Problematik längst nicht umfassend erklärt, ganz abgesehen davon, daß über Sinn und Unsinn solcher Forderungen noch nachgedacht werden müßte.

Die Frage nach den Auswirkungen der verschiedenen hier vorgestellten Sicherheitskonzepte auf die Menschen außerhalb Europas kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Es können jedoch Kriterien für die Beurteilung der Konzepte in dieser Hinsicht genannt werden.

1. BLOCKKONFRONTATION

Solange sich die Mächte in Europa in feindlichen Blöcken gegenüberstehen, werden auch sämtliche Länder außerhalb Europas einem der beiden Blöcke zugeordnet, ob sie wollen oder nicht (z.B. Cuba, Costa Rica). Viele regionale Konflikte weiten sich aus und werden unlösbar, indem die europäischen Militärblöcke die jeweils konkurrierenden Seiten mit Waffen versorgen (z.B. Nahost-Konflikt, Konflikte im Südlichen Afrika, Bürgerkriege in Mittelamerika). Darüber hinaus suchen sich die verschiedenen Militärblöcke Stützpunkte außerhalb Europas und bauen sie zu Waffenlagern aus (z.B. Süd- und Nord-Korea).

2. STREBEN NACH WELTHERRSCHAFT

Durch den Aufbau starker angriffsfähiger Militärapparate haben die europäischen „Verteidigungsbündnisse“ die Möglichkeit, Länder in der „3.Welt“ durch die Androhung mili-

tärischer Mittel politisch gefügig zu machen. Gegenwart und Zukunft von Militärplanungen zeigen: Diese Eingriffsmöglichkeit wird gewollt und geplant (Air Land Battle, Schnelle Eingreiftruppen). Die Vergangenheit hat gezeigt, daß es nicht bei solchen Drohungen bleiben muß. Afghanistan, Falkland und Libyen sind plastische Beispiele dafür.

3. RÜSTUNGSPRODUKTION

Wo Waffen in großer Menge zur Sicherheitspolitik benötigt werden, entsteht auch eine Rüstungsindustrie. In der bei uns herrschenden Gesellschaftsordnung ist eine solche Industrie marktwirtschaftlich organisiert,

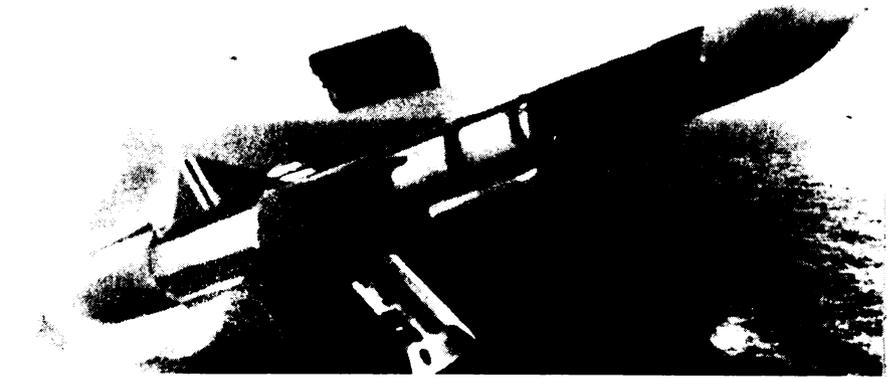
d.h. sie versucht, so große Umsätze wie möglich zu erzielen, z.B. indem sie sich „neue Märkte schafft“. Die zwangsläufige Konsequenz einer marktwirtschaftlichen Rüstungsindustrie ist der Export von Rüstungsgütern in Länder außerhalb Europas und damit eine Verschärfung von Konflikten in diesen Ländern. Daß staatliche Auflagen immer zu umgehen sind, wenn es um handfeste wirtschaftliche Interessen geht, beweist das Beispiel Südafrika: Südafrika gelangte in den letzten Jahren trotz eines weltweiten Rüstungsexportverbotes sogar in den Besitz von Atomwaffen.



Britische Invasionstruppen im Falkland - Krieg

Wo hochtechnisierte Rüstung produziert wird, besteht immer auch ein Bedürfnis, die neuentwickelten Produkte im „Ernstfall“ zu testen. Selbst eine defensive Rüstung wäre darauf angewiesen, ihre Verteidigungswaffen in einem Krieg irgendwo auf der Welt zu testen, da sie sonst nicht sicher sein könnte, daß sie im Ernstfall auch wirklich wunschgemäß funktionieren. Durch dieses Erprobungsinteresse für neue Waffensysteme werden kriegsführende Staaten in der 3. Welt auch dann noch mit Waffen versorgt, wenn sie längst zahlungsunfähig sind. Ein Beispiel für so einen „Testkrieg“ ist vermutlich der iranisch-irakische Konflikt.

Die Länder der 3. Welt sind bei den Industrieländern hoch verschuldet. Wenn für die Rüstungsbemühungen der Industrieländer hohe Kredite benötigt werden, steigt die „Nachfrage“ nach Geld, oder anders ausgedrückt, der Preis fürs Geld (= die Zinsen) steigt. Das hat für die 3. Weltländer verheerende Folgen: Als Anfang der 80er Jahre Ronald Reagan den Verteidigungsetat der USA drastisch erhöhte, stiegen die Zinsen sprunghaft an. Für viele 3. Weltländer bedeutete dies, daß sie für früher abgeschlossene Kreditverträge nun soviel Zinsen zahlen mußten, daß die Zinsen die Exporterlöse dieser Länder vollständig verschlangen. Für notwendige Importe, z.B. an Nahrungsmitteln, waren keine Devisen mehr vorhanden. Die hohen Rüstungsausgaben eines Industrielandes waren somit mitverantwortlich für die Schuldenkrise und damit für eine Verelendung der Bevölkerung in einer Reihe von Ländern der 3. Welt.



Französische Exocet-Rakete, die von den argentinischen Streitkräften im Falkland-Krieg benutzt wurde.

4. UNGERECHTE HANDELSBEZIEHUNGEN

Sicherheitspolitik hat den Anspruch, Frieden zu erhalten. Wer jedoch Frieden nur als Abwesenheit von militärischen Konflikten definiert, macht es sich zu leicht. Die Tatsache, daß jährlich in der Dritten Welt über 40.000.000 Menschen an Hunger sterben, und daß ihr Tod viel mit ungleichen Wirtschaftsbeziehungen zwischen uns und der Dritten Welt zu tun hat, wird von manchen schon als der größte Krieg in der Menschheitsgeschichte bezeichnet. Doch selbst wer derartigen Thesen nicht zustimmt, muß erkennen, daß in den ungerechten Beziehungen zwischen „Vermögenden“ und „Habenichtsen“ genügend Zündstoff für zukünftige militärische Konflikte enthalten ist. Eine Sicherheitspolitik, der es mit dem Frieden ernst ist, wird sich um die Überwindung dieser Ungerechtigkeiten bemühen müssen.

An die verschiedenen Sicherheitskonzepte sind also folgende Fragen zu stellen:

Ist die Aufteilung der Welt in verschiedene Militärblöcke

- Teil des Konzeptes ?
- geduldetes Übel, das aber nicht weiter interessiert ?
- ein Grundübel, das es zu überwinden gilt ?

Wird das Streben nach Weltherrschaft

- als zentrales Motiv der internationalen Politik verstanden, das zum eigenen Vorteil entschieden werden muß ?
- im eigenen Staat abgelehnt, bei anderen aber toleriert ?
- international abgelehnt, und deshalb überall auf politischem Wege bekämpft ?

Wird die weltweite Rüstungsproduktion

- als wichtiger Motor der Wirtschaft verstanden, der technisches Wissen und Arbeitsplätze schafft und deshalb besonders zu fördern ist?
- als notwendiges Übel angesehen, um die benötigten eigenen Waffen zu produzieren, und deshalb geduldet ?
- generell abgelehnt und für das eigene Konzept auch nicht benötigt?

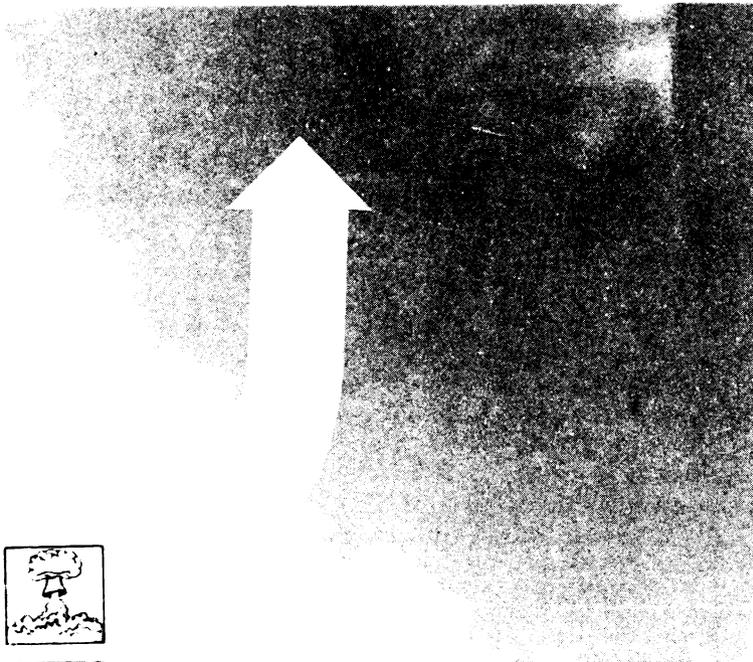
Werden die ungerechten Weltwirtschaftsbeziehungen

- als Notwendigkeit angesehen, um weiter an billige Rohstoffe, z.B. für die eigene Waffenproduktion, zu gelangen ?
- ignoriert, solange nur vor der eigenen Haustür Frieden herrscht ?
- als Konflikt angesehen, dessen Überwindung eine dringliche Aufgabe der eigenen Sicherheitspolitik darstellt ?



Was kostet die Sicherheit?

Rüstungskosten



Atomare Abschreckung

Zum System der gegenseitigen atomaren Abschreckung gehört das Wettrüsten. Das hat zur Folge: Die Rüstungskosten steigen immer schneller.



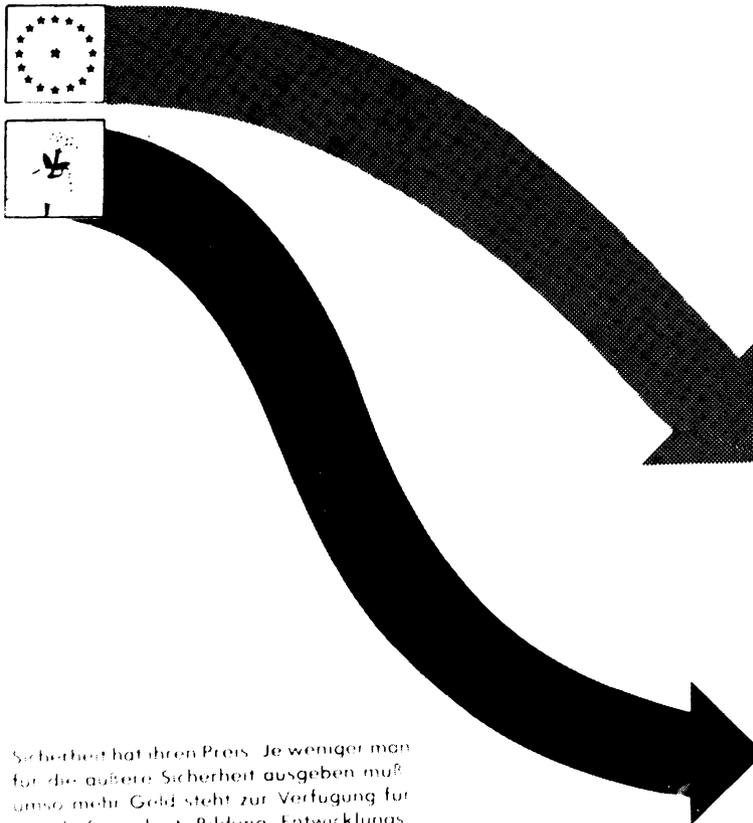
Verteidigung ohne Angriffsfähigkeit

Der Unterhalt und vor allem die Ausrüstung der Technokommandos kosten sehr viel Geld. Da die Umrüstung auf Technokommandos jedoch einen Ausstieg aus dem Wettrüsten bedeutet, ist nicht mit einer ständigen Steigerung der Rüstungskosten zu rechnen.



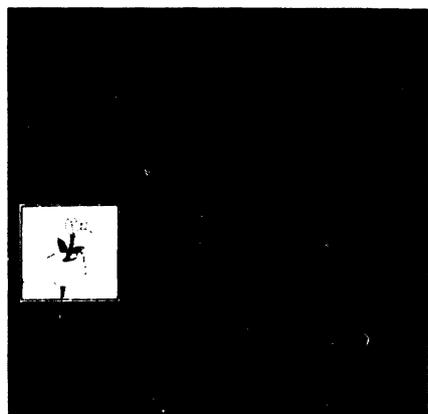
Kollektive Sicherheit und Abrüstung

Das Konzept von gemeinsamer Sicherheit und Abrüstung wird mit der Zeit immer billiger. Die Kosten für Diplomatie steigen zwar, aber die Rüstungskosten sinken je weiter der Abrüstungsprozeß voran kommt.



Sicherheit hat ihren Preis. Je weniger man für die äußere Sicherheit ausgeben muß, umso mehr Geld steht zur Verfügung für soziale Sicherheit, Bildung, Entwicklungshilfe.

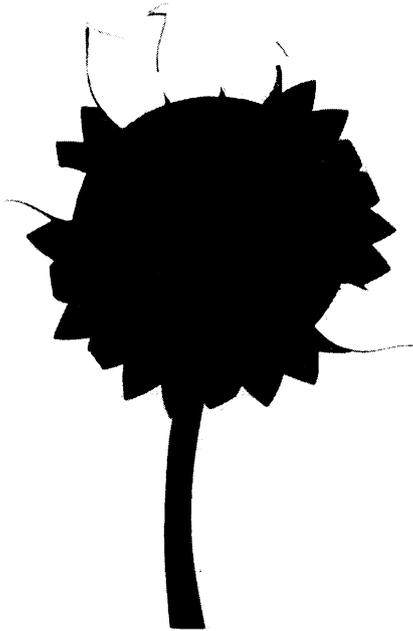
Zeitablauf



Krieg gegen die Umwelt

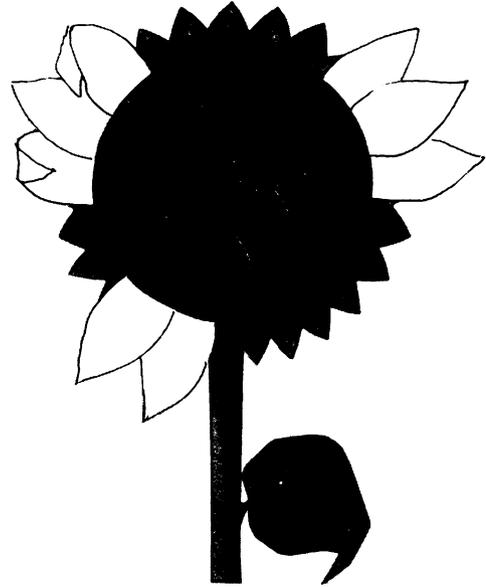
Die Verteidigungsplanung bringt Umweltbelastungen mit sich. V.a. militärisches Großgerät verbraucht Rohstoffe. Manöver schädigen die Landwirtschaft. Diese „Umweltkosten“ sind bei den einzelnen Konzepten unterschiedlich hoch.

Atomare Abschreckung



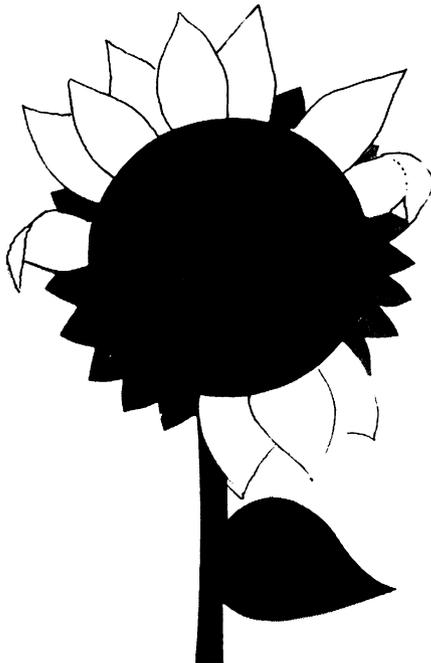
Alle Waffensysteme benötigen bei der Herstellung und im Gebrauch viele Rohstoffe. Kasernen, Munitionsdepots und Übungsplätze nehmen Flächen in Anspruch. Bei Manövern entstehen Sachschäden. Dazu kommt die Lärmbelastigung der Bevölkerung in der Nähe von Flug- und Schießübungsplätzen.

Verteidigung ohne Angriffsfähigkeit

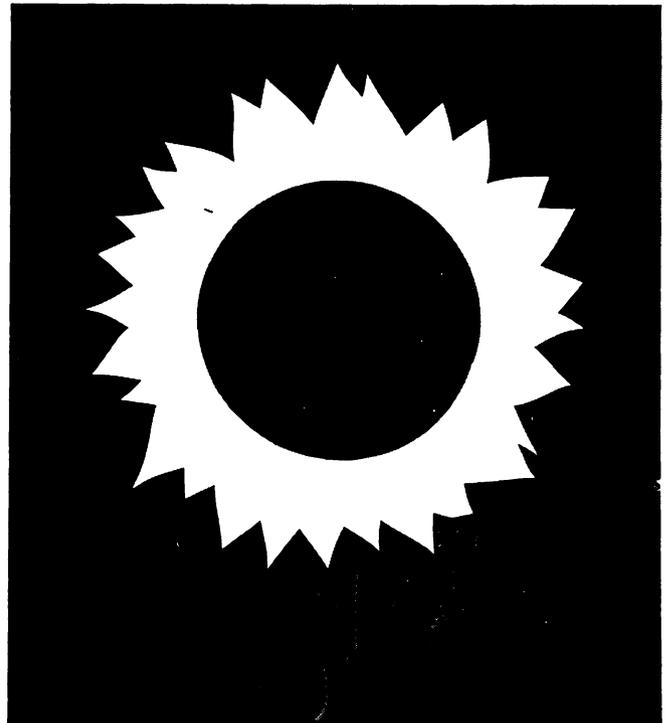


Für Unterstände, Versorgungseinrichtungen, die Vorbereitung von Panzersperren etc. werden viele kleine Flächen benötigt. Der Verbrauch von Rohstoffen und die Lärmbelastigung sind geringer als heute.

Kollektive Sicherheit und Abrüstung



Die Umweltbelastungen durch die Rüstung werden immer geringer, je mehr abgerüstet wird. Das Militär soll zur nicht-angriffsfähigen Armee umgerüstet werden. Der Rohstoff- und Landverbrauch sinkt.



Die SV bringt keine nennenswerten Umweltbelastungen mit sich.

Was sagt denn der Osten dazu?

(nach Stephan Tiedtke, Abschreckung und ihre Alternativen. Die sowjetische Sicht einer westlichen Debatte, 1986, Kapitel 5 und 6)

Bisher gibt es von sowjetischer Seite kaum Kommentare zu den alternativen Verteidigungskonzepten. Dies liegt vermutlich daran, daß man sich dort noch keine abschließende Meinung darüber gebildet hat - schließlich ist es in Osteuropa nicht üblich, in der Öffentlichkeit kontrovers über Sicherheitspolitik zu diskutieren. Da der militärische Ost-West-Konflikt in Osteuropa stärker als bei uns nach politischen Kriterien beurteilt wird, ist durchaus anzunehmen, daß die dortigen Machthaber vor allem Schwierigkeiten mit der Einschätzung der politischen Folgewirkungen der westlichen Alternativkonzepte haben.

So ist es nicht verwunderlich, daß konkrete Fragen nach einer Einschätzung der Alternativkonzepte meist ausweichend beantwortet werden: Z.B. äußerte sich der sowjetische Militärexperte Milstejn zum Konzept der militärischen Verteidigung ohne Angriffsfähigkeit, die Sowjetunion sei zwar grundsätzlich für die Beschränkung auf rein defensive Waffen, dies sei jedoch bei der gegenwärtigen Blockkonfrontation unrealistisch. Zunächst müßten die Blöcke aufgelöst werden, dann könne man über die Vorschläge dieses Konzeptes nachdenken.

Ein weiteres Problem für die Beurteilung der Alternativkonzepte in der Sowjetunion besteht darin, daß all diese Konzepte das Scheitern der Rüs-

stungskontrollpolitik betonen und deshalb auf einseitige Schritte setzen. Dies widerspricht jedoch der offiziellen sowjetischen Doktrin, daß Erfolge in der Entspannungspolitik nur auf zwischenstaatlicher Ebene im Rahmen von Rüstungskontrollverhandlungen erzielt werden.

Grundlegendere Einschätzungen der politischen Konsequenzen der Alternativkonzepte gibt es hingegen in der Sowjetunion bisher nicht. Dies liegt nicht zuletzt auch daran, daß sich die Vertreter dieser Konzepte bisher um Aussagen zu diesem Punkt weitgehend herumgedrückt haben.

Alternative Sicherheit auch im Osten?

Wäre es denn denkbar, daß ein westliches defensives Verteidigungskonzept dazu führt, daß auch die WVO-Staaten ihre Militärstrategie auf defensive Verteidigung umstellen? Da uns die osteuropäische Seite nicht sagt, was sie von den im Westen diskutierten alternativen Verteidigungskonzepten hält, und erst recht nicht, wie sie auf eine entsprechende Veränderung in der Verteidigungspolitik des Westens reagieren würde, müssen wir uns zunächst einmal fragen, durch welche westlichen Vorleistungen die WVO von ihrer offensiven Militärstrategie abzubringen wäre. Zwei Punkte scheinen dabei von besonderer Bedeutung: Einerseits müßten alle westlichen Staaten (einschließlich den USA) eindeutig erklären, daß sie auf den Einsatz von Atomwaffen in Europa verzichten wollen (was ja eigentlich auch nur im deutschen Interesse sein

kann). Andererseits muß jedoch auch die Möglichkeit ausgeschlossen sein, daß westliche Militärapparate in Osteuropa eingreifen können.

Beim Konzept der militärischen Verteidigung ohne Angriffsfähigkeit ist ein begrenzter Atomkrieg in Mitteleuropa nicht sehr wahrscheinlich. Es besteht kaum die Gefahr, daß ein solcher Krieg mit den in diesem Konzept zur Verhinderung von nuklearen Erpressungsversuchen vorgesehenen Atomwaffen geführt werden könnte. Schwieriger ist die zweite Forderung zu erfüllen, nämlich daß ein militärisches Eingreifen des Westens in Osteuropa ausgeschlossen sein sollte. Schließlich kann auch die defensivste Waffe, wenn sie nur beweglich ist, zur Einmischung in innere Konflikte der Gegenseite mißbraucht werden. Entscheidend ist also, wie beweglich die vorgesehenen

Waffen und die Streitkräfte sind. Das Konzept der militärischen Verteidigung ohne Angriffsfähigkeit scheint geeignet, der Gegenseite derartige Ängste zu nehmen. Selbst die in diesem Konzept vorgesehenen Raketen-systeme dürften kaum als Bedrohung angesehen werden, da sie mit ihrer geringen Reichweite nur maximal 60 km in das Gebiet der WVO-Staaten hineinreichen könnten. Unter diesen Umständen scheint es daher durchaus möglich, daß die WVO-Staaten durch die Einführung dieses defensiven Verteidigungskonzeptes im Westen von ihrer eigenen offensiven Militärstrategie in Europa abgebracht werden könnten. Sicher ist das natürlich nicht: Schließlich ist es ja möglich, daß ganz andere als die genannten Faktoren die Abkehr des Ostens von dieser Strategie verhindern.

Können unsere Alternativkonzepte den inneren Frieden im Osten stören?

Bei den herrschenden Bürokraten der WVO-Staaten dürften derartige Veränderungen in unserer Verteidigungspolitik kaum auf ungeteilte Zustimmung stoßen. Sicherlich, die Bedrohung ihrer Herrschaft von außen würde abnehmen und die extrem hohen Ausgaben für die Rüstung könn-

ten vermindert werden. Andererseits sind jedoch entscheidende gesellschafts- und bündnispolitische Folgen im eigenen System zu befürchten.

Die zwischenstaatlichen Beziehungen in Osteuropa, vor allem zwischen der UdSSR und den kleineren

WVO-Staaten, werden heute eher durch militärische als durch wirtschaftliche Interessen strukturiert. Um das osteuropäische Staatensystem zusammenzuhalten und politische Unabhängigkeitsbestrebungen zu unterbinden, wurde in der Nachkriegsgeschichte bereits öfters militä-

rische Gewalt angewendet. Daran wird sich zwar von heute auf morgen nichts ändern; Veränderungen in der Sicherheitspolitik des Westens hätten jedoch sicher auch Auswirkungen auf die militärpolitischen Beziehungen der WVO-Staaten und damit langfristig auch auf die gesamte Bündnispolitik. Wenn der Westen auf die Androhung des Ersteinsatzes von Atomwaffen verzichtet, verliert die nukleare Abschreckung in der Sicherheitspolitik an Bedeutung. Damit nimmt jedoch auch die sicherheitspolitische Abhängigkeit der WVO-Staaten, die über keine Kernwaffen verfügen, von der nuklearen Supermacht UdSSR ab (ähnliches gilt im übrigen in analoger Weise auch für die NATO) - zumindest der militärpolitische Spielraum der kleineren WVO-Staaten wächst. Dann wird von entscheidender Bedeutung sein, welche Aufgaben die UdSSR in der konventionellen Verteidigungsplanung der WVO übernimmt. Dies wird wiederum davon abhängen, welche Rolle die ausländischen, v.a. die amerikanischen Truppen im westlichen Defensivkonzept spielen. Jahrelang wurde in Osteuropa betont, daß eine erhebliche Reduzierung der ausländischen Truppen in Westeuropa eine vergleichbare Reduzierung sowjetischer Truppen in Osteuropa nach sich ziehen würde. Durch einen solchen Truppenabzug würde die sicherheitspolitische, aber auch die gesamtpolitische Selbständigkeit der kleineren Staaten gegenüber den Supermächten weiter gestärkt.

Fällt die militärische Bedrohung weg, so wird auch die repressive Herrschaftsausübung in den Staaten



Emblem der unabhängigen Friedensbewegung der DDR

Osteuropas erheblich erschwert. Der Hinweis auf die militärische Bedrohung durch den „imperialistischen Klassenfeind“ erleichterte bisher die Unterdrückung der Opposition im eigenen Lager. So wurden Hinrichtungen im Zuge der „Säuberungen“ in der UdSSR der dreißiger Jahre sehr oft mit dem Vorwurf der Spionage und der Kollaboration mit dem Feind gerechtfertigt. Diese blutigen Methoden der sowjetischen Politik gehören zwar längst der Vergangenheit an; an der Begründung der Unterdrückung von Dissidenten und autonomen Bewegungen hat sich jedoch bis heute wenig geändert. Auch für die Erzeugung gesellschaftlich konformen Verhaltens in der Be-

völkerung mußte die Bedrohung durch den Westen bisher erhalten: Nach wie vor wird - ähnlich wie bei uns - versucht, die Zustimmung zum System auch über den Militärapparat bzw. den Wehrdienst herzustellen. In der Wehrerziehung, wie sie z.B. auch in der DDR praktiziert wird, sollen durch die „Pflege“ von Feindbildern und die Anerkennung von Ängsten die Zustimmung zu den sozialen Verhältnissen (z.B. Konsumverzicht zugunsten der Verteidigung) und der Gehorsam vor der Obrigkeit eingeübt werden. Durch ein eindeutig defensives Verteidigungskonzept des Westens dürfte in Osteuropa auch der Konflikt zwischen den gesellschaftlichen sozialistischen Wertvorstellungen und der bestehenden offensiven Verteidigungskonzeption deutlich werden. Das Beispiel der Friedensbewegung in der DDR zeigt, in welche Schwierigkeiten die Staatsführung geraten kann, wenn sich auf der Gegenseite eine politische Bewegung anschickt, die militärische Bedrohung zu reduzieren. Um die Friedensbewegung im Westen und die auf ihr beruhenden außenpolitischen Hoffnungen nicht zu schwächen, ließ die DDR der Friedensbewegung im eigenen Land ungewöhnlich viel Spielraum, auch wenn diese der offiziell geltenden Lehre widersprach, daß sozialistische Staaten von Haus aus friedlich sind. Als aber die Niederlage der westlichen Friedensbewegung in der Auseinandersetzung um die „Nachrüstung“ absehbar war, wurde diese Rücksichtnahme aufgegeben und



Eisenhüttenstadt: Schüler beim Handgranatenzielwerfen. Aus: Volksarmee 26/82 S.11

rücksichtslos gegen die Friedensbewegung im eigenen Land vorgegangen. Sollte sich im Westen jedoch tatsächlich ein Wandel in Richtung auf eine defensive Verteidigungspolitik ergeben, so dürfte sich der Druck auf die politische Führungsschicht im Osten vergrößern, nun ihrerseits einen militärischen Strukturwandel einzuleiten. Dies brächte zwar erhebliche gesellschaftspolitische Schwierigkeiten mit sich, doch stünde auf der anderen Seite das Risiko, daß die „Wehrbereitschaft“ in der Bevölkerung zurückginge und die moralische Rechtfertigung der Herrschaft weiter untergraben würde.

Sollte sich also im Westen eine alternative Verteidigungspolitik durchsetzen, die - ohne die eigene Sicherheit zu vernachlässigen - Osteuropa nicht mehr bedroht, würde der Ost-West-Konflikt von der militärischen auf die gesellschaftspolitische Konkurrenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus verlagert. Dies entspräche

zwar dem wichtigsten Grundsatz der Politik der friedlichen Koexistenz, d.h. der Leitlinie der osteuropäischen Politik. Für die Praxis würde dies allerdings bedeuten, daß erhebliche gesellschafts- und bündnispolitische Veränderungen innerhalb der WVO in Gang gesetzt würden, wie das bisher noch keiner westlichen Ostpolitik gelungen ist. Diese Veränderungen müßten die Machthaber in Osteuropa durchaus fürchten, da sie die Aufrechterhaltung ihrer restriktiven Herrschaft in Frage stellen könnten. Gewaltsame Auseinandersetzungen innerhalb der WVO-Staaten sind in diesem Fall durchaus zu befürchten. Wenn jedoch die westlichen Staaten auf ein militärisches Eingreifen in Osteuropa von vornherein verzichten, vermindert sich die Gefahr, daß solche Auseinandersetzungen zu einem Ost-West-Krieg überleiten.

Schließlich ist es auch durchaus möglich, daß Osteuropa auf eine Politik westlicher Nichtbedrohung mit einer verschärften Abgrenzung zum We-

sten reagiert. In diesem Fall würden sich die politischen Beziehungen zwischen Ost und West - zumindest vorübergehend - verschlechtern.

Wenn diese Überlegungen zu den gesellschaftlichen und bündnispolitischen Auswirkungen der Alternativenkonzepte auf die WVO-Staaten richtig sind, dann werden die osteuropäischen Machthaber mit einiger Besorgnis Veränderungen im Westen in dieser Richtung entgegensehen. Es ist jedenfalls kaum zu erwarten, daß sie den westlichen Diskussions- und Entscheidungsprozess im Sinne der alternativen Verteidigungskonzepte unterstützen werden.

Damit ist jedoch das bei uns gängige Vorurteil widerlegt, diese Diskussion werde „von Moskau geschürt“. Im Gegenteil: Eine Durchsetzung alternativer Verteidigungskonzepte im Westen könnte gerade die gesellschaftspolitischen Veränderungen in Osteuropa auslösen, die sich die alten Haudegen der Abschreckungsstrategie schon immer wünschen.

Atomare Abschreckung **A**

Der Feind ist die Warschauer-Vertrags-Organisation, insbesondere deren Führungsmacht Sowjetunion. Ihr werden Aggressivität und Streben nach Überlegenheit und Weltherrschaft unterstellt. Man rechnet mit denkbar schlimmsten Absichten.

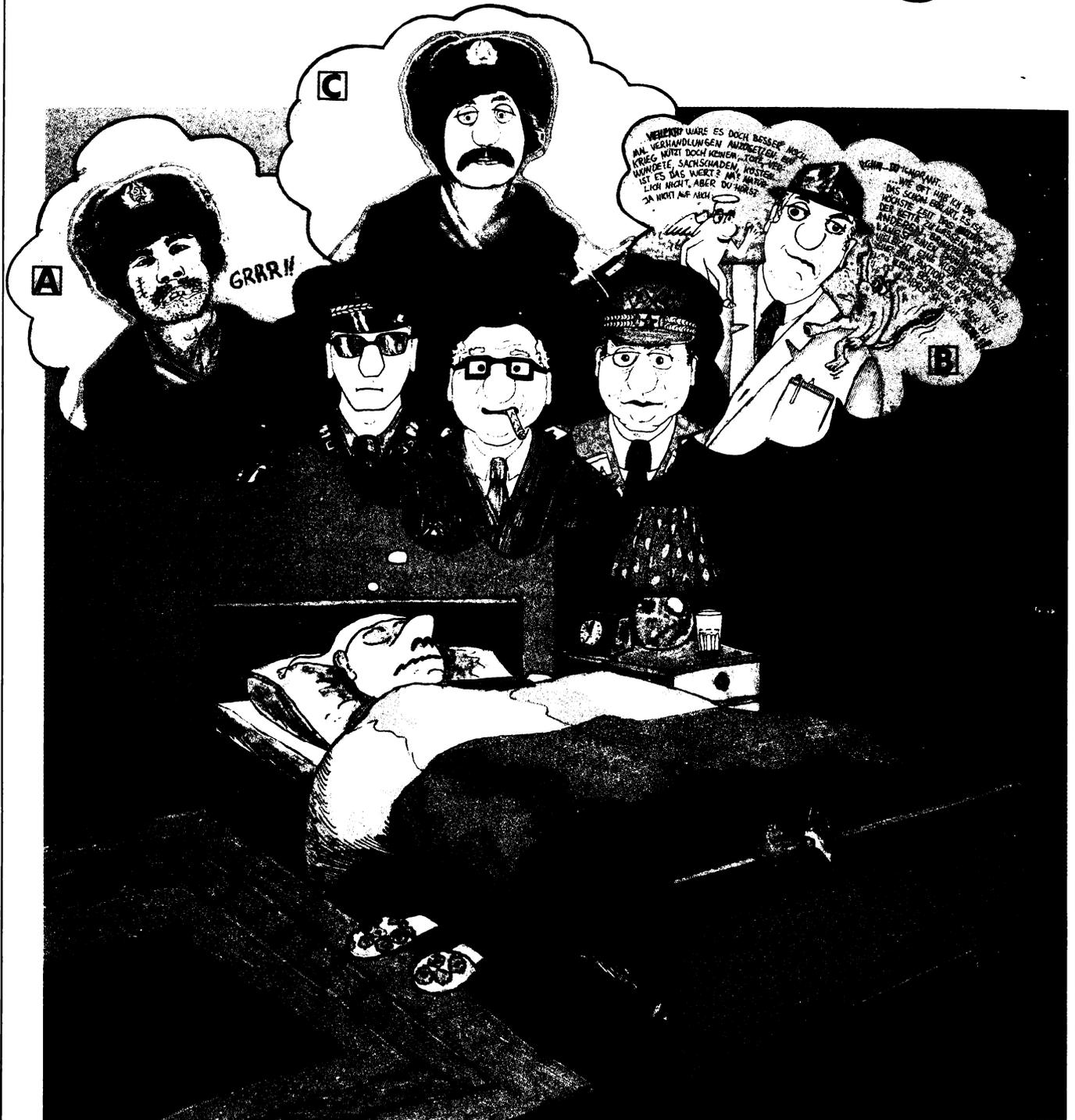
Die atomare Abschreckung braucht so ein äußerst bedrohliches Feind-

bild, um die Hochrüstung und die hohen Rüstungsausgaben zu rechtfertigen.

Kollektive Sicherheit und Abrüstung **B**

Der Feind ist ebenfalls die Warschauer-Vertrags-Organisation. Sie wird als möglicherweise aggressiv, jedoch prinzipiell vernünftig eingeschätzt. Das Konzept der Verteidi-

Bilder der Bedrohung



gung ohne Angriffsfähigkeit wäre darauf angewiesen, daß sich die Bevölkerung zwar vom Osten bedroht fühlt, aber die Sowjetunion „nur“ als Gegner, nicht als absolut bösen Feind betrachtet.

Verteidigung ohne Angriffsfähigkeit C

Auch im System gemeinsamer Si-

cherheit sind die Gegner zunächst die Staaten der Warschauer-Vertrags-Organisation. Sie werden jedoch als Partner im Streben nach Sicherheit betrachtet. Im Laufe der angestrebten Entwicklung „verwandeln“ sie sich zunehmend vom militärischen Gegner zum politischen Vertragspartner. Mit ihm wird es Konflikte geben, aber die lassen sich in Verhandlungen friedlich beilegen. Eine militärische Bedrohung wird zwar weiterhin als möglich gesehen, aber deren Herkunft ist unbestimmt.

Soziale Verteidigung D

Die Soziale Verteidigung geht von verschiedenen Bedrohungen aus: Die Feinde sind entweder die ehemaligen Bündnispartner oder die Staaten der Warschauer-Vertrags-Organisation oder die innenpolitischen Gegner der Entmilitarisierung. Diese Feinde gelten zwar als bedrohlich, aber auch als lernfähig und durch Argumente beeinflussbar.

Entspannung und /oder/ trotz Verteidigung

Wer nach der bestmöglichen sicherheitspolitischen Konzeption für die Bundesrepublik sucht, sollte sich nicht nur überlegen, wie die Verteidigungsfähigkeit sichergestellt werden kann. Vielmehr muß er sich auch Gedanken darüber machen, wie Konflikte mit anderen Staaten vermieden, entschärft oder friedlich beigelegt werden können.

Daß Verteidigungsfähigkeit allein noch nicht Sicherheit garantiert, ist seit 1967 offiziell anerkannter Grundsatz der NATO-Politik. Seither gilt die „Zwei-Säulen-Theorie“. Demnach sind „Verteidigung“ und „Entspannung“ die beiden tragenden Säulen der Sicherheit. Ins Bild übersetzt heißt das: Sicherheit ruht auf den beiden Säulen Verteidigung und Entspannung. Dies unterstellt, daß beide Säulen gleichberechtigt und gleich stark sind. In der Praxis sah das jedoch immer anders aus. Eine „ausreichende“ (?) Verteidigungsfähigkeit galt immer als das „Standbein“, die Entspannung als das „Spielbein“ der Sicherheitspolitik. Im Weißbuch 1970 heißt es entsprechend, „daß Sicherheit durch Abschreckung ein wesentliches Element der Friedenssicherung bleibt, Sicher-

heit durch Spannungsabbau jedoch als notwendige Ergänzung hinzutreten muß“.

Für die bisherige Sicherheitspolitik heißt das: Sie muß die „Verteidigungsfähigkeit“ erhalten und verbessern und sie sollte sich um die Verringerung der internationalen Spannungen bemühen. Die Verteidigungsanstrengungen haben jedoch in der Praxis immer Vorrang. Das bedeutet, daß neue Waffen entwickelt, erprobt und beschafft werden, ohne zu berücksichtigen, daß der Gegner sich dadurch stärker bedroht fühlt und die Spannungen sich verschärfen. Die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa und das SDI-Programm sind dafür aktuelle Beispiele.

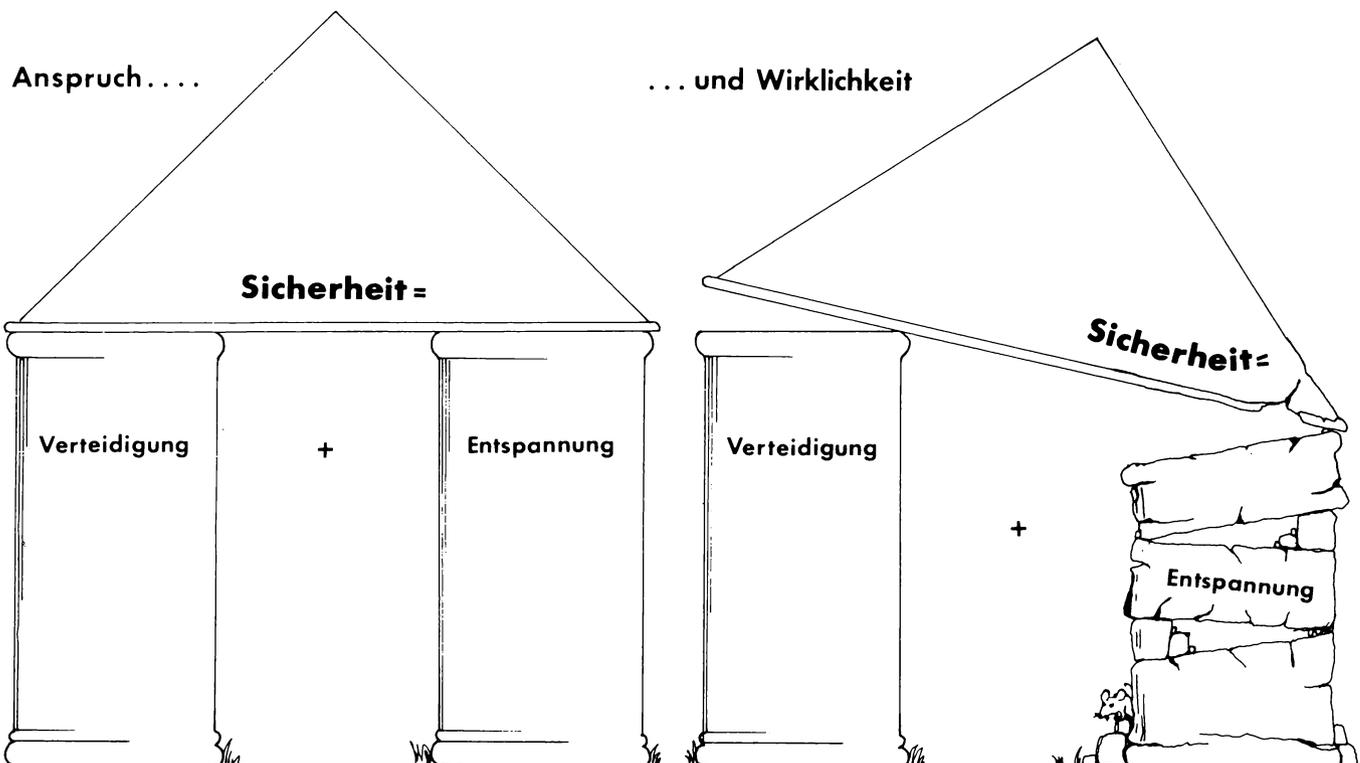
Das heißt, Verteidigungsplanung und Entspannungsbemühungen sind nicht unbedingt zwei parallele Stränge einer Sicherheitspolitik, sondern können sich massiv gegenseitig im Weg stehen. Die Sicherheitspolitik der letzten Jahre hat dieses Dilemma schlicht so gelöst, daß der Entspannungswille beteuert, die „Modernisierung“ der Bewaffnung (sprich: die Aufrüstung) jedoch betrieben wurde.

Im Konzept einer „gemeinsamen Sicherheit“ sind die Prioritäten genau umgedreht: Vorrang haben die Bemühungen, Wege zur politischen Konfliktregelung zu institutionalisieren. Der Prozeß in Richtung auf eine gemeinsame Organisation des Schutzes vor bewaffneten Angriffen darf nicht durch Rüstungsmaßnahmen gestört und in Frage gestellt werden. Rüstungsschritte dürfen also nicht dem Ziel widersprechen, größtmögliche Sicherheit für alle Beteiligten herzustellen.

Im Modell der Verteidigung ohne Angriffsfähigkeit entsteht das Dilemma erst gar nicht, daß politische Entspannungsbemühungen und militärische Verteidigungsplanung sich gegenseitig ausschließen. Da hier die Verteidigung so organisiert ist, daß ein Angriff nicht möglich ist, braucht ein Gegner sich nicht bedroht zu fühlen. Damit sind gute Voraussetzungen geschaffen, gegenseitiges Mißtrauen abzubauen und die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen zu verbessern.

Auch bei der Sozialen Verteidigung stehen die Vorkehrungen zur Verteidigung den gutnachbarlichen Beziehungen nach allen Seiten nicht im Wege.

Friedenssicherung mit politischen Mitteln ist also im Rahmen der Abschreckungsdoktrin am schwierigsten zu verwirklichen.



7.

Zum Ausklang

Erste Schritte

Hier stehe ich nun ich armer Tor... und bin so klug als nie zuvor. So ähnlich ließ Goethe seinen Dr. Faust sagen, und ähnlich fühlt sich wohl so mancher, der das Heft bis hierher durchstudiert hat. Die Einwände gegen die bisherige Verteidigungsplanung leuchten (hoffentlich) ein, aber was nun? Soll man ein System kollektiver Sicherheit anstreben, oder die Umrüstung auf Technokommandos fordern oder die soziale Verteidigung praktizieren? Oder kann man Ideen aus verschiedenen Konzepten miteinander verknüpfen? Wenn ja, welche und wie?

Solche Fragen sind noch offen und müssen in der weiteren sicherheitspolitischen Debatte geklärt werden. Das heißt aber nicht, daß diejenigen, die eine Änderung der gegenwärtigen Sicherheitspolitik für wünschenswert halten, vorläufig noch keine konkreten Forderungen stellen können. Jedes von der atomaren Abschreckung abweichende sicherheitspolitische Konzept baut auf ersten Schritten auf, die eine Abkehr von der bisherigen Politik einleiten.

Alle vorgestellten Konzepte wollen weg von der Kriegsverhütung durch Anhäufung von immer mehr Waffen. Die Vertreter aller Konzepte können daher als ersten Schritt die Forderung nach einem Einfrieren der Zahl der Atomwaffen unterstützen. Diese Forderung hat gerade in den USA unter dem Titel „Freeze“ eine starke politische Unterstützung. Die Verabschiedung einer Freeze-Reso-

lution ist im Kongreß der USA nur knapp gescheitert. Die BRD verfügt zwar nicht über eigene Atomwaffen, aber eine starke politische Unterstützung der Freeze-Forderung bei uns würde auch die Freeze-Bewegung in USA stärken. Ein allgemeines Einfrieren der Zahl der Atomwaffen - zunächst als zweiseitige Vereinbarung zwischen den USA und der Sowjetunion - ist erreichbar, wenn die USA und die NATO-Staaten das wollen. Die Sowjetunion hat im Zusammenhang mit Rüstungskontrollverhandlungen immer wieder ein Moratorium (Aufschub) bei der Aufstellung neuer Atomwaffen vorgeschlagen.

Weiterhin beinhalten alle Konzepte die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in der BRD bzw. in Mitteleuropa. Die soziale Verteidigung erfordert zwar eine vollständige einseitige Abrüstung; aber als Schritt in diese Richtung können auch die Verfechter der sozialen Verteidigung einer atomwaffenfreien Zone zustimmen. Die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone wäre ein zweiter gemeinsamer Schritt.

Hand in Hand mit der Beendigung der Aufrüstung und der Schaffung von atomwaffenfreien Zonen muß das überlieferte Bild vom Feind im Osten abgebaut werden. Auch dies ist allen alternativen Sicherheitskonzepten gemeinsam: Die Sowjetunion ist nicht mehr „das Reich des Bösen“ (wie Ronald Reagan meint), sondern

entweder Partner bei der Aufgabe, Sicherheit zu organisieren, oder potentieller Gegner, der aber vernünftig und einsichtig handelt. Ein Gegner, der auch militärische Machtpolitik betreibt, ist aber kein Feind, dem alle negativen Eigenschaften zugeordnet werden, wie Grausamkeit, Hinterlistigkeit, Brutalität, Aggressivität usw. Beruhte die Abschreckungspolitik zu einem guten Teil auf irrationalen Ängsten vor „den Russen“, „dem Kommunismus“ oder „den Sowjets“, so erfordern alle Alternativen eine Sicht des Gegners, die auf realistischen Informationen über seine Absichten und Fähigkeiten beruht. Der Abbau des Feindbildes ist eine gemeinsame Voraussetzung für alle alternativen Konzepte und daher gemeinsame politische Aufgabe.

Vertrauensbildung zwischen Ost und West ist Voraussetzung wie Folge atomarer Abrüstung und dürfte daher auch gemeinsames Anliegen aller Alternativen sein. Vertrauensbildung ist nicht nur Sache der Außenpolitik der Regierungen. Über vertrauensbildende Maßnahmen wird auf den Nachfolgekonferenzen der KSZE verhandelt (Manöverankündigung, Manöverbeobachter); sie beginnen aber schon bei Informations- und Begegnungsreisen und Städtepartnerschaften. Alle aufgeführten ersten Schritte würden die Voraussetzungen für weitere Abrüstungsschritte verbessern.

Doch wie lassen sich diese Schritte politisch durchsetzen?

Wir werden keine Ruhe geben

„Aber machen kann man ja doch nichts.“ So oder ähnlich schallt es einem oft entgegen, wenn man sich gerade den Mund fusselig geredet hat über den Wahnsinn des Wettrüstens, über das schreiende Unrecht gegenüber der Dritten Welt, über den Irrsinn der Umweltverschmutzung, oder was einem sonst gerade auf der Leber liegt.

Die meisten, die diesen Fatalismus propagieren, haben noch niemals in einer politischen Basisgruppe oder Bürgerinitiative mitgearbeitet. Ihr Leben verläuft in ruhigen, geregelten Bahnen, und sie lassen sich nicht gerne aus ihrer Ruhe bringen. Das ist verständlich. Mancher Aktivist wünscht sich manchmal, auch bei ihm gingen Nachrichten, z.B. über Rüstungsexporte nach Südafrika, zu einem Ohr rein und gleich beim anderen Ohr wieder raus, und es würde ihm nicht alles so arg nahe gehen. Aber es ist zu fragen: Wie kann man nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus noch guten Gewissens politisch völlig abstinent sein? Und außerdem: Glücklicher und erfüllter ist das Leben wohl auch nicht, wenn einen lediglich die Sorge um das repräsentativste Urlaubsziel aus dem Rhythmus bringt.

Andere bezweifeln zwar nicht prinzipiell den Sinn politischen Engagements, aber sie erläutern wortreich, daß gerade die Sache, für die man sie gewinnen möchte, so nicht geht oder für sie nicht in Frage kommt. Auch diese Leute haben bisher nicht viel Zeit und Nerven in politische Basisarbeit gesteckt - aber sie haben das „richtige“ Bewußtsein und sind stolz darauf. Vielleicht gehen sie alle heiligen Zeiten mal auf eine Demo, aber ansonsten begnügen sie sich damit, im Kreise gleichgesinnter Freunde linken Liedern zu lauschen und kritische Diskussionen zu führen - z.B. darüber, was „die Friedensbewegung“ alles falsch gemacht hat oder ganz anders hätte machen müssen. Sie selber allerdings machen nichts - nach dem Motto: Wer nichts macht, kann auch nichts falsch machen. Sie haben ihre Theorien



darüber, wie politische Veränderungen zustande kommen, aber sie tun nichts dazu. Ihre politische Untätigkeit wissen sie mit intellektueller Spitzfindigkeit jederzeit zu rechtfertigen. Mit solchen Leuten kann es endlose Diskussionen darüber geben, ob z.B. die Sozialgesetzgebung und die Durchsetzung des 8-Stundentages ein Erfolg der Arbeiterbewegung war, oder ob nicht dadurch die befreiende Revolution verhindert wurde.

Manche Leute schließlich winken ab, wenn's um politisches Engagement geht, weil sie resigniert sind. Vielleicht haben sie z.B. Unterschriften gesammelt für den Krefelder Appell, haben die gesamte Bekanntschaft und Verwandtschaft agitiert, damit sie mit zur Menschenkette fahren, haben Kasernen blockiert und deshalb Gerichtsverfahren am Hals... und mußten feststellen, daß die Regierenden sich bei der Polizei für den gewaltfreien Verlauf der Herbstaktionen bedankten - und ungerührt die neuen Atomraketen stationierten.

Aber dennoch: Diese Friedensbewegung war nicht erfolglos! Lange Jahre hatte in Sachen Sicherheitspolitik eine große Koalition über alle Parteien hinweg geherrscht. Beschlüsse über die Anschaffung neuer Waffen-

systeme waren nahezu diskussionsfrei über die parlamentarische Bühne gegangen. Diese Zeiten sind nun vorbei. Die Bevölkerung weiß, daß sie mit Atomwaffen verteidigt werden soll und stimmt dem nicht mehr klaglos zu. Mit den Grünen ist eine ausgesprochen rüstungsunwillige Partei im Parlament. Und auch innerhalb der SPD hat sich ein atomwaffenkritischer Meinungsumschwung vollzogen. Schließlich sind auch Friedensbewegte, v.a. wenn es derer viele gibt, umworbene Wähler! Es wird die Aufgabe der Basis und der Wähler sein, den Willen zu sicherheitspolitischen Änderungen wach zu halten, egal welche Parteien die Regierung bilden.

Auch in anderen Bereichen hat sich gezeigt, daß sog. „soziale Bewegungen“ die Politik beeinflussen können. Dank der Frauenbewegung bessert sich allmählich die soziale und politische Stellung der Frauen. Die Ökologiebewegung hat nach und nach ein anderes Umweltbewußtsein durchgesetzt. Zwar sind Frauen in vielen Bereichen immer noch benachteiligt, und es werden immer noch Umweltsünden begangen, daß es zum Himmel stinkt, aber es ist etwas in Bewegung gekommen, und zwar nicht auf Geheiß von oben, sondern durch Druck von unten.

„Wir werden nicht Ruhe geben, solange der Atomtod unser Volk bedroht“, so hieß es im Aufruf „Kampf dem Atomtod“ vom 10.3.1958, der sich gegen eine deutsche Beteiligung am atomaren Wettrüsten wandte. Heinrich Böll, Erich Kästner und Gustav Heinemann gehörten damals zu den Unterzeichnern dieses Aufrufs. Und man gab keine Ruhe: Immer wieder flammte die Friedensbewegung auf, zuletzt und besonders heftig Anfang der 80er Jahre. Diese sog. „neue Friedensbewegung“ konnte auf die Erfahrungen und die Tradition z.B. der Kampagne „Kampf dem Atomtod“ und der Ostermärsche aufbauen, und sie arbeitet in vielen Initiativen, Gruppen und Organisationen weiter. In Seminaren und Gruppenabenden werden Informationen erworben und an Bekannte weitergegeben. Die Bildung und Begründung einer eigenen kritischen Meinung ist Voraussetzung für die Auseinandersetzung mit der herrschenden (Un-)Sicherheitspolitik. In einer Vielzahl von Informationsveranstaltungen wird ein Gegengewicht zur „offiziellen“ Sicherheitspolitik hergestellt. Demonstrationen und andere Aktionen werden vorbereitet und durchgeführt, um eine bestimmte Rüstungsmaßnahme zu verhindern, Betroffenheit aufzuzeigen und



die Massenmedien zu veranlassen, über Ziele und Forderungen der Friedensbewegung zu berichten. Politiker, die gewählt werden wollen, werden mit den Forderungen nach Ab- und Umrüstung konfrontiert...

Es gibt viele Möglichkeiten, Druck auf die Repräsentanten des Staates auszuüben und die Bildung des politischen Willens zu beeinflussen. Teile

der Friedensbewegung halten auch gewaltfreie Aktionen des zivilen Ungehorsams (z.B. Sitzblockaden) für gerechtfertigt, um vor der atomaren Bedrohung zu warnen.

Auch die Möglichkeiten der Mitarbeit in der Friedensbewegung sind vielfältig: Es gibt Friedensinitiativen in Betrieben, Kirchengemeinden, Gewerkschaften, Stadtteilen und Gemeinden, es gibt berufsbezogene Friedensinitiativen und bundesweit tätige Organisationen, die tagtäglich für den Frieden arbeiten.

Die Friedensbewegung ist nicht zentral organisiert und verfügt nicht über ein einheitliches und langfristiges Konzept.

Es gibt aber eine Reihe von gemeinsamen Forderungen: Abbau der Pershing II und Marschflugkörper, Einfrieren der Zahl der Atomwaffen, keine Aufrüstung im Weltraum und keine bundesdeutsche Beteiligung an SDI, Einfrieren des Rüstungshaushalts und Beseitigung der Massenvernichtungswaffen (atomare und chemische) in Mitteleuropa.

Die Arbeit der Friedensbewegung ist mühsam, man eckt deswegen immer wieder an, und selten zeigt sich der Erfolg unmittelbar. Politische Strukturen sind zäh, sie ändern sich nur langsam - und nur, wenn wir keine Ruhe geben!

GEGEN DIE ATOMARE BEDROHUNG GEMEINSAM VORGEHEN!

FÜR ABRÜSTUNG UND ENTSPANNUNG IN EUROPA!



Ketzerische Schlußgedanken

Was heißt hier Sicherheit?

Es war in diesem unseren Heft ständig von Sicherheit die Rede. Unklar blieb dabei - wie immer, wenn es um Sicherheitspolitik geht: Wessen Sicherheit ist eigentlich gemeint? Des Bürgers Sicherheit? Des Arbeiters Sicherheit? Des Unternehmers Sicherheit? Die Sicherheit der Frauen und Kinder? Im ersten und zweiten Weltkrieg gaukelte man den Soldaten vor, sie würden das Leben ihrer Frauen und Kinder beschützen. Doch während die Soldaten hunderte von Kilometern von der Heimat entfernt ihren Kopf für deutsche Großmachtsträume hinhielten, litten die Frauen und Kinder daheim bitterste Not bzw. wurden bombardiert. Nein, damals diente das Militär nicht der Sicherheit des einzelnen Bürgers, im Gegenteil: dessen Leben wurde aufs Spiel gesetzt.

Nun kann man sich ja auf den Standpunkt stellen, daß das Leben des einzelnen Bürgers dann sicher ist, wenn der Staat sicher ist. Doch so einfach läßt sich „Staatssicherheit“ nicht mit individueller Sicherheit gleichsetzen. Für den einzelnen Bürger ist z.B. die soziale Sicherheit sehr wichtig. Die finanziellen Voraussetzungen für soziale Sicherheit aber konkurrieren mit den Ausgaben für die äußere Sicherheit des Staates um begrenzte Haushaltsmittel. Was ist dann wichtiger?

Und dann gibt es da noch die innere Sicherheit! Ist das die Sicherheit des

Staates vor seinen Bürgern? Wobei Sicherheit in diesem Fall Ruhe bedeutet?

In diesem Zusammenhang taucht auch die Frage auf: Die totale Sicherheit - gibt es die überhaupt, und ist sie wünschenswert? Im Alltag erfahren wir doch immer wieder, wie wohlthuend es sein kann, eingefahrene „sichere“ Wege zu verlassen, um der Lebendigkeit und Spontaneität Raum zu geben. Das heißt: Birgt das Streben nach „totaler Sicherheit“ nicht die Gefahr, Veränderungen jeglicher Art auszuschließen - und zu erstarren? Aufs politische Leben übertragen kann das bedeuten: Das Streben nach bestmöglicher Sicherheit verhindert vielleicht notwendige Änderungen und Neuerungen - und schafft gerade dadurch neue Unsicherheiten.

Einmal unabhängig von den anderen bisherigen Fragen - auf die verschiedenen Sicherheitskonzepte bezogen heißt das: Kann man überhaupt ein sicherheitspolitisches Konzept finden, das die vollkommene Sicherheit bringt? Oder muß man nicht ehrlicherweise eingestehen, daß jedes Konzept seine Risiken birgt. Dann wäre die Frage nicht: Welches Konzept ist das sicherste? Sondern: welche Risiken wollen wir tragen - und welche nicht. Eine solche Diskussion zu führen, erfordert viel Mut - eine nicht nur militärische Tugend, die wir möglichst vielen Politikern und Staatsbürgern wünschen.



Es war einmal...

Es war einmal...

eine Idee: Man müßte mal aufzeigen, wie die Propaganda für Krieg und Militär funktioniert und wie Feindbilder aufgebaut werden. Diese Idee geisterte Anfang der 70er Jahre in den Köpfen von vier künstlerisch angehauchten Kriegsdienstverweigerern rum. Sie sammelten propagandistisches und realistisches Bildmaterial aus den letzten 70 Jahren und - was noch viel schwieriger war - Geld und produzierten damit die Ausstellung "Es ist so schön, Soldat zu sein..."

Um einen ordnungsgemäßen Träger der Ausstellung und Verwalter der Zuschüsse zu haben, wurde ein Verein gegründet: Die Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik. Das war 1974. Mittlerweile ist der Verein als gemeinnützig anerkannt.

Später gesellten sich Pädagogen und Politologen zu den Ur-Mitgliedern, und gemeinsam wurden die Ziele genauer festgelegt:

Ansprüche...

In der Satzung heißt es: "Zweck des Vereins ist die Förderung der Erziehung und Bildung im Bereich der Friedenspädagogik." Das bedeutet: Die AGFP möchte dazu beitragen, daß möglichst viele Menschen lernen, Gewalt und Unfrieden v.a. im politischen Bereich zu überwinden. Der spezielle Beitrag der AGFP zu diesem Lernprozeß sind Medien für die Friedensarbeit, die ansprechend gestaltet und für jedermann verständlich sein sollen. Wir wollen so die vielen Friedensinitiativen und friedensbewegten Mitarbeiter der schulischen und außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung in ihrer friedenspolitischen Bildungsarbeit vor Ort unterstützen.

und die raue Wirklichkeit

Diese Ziele sind schwer zu erfüllen - v.a. bei knapp bemessenen Mitteln. Die Mittel, die da sind, erhält die AGFP zum einen von der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung Diese private Stiftung finanziert einen großen Teil der Geschäftsstelle und gibt Zuschüsse für Projekte.

Ferner hat die AGFP Einnahmen aus dem Verleih und Vertrieb ihrer Medien. Diese Einkünfte decken jedoch bestenfalls die Material-, Verwaltungs- und Organisationskosten. Wir machen also keine Profite. Wollte die AGFP kommerziell, d.h. gewinnorientiert arbeiten, müßte sie entweder die Branche wechseln oder ihre Produkte so teuer verkaufen, daß sich nur sehr wohl situierte Menschen ihre Medien leisten könnten. Die AGFP will aber mehr Menschen erreichen!

Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e.V.



Untere-Weidenstr.12/EG.
D-8000 München 90
☎.....089-6518222
Postgiro-Amt München
Kt.Nr.....234 34-805
BLZ.....700 100 80

Eine weitere Einnahmequelle sind Mitgliedsbeiträge und Spenden. Unser "Friedensarbeiter-Projekt" beispielsweise läuft allein auf Spendenbasis: Eine Reihe von Privatleuten läßt uns monatlich einen bestimmten Betrag zukommen. Damit wird ermöglicht, daß ein friedensbewegter Mensch sein Engagement in die AGFP einbringen und so einen Teil seines Lebensunterhalts verdienen kann. Manchmal bekommt die AGFP auch Mittel aus öffentlicher Hand. Als z.B. die Ausstellung "Schreck laß nach. Abschreckung und andere Utopien" im Münchner Rathaus Premiere hatte, steuerte die Stadt München einen Materialkostenzuschuß bei.

Prinzipiell kann man zum Thema Finanzen sagen: Die AGFP hat immer viel mehr Ideen als Geld zu ihrer Umsetzung. Da die AGFP inhaltlich und gestalterisch gute Medien herstellen will, was nicht am Feierabend und nebenher möglich ist, braucht sie bezahlte Mitarbeiter. Weil sie aber nicht kommerziell arbeitet, d.h. keine Gewinne macht, ist sie auf Zuschüsse und Spenden angewiesen - und die fließen für friedenspädagogische Vermittlungsarbeit nicht gerade üppig. So gehört das Herumärgern mit nicht vorhandener oder schlechter Büroausstattung ebenso zum AGFP-Friedensarbeiter-Alltag wie unbezahlte Überstunden und Einschränkung von Neuproduktionen, Dienstleistungen für wichtige Zielgruppen und anderen eigentlich notwendigen Tätigkeiten.

Sollten Sie lieber friedenspädagogische Arbeit unterstützen als unnötig viele Steuern zu zahlen, die u.a. zur Anschaffung von Rüstungsgütern verwendet werden... wir freuen uns über jede Spende!



Medien

für die
Friedens-
arbeit

Ton-Dia-Serien Arbeitshefte
Ausstellungen
Unterrichtsmaterialien
Medien-Baukasten
Plakate Video Dia-Reihen



Gewalt findet nicht nur als laute und brutale "action" zwischen Menschen statt. Gewalt wirkt auch indirekt durch bestimmte Lebensbedingungen und -umstände; durch Gesetze, Verordnungen und Verbote; durch Werte und Normen.

Broschüre **DM 7.--**
Neubearbeitung 1985, 90 Seiten,
DIN A4, ISBN 3-923 121-10-5



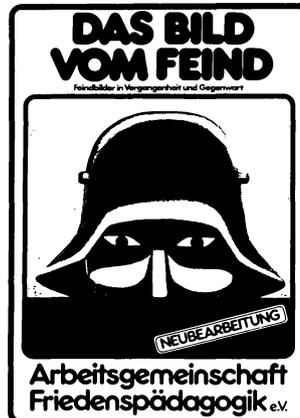
Die Materialmappe enthält Basisinformationen und Schülerarbeitsblätter, "Leseblätter" und didaktische Hinweise.

Materialmappe zur Friedenserziehung
1985, 92 Seiten, DIN A4, **DM 20.--**
ISBN 3-923 121-15-6

Sie nennen es Frieden

Ausstellung
Verleihversion 1: DIN A0 (86x120cm), benötigte lfd. Wandfläche ca. 80m, DM 300.-- Verleihgebühr plus DM 17,50 Versicherungsanteil pro Woche, zusätzlich Kosten für An- und Abtransport der Ausstellung.

Verleihversion 2: DIN A1 (60x85cm), benötigte lfd. Wandfläche ca. 50m, DM 200.-- Verleihgebühr pro Woche, zusätzlich Kosten für An- und Abtransport der Ausstellung.

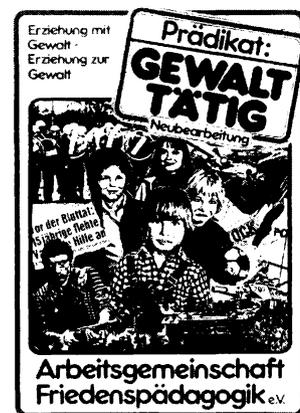


Die **Broschüre** enthält eine kurze Sachanalyse, kopierfähige Abbildungen und Arbeitsblätter sowie didaktische Hinweise

Die **Diaserie** enthält 50 Dias, die zeigen, wie "Feinde" in der Vergangenheit und Gegenwart dargestellt wurden und werden und welche Wirkungen diese Feindbilder haben.

Broschüre **DM 7.--**
Neubearbeitung 1983, 87 Seiten,
DIN A4, ISBN 3-923 121-09-1

Diaserie **DM 124.--**
50 Dias, Begleitmaterial, 1 Broschüre



Das Medienpaket **Prädikat Gewalttätig** soll deutlich machen, daß aggressive und gewalttätige Verhaltensweisen nicht angeboren sind, sondern daß es vielfältiger Lernprozesse und Einflüsse bedarf, ein solches Verhalten zu erzeugen.

Broschüre **DM 8.--**
Neubearbeitung 1985, 110 Seiten,
DIN A4, ISBN 3-923 121-11-3

Tonbildserie **DM 100.--**
35 Dias, 1 Ton-Cassette (10min),
1 Textheft, 1 Broschüre

Diabaukasten **DM 160.--**
100 Dias, didaktisches Begleitmaterial, 1 Broschüre

Medienpaket **DM 240.--**
1 Diabaukasten, 1 Tonbildserie,
1 Broschüre

Hinweis für Besteller

Die AGFP verleiht jede ihrer Dia-Serien für DM 25.-- pro Woche. Zusätzlich muß der Entleiher die Kosten für die Paketsendung tragen.

Ton-Bild-Serien & Diareihen



Einmal Alltag und zurück

Im Gespräch mit seinem Sohn schildert ein Südseehauptling einige Eindrücke von seiner Europareise...

Tonbildserie **DM 150.--**
36 Dias, 1 Ton-Cassette (25min),
didaktisches Begleitmaterial, 1 Broschüre "Alltägliche Gewalt"

Die schimmernde Wehr. Kriegsrealität

Der Diabaukasten **Die Schimmernde Wehr / Kriegsrealität** stellt die ästhetisierenden Darstellungen der Kriegspropaganda den Folgen der Waffenanwendung gegenüber.

Diabaukasten **DM 200.--**
68 Dias, Textkarten zu jedem Dia und Hinweise zur Benutzung

Menschen gegen Panzer

Die Welt hielt den Atem an, als im August 1968 fünf Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR einmarschierten. Doch dann geschah etwas Unerwartetes:

Tonbildserie **DM 165.--**
48 Dias, 1 Ton-Cassette (20min),
1 Regieheft, didaktisches Begleitmaterial

RAKETENABWEHR IM WELTRAUM

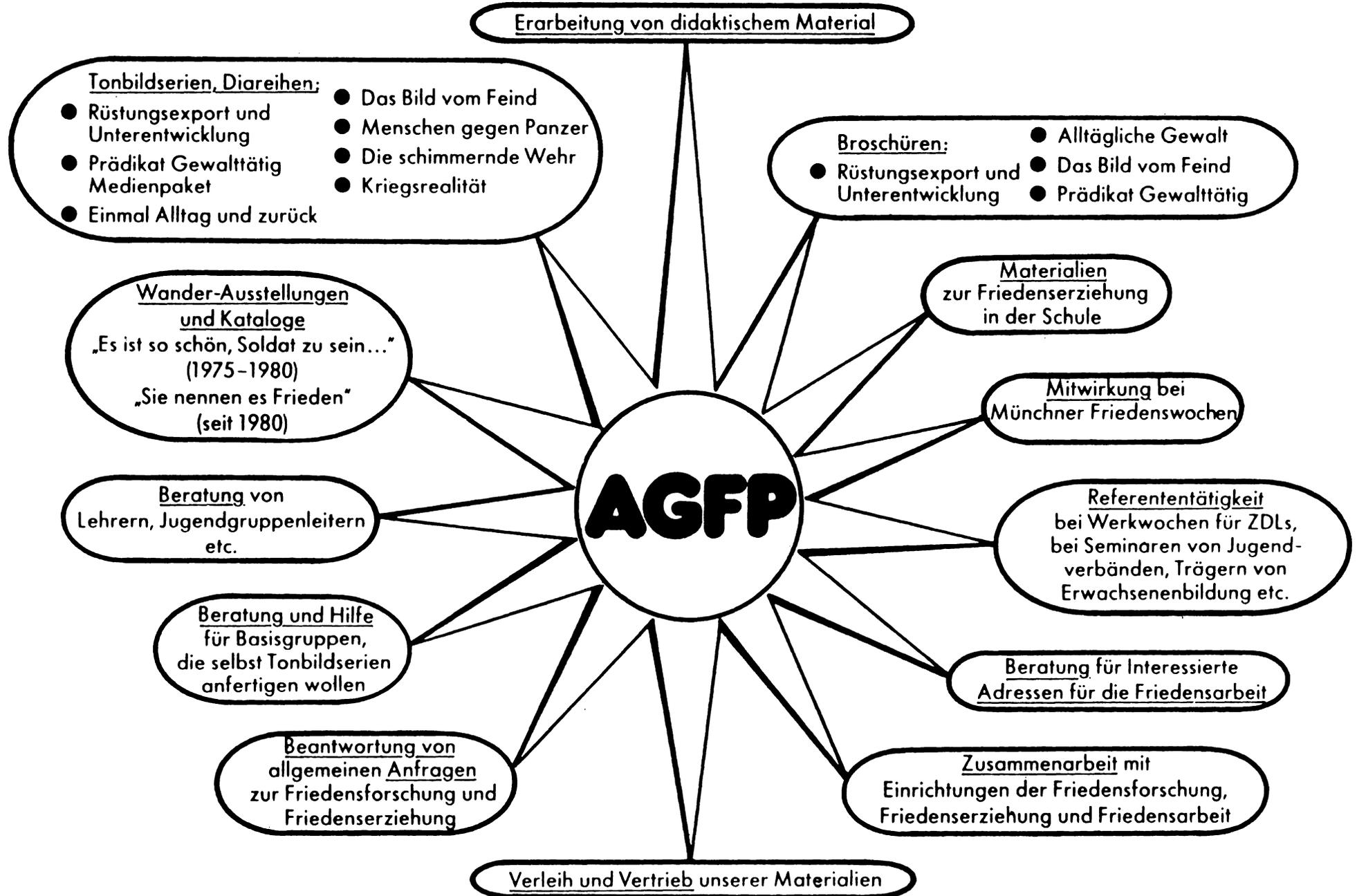
Die wichtigsten Grundinformationen zu SDI, der Strategischen Verteidigungs-Initiative der USA, vermittelt die Tonbildserie **Rakettenabwehr im Weltraum**.

Tonbildserie **DM 150.--**
24 Dias, 1 Ton-Cassette (13min),
1 Regieheft, Begleitmaterial

Videofilm **DM 150.--**
1 Videocassette (13min, VHS), Begleitmaterial

Das **Video** "Rakettenabwehr im Weltraum" wird nicht verliehen.

Arbeitsbereiche der AGFP



Gesucht: Fördermitglieder

Wie sich die Zukunft der AGFP gestaltet, hängt nicht zuletzt davon ab, wieviele Fördermitglieder sie gewinnen kann. Eine finanzielle Unterstützung, mit der die AGFP fest rechnen kann, gibt unserer Arbeit Auftrieb und ermöglicht kontinuierliches, unabhängiges Arbeiten auch in schwierigen Zeiten.

ICH MÖCHTE
GERNE
FÖRDERMITGLIED
DER AGFP WERDEN

Name: _____

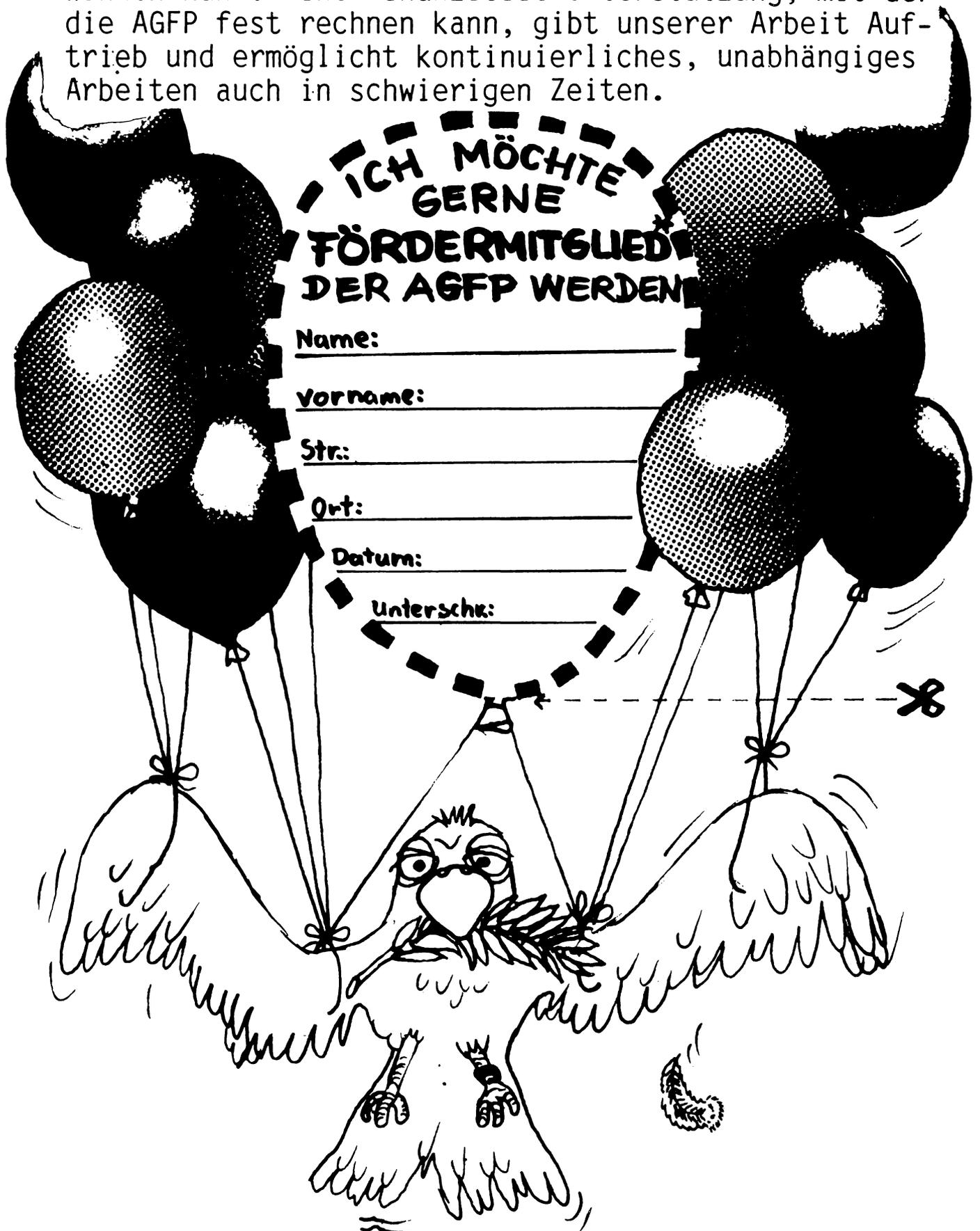
Vorname: _____

Str.: _____

Ort: _____

Datum: _____

Unterschr.: _____



Gunar Seitz, **Kriegsdienst – Ökologische Verweigerung**. 100 S., DM 12.80
Egon Spiegel, **Gewaltverzicht**. Grundlagen einer biblischen Friedenstheologie. 279 S., 24.80
Leonard Nelson, **Die sokratische Methode**. Eine gewalt- und herrschaftsfreie Diskussionsform. 40 S., 5.00
Svevo Brooks u.a., **Handbuch des politischen Fastens**. 54 S., 3.00
George Woodcock, **Der gewaltlose Revolutionär, Leben und Wirken Mahatma Gandhis**. 124 S., 7.80
Die Konventionelle Aufrüstung der 90er Jahre. Aus den Schubladen des Bundesverteidigungsministeriums. Analysen und Dokumente. Hrsg. v. Anne Borgmann u.a. 100 S., 7.80
KGW (Hrsg.), **Widerstand gegen die Wehrpflicht**. Texte und Materialien. 189 S., 7.50
Mohssen Massarrat, **Kriegsgefahr und Friedensbewegung**. 112 S., 8.00
Martin Humburg (Hrsg.), **Gewaltfreier Kampf und Selbstverwaltung**. Ein politisches Konzept. 115 S., 9.00
Lanza del Vasto, **Definitionen der Gewaltlosigkeit**. 65 S., 3.00
Wolfgang Hertle, **Larzac 1971-1981**. Der gewaltfreie Widerstand gegen die Erweiterung eines Truppenübungsplatzes in Südfrankreich. 275 S., 16.00
Walter Keller, **Blitztheaterbuch**. 45 S., 4.00
April Carter, **Direkte Aktion**. Leitfaden für den Gewaltfreien Widerstand. 78 S., 3.00
Kurt Hiller, **Pazifismus der Tat – Revolutionärer Pazifismus**. 71 S., 3.00

In unserer Versandbuchhandlung führen wir Literatur für eine gewaltlose Gesellschaftsveränderung und damit in Zusammenhang stehender Fragen. Unser Katalog enthält über 1000 Titel in 40 Sachgebieten geordnet: Gewaltlose Aktion/Ziviler Ungehorsam/Pazifismus; Soziale Verteidigung/Alternative Sicherheit; Christliche Gewaltlosigkeit/Christen & Frieden; Anarchismus (Theorie, Geschichte, Aktion, Syndikalismus etc.); KDV/Totalverweigerung/Zivildienst; Antimilitarismus; Selbstverwaltung; Ökologie; Frauen & Frieden/Ökologie/Anarchismus/Theologie; Friedenspädagogik; liberäre/alternative Pädagogik; Rüstung/Abrüstung; Utopien/Science Fiction; u.a.m.

Bitte Versandkosten anfordern

Weber, Zucht & Co Versandbuchhandlung & Verlag GmbH
Steinbruchweg 14 – 3500 Kassel-Bettenhausen – Tel. (0561) 519194

